Seit 1996 ÖSTERREICH JOURNAL
Das Magazin für Österreicher in aller Welt

Ausg. Nr. 176 • 5. Juli 2018
Unparteiisches, unabhängiges Monatsmagazin speziell für Österreicherinnen und Österreicher in aller Welt in vier verschiedenen pdf-Formaten
http://www.oesterreichjournal.at

EU-Ratsvorsitz

Österreich übernahm mit 1. Juli für ein halbes Jahr den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Die feierliche Übergabe von Bulgarien erfolgte am 30. Juni in Schladming.

Foto: BKA / Dragan Tatic

Am 30. Juni auf der Planai: Bundekanzler Sebastian Kurz (l.) mit dem Premierminister Bulgariens Bojko Borissow (r.) und dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, bei der symbolischen Übergabe des EU-Ratsvorsitzes von Bulgarien an Österreich.

Am 30. Juni fand als Auftakt zum österreichischen EU-Ratsvorsitz ein Event in Schladming unter dem Motto „Servus Europa“ statt. Dabei erfolgte die symbolische Übergabe des Vorsitzes von Bulgarien an Österreich im Rahmen eines öffentlichen Auftaktevents. Geboten wurde den Gästen unter anderem ein „Gipfelpicknick“, ein EU-Wandertrail und das abschließende Konzert „Europa LIVE“ im Planai-Stadion.

„Österreich will mit dem Ratsvorsitz die Rolle als Brückenbauer in Europa übernehmen und Spannungen, die sich in letzter Zeit aufgebaut haben, wieder reduzieren. Es ist uns wichtig, das Vertrauen in die EU zu stärken und sicherzustellen, daß die Europäische Union ihre großen Aufgaben lösen kann“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz anläßlich der Übernahme des Ratsvorsitzes in der Europäischen Union mit 1. Juli.

Lesen Sie weiter auf der Seite 3 ➢

Sie sehen hier die Variante A4 mit 72 dpi und geringer Qualität von Bildern und Grafiken

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

die nächsten sechs Monate werden – politisch gesehen – durch die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft besonders bedeutsam werden. Bereits zum dritten Mal, nach 1998 und 2006, wird Österreich die Geschicke der Europäischen Union führend mitgestalten.

Zu etwa 300 Veranstaltungen werden schätzungsweise 48.000 Gäste aus allen Mitgliedsstaaten erwartet und es wird europaweit darüber berichtet werden. Auch wir werden Ihnen einen kleinen Teil davon zur Lektüre anbieten können.

Liebe Grüße aus Wien

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 176

Kurz: »Ein Europa ohne Binnengrenzen sicherstellen« 7
Besuch aus Rußland 9
Gedenken in Maly Trostenez 14
Meinungsaustausch mit EP-Präsident Tajani 17
Kneissl bei internationalen Organisationen in Genf 19
23. Europa-Forum Wachau im Stift Göttweig 21
Bgld. Wirtschafts- und Tourismus-delegation reiste nach China 25
Slowenisches Generalkonsulat lud zu Nationalfeiertagsempfang 29
Mikl-Leitner in Brüssel 30
Informationsreise des Oö. Landtags nach Estland und Lettland 31
Das bedeutet der EU-Ratsvorsitz für Salzburg 32
Steirische Delegation reiste nach Luxemburg 33
Weniger Transit braucht noch stärkere Maßnahmen 34
Die EU als Friedens- und Wohlstandsprojekt 35
Das Europa der Städte 36
Hohe Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft 37
Jugendliche sehen EU-Mitgliedschaft positiv 38
Der UrlaubsEuro 2018 40
AIT führt »Quantum Flagship« an 41
Ringturm-Verhüllung 43
Österreich ist für seine eigene Geschichte verantwortlich 45
Verschiedenes 46

Weltbund-Tagung
Auslandsösterreichertreffen 2018
6. bis 9. September in Innsbruck 49
Digitale Zukunft sozial gerecht gestalten 52

»Burgenland Journal«
Ergebnisse einer Bürgerbefragung 56
Tag im Zeichen der Bürgernähe 58
Mattersburg: »Regierung vor Ort« 60
Top in der Sojaproduktion 61
Gründen als Chance 62
Aviation Academy in Neusiedl 63
»Burgenland live« 64
Leichtathletikanlage für Eisenstadt 65
Künstler im west-südöstlichen Dialog in der Landesgalerie 67
Konzertreihe »Top of Music« 68

Konjunktur schwächt sich ab 69
Die Lage der österreichischen Banken hat sich normalisiert 71
Mahrer: Wirtschaft braucht freien Handel und Entlastung 72
Arbeitslosigkeit sinkt im Juni um 9,1 Prozent 72
Bundespräsident trifft Cordoba-Helden 40 Jahre danach 73
Längste Fußgängerbrücke der Welt im Tibetstyle in Linz 74
80 Jahre VW-Käfer 75
Personalia 76
800 Jahre Diözese Graz-Seckau 79
Alois Schwarz ist neuer Bischof von St. Pölten 80
Das neue Herkunftssystem der Steiermark 81
Knochenstoffwechselforschung 83
Spermidinreiche Ernährung 84
Wie man Schallwellen durchs Labyrinth lenkt 85
»DigiTrans«-Testlabor in OÖ 86
Steirische Revolution im Glasfaser-Netzausbau 88
Die Eremitage zu Gast in Wien 90
100 Jahre Freimaurerei in Österreich 95
Verschollener Brief von Wolfgang Amadé Mozart 97
ÖJ-Kreuzworträtsel 100

Präsident Putin auf Staatsbesuch in Wien 9

23. Europa-Forum Wachau 21

Die Konjunktur schwächt sich ab 69

»DigiTrans«-Testlabor in OÖ 86

Eremitage zu Gast in Wien 90

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schober-Straße 8/1.
Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer.
Fotos S. 1: BKA / Dragan Tatic; S. 2: HBF / Carina Karlovits; BKA / Dragan Tatic; Institut für Höhere Studien IHS; Land OÖ / Daniel Kauder; St. Petersburg, Staatliche Eremitage, 2018

Österreich, Europa und die Welt

© Wikipedia / / Cc-by-sa-3.0 / Foto: SchiDD

Ein Blick über die Planai mit Bergstation und Schladminger Hütte – wo »Servus Europa« abgehalten wurde, zum Dachsteinmassiv

Am 30. Juni wurde in Schladming feierlich die EU-Ratspräsidentschaft von Österreich eingeläutet. Zu diesem Fest konnte Steiermarks Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer als Gastgeber Bundeskanzler Sebastian Kurz, den Premierminister Bulgariens, Bojko Borissow, den Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, zahlreiche MinisterInnen, den Vizepräsidenten des Europa-Parlaments, Othmar Karas, und über 5000 begeisterte Gäste hoch über dem Ennstal auf der Planai begrüßen. Auch der Schladminger Bürgermeister Jürgen Winter hieß die internationale Gästeschar in der WM-Stadt Willkommen. Nach der Ankunft Schützenhöfers bei der Bergstation der Planai-Bahn wanderte er mit dem Bundeskanzler und einer großen Gästeschar ein Stück auf dem EU-Trail, der am Berg errichtet wurde.

Foto: BKA / Andy Wenzel

Ankunft von Bundeskanzler Sebastian Kurz (m.), Premierminister Boiko Borissow (l.) und dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk (r.) auf der Planai

Der Landeshauptmann freute sich, daß sich der Bundeskanzler für die Steiermark als Ort dieser Übergabe entschieden hat: „Dieses Fest für Europa ist eine unbezahlbare Werbung für die Steiermark, ‚das Grüne Herz Österreichs'. Die Bilder aus Schladming gehen um die Welt. Wenn man den EU-Weg hier auf der Planai gemeinsam mit den vielen Gästen mit ihren unterschiedlichen Sprachen geht, wird deutlich, wie wichtig diese Union ist." Schützenhöfer wies auch darauf hin, daß die Zusammenarbeit der europäischen Regionen hervorragend funktioniere und er sich dieses Miteinander auch auf Ebene der Nationalstaaten wünschen würde.

Kurz: »Große Ehre und große Verantwortung«

„Wir sind stolz und froh, daß wir mit 1. Juli den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernehmen dürfen. Das ist eine große Ehre für uns, aber auch eine große Verantwortung", betonte Bundeskanzler Sebastian Kurz während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Premierminister Boiko Borissow und dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk. Das internationale Umfeld sei ein schwieriges, und auch innerhalb der Europäischen Union bestünde die Herausforderung, daß mit dem „Brexit" erstmals ein EU-Mitgliedsstaat freiwillig die

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA / Andy Wenzel

v.l.: Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, Bundeskanzler Sebastian Kurz, der Grazer Bürgermeister Sigfried Nagl, die Frauenministerin Juliane Bogner-Strauß, Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck, Staatssekretärin Karoline Edtstadler und Justizminister Josef Moser

Union verläßt. „Wir wollen den Ratsvorsitz nutzen, um Brückenbauer in der Europäischen Union zu sein, Spannungen innerhalb Europas wieder abzubauen und so sicherzustellen, daß die Europäische Union eine starke ist."

Österreich wolle seinen Beitrag dazu leisten, ein schlankes, geeintes und vor allem fokussiertes Europa zu schaffen. Einer der Schwerpunkte sei dabei das Thema Sicherheit: „Wir wollen ein Europa schaffen, das schützt – ein Europa, das zum einen Sicherheit gibt und zum anderen auch den Wohlstand absichert, der in Europa geschaffen und aufgebaut wurde", so Kurz. Erfolgreich könne der Ratsvorsitz nur sein, wenn es eine starke Zusammenarbeit mit allen EU-Mitgliedsstaaten und allen EU-Institutionen gebe, strich der Bundeskanzler hervor, der sich in diesem Zusammenhang bei Ministerpräsident Borissow für die hervorragende Arbeit des bulgarischen Ratsvorsitzes und bei Ratspräsident Tusk für die Kooperation schon in der Vorbereitung bedankte.

Borissow sicherte Kurz jegliche Unterstützung während des österreichischen EU-Ratsvorsitzes zu. Sicherheit und Schutz könne es nur geben, wenn man in Europa zusammenstehe. Borissow überreichte Kurz einen EU-Wimpel – in Anlehnung an das aktuelle Top-Thema Fußball.

Ratspräsident Donald Tusk betonte, daß Österreich kein besseres Motto als „Ein Europa, das schützt" für seinen Ratsvorsitz hätte wählen können. Es brauche Stabilität statt Instabilität, Sicherheit statt eines Mangels an Sicherheit, wenn auch nicht auf Kosten der Freiheit. In diesen Zielen müsse man zusammenarbeiten, wobei sich der Ratspräsident überzeugt davon gab, daß die Her-

Foto: BKA / Andy Wenzel

Europaminister Gernot Blümel mit zwei jungen Damen vom Team am »EU-Trail«

Foto: teiermark.at / Harald Steiner

v.l.: BM Josef Moser, Schladmings Bgm. Jürgen Winter, BM Heinz Faßmann, BM Gernot Blümel, LH Hermann Schützenhöfer, BM Juliane Bogner-Strauß und Delegationsleiter Othmar Karas in Schladming mit Schladminger Maketenderinnen

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA / Dragan Tatic, Andy Wenzel

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA / Dragan Tatic

Bilder oben und unten: Geboten wurde den Gästen auch das abschließende Konzert »Europa LIVE« im Planai-Stadion.

Foto: BKA / Dragan Tatic

ausforderungen beim österreichischen Bundeskanzler in den richtigen Händen liegen: „Alles Gute!“

Im Anschluß an die Wanderung lud Schützenhöfer zu einem Empfang in die Schafalm. Dort wies er auch auf die Symbolträchtigkeit der Steiermark als Austragungsort dieser Übergabe hin: „Wir haben in der Steiermark mutige Reformen umgesetzt, diesen Mut zu Reformen braucht es auch in der Europäischen Union. Ich bin zuversichtlich, daß es Sebastian Kurz gelingen wird die teilweise verkrusteten Strukturen, die Europa in manchen Bereichen lähmen, aufzubrechen."

Die Bundesregierung habe Schladming sehr bewusst als Veranstaltungsort gewählt, erklärte Bundeskanzler Sebastian Kurz: "Es liegt im Herzen Österreichs, mit Blick von der Planai aus nach Norden auf den höchsten Berg der Steiermark, der drei Bundesländer verbindet. Mit Blick nach Süden über die Tauern bis nach Slowenien. Diese Weite und gleichzeitig Nähe der europäischen Regionen wollten wir zeigen." Gleichzeitig hat Schladming weltweite Bekanntheit durch den Nachtslalom oder die Schigroßveranstaltungen. „Hier hat LH Schützenhöfer und die gesamte Landesregierung in den vergangenen Jahren viel Weitsicht bewiesen und Schladming gemeinsam mit Bürgermeister Winter zu einem echten Hotspot gemacht", lobte Bundeskanzler Kurz die erfolgreiche Arbeit der Steiermark und die Kultur des Miteinanders. In Schladming wurden in den letzten Jahren wichtige Infrastrukturinvestitionen getätigt. Damit hat des die Stadt geschafft, vom Wintersportzentrum zu einer Ganzjahres-Ferienerlebnisregion mit vielen Eventhighlights zu werden. Schon im Vorfeld hatte Kurz auf die vielen Vorzüge von Schladming verwiesen: "Die Stadt hat also viel Erfahrung mit Großveranstaltungen und wird die perfekte Bühne sein, um wunderschöne Bilder Österreichs hinaus nach Europa und die Welt zu senden."

Gipfelpicknick, »EU-Trail« und »Europa Live«-Konzert

Unter dem Motto „Servus Europa“ war auch die interessierte Bevölkerung zu einem Gipfelpicknick mit regionalen Speisen und Getränken und einem Rundgang durch den „EU-Trail“ – einem Wander-Trail, der in einzelnen Stationen Wissenswertes rund um die Europäische Union vermittelt – geladen. Insgesamt 5.000 Personen nahmen am abwechslungsreichen Programm auf der Planai teil.

„Servus Europa“ umfaßte zudem ein Konzert, das abends im Planai-Stadion in musikalische Highlights unter anderem von OPUS, Die Seer oder Österreichs Soncontest-Star Cesár Sampson bot.

Hunderte Hobby-Band- und Chormitglieder musizierten gemeinsam mit Profi-KünstlerInnen und ließen dabei die größte Band Europas – „Europa Live“ – entstehen.

Kurz: »Ein Europa ohne Binnengrenzen sicherstellen«

Bundeskanzler Sebastian Kurz hielt vor dem Europäischen Parlament eine Grundsatzrede und präsentierte die Prioritäten des österreichischen EU-Ratsvorsitzes.

Österreich übernimmt den Ratsvorsitz in der Europäischen Union in einer herausfordernden Zeit. Innerhalb wie außerhalb Europas gibt es Umbrüche und Spannungen, auf die wir reagieren müssen“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 3. Juli in seiner Grundsatzrede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. Anläßlich der Übernahme des Vorsitzes mit 1. Juli präsentierte der Bundeskanzler die Schwerpunkte der politischen Agenda für das kommende Halbjahr. „Die Vorsitzführung bedeutet für uns nicht nur eine große Ehre, sondern auch eine große Verantwortung“, so Kurz. Er dankte dem bulgarischen Ministerpräsidenten Bojko Borissow für die Vorsitzführung im Rat und gratulierte zur „professionellen Arbeit“ während der vergangenen sechs Monate. „Diese Arbeit wollen wir nun fortsetzen und einen Beitrag für die Zukunft der EU leisten.“

Foto: European Union 2018 - Source : EP / Daina le Lardic

Bundeskanzler Sebastian Kurz bei seiner Rede vor dem Europäischen Parlament

Österreich als Brückenbauer

Der Bundeskanzler erinnerte daran, daß Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie keine Selbstverständlichkeit seien: „Es ist ein Geschenk, Europäer sein zu dürfen. Wir wollen daher unseren Beitrag dazu leisten, daß diese Werte und Freiheiten in der Europäischen Union erhalten bleiben. Sie sind das Herz unseres Zusammenlebens.“ Darüber hinaus sei es auch wichtig, daß Europa seine Wettbewerbsfähigkeit erhält und „nicht von anderen Regionen überholt wird“. Schließlich sei es im Sinne der Subsidiarität notwendig, daß sich die EU auf die großen Fragen konzentriert. „Daran wollen wir gemeinsam mit dem Europäischen Parlament und der Kommission arbeiten", so Sebastian Kurz. In Fortsetzung der bisher guten Kooperation wolle Österreich dabei helfen, Kompromisse zu finden und als Brückenbauer zwischen den Ländern und Institutionen fungieren.

»Ein Europa, das schützt«

Das österreichische Motto für das kommende Halbjahr ist: „Ein Europa, das schützt.“ Dies umfasse sowohl das Thema Sicherheit, als auch die Absicherung des Wohlstandes sowie Stabilität in der Nachbarschaft. „Bei der Sicherheit liegt unser Fokus auf dem Außengrenzschutz, der Zusammenarbeit mit Drittstaaten und dem Kampf gegen illegale Migration. Denn ein Europa ohne Binnengrenzen braucht einen funktionieren Schutz der Außengrenzen“, betonte der Bundeskanzler. Für den Erhalt des Wohlstandes in Europa sei es notwendig, angesichts von zunehmender Digitalisierung und Automatisierung konkurrenzfähig zu bleiben. „Große Internetkonzerne dürfen nicht nur in China und den USA möglich sein, sondern müssen auch in Europa geeignete Rahmenbedingungen finden.“

EU-Perspektive für Westbalkan

Schließlich sei es wichtig, „Frieden, Sicherheit und Stabilität auch in unserer Nachbarschaft sicherzustellen.“ Österreich liege dabei besonders die Region Südosteuropa am Herzen: „Der Westbalkan soll Teil des geeinten Europa sein. Sie haben sich eine Mitgliedschaft in der EU verdient. Was es braucht, ist eine ehrliche Perspektive für diese Länder“, so der Bundeskanzler. Auch die Zusammenarbeit mit Afrika solle gestärkt werden, um die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern. Dafür seien ein fairer Handel, Zusammenarbeit und europäische Investitionen sicherzustellen.

EU-Budget und Brexit

Neben diesen Schwerpunkten des österreichischen Ratsvorsitzes gäbe es auch weitere zentrale Themen auf der europäischen Agenda, wie die Verhandlungen über den EU-Austritt des Vereinigten Königreichs und den mehrjährigen Finanzrahmen. „Wir wollen die Kommission bei den Verhandlungen zum Finanzrahmen unterstützen, auch wenn wir uns bewußt sind, daß diese noch sehr schwierige werden“, versicherte Kurz. Angesichts der großen anstehenden Herausforderungen ersuchte er abschließend die Abgeordneten um „bestmögliche Zusammenarbeit und Unterstützung, im Interesse der Europäerinnen und Europäer, im Interesse unserer Europäischen Union“.

Foto: European Union 2018 - Source : EP / Daina le Lardic

Bei der gemeinsamen Pressekonferenz (vl.): Bundeskanzler Sebastian Kurz, EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani und EU-Kommissionpräsident Jean-Claude Juncker

Kooperation mit Parlament und Kommission

In einer gemeinsamen Pressekonferenz sprachen sich Bundeskanzler Sebastian Kurz, Parlamentspräsident Antonio Tajani und Kommissionpräsident Jean-Claude Juncker für eine enge Kooperation in den anstehenden Fragen aus. Insbesondere dem Thema Außengrenzschutz und Migration werde eine hohe Priorität zugeschrieben. Dies schließe auch eine Strategie für Afrika mit ein, betonten Tajani und Juncker. Beide stimmen mit dem österreichischen Bundeskanzler auch darin überein, daß ein Europa ohne Binnengrenzen sichergestellt werden müsse.

Kurz zeigte sich mit den Ergebnissen des EU-Gipfels vom 28./29. Juni zufrieden: „Es ist erstmals gelungen, eine Trendwende einzuleiten. Die geplante Stärkung von Frontex, klare Regeln für NGOs, die Möglichkeit zur Schaffung von Anlandeplattformen in Drittstaaten sowie mehr Hilfe für Afrika sind Schritte in die richtige Richtung."

Österreich übernimmt diesen Vorsitz – nach 1998 und 2006 – zum dritten Mal.

Die Regierung stellt folgende Schwerpunkte in den Mittelpunkt ihres EU-Ratsvorsitzes: Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration, Sicherung des Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung sowie Stabilität in der Nachbarschaft. Letzteres inkludiert auch das Ziel, eine weitere Annäherung der Westbalkanstaaten an die EU zu unterstützen. Außerdem wird sich Österreich für eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips einsetzen: Die Europäische Union soll sich auf die großen Fragen konzentrieren, die einer gemeinsamen Lösung bedürfen, und sich in kleinen Angelegenheiten zurücknehmen, in denen die Mitgliedstaaten oder Regionen selbst besser entscheiden können.

Koordination und Repräsentation

Die Hauptaufgabe des vorsitzführenden Landes sind die Planung und Leitung der Tagungen des Rates sowie die Vertretung des Rates gegenüber anderen europäischen Institutionen. Österreich hat damit auch die Möglichkeit, eigene Schwerpunkte zu setzen und Themen auf die Agenda der Union zu bringen. Nach 1998 und 2006 übernimmt Österreich nun in der zweiten Jahreshälfte 2018 zum dritten Mal den Ratsvorsitz. In diesen sechs Monaten wird das Land zu einer wichtigen Drehscheibe in der EU-Politik: Bei rund 300 Veranstaltungen werden in Summe etwa 48.000 Gäste erwartet. Ein kulturelles Rahmenprogramm in Brüssel und Österreich wird zudem die Vielfalt des österreichischen Kunst- und Kulturschaffens auf europäischer Ebene präsentieren.

Der Rat der Europäischen Union

Der Rat der Europäischen Union besteht aus den MinisterInnen aller Mitgliedsstaaten und vertritt die Interessen der nationalen Regierungen. Er wird deshalb auch EU-Ministerrat genannt. Er trifft sich in verschiedenen Zusammensetzungen, die vom jeweils behandelten Politikbereich abhängig sind. Jeder Mitgliedsstaat entsendet zu einem bestimmten Thema die zuständige Ministerin oder den zuständigen Minister. So treffen sich zum Beispiel zum Thema Steuern die FinanzministerInnen oder bei Umweltfragen die UmweltministerInnen. Lediglich im Bereich der Außenpolitik ist die Rollenverteilung anders. Hier liegt der Vorsitz bei der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik – derzeit Federica Mogherini.

Trio-Ratsvorsitz

Ergänzend zum halbjährlichen Wechsel des EU-Ratsvorsitzes zwischen den Mitgliedsstaaten bilden jeweils die drei aufeinander folgenden Vorsitzländer für 18 Monate eine zusätzliche Gruppe, die auch Trio-Ratsvorsitz genannt wird. Gemeinsam arbeiten sie an den Zielen, die im sogenannten Trioprogramm festgelegt sind. Das soll besonders die langfristige Planung der Vorsitzführung erleichtern und die Kontinuität bei wichtigen Themen sicherstellen. Österreich teilt sich mit Estland (zweite Jahreshälfte 2017) und Bulgarien (erste Jahreshälfte 2018) den Trio-Ratsvorsitz, der seinen Fokus besonders auf die Bereiche Migration, innere Sicherheit, Klimawandel, Digitalisierung und Wirtschaftswachstum legt.

Website und Social Media-Kanäle des Ratsvorsitzes

Neben der Website des österreichischen EU-Ratsvorsitzes unter
http://www.eu2018.at
ist der österreichische EU-Ratsvorsitz auch auf diversen Social Media-Kanälen aktiv:
Twitter
https://twitter.com/eu2018at
Facebook
https://www.facebook.com/EU2018AT/
Instagram
https://www.instagram.com/eu2018at/
Flickr
https://www.flickr.com/photos/eu2018at
Vimeo
https://vimeo.com/eu2018at ■

Besuch aus Rußland

Offizieller Arbeitsbesuch von Wladimir Putin. Er wurde vom Bundespräsidenten mit militärischen Ehren empfangen – Treffen mit Bundeskanzler, Außenministerin und Wirtschaftskammerpräsidenten – Ausstellungseröffnung im KHM

Foto: HBF / Carina Karlovits

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfängt Präsident Wladimir Putin im Inneren Burghof mit militärischen Ehren.

Der russische Präsident Wladimir Putin wurde am Nachmittag des 5. Juni von Außenministerin Karin Kneissl am Wiener Flughafen willkommen und daraufhin von Bundespräsident Alexander Van der Bellen in der Hofburg mit militärischen Ehren begrüßt worden.

Putin wurde von einigen Regierungsmitgliedern begleitet: von Außenminister Sergej Lawrow, Verkehrsminister Jewgeni Dietrich, Energieminister Alexander Nowak, dem Minister für Industrie und Handel, Denis Manturow, dem Minister für kulturelle Entwicklung, Maxim Oreschkin, Kulturminister Wladmir Medinski sowie dem Minister für den Nordkaukasus, Sergej Tschebotarjov. Auch einige Gouverneure waren dabei. Mit dem Vorstandsvorsitzenden der VTB Bank, Andrej Kostin, war ein einziger russischer Wirtschaftsvertreter präsent.

Von österreichischer Seite wurde Putin von Außenministerin Karin Kneissl, Landwirtschaftministerin Elisabeth Köstinger und den Landeshauptleuten von Wien, Niederösterreich und Burgenland, Bürgermeister Michael Ludwig, Johanna Mikl-Leitner und Hans Niessl begrüßt. Kneissl führte auch Gespräche mit ihrem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow über die österreichisch-russischen Beziehungen, den bevorstehenden österreichischen EU-Ratsvorsitz, die aktuelle Lage in Nordkorea, Syrien, und im Iran, die gegenwärtige Migrationssituation sowie über den Multilateralismus.

Während Putin den anwesenden österreichischen PolitikerInnen und DiplomatInnen die Hand schüttelte, bekam die Diplomatin und Rußland-Beauftragte der Regierung, Margot Klestil-Löffler, zur Begrüßung Küsse auf die Wangen. Die Witwe nach dem 2004 verstorbenen Bundespräsidenten Thomas Klestil ist seit 1. April 2015 alternierende Generalsekretärin der Zentraleuropäischen Initiative in Triest.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen betonte im gemeinsamen Pressegespräch, daß die guten bilateralen Beziehungen zwischen Rußland und Österreich eine lange Tradition haben

„Die guten bilateralen Beziehungen zwischen Rußland und Österreich haben eine lange Tradition und es freut mich sehr, daß Präsident Putin und ich heute eine gute gemeinsame Gesprächsbasis gefunden haben. Wir konnten eine Reihe wichtiger internationaler Fragen diskutieren. Österreich wird sich während des EU-Ratsvorsitzes für die Stärkung des Dialogs zwischen Rußland, Österreich und der Europäischen Union einsetzen. Denn eines ist klar: Frieden in Europa ist nur mit Rußland möglich“. so der Bundespräsident. „Und eine Reihe regionaler und globaler Probleme läßt sich nur unter Einbeziehung Rußlands lösen. Gleichzeitig ist es selbstverständlich, daß sich Österreich, im Einklang mit der Europäischen Union,

bei Verletzungen gegen das Völkerrecht immer klar äußern wird."

Der russische Präsident hat sich dem Arbeitsgespräch mit dem Bundespräsidenten offen für eine Verbesserung der Beziehung zur EU gezeigt. Auch wenn „heute fast alles auf Eis gelegt" sei, „sind wir offen und bereit für Zusammenarbeit", sagte Putin.

Es gebe Dialog mit Vertretern aus Brüssel, um die auf Eis gelegten Mechanismen und Instrumente der Kooperation wieder aufzunehmen, so der russische Präsident. Diese Konsultationen seien „sehr konstruktiv, aber nicht einfach".

Van der Bellen sagte, „wir leben in einer Zeit zunehmender Spannungen, das müssen wir feststellen, und Österreich hat sich immer bemüht, zum Spannungsabbau beizutragen". Zur Sanktionsfrage sei es so, „daß es in politischer Hinsicht im Einklang mit der EU handelt und handelt wird". Der Dialog mit Rußland sei sehr wichtig für die EU.

„Ich zögere immer, wenn man sagt Rußland und Europa und ein großer Teil Rußland ist Europa und nicht etwas Außenstehendes", ergänzte der Bundespräsident. Österreich wisse, daß Frieden in Gesamteuropa nur mit Rußland möglich sei und eine Reihe von regionalen und globalen Problemen nur unter Einbeziehung Rußlands zu lösen ist und sein wird."

Vladimir Putin und Alexander Van der Bellen erwähnten den Anlaß für den Besuch des russischen Staatspräsidenten: das 50. Jubiläum der Unterzeichnung des Energielieferfervertrages zwischen Österreich und der Sowjetunion. Es sei eine Tatsache, daß die EU Gas aus Rußland beziehe. „In letzter Zeit gibt es Vorhalte mancher US-Politiker, daß die Abhängigkeit der EU in dieser Beziehung von Rußland zu groß ist. Es wird dabei übersehen, daß der Preis für amerikanisches Flüssiggas zwei- oder dreimal höher ist." Aus ökonomischer Sicht mache ein Wechsel des Gaslieferanten „wenig Sinn".

Kurz: Österreich unterstützt Dialog zwischen EU und Rußland

„Es gibt traditionell eine sehr gute und pragmatische Zusammenarbeit zwischen Rußland und Österreich, auch in schwierigen Situationen", sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz nach seinem Arbeitsgespräch mit Wladimir Putin im Bundeskanzleramt. Diesen guten politischen Dialog wolle man auch weiterhin fortsetzen.

Rußland und Österreich seien zudem wirtschaftlich eng verbunden. Das bilaterale Handelsvolumen sei auf 4,9 Milliarden Euro

Foto: BMEIA / Angelika Lauber

Außenministerin Karin Kneissl empfing den russischen Präsidenten bereits am Flughafen Wien-Schwechat im Namen der Bundesregierung.

Foto: HBF / Peter Lechner

Vier-Augen-Gespräch der beiden Staatsoberhäupter im Arbeitszimmer des Bundespräsidenten

Foto: BKA / Dragan Tatic

Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt (v.r.): Bundeskanzler Sebastian Kurz, Präsident Wladimir Putin und Vizekanzler Heinz-Christian Strache

Österreich, Europa und die Welt

Foto: wkopress

Präsident Wladimir Putin bei seiner Rede vor dem Österreichisch-Russischen Geschäftsrat – rechts im Bild WKO-Präsident Harald Mahrer

gestiegen und weiter im Wachsen. Das Investitionsvolumen österreichischer Firmen in Rußland betrage rund 6,9 Milliarden Euro. „In diesem Jahr wird auch das 50jährige Jubiläum russischer Gaslieferungen nach Österreich begangen", sagte Sebastian Kurz.

„Wir wollen die Zusammenarbeit in Bereichen von beiderseitigem Interesse noch verstärken und haben dazu auch einige Abkommen, etwa im Bereich Innovation und Forstwirtschaft, unterzeichnet", so der Bundeskanzler weiter. Es gebe jedoch auch enge menschliche und kulturelle Beziehungen zwischen den beiden Ländern: „Österreich ist bei russischen Touristen sehr beliebt, im Vorjahr wurden 1,2 Millionen Nächtigungen aus Rußland gezählt." Auch die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Dialogs, die Frage der Menschen- und Bürgerrechte, seien Themen im Arbeitsgespräch gewesen.

Neben den bilateralen seien internationale Fragen auf der Gesprächsagenda gestanden. Die Supermacht Rußland spiele eine bedeutende Rolle in den Konflikten in der Ukraine und in Syrien. „Rußland hat auch eine entsprechende Verantwortung, an politischen Lösungen mitzuwirken", so Kurz.

Zum Verhältnis zwischen der Europäischen Union und Rußland sagte Kurz, Österreich werde sich „in der Zeit seines Ratsvorsitzes dafür einsetzen, daß sich die Beziehungen zwischen Rußland und der EU verbessern. Ich hoffe, daß wir Fortschritte im Dialog machen können, um auch die Sanktionen schrittweise abzubauen", schloß der Bundeskanzler.

Foto: wkopress

Im Haus der Wirtschaft (v.l.): Präsident der russischen Handels- und Industriekammer Sergey Katyrin, Präsident Wladimir Putin. WKO-Präsident Harals Mahrer, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Vizekanzler Heinz-Christian Strache und Margarete Schramböck, Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort

Mahrer: Österreichs Wirtschaft setzt auf enge Partnerschaft mit Rußland

Die ausgezeichneten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Rußland standen im Mittelpunkt des Österreichisch-Russischen Geschäftsrates, der – als Höhepunkt – am 5. Juni mit der Teilnahme des russischen Präsidenten und Bundeskanzler Kurz zu Ende ging. „Wir wollen diese langjährige Partnerschaft weiter ausbauen und vertiefen – zum Wohle der Unternehmen, ihrer Beschäftigten und ihrer Familien", betonte Gastgeber Wirtschaftskammer-Präsident Harald Mahrer in seiner Begrüßung. Die wechselseitigen Beziehungen seien „von Respekt und Vertrauen geprägt, diese langjährige Partnerschaft hat Höhen und Tiefen überdauert und funktioniert heute so gut wie schon lange nicht".

Mahrer erinnerte daran, daß Österreich vor 50 Jahren am 1. Juni 1968 als erstes westeuropäisches Land einen Gasliefervertrag mit der Sowjetunion, dem Vorläufer des heutigen Rußland, unterzeichnet hatte. „Dieses 50jährige Jubiläum, das wir heute feiern, ist so etwas wie eine Goldene Hochzeit!"

Wirtschaft ist Pionier und Brückenbauer

Die nunmehrigen „ganz ausgezeichneten Wirtschaftsbeziehungen" dienen nicht nur der Wirtschaft und sorgen für Wohlstand und Beschäftigung, sondern „sie ermöglichen auch einen Dialog, wenn andere Wege verschlossen sind", unterstrich Mahrer. „Die österrei-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: OMV Aktiengesellschaft

Alexey Miller, Chairman des Gazprom Management Committee (l.) und Rainer Seele, Vorstandsvorsitzender der OMV (r.) bei der Unterzeichnung der Vertragsverlängerung für Erdgaslieferungen von Rußland nach Österreich. Im Hintergrund: Wladimir Putin und Sebastian Kurz

chische Wirtschaft empfindet sich als Pionier und als Brückenbauer, damit Europa und Rußland wieder Schritt für Schritt aufeinander zugehen können." Das erfordere viel Bewegung, viel Dialog. „Das wechselseitige Vertrauen, das die Beziehungen zwischen Österreich und Rußland prägt, bietet eine solide Basis, um gute Geschäfte zu machen und um diesen Dialog zu führen."

Rund 350 UnternehmensvertreterInnen – in etwa je zur Hälfte aus Rußland und aus Österreich – nahmen an der Tagung des Österreich-Russischen Geschäftsrates teil. Dabei wurde über 28 Projekte mit einem Wert von 2,82 Milliarden Euro gesprochen, davon wurden 14 konkrete Kooperationsvereinbarungen mit einem Volumen von rund 330 Millionen Euro bereits unterzeichnet.

Mahrer abschließend: „Trotz mancher Rückschläge ist und bleibt der russische Markt aufgrund seiner Größe und seines Potentials für österreichische Unternehmen äußerst interessant. Knapp 700 österreichische Niederlassungen in Rußland stärken Österreichs Position als wichtiger Wirtschaftspartner. Präsident Putins Österreich-Besuch ist eine Ehre und ein Signal, daß es für den Ausbau der österreichisch-russischen Wirtschaftsbeziehung in Österreich wie in Rußland auch die entsprechende politische Unterstützung gibt."

OMV und Gazprom unterzeichnen Vertragsverlängerung

Im Beisein von Präsident Putin und Bundeskanzler Kurz unterzeichneten Alexey Miller, Chairman des Gazprom Management Committee und Rainer Seele, Vorstandsvorsitzender der OMV, am 5. Juni die Verlängerung des Vertrages für Erdgaslieferungen nach Österreich bis zum Jahr 2040. Der bestehende Gasliefervertrag würde bis 2028 laufen.

Die OMV ist überzeugt, daß Europas Gasbedarf vor allem durch den sukzessiven Ersatz der Kohleverstromung durch hocheffiziente Gaskraftwerke steigen wird. Zugleich wird die europäische Eigenproduktion abnehmen, wie man zuletzt auch in den Niederlanden gesehen hat. Laut Internationaler Energieagentur (IEA) wird die Nachfrage nach Erdgas in Europa bis 2030 um mehr als 20 Prozent zunehmen.

„Die heute unterzeichnete Vereinbarung ist ein weiterer Beweis für den wachsenden Gasimportbedarf in Österreich ebenso wie generell in Europa – einem Bedarf den Gazprom bereit ist, zu decken. Mit der Umsetzung des Bauprojektes für die Nord Stream 2 Pipeline, werden wir Gaslieferungen zugunsten der Verbraucher noch zuverlässiger machen," sagte Miller.

Seele sagte: „Die Europäische Union muß 2030 über 80 Prozent ihres Erdgasbedarfs importieren. Mit der Vertragsverlängerung leisten wir einen wesentlichen Beitrag zur Versorgung Österreichs sowie anderer europäischer Länder angesichts der wachsenden Nachfrage und tragen zur Reduktion der CO_2-Emissionen bei."

Putin lobt Ausstellung im KHM

Bei südspanischen Temperaturen unter der Kuppel des Kunsthistorischen Museums (KHM) haben die beiden Präsidenten Wladimir Putin und Alexander Van der Bellen am Abend im Rahmen des laufenden Arbeitsbesuchs die neue Ausstellung „Die Eremitage

Foto: HBF / Peter Lechner

Die beiden Präsidenten Van der Bellen und Putin vor dem Gemäle »Allegory of Peace, Art and Abundance« von Hans von Aachen (1552-1615) aus der Eremitage St. Petersburg

Foto: HBF / Peter Lechner

Vor Werken aus der Eremitage St. Petersburg (v.l.): deren Direktor Mikhail Piotrovsky, Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Präsidentengattin Doris Schmidauer, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Staatspräsident Wladimir Putin, KHM-Generaldirektorin Sabine Haag, Außenministerin Karin Kneissl und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Im Bild unten: die Eröffnung.

zu Gast“ eröffnet – und dabei das Kooperationsprojekt der beiden Museen auch zum Symbol für die Politik erklärt.

„Ihre Anwesenheit am heutigen Abend ist eine Auszeichnung“, streute Alexander Van der Bellen seinem Amtskollegen Rosen. Die Bezeichnung der Ausstellung als „Die Eremitage zu Gast“ und damit des KHM als Gastgeber sei symbolträchtig, sehe sich doch auch Österreich traditionell als Gastgeber, was sich nicht zuletzt beim anstehenden EU-Vorsitz erweisen werde. Daß nun Werke aus der St. Petersburger Gemäldegalerie und damit Rußland bis Anfang September in Wien präsent sei, gehe über die Bedeutung der Ausstellung hinaus: „Ich sehe darin ein Zeichen für die Zusammenarbeit und den Dialog.“ Und schließlich schaffe die 28 Werke umfassende Zusammenstellung, einen Perspektivenwechsel. „Rußland als Teil Europas zu begreifen, das kann uns diese Ausstellung vermitteln“, so Van der Bellen.

Die Schau wird von den beiden Energieriesen Gazprom und OMV aus Anlaß ihrer fünf Jahrzehnte währenden Kooperation gesponsert, weshalb sich entsprechend viele einschlägige VertreterInnen eingefunden hatten – von Deutschlands Altbundeskanzler Gerhard Schröder bis zum OMV-Vorstandsvorsitzenden Rainer Seele. „Das ist eine Art Geschenk zum 50-Jahr-Jubiläum der Zusammenarbeit zweier Staaten im Energiesektor“,

Foto: HBF / Peter Lechner

beschied auch Präsident Vladimir Putin, um danach die in einem Saal Platz findende Gegenüberstellung von 14 Werken der Eremitage mit 14 Pendants aus dem KHM in den höchsten Tönen zu loben.

„Das ist ein einmaliges Experiment“, machte der russische Staatschef klar: „So etwas hat es meiner Auffassung nach noch nie gegeben. Das können nur zwei führende Museen der Welt machen.“ Daß das KHM zu diesen gehöre, habe er nicht zuletzt durch diese Schau gelernt: „Ich war vorher der Meinung, daß die Eremitage keine Mitbewerber hat – ich bin eines Besseren belehrt worden.“ Und das betreffe nicht nur die Sammlung, sondern auch den Bau am Maria-Theresien-Platz selbst. Man könne „stolz sein, daß Gottfried Semper nicht nur die Oper in Dresden gebaut hat, sondern auch dieses wunderbare Museum“.

Vladimir Putin lobte die freundschaftliche Atmosphäre des Arbeitsbesuches. „Diese Einstellung wird sehr gute und wichtige Folgen für unsere Länder haben, auch im wirtschaftlichen Bereich.“ Man habe auch die Pläne für die Zukunft der kulturellen Kooperation besprochen, und so werde in der Zusammenarbeit zwischen Österreich und Rußland 2019 der Jugendaustausch im Mittelpunkt stehen. ■

http://www.bundespraesident.at
http://www.bka.gv.at
http://www.bmeia.gv.at

Beitrag über die Ausstellung ab Seite 90

Österreich, Europa und die Welt

Gedenken in Maly Trostenez

Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei Gedenkfeier im Vernichtungslager Maly Trostenez in Belarus mit seinen Amtskollegen aus Deutschland und Weißrußland und seinem Amtsvorgänger Heinz Fischer

Foto: HBF / Carina Karlovits

Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit Gattin Doris Schmidauer und Alt-Bundespräsident Heinz Fischer mit Gattin Margit

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat am 29. Juni in Weißrußland Österreichs Mitverantwortung an den Verbrechen des Nationalsozialismus unterstrichen. Bei der Eröffnung einer Gedenkstätte im NS-Vernichtungslager Maly Trostenez sagte er, auch Österreicher hätten sich an den Gräuel der Nationalsozialisten beteiligt.

In dem Lager waren auch mehr als 10.000 Österreicher umgekommen. Es handelte sich um bis zu 13.000 österreichische Juden, die nach Weißrußland deportiert und dort ermordet worden waren. Zwischen 1942 und 1944 wurden bei Maly Trostinez nahe der weißrussischen Hauptstadt Minsk 40.000 bis 60.000 Menschen ermordet, darunter neben Juden auch sowjetische Kriegsgefangene oder Partisanen. Die Opfer wurden zumeist im nahegelegenen Wald von Blagowschtschina und ab 1943 im Wald von Schaschkowka erschossen oder vergast.

Foto: HBF / Carina Karlovits

Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei seiner Rede. Im Hintergrund zu sehen sind (v.l.) Weißrußlands Präsident Alexander Lukaschenko und Deutschlands Bundespräsident Frank Walter Steinmeier

Österreich, Europa und die Welt

Bei der Gedenkfeier im Beisein seiner Amtskollegen Alexander Lukaschenko aus dem Gastgeberland, mit dem am Nachmittag noch ein separates Treffen auf dem Programm stand, und Frank-Walter Steinmeier (Deutschland) hielt der Bundespräsident fest, daß nach dem Zweiten Weltkrieg „der Wille zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Österreich mehr als zögerlich“ gewesen sei.

Der Wortlaut der Moskauer Deklaration von 1943 sei lange dazu mißbraucht worden, „um Österreich, das man nur als das erste Opfer Hitlerdeutschlands wahrnehmen wollte, aus der Verantwortung zu nehmen“. Heute aber stehe Österreich zu seiner Mitverantwortung.

Belarus (Weißrußland) und seine Bevölkerung hätten durch Nazideutschland ebenfalls „unaussprechliche Leiden“ erdulden müssen, erinnerte Van der Bellen. Die Geschichte von Maly Trostenez und seinen Opfern sei aber im Gegensatz zu anderen Lagern („Die Leute kennen Auschwitz, und das ist wichtig“) allzu lange ein weißer Fleck auf der Landkarte westeuropäischer Erinnerung gewesen.

Jedoch sei das „Vergessen und Verdrängen“ in den letzten Jahren einem erstarkenden Willen zum Erinnern und Aufarbeiten gewichen“, meinte Van der Bellen. „Nicht nur in Österreich, sondern in Europa, wo es immer wieder länderübergreifende Zusammenarbeit zum Lernen aus der Geschichte gibt.“ Alexander Van der Bellen sprach Präsident Alexander Lukaschenko – der 63jährige steht seit fast 24 Jahren an der Staatsspitze von Belarus – in diesem Zusammenhang „besonderen Dank“ aus für die Möglichkeit, „hier gemeinsam bei der Aufarbeitung der schwierigen Vergangenheit zusammenzuwirken“.

Zuvor hatte der Bundespräsident mit der Pflanzung einer Birke den Grundstein für ein österreichisches Denkmal für die Opfer von Maly Trostinez gelegt. „Möge diese Birke stehen für das Licht, mit dem wir die dunklen Winkel unserer Vergangenheit erhellen“, so der Bundespräsident. In Maly Trostenez seien mehr jüdische ÖsterreicherInnen ermordet worden, „als in irgendeinem anderen Vernichtungslager“, erinnerte Van der Bellen auch im Beisein von Altbundespräsident Heinz Fischer und dessen Ehefrau Margit Fischer. Ihre Familie hatte während des Zweiten Weltkriegs Opfer zu beklagen, die ihr Leben in Maly Trostenez ließen.

„Am Beispiel dieser Vernichtungsstätte wird auch auf besondere Weise deutlich, wozu die menschliche Natur fähig ist“, warnte Van der Bellen. „Männer, Frauen, Kinder, die noch einige Tage zuvor in den Strassen Wiens unsere Nachbarinnen und Nachbarn waren, wurden hier ihrer letzten Habseligkeiten beraubt, in den Wald von Blagowschtschina zu vorbereiteten Gruben getrieben, an deren Rand sie sich aufstellen mußten, und mit Genickschuß ermordet. Den Lärm der Schüsse überdeckten ihre Mörder, unter ihnen auch Österreicher, mit Lautsprechermusik.“

Von den tausenden WienerInnen, die hierher deportiert wurden, überlebten gerade einmal 17 „diese Hölle“, betonte der Bundespräsident dem Redemanuskript zufolge. Dass der „Schreckensort“ Maly Trostenez und die Namen der Toten nicht endgültig dem Vergessen anheimfielen, sei letztlich aber nicht das Verdienst der Politik gewesen.

Bezüglich der österreichischen Opfer sei dies vielmehr einer „privaten Initiative von Österreicherinnen und Österreichern und dem Engagement einiger weniger zu verdanken“", erinnerte der ehemalige Grünen-Chef und hob „die großartige Arbeit von Waltraud Barton und ihres Vereins IM-MER“ sowie das Engagement des Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus hervor.

Waltraud Barton habe mit Ihrer Initiative „nicht nur die Namen der Opfer ihrer eigenen Familie bewahrt, sondern darüber hin-

Ein Eindruck von der Gedenkfeier

Fotos: HBF / Carina Karlovits

Mit Rosensträussen auf dem Weg zum Gedenkstein (v.r.): Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Weißrußlands Präsident Alexander Lukaschenko und Deutschlands Bundespräsident Frank Walter Steinmeier

aus dem kollektiven Gedächtnis Österreichs einen wertvollen Dienst erwiesen“, sprach der Bundespräsident seinen expliziten Dank aus. „Daß der unbeirrbare Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern die Schritte zur Umsetzung dieses Denkmals angestoßen hat, macht einmal mehr deutlich, was eine engagierte und entschlossene Zivilgesellschaft bewirken kann.“

Erst dieses Engagement habe einen Neubeginn in der österreichischen Erinnerung an die Toten von Maly Trostenez ermöglicht. Es stimme nachdenklich, „daß wir erst heute hier gemeinsam stehen, um den Grundstein für dieses Denkmal zu legen“, meinte der Bundespräsident. „Erst heute, das heißt fast 77 Jahre nach den ersten Deportationen von Wiener Jüdinnen und Juden nach Minsk.“

Altbundespräsident Heinz Fischer rief in Erinnerung, daß 2018 ein Jubiläumsjahr sei, in dem der 100. Jahrestag der Ausrufung der Ersten Republik, aber auch des Einmarsches deutscher Truppen in Österreich 1938 gedacht werde. Es sei unfaßbar, daß während des folgenden Nationalsozialismus Tausende Menschen hierher gebracht worden sei, um sie systematisch zu ermorden. Zumal das Töten mit einer „bürokratischen Exaktheit durchexerziert“ worden sei.

Geplant ist die Errichtung eines vom Architekten Daniel Sanwald entworfenen Denkmals, das aus einem Wettbewerb hervorging, bestehend aus zehn gleich große steinernen Stelen – als Symbol für die zehn „Wiener Transporte“ nach Maly Trostenez. Bruchkanten zeigen das willkürliche Herausreißen der Opfer aus der Gesellschaft.

Österreichs Botschafter in Minsk, Bernd Alexander Bayerl, hielt zudem fest, daß auch Angehörige anderer Religionsgemeinschaften sowie verschiedener politischen Gruppierungen (Kommunisten, Sozialisten, Christlichsoziale) an diesem Ort getötet worden seien.

Getragene Trauermusik aus Lautsprechern und züngelnde Flammen auf Videowalls sorgten bei der Eröffnung für einen feierlichen Rahmen. An den Bäumen des rundum liegenden Waldes erinnerten gelbe Namenszettel an die vielfach aus Wien stammenden Opfer. Zum Beispiel Therese Füchsel, Berthold Altenstein und Ziwie Messer, unter deren Gedenkbaum Van der Bellen nach jüdischer Tradition einen Stein niederlegte.

Es gelte, durch das gemeinsame Erinnern an die Vergangenheit eine gute Zukunft zu schaffen, erklärte Präsident Lukaschenko. Heutzutage würden Nazismus und Xenophobie aber keinen Halt vor Landesgrenzen machen, warnt er.

Die Bundespräsidenten Frank Walter Steinmeier und Alexander Van der Bellen legen beim Gedenkstein gemeinsam Rosen nieder.

Fotos: HBF / Carina Karlovits

Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit Gattin Doris Schmidauer im »Wald der Erinnerung« in Blagowschtschina

Präsident Steinmeier erklärte, „das Wissen, um das was hier geschehen ist“, werde „zu einer tonnenschweren Last“. Was hier geschehen sei, habe tiefe Wunden geschlagen. Die Errichtung einer Gedenkstätte sei daher von unschätzbarem Wert und erst durch die Bereitschaft Weißrußlands zur Versöhnung möglich geworden.

Er stehe hier „voller Scham, welches Leid Deutsche über dieses Land“ gebracht hätten.

Die gemeinsame europäische Verantwortung von „nie wieder Krieg“ gründe auf dem Wissen, was hier geschehen sei. Wer ein gemeinsames Europa wolle, müsse um die Geschichte wissen, erklärte Steinmeier.

Mit Lukaschenko hatte Van der Bellen vor seinem Rückflug noch einen Gesprächstermin. Dabei wollte er auch jene Themen anschneiden, derentwegen das Verhältnis von Belarus zur EU nicht so sei, wie es sein könnte, sagte der Bundespräsident und nannte die Todesstrafe als Beispiel, die in Weißrußland noch aktuell sei. Hingegen seien die wirtschaftlichen Beziehungen gut, konstatierte Alexander Van der Bellen. Auf diesem Gebiet dürfte es bereits Vertrauen geben, schlußfolgerte der Bundespräsident. *APA/PRK*

http://www.bundespraesident.at

https://de.wikipedia.org/wiki/Vernichtungslager_Maly_Trostinez

Meinungsaustausch mit EP-Präsident Tajani

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka: Enge Kooperation zwischen EU-Parlament und nationalen Parlamenten im Interesse Europas notwendig

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Gruppenfoto von der Konferenz der Präsidenten des europäischen und des österreichischen Parlaments in Wien

Kurz vor der Übernahme des EU-Ratsvorsitzes durch Österreich, der auch eine wesentliche parlamentarische Dimension umfaßt, hatten MandatarInnen aller fünf Parlamentsparteien am 19. Juni die Möglichkeit, mit dem Präsidenten des EU-Parlaments, Antonio Tajani, und den Fraktionsvorsitzenden einen Meinungsaustausch über die inhaltlichen Schwerpunkte für die kommenden sechs Monate zu führen. Die Aussprache fand unter dem Vorsitz von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsident Reinhard Todt statt.

Sobotka: Das Parlament plant eigene Initiativen zur Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit am Westbalkan

Sobotka unterstrich die zunehmende Bedeutung der parlamentarischen Dimension und einer engen Abstimmung zwischen dem Parlament des Vorsitzlandes und dem Europäischen Parlament, um Fortschritte im gemeinsamem europäischem Interesse zu erzielen. Der intensive parlamentarische Austausch unterschiedlicher Argumente sei wichtig und notwendig und trage wesentlich zum Gelingen eines bürgernahen Europas bei, so der allgemeine Tenor der Diskussion. Man könne sich durchaus weitere Formate im Interesse einer engeren Zusammenarbeit überlegen. Tajani bedauerte in diesem Zusammenhang, daß das Europäische Parlament im Gegensatz zu den nationalen Parlamenten noch immer über kein Initiativrecht verfügt.

Für Nationalratspräsident Sobotka bieten die geplanten interparlamentarische Tagungen im Herbst zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie zur EU-Wirtschafts- und Finanzpolitik aber auch die Konferenz der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (EuroLat-PV) eine gute Gelegenheit, parlamentarische Impulse zu geben. Als ein besonderes Anliegen unterstrich er die europäische Perspektive für die Staaten des Westbalkans und appellierte an die Gäste, diese Länder auch weiterhin aktiv auf ihrem Weg in die EU zu unterstützen. Am 9. Oktober wird sich eine Konferenz im Parlament mit diesem Thema befassen, wobei der Nationalratspräsident vor allem auch Initiativen zur Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit am Westbalkan plant.

Todt: Wir brauchen ein Europa, das den sozialen Zusammenhalt schützt

Der Bundesratspräsident griff das Motto des österreichischen Ratsvorsitzes „Europa, das schützt“ auf und will dies nicht nur unter dem sicherheitspolitischen, sondern vor allem auch unter einem sozialpolitischen Aspekt sehen. „Wir brauchen ein Europa, das den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft in der EU und darüber hinaus schützt“, sagte Todt. Europa stehe derzeit vor großen Herausforderungen und gerate durch äußere politische Umstände, aber auch durch Entwicklungen innerhalb der Union massiv unter Druck. Der Fokus müsse daher auf einem geeinten Europa liegen, man müsse einen Pol der Stabilität schaffen, von dem Sicherheit, Frieden und sozialer Wohlstand ausgehe. Diese Position wurde von vielen unterstützt, wobei sich einige vehement für eine Sozialunion einsetzten. Einigkeit bestand auch

Österreich, Europa und die Welt

darin, daß man sich – auch im Zusammenhang mit der Frage der sozialen Sicherheit – dem Thema Digitalisierung noch mehr widmen müsse, vor allem auch auf der Ebene der Volksvertretungen. Der österreichische Bundesrat befaßt sich seit längerer Zeit intensiv mit diesen Fragen.

Als Vorsitzender der Länderkammer ist Todt auch das Prinzip der Subsidiarität wichtig. Dieses dürfe aber nicht als Nationalismus-Keule mißbraucht werden, warnte er.

Tajani: Lösung der Migrationsfrage ist eine Überlebensfrage der EU

Als eine der wesentlichen Herausforderungen bezeichneten die österreichischen sowie die EU-ParlamentarierInnen die Lösung der Migrationsfrage, wenn auch mit unterschiedlichen Zugängen. Wenn es dafür keine europäische Lösung gibt, dann kommen nationale Lösungen, und das führt zu einem Konflikt zwischen den Mitgliedsstaaten, der das Überleben der Union gefährdet, warnte Tajani eindringlich. Notwendig sei der Schutz der Außengrenzen sowie eine enge Kooperation mit Drittstaaten, wobei Solidarität mit Bestimmtheit zu verknüpfen sei. Tajani kann sich auch die Einrichtung sogenannter Hotspots vorstellen, dazu müßten aber auch finanzielle Entscheidungen getroffen werden. Die Einbindung der UNO und die strikte Gewährleistung der Menschenrechte sieht er dabei als unabdingliche Voraussetzung.

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

v.l.: Bundesratspräsident Reinhard Todt, Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Große Sorge bereitet den ParlamentarierInnen auch die aggressive Handelspolitik, die eine klare Antwort der EU erfordert, zumal gerade der Stahlsektor als einer der Schlüsselbereiche europäischer Industriepolitik betroffen ist.

Tajani möchte auch einen Fokus auf den Klimaschutz legen und sieht dabei die Wirtschaftspolitik keineswegs als Gegner. Vielmehr bringe eine digitalisierte Wirtschaft und die Forcierung von E-Mobilität weniger Schadstoffausstoß. Europa sollte seine Vorreiterrolle weiter ausbauen, sagte Tajani, wenngleich er einräumte, daß die gegenwärtige Politik der USA den globalen Klimaschutz erschwere.

Thema war auch kurz der Mehrjährige Finanzrahmen, wobei Tajani die Position des Europäischen Parlaments nach einer Ausweitung auf 1,3 Prozent des Bruttonationaleinkommens bekräftigte. Das bedeute keineswegs, daß die BürgerInnen mehr zahlen müssen, vielmehr gehe es um mehr Eigenmittel, stellte er fest. ■

http://www.parlament.gv.at

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Ein Blick auf die KonferenzteilnehmerInnen in der Wiener Hofburg, dem Ausweichquartier des Parlaments während der Sanierungsarbeiten

Kneissl bei internationalen Organisationen in Genf

Außenministerin Karin Kneissl besuchte am 26. Juni die internationalen Organisationen in Genf. In ihrer Rede vor der UNO-Abrüstungskonferenz betonte sie die Bedeutung des Atomwaffensperrvertrages, an dessen Zustandekommen Österreich in den vergangenen Jahren führend mitgearbeitet hatte: „Nachdem Biologie-und Chemiewaffen seit Jahren verboten sind, hat der Atomwaffenverbotsvertrag endlich auch für die schrecklichste Massenvernichtungswaffe ein Verbot gebracht." Die Außenministerin verurteilte den Einsatz von Chemiewaffen, wie in Syrien, und forderte die Schaffung eines unparteiischen multilateralen Mechanismus zur Feststellung der Verantwortlichen.

Außenministerin Karin Kneissl bei der UN-Abrüstungskonferenz in Genf…

Rede vor dem UNO-Menschenrechtsrat

„Es gibt keine sinnvolle Alternative dazu, die gemeinsamen Probleme durch Dialog, Koordination und internationale Zusammenarbeit zu bewältigen", erklärte Kneissl in ihrer Rede vor dem UNO-Menschenrechtsrat und verwies auf das 25jährige Jubiläum der Wiener Weltkonferenz für Menschenrechte, die wesentlich zum Aufbau des internationalen Systems zum Schutz der Menschenrechte beigetragen hatte. Außerdem ersuchte die Außenministerin um Unterstützung für die österreichische Kandidatur für die Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat im Zeitraum 2019-2021.*)

… bei ihrer Rede vor dem Plenum des UN-Menschenrechtsrats …

Der Schutz der Frauenrechte bildete einen Schwerpunkt der laufenden Tagung des Menschenrechtsrates. Die Außenministerin verurteilte in ihrer Rede die Tatsache, daß im Jahr 2018 noch immer mehr als 200 Millionen Frauen und Mädchen Opfer weiblicher Genitalverstümmelung werden. „Diese massive Verletzung der Rechte von Frauen und Mädchen ist durch keine religiöse, kulturelle

Fotos: BMEIA

… und bei ihrem Treffen mit UN-Flüchtlingshochkommissar Filippo Grandi

*) Der UN-Menschenrechtsrat löste im Rahmen der von UN-Generalsekretär Kofi Annan vorangetriebenen Reform der Vereinten Nationen im Juni 2006 die UN-Menschenrechtskommission ab. Der Rat kann, wie bereits die Menschenrechtskommission, mit absoluter Mehrheit die Entsendung von Beobachtern zur Überwachung der Menschenrechtssituation in einem Mitgliedsstaat beschließen. Jedoch gehören ihm nur noch 47 Mitglieder an, seitdem einige institutionelle Änderungen vorgenommen wurden.
https://de.wikipedia.org/wiki/UN-Menschenrechtsrat

oder andere Gründe zu rechtfertigen“, so Kneissl. Die ADA, die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, stelle daher für 2018 eine Million Euro für Projekte gegen weibliche Genitalverstümmelung in Ländern des Sahel und am Horn von Afrika zur Verfügung.

Einen weiteren Programmpunkt bildete eine Podiumsdiskussion zum Schutz von Binnenvertriebenen, einem jahrzehntelangen Schwerpunkt des österreichischen menschenrechtlichen Engagements.

Treffen mit Filippo Grandi, Yves Daccord und Staffan de Mistura

Im Rahmen ihres Besuches in Genf traf die Außenministerin zudem mit dem UNO-Flüchtlingshochkommissar Filippo Grandi, dem Generalsekretär des Internationalen Komitees des Roten Kreuz (IKRK) Yves Daccord sowie mit dem UNO-Sondergesandten für Syrien Staffan de Mistura zusammen. Mit Hochkommissar Grandi besprach Kneissl die aktuellen Flüchtlingsbewegungen in den Nachbarstaaten Syriens sowie Migrationsbewegungen in Nordafrika. IKRK-Generalsekretär Daccord dankte der Ministerin für die deutlich gestiegenen finanziellen Beiträge Österreichs an seine Organisation. „Das IKRK ist für uns ein höchst verläßlicher und professioneller Partner bei der Leistung humanitärer Hilfe, selbst in den gefährlichsten Konfliktregionen in Syrien, Jemen, Südsudan oder Afghanistan“, so die Außenministerin. ■

https://www.bmeia.gv.at

Fotos: BMEIA

Die Außenministerin traf auch den Generalsekretär des IKRK, Yves Daccord, sowie …

Konsularischer Schutz im Ausland im Rahmen der Europäischen Union

Schon Artikel 23 des EU-Vertrags besagt, daß außerhalb des Hoheitsgebiets der Europäischen Union jeder EU-Bürger sich an eine Botschaft oder Konsulat eines jeden anderen EU-Mitgliedsstaats wenden kann, wenn sein eigener Staat dort keine Botschaft oder kein Konsulat hat und er diplomatischen oder konsularischen Schutz benötigt. Gewährt werden muß diese Hilfeleistung unter denselben Bedingungen wie sie für die eigenen Staatsangehörigen dieses Staates gelten.

Nähere Bestimmungen zur Konkretisierung und Harmonisierung dieses Rechtsanspruchs sind in einer *Richtlinie zur Erleichterung des konsularischen Schutzes von nicht vertretenen Unionsbürgern in Drittländern* enthalten, die alle Mitgliedsstaaten bis 1. Mai 2018 in ihr nationales Recht umsetzen mußten.

Wenn Sie sich demnach außerhalb der EU in einem Staat aufhalten, in dem Österreich keine Vertretungsbehörde hat, können auch Sie als AuslandsösterreicherIn sich an die Botschaft oder Konsulat eines anderen Mitgliedsstaats mit dem Ersuchen um Schutz wenden. Grundsätzlich können Sie sich an jeden anderen Mitgliedsstaat wenden, doch kann vor Ort eine Arbeitsteilung zwischen den Botschaften und Konsulaten vereinbart sein; Ihr Ersuchen um Schutz wird dann umgehend an den zuständigen Mitgliedsstaat weitergeleitet.

Dieser konsularische Schutz umfaßt unter anderem die Hilfeleistung bei Festnahme oder Haft, zum Schutz der Opfer einer Straftat, bei einem schweren Unfall oder einer schweren Erkrankung, bei einem Todesfall oder bei der Unterstützung und Rückführung in Notfällen.

Nachweisen müssen Sie dafür Ihre Unionsbürgerschaft, am einfachsten durch Vorlage eines Reisepasses oder Personalausweises, doch kann dies auch auf andere Weise geschehen.

Weiterführende Informationen, insbesondere auch zu den Botschaften oder Konsulaten der EU Mitgliedsstaaten weltweit, finden Sie auf der Homepage der EU: ***https://ec.europa.eu/consularprotection/content/about-consular_de***

Ein Beitrag des Büros für AuslandsösterreicherInnen im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres.

EUROPA INTEGRATION ÄUSSERES
BUNDESMINISTERIUM REPUBLIK ÖSTERREICH

23. Europa-Forum Wachau im Stift Göttweig

LH Mikl-Leitner: Europa wird erfolgreich sein, wenn es auf Zukunftsthemen setzt – Podiumsdiskussion mit Vertretern der Westbalkan-Staaten

Foto: BKA / Dragan Tatic

v.l.: Duško Markovic, Premierminister von Montenegro, Andrej Plenkovic, Premierminister der Republik Kroatien, Ana Brnabic, Premierministerin der Republik Serbien, Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, die bulgarische Ministerin Lilyana Pavlova, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Abt Columban Luser, Landesrat Martin Eichtinger und Moderator Prof. Paul Lendvai

Europa-Landesrat Martin Eichtinger eröffnete das internationale Forum gemeinsam mit Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner. 600 Gäste aus ganz Europa waren dabei im Stift Göttweig zusammengetroffen. „Es freut und ehrt mich zugleich, das 23. Europa-Forum Wachau veranstalten und eröffnen zu dürfen. Zahlreiche hochrangige Gäste sind an diesen Tagen in der Wachau zu Gast. Im Fokus steht neben dem Generalthema auch die bevorstehende EU-Ratspräsidentschaft“, so Eichtinger.

„Großbritanniens Ausstieg aus der EU ist ein schwerer Verlust für Europa, der ‚Brexit‘ zeigt aber eines ganz klar: Richtungsweisende Entscheidungen einer Gesellschaft benötigen einen qualifizierten Konsens“, so Eichtinger. „In Niederösterreich stehen wir für Stabilität, Sicherheit und für das Miteinander.“ Der Landesrat erwähnte eingangs, daß die blau-gelben Farben Europas auch seit Ewigkeiten die Landesfarben von Niederösterreich seien.

„Eine große Verantwortung steht Österreich bevor, wenn wir heuer zum dritten Mal die EU-Ratspräsidentschaft ausrichten“, so Eichtinger. „Das Ziel lautet klar: Der Herzschlag Europas muß in den Regionen pulsieren. Dazu müssen wir die Regionen weiter stärken. Der EU-Finanzrahmen ist dabei für

Foto: NLK / Pfeiffer

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner bei ihrer Begrüßungsrede

Niederösterreich wesentlich. Wir haben gekämpft und dank Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner einen Teilsieg errungen. Es haben sich 342 europäische Regionen unter der Führung von unserer Landeshauptfrau zusammengeschlossen und dadurch ihr Ziel in Brüssel erreicht: allen Regionen in der EU werden weiterhin Fördermittel zur Verfügung gestellt", so Eichtinger. „Wir haben bereits ein nächstes Ziel: Die EU-Fördermittel für Niederösterreich müssen gesichert bleiben."

„Mit unseren vielfältigen Regionalprojekten setzen wir wichtige Impulse für grenzüberschreitende Maßnahmen, die unsere gemeinsame Europa-Identität formen und festigen. Die EU muß für alle Niederösterreichinnen und Niederösterreicher spürbar sein, deshalb haben wir das heurige Europa-Forum Wachau geöffnet und bürgernaher gestaltet", so Eichtinger.

„Wir haben nicht nur eine niederösterreichische und österreichische Identität, sondern auch eine Europäische. Darauf sollten wir stolzer sein, als wir es derzeit sind", so Eichtinger. „Denn für die meisten Menschen ist Europa nur ein politischer Begriff. Europa ist jedoch viel mehr: es hat uns Frieden gesichert, Stabilität gebracht und unsere Lebensqualität gesteigert. Dessen sollten wir uns tagtäglich bewußt sein."

Landesrat Eichtinger dankte dann seiner Vorgängerin Barbara Schwarz für die professionelle Vorarbeit in den vorangegangenen Jahren.

Foto: NLK / Burchhart

Niederösterreichs Europa-Landesrat Martin Eichtinger

Landeshauptfrau Mikl-Leitner: Auf Zukunftsthemen setzen

Doing less more efficiently – Fokus auf das Wesentliche als Leitthema der Zukunft Europas" – so lautete das Generalthema des Europa-Forums Wachau. In ihrer Eröffnungsrede Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Europa werde dann erfolgreich sein, „wenn es den Menschen ein sicheres Zuhause bietet". Angesichts von Terror und Migrationskrise brauche es mehr denn je eine gemeinsame europäische Sicherheitsstrategie, es brauche ausreichend Mittel für einen europäisch organisierten Grenz- und Küstenschutz, und es brauche eine enge Verzahnung der nationalen Streitkräfte.

Weiters betonte Mikl-Leitner: „Europa wird dann erfolgreich sein, wenn es auf Zukunftsthemen setzt – Regionen und Menschen miteinander vernetzt." In diesem Zu–sammenhang sei Niederösterreich „ein Vorzeige-Beispiel", verwies sie auf den Aufbau der Wissenschaftsachse mit Einrichtungen wie dem IST Austria oder den Ausbau der Mobilität, bei dem man den europäischen Gedanken lebe, etwa mit dem Konzept einer neuen Straßenverbindung durch Mitteleuropa: „Eine Europaspange, die die Wirtschaftsräume St. Pölten/Wien/Bratislava, Linz/Wels/Süddeutschland und Budweis/Prag und Brünn verbindet – und gleichzeitig das nördliche und östliche Niederösterreich anbindet."

Um erfolgreich zu sein, müsse Europa „weiterhin auf die Regionen und gewachsene Strukturen setzen", nannte die Landeshauptfrau einen weiteren Aspekt. Statt „europäisch oder national" sollte es heißen „europäisch und regional", betonte sie: „Europa ist unser Dach, die Region ist unser Wohnzimmer. Beides gemeinsam ist unser Haus." Starke und handlungsfähige Regionen müßten auch in Zukunft ausreichend Mittel zur Verfügung haben, forderte sie: „Im Konkreten betrifft das die Regionalförderung und Förderungen im Agrarbereich, die für die Entwicklung vieler Regionen und Arbeitsplätze in der Landwirtschaft entscheidend und unverzichtbar sind."

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BMEIA

Außenministerin Karin Kneissl, die bulgarische Ministerin Lilyana Pavlova und Johannes Hahn, EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen

Blümel: Mit Europa aufgewachsen

„Für mich ist Europa Heimat“, sagte der Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien im Bundeskanzleramt der Republik Österreich, Gernot Blümel: „Dieses Europa ist für meine Generation etwas, womit wir aufgewachsen sind.“ Er erinnerte aber auch an die Abstimmung der Briten im Jahr 2016 und an die Migrationskrise: „Hier ging auch Vertrauen in Europa verloren.“ Im Zuge der österreichischen Ratspräsidentschaft wolle man Antworten geben auf die Fragen nach Migration, Wohlstandsverlust und Stabilität.

Kneissl: Sind Teil eines europäischen Kulturerbes

Karin Kneissl, Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres, sprach im Zusammenhang mit dem Durchbruch beim Namensstreit zwischen Nord-Mazedonien und Griechenland von „der guten Nachricht in dieser Woche“. Dieser „diplomatische Seilakt“ solle „ein Vorbild sein“, meinte sie. Mit Blick auf Südosteuropa hielt sie fest: „Es handelt sich hier um einen wesentlichen Teil Europas“. Für Südosteuropa gehe es auch „um die Perspektive: wir alle sind ein Teil eines europäischen Kulturerbes“.

Begrüßung und Moderation

Die Begrüßung seitens des Stiftes übernahm Abt Columban Luser, er wünschte dem Europa-Forum „viel Licht, Mut und Optimismus auf dem Weg in ein zukunftsfittes Europa“.

Die Moderation der Plenarveranstaltung erfolgte durch Prof. Paul Lendvai.

Ein Europa, das schützt

Im Zuge des Eröffnungstages fand auch eine prominent besetzte Podiumsdiskussion zum Thema „Ein Europa, das schützt: Stabilität in der Nachbarschaft, insbesondere am Westbalkan und in Südosteuropa“ statt. Unter dem Vorsitz von „Welt“-Korrespondentin Stefanie Bolzen diskutierten Valentin Inzko (Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina), Lilyana Pavlova (Ministerin für die Bulgarische Präsidentschaft im Rat der EU) und Johannes Hahn (EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen).

„Jedes Jahr verlassen in Bosnien-Herzegowina 20.000 junge Menschen das Land. Sie wollen jetzt in die EU und nicht erst 2030“, sagte Valentin Inzko in seinem Eingangsstatement. Der Balkan sei „ein Exporteur von Talenten“, betonte er: „Wir haben große Talente, geben wir ihnen eine Chance.“ Lilyana Pavlova blickte auf die zu Ende gehende bulgarische Ratspräsidentschaft zurück. 2018 sei „ein entscheidender Moment für Europa“, betonte sie: „Wir sprechen über die Zukunft Europas und sind mit vielen Herausforderungen konfrontiert. Für Johannes Hahn ist es „wichtig, ein europäisches Selbstbewußtsein zu entwickeln“, denn „wir Europäer sind global gesehen ein Faktor“.

Europa sei für mehr als 80 Staaten in der Welt der Handelspartner Nummer eins und der aktivste Finanzinvestor in anderen Regionen der Welt, so Johannes Hahn.

Der zweite Tag

Der zweite Veranstaltungstag stand im Zeichen einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion. Nach der Begrüßung durch Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Bundeskanzler Sebastian Kurz diskutierten die Premierminister der Republik Kroatien, Montenegro und der Republik Serbien, Andrej Plenkovic, Duško Markovic und Ana Brnabic sowie der stellvertretende Exekutiv-Direktor von Frontex, Berndt Körner, über das Thema Sicherheit und Migration.

Für Landeshauptfrau Mikl-Leitner hätten die Workshops mit Schülern, Studenten und EU-Gemeinderäten, die heuer im Vorfeld des Europa-Forums erstmals abgehalten wurden gezeigt, daß sich die jungen Menschen „als Europäer fühlen und verstehen“. Sie hätten sich in diesen Workshops unter anderem dafür ausgesprochen, die positiven Errungenschaften der Europäischen Union durch die Politik und die Medien selbstbewußter vor den Vorhang zu holen und „dieses Europa transparenter und für die Menschen besser spürbar werden zu lassen“.

Stabilität und Sicherheit brauche es nicht nur innerhalb von Europa, sondern auch an den EU-Außengrenzen und in den Westbalkan-Ländern, so Mikl-Leitner weiter. Es sei deshalb „unsere gemeinsame Verantwortung und Aufgabe“ den Westbalkan-Ländern eine glaubhafte und konkrete Perspektive zu geben. Damit die Westbalkan-Staaten „unter dem gemeinsamen Dach Europas einziehen können“ müßten die Länder „an unsere Standards“ herangeführt und die demokratische Struktur und Rechtsstaatlichkeit in diesen Ländern gestärkt werden. „Das wäre ein Aufschwung und Gewinn für die Westbalkan-Länder und auch ein Gewinn für ganz Europa.“ Die österreichische Rats-Präsidentschaft werde deshalb auch die Beziehungen der EU zu ihren Nachbarn und im speziellen zu den Westbalkan-Ländern in den Mittelpunkt stellen.

Zu den derzeitigen Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen sagte Mikl-Leitner: „Die EU ist nicht nur eine Währungs-Union, sondern vor allem eine Werte-Union, und das muß sich auch im gemeinsamen Finanzrahmen widerspiegeln.“ Die größte Migrationskrise seit dem Zweiten Weltkrieg habe zudem gezeigt, daß es eine EU brauche, die „stark und gleichzeitig und flexibel ist“, um auf neue Herausforderungen reagieren zu können.

Österreich, Europa und die Welt

Kurz: Die EU muß schlanker, geeinter und fokussierter werden

Bundeskanzler Sebastian Kurz sagte, die Europäische Union müsse sich heute in einer „stark veränderten Welt“ behaupten. Europa habe große Fortschritte erzielt etwa in der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, müsse gleichzeitig mit Großbritannien auch den Austritt eines Mitgliedsstaates verkraften. Durch die Flüchtlingskrise sei es zu mehr Spannungen innerhalb der EU gekommen. „Die EU muß schlanker, geeinter und fokussierter werden und die Entscheidungsprozesse der heutigen Zeit anpassen“, ist Kurz überzeugt. Man müsse auch darüber nachdenken, ob es nicht Sinn macht, „die Kommission zu verkleinern und die Verwaltung zu verschlanken“. Debatten innerhalb der EU sollten zudem „auf gleicher Augenhöhe“ geführt werden. Kurz: „Die EU ist in ihrer Vielfalt geeint und nicht in ihrer Gleichheit getrennt.“ Im Mittelpunkt des österreichischen EU-Rats-Vorsitzes stünden Sicherheit und der Schutz der Außengrenze, der Wettbewerb und die Nachbarschaftspolitik.

Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Sebastian Kurz sagte in seiner Rede: »Die EU ist in ihrer Vielfalt geeint und nicht in ihrer Gleichheit getrennt.«

Plenkovic: Schengenkriterien und Euro

Andrej Plenkovic, Premierminister der Republik Kroatien, sagte im Rahmen der Podiumsdiskussion, daß Kroatien die Schengen-Kriterien bis Mitte 2019 erfüllen und auch Mitglied der Eurozone werden wolle. Ein großes Anliegen sei Kroatien der Schutz der Außengrenzen und ein verstärkter Dialog mit den Nachbarländern.

Markovic: Zu Europa gehören

Duško Markovic, Premierminister von Montenegro, bedauert es, daß es am Westbalkan nach wie vor keine stabile Sicherheitslage geben würde. Das wolle man ändern, auch um rasch „zu Europa zu gehören“. Zudem sei der Westbalkan eine wichtige Barriere für jene, die nach Europa kommen wollen.

Brnabic: Europa ist wichtig für Balkan

Ana Brnabic, Premierministerin der Republik Serbien, ist überzeugt, daß „Europa für den Balkan und der Balkan für Europa wichtig ist“, insbesondere was die Sicherheit, aber auch Werte anbelange. Bereits im Zuge der „großen Flüchtlingskrise“ habe sich Serbien als „verläßlicher Partner für Europa erwiesen“.

Körner: Aufgaben zu Ziele von Frontex

Berndt Körner, stellvertretender Frontex-Exekutiv-Direktor, informierte über die Aufgaben und Ziele von Frontex im Rahmen des europäischen Grenz- und Küstenschutzes. 1200 bis 1700 Personen seien pro Woche im Einsatz. Frontex sei „koordinierend und unterstützend tätig, aber auch exekutierend“ im Einsatz. Im Vorjahr habe Frontex mit 341 Flügen 14.200 Personen rückgeführt.

Foto: BKA / Dragan Tatic

Der Abt von Stift Göttweig, Columban Luser, bei der Begrüßung von Bundeskanzler Sebastian Kurz (rechts) und EU-Landesrat Martin Eichtinger (in der Bildmitte)

Zum Abschluß dankte Landesrat Martin Eichtinger in seiner Funktion als Präsident des Europa-Forum Wachau allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern am diesjährigen Europa-Forum Wachau. ■

https://europaforum.at
http://www.noel.gv.at

Wirtschafts- und Tourismus-delegation reiste nach China

Die rund 30köpfige Delegation aus dem Burgenland – mit Landeshauptmann Hans Niessl, Landtagspräsident Christian Illedits, Tourismuslandesrat Alexander Petschnig an der Spitze – absolvierte ein umfangreiches Programm.

Fotos: Bgld. Landesmedienservice

Wirtschafts- und Tourismusdelegation aus dem Burgenland bei der Ankunft in Hongkong am 10. Juni. Empfangen wurde sie durch den stellvertretenden Generalkonsul Michael Kratzer (re. v. LH Niessl) und Kulturrat Arnold Obermayr (re. neben Generalkonsul Kratzer).

Am 10. Juni war die rund 31köpfige Delegation – mit hochrangigen Vertretern aus Wirschaft und Tourismus – in Hongkong eingetroffen, wo sie vom stellvertretenden Generalkonsul Michael Kratzer und Kulturrat Arnold Obermayr in Empfang genommen wurde.

Noch am selben Tag stand ein Treffen von Landeshauptmann Hans Niessl, Landtagspräsident Christian Illedits und Wirtschafts- und Tourismuslandesrat Alexander Petschnig mit Helmut Sohmen, dem Ehrenpräsidenten der Österreichischen Gesellschaft zur Förderung freundschaftlicher und kultureller Beziehungen zur VR China (ÖGCF), auf dem Programm.

Ein weiterer Programmpunkt war der Besuch der „Hongkong Polytechnic University“ (PolyU), einer der angesehensten Universitäten im Bereich der Forschung, am 11. Juni. Dabei standen Gespräche im Hinblick auf

Erstes Treffen nach Ankunft der Delegation in Hongkong (v.l.): Tourismuslandesrat Alexander Petschnig, LH Hans Niessl, Helmut Sohmen, Ehrenpräsident der Österreichischen Gesellschaft zur Förderung freundschaftlicher und kultureller Beziehungen zur VR China (ÖGCF), Landtagspräsident Christian Illedits und Generalkonsul Michael Kratzer

Österreich, Europa und die Welt

die Vertiefung der Kooperation zwischen dem Burgenland und der PolyU im Forschungs- und Bildungsbereich im Mittelpunkt; bereits in der Vergangenheit gab es eine Zusammenarbeit der Forschung Burgenland und der PolyU im Bereich der Energieeffizienz.

„Das Thema Forschung ist im Burgenland von hoher Bedeutung. Durch große Anstrengungen ist es uns in den letzten 15 Jahren gelungen, die Forschungsquote nahezu zu verdoppeln. Das Projekt ‚Open Rail Lab' zur Erprobung des autonomen Fahrens auf Schienen oder die jüngst abgeschlossene Kooperation mit der Joanneum Research sind nur einige Beispiele für die Bemühungen des Burgenlandes, Forschung und Entwicklung voranzutreiben. Gerade in China besteht großes Interesse an Kooperationen und am Austausch von Know-how. Von der Fortführung der Zusammenarbeit zwischen der Forschung Burgenland und der Hongkong Polytechnic University können beide Seiten profitieren", so Niessl.

Niessl unterstrich in seiner Präsentation die Vorreiterrolle des Burgenlandes bei der Nutzung von Windkraft, mit der bereits 150 Prozent der im Burgenland benötigten Energie gewonnen würden. Als Ergebnis der Gespräche von Niessl, Petschnig und Marcus Keding, Geschäftsführer der Forschung Burgenland, mit Prof. Alex Wai, Vizepräsident der PolyU, und weiteren Vertretern der Universität wurde die Vertiefung der bereits in der Vergangenheit bei einigen Projekten erfolgten Zusammenarbeit zwischen der Forschung Burgenland und der „Hongkong Polytechnic University" vereinbart.

Bild oben (v.r.): Landeshauptmann Hans Niessl, der stellvertretende Generalkonsul Michael Kratzer und Kulturrat Arnold Obermayr. Bild unten: Hans Niessl mit Bürgermeister Ye Niuping vor der Eröffnung der 4. Europäisch-Chinesischen Mittelstandskonferenz in Jieyang.

Fotos: Bgld. Landesmedienservice

Vertiefende Zusammenarbeit mit der „Hongkong Polytechnic University" vereinbart. V.l.: Professoren der PolyU, Kulturrat Arnold Obermayr (3.v.l.), Marcus Keding, Geschäftsführer der Forschung Burgenland, LR Alexander Petschnig, Prof. Alex Wai, Vizepräsident der PolyU, LH Hans Niessl, LT-Präs. Christian Illedits, stv. Generalkonsul Michael Kratzer und Vertreter der PolyU

Fotos: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl bei seiner Rede auf der 4. Europäisch-Chinesischen Mittelstandskonferenz in der Millionenmetropole Jieyang

Das Burgenland im Blickpunkt bei Wirtschaftskonferenz

Am 13. Juni stand die Teilnahme an der 4. Europäisch-Chinesischen Mittelstandskonferenz in der Millionenmetropole Jieyang auf dem Programm, wo es bei der Ankunft der burgenländischen Delegation einen herzlichen Empfang durch die stellvertretende Oberbürgermeisterin Yao Lixuan gab.

Die Region rund um Jieyang und Shenzhen, auch „Perlflußdelta" genannt, ist eine der dynamischsten und wirtschaftsmächtigsten Regionen Chinas. Mehr als 40 Prozent der in China 2016 beantragten Patente kamen aus dieser Region, rund 10 Prozent des chinesischen Bruttoinlandsprodukts werden dort erwirtschaftet.

Derzeit investiert Jieyang enorm in den Ausbau der Windkraft.

Nach einer Begrüßung der Delegation durch Bürgermeister Ye Niuping fand die Eröffnung der Mittelstandskonferenz statt. Im besonderen Fokus stand dabei Umwelttechnologie; die Konferenz dient dem Aufbau von Kontakten zwischen Experten, potentiellen Investoren und Unternehmen aus China und europäischen Ländern im Hinblick auf künftige wirtschaftliche Kooperationen.

Niessl präsentierte vor rund 200 Staats-, Industrie- und Handelsvertretern aus China und den europäischen Ländern das Burgenland und seine Strategie im Bereich der Erneuerbaren Energie. Die Vertreter der Wirtschaft und Winzer aus dem Burgenland nutzten die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme und zu Gesprächen mit potentiellen Geschäftspartnern aus China. „Die Mittelstandskonferenz ist eine ideale Plattform für Geschäftsanbahnungen für kleine und mittlere Unternehmen. Wir konnten hier sehr gute Gespräche führen, auch unsere Winzer konnten vielversprechende Kontakte knüpfen. Für burgenländische Unternehmen eröffnen sich große Chancen auf diesem riesigen Markt", zog Niessl eine positive Bilanz. Auch der Tourismus könnte profitieren, ist Tourismuslandesrat Alexander Petschnig überzeugt: „Das Outlet Center Parndorf ist für Österreich-Besucher aus China ein bekanntes und immer beliebteres Ziel. Das läßt sich mit entsprechenden Marketingmaßnahmen sicher für den burgenländischen Tourismus nutzen".

Empfang durch die stellvertretende Oberbürgermeisterin Yao Lixuan in Jieyang (v.l.): Landtagspräsident Christian Illedits, stv. Oberbürgermeisterin Yao Lixuan, Landeshauptmann Hans Niessl und Landesrat Alexander Petschnig

Aus dem Perlflußdelta reiste die burgenländische Delegation weiter nach Changsha in der Provinz Hunan, mit der das Burgenland seit 1989 eine Partnerschaft verbindet.

Nach diesen erfolgreichen Erstgesprächen mit Verantwortlichen von chinesischen Firmen reiste die Delegation weiter nach Changsha, der Hauptstadt der Partnerprovinz Hunan und wurde dort von Xu Dazhe, dem Gouverneur der Volksregierung der Provinz Hunan, und Vize-Gouverneurin WU Guiying in Empfang genommen.

Österreich, Europa und die Welt

Im Zeichen der burgenländisch-chinesischen Freundschaft

In einem ersten internen Gespräch zu den Themen Wirtschaftswachstum, Tourismus und Weinwirtschaft erkundigte sich Gouverneur Xu Dazhe vor allem darüber, wie man bei einem so großen Steppensee, wie dem Neusiedler See, eine derart gute Wasserqualität erreichen und entsprechend absichern kann. In der Partnerprovinz Hunan liegt nämlich der mit 2.820 km² zweitgrößte Binnensee der Volksrepublik China. Diesen möchte die Regierung von Hunan für die Trinkwasserversorgung nutzen und hat Landeshauptmann Hans Niessl um Unterstützung gebeten. Weiters wollte der Gouverneur auch Detailinformationen hinsichtlich Erneuerbare Energie, Luftreinhaltung und Energieeffizienz in Erfahrung bringen. Daß das Burgenland 150 Prozent des burgenländischen Strombedarfs aus sauberer, erneuerbarer Energie gewinnt, war für Xu Dazhe äußerst beeindruckend.

2020 soll die Partnerschaft zwischen dem Burgenland und Hunan durch besondere kulturelle Veranstaltungen gemeinsam gefeiert werden. Landeshauptmann Hans Niessl, der gemeinsam mit Vize-Gouverneurin WU Guiying auch den „Hunan-Burgenland Business Day“ eröffnete, bei dem die Winzer und Wirtschaftsvertreter des Burgenlandes gute und äußerst produktive Gespräche führen konnten, lud den Gouverneur ein, mit einer Delegation das Burgenland zu besuchen, was dieser dankend annahm.

Die Beziehungen des Burgenlandes zu China haben bereits Tradition. Unter Landeshauptmann Karl Stix kam zu einer Partnerschaft des Burgenlandes mit der südchinesischen Provinz Hunan. Unterzeichnet wurde dieses Übereinkommen im Jahr 1999. Die bereits bestehenden Beziehungen werden seitdem besonders auf den Gebieten Wirtschaft, Handel, Kultur, Bildung und Gesundheitswesen intensiviert.

v.l.: Wirtschafts- und Tourismuslandesrat Alexander Petschnig, Vize-Gouverneurin Wu Guiying, Landeshauptmann Hans Niessl, Gouverneur Xu Dazhe, Landtagspräsident Christian Illedits und Regierungsmitglied Wang Qun

Fotos: Bgld. Landesmedienservice

Bürgermeister Markus Binder (2. v.l.) und Vizebürgermeister Jürgen Marx (3. v.l.) besiegelten mit der Unterfertigung des »Memorandum of Understanding zur Herstellung von freundschaftlichen Beziehungen« die Partnerschaft zwischen Mörbisch am See und Zhangjiajie

Partnerschaft zwischen Mörbisch am See und Zhangjiajie besiegelt

Das Burgenland und die chinesische Stadt Zhangjjajie haben viele Gemeinsamkeiten. Beide Regionen sind bei den Touristen sehr beliebt. Die Stadt Zhangjiajie ist eine der bedeutendsten Tourismusstädte Chinas. Jährlich besuchen zig-Millionen Gäste die Stadt. Eine weitere Besonderheit der beiden Regionen ist ihre Einzigartigkeit. Das seit dem Jahr 1992 als UNESCO-Weltnaturerbe geschützte Gebiet der „Wulingyuan Scenic Area“ ist eines der großartigsten Berglandschaften Chinas und ein beliebtes Urlaubsgebiet. Auch die Region rund um den Neusiedler See wurde im Jahr 2001 als grenzüberschreitendes UNESCO-Weltkulturerbe eingetragen.

Eine weitere Gemeinsamkeit gibt es zwischen der burgenländischen Festspielgemeinde Mörbisch am See und Zhangjiajie, denn beide verfügen über berühmte Freiluftbühnen. Im Rahmen des Besuchs der Delegation wurde nunmehr ein „Memorandum of Understanding zur Herstellung von freundschaftlichen Beziehungen“ zwischen Mörbisch am See und Zhangjiajie unterfertigt. „Es freut mich sehr, daß diese beiden herausragenden und einzigartigen Landschaften durch die Unterzeichnung des ‚Memorandums of Understanding zur Herstellung von freundschaftlichen Beziehungen zwischen Mörbisch am See und Zhangjjajie‘ nun miteinander verbunden werden. Mit der Unterfertigung dieses Memorandums werden un–sere sehr guten Kontakte der letzten Jahre weiter ausgebaut und intensiviert. Ich bin davon überzeugt, daß diese neue Partnerschaft auch im Bereich des Tourismus viele neue Wege für beide Regionen öffnen und zu einer Win-Win-Situation für beide Seiten führen wird“, so Landeshauptmann Hans Niessl. ■

https://www.burgenland.at
https://www.moerbischamsee.at

Slowenisches Generalkonsulat lud zu Nationalfeiertagsempfang

Landeshautpmann Kaiser bei Empfang in Klagenfurt – Positiver, eingeschlagener Weg zwischen Kärnten und Slowenien ist irreversibel und wird weitergeführt

Foto: LPD / Helge Bauer

Empfang anläßlich des Nationalfeiertags der Republik Slowenien mit Olga Butinar Čeh vom Verein slowenischer Bildender Künstler, Landeshauptmann Peter Kaiser, Bildhauerin Eva Peterson Lenassi, Slow. Staatssekretärin Aleksandra Pivec, slowenische Botschafterin in Wien Ksenija Skrilec, Maler Darko Slavec und Generalkonsul Milan Predan mit den »Smrtnik Mädchen – Smrtnikova dekleta«

Anläßlich des slowenischen Nationalfeiertages am 25. Juni konnten Generalkonsul Milan Predan und seine Gattin Darka Zvonar Predan am 20. Juni zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft und des öffentlichen Lebens bei einem Empfang in den Räumlichkeiten und im Garten des Konsulates in Klagenfurt begrüßen. Seitens der Kärntner Landesregierung war Landeshauptmann Peter Kaiser vor Ort. Für das offizielle Slowenien wohnte Aleksandra Pivec (Staatssekretärin der Regierungsstelle für Slowenen im Ausland) und die slowenische Botschafterin in Österreich, Ksenija Škrilec, dem Empfang bei.

Der Landeshauptmann sprach am Anfang seiner Grußworte, auch – als Zeichen der Verbundenheit wie er mitteilte, einige Sätze in Slowenisch, und dankte Predan für seine positiven Worte. Der Generalkonsul hatte in seiner Begrüßung das Positive und Gemeinsame zwischen Slowenien und Kärnten hervorgehoben. „Die Offenheit und die Öffnung Kärntens ist auch in der viersprachigen Regierungserklärung nachzulesen. Es ist ein mehr als positives Signal, daß sich aus einem Kontaktkomitee das Gemeinsames Komitee Kärnten-Slowenien/Skupni odbor Slovenija-Koroška entwickelt hat. Dieser eingeschlagene Weg ist irreversibel und wird auch weitergeführt“, stelle Kaiser fest.

Dem Generalkonsul und den Gästen teilte der Landeshauptmann auch mit, daß bei der Euregio Sitzung in Triest vom Vormittag desselben Tages auch darüber gesprochen wurde, Istrien und Teile Sloweniens als assoziierte Mitglieder in die Euregio aufzunehmen. „Wir stärken damit die Achse in Europa“, ist Kaiser überzeugt. Beim nächsten Treffen der Regionspartner soll dahingehend eine Statutenänderung beschlossen werden.

Foto: LPD / Helge Bauer

v.l.: H Peter Kaiser, die slowenische Staatssekretärin Aleksandra Pivec, die slowenische Botschafterin in Wien Ksenija Skrilec und Generalkonsul Milan Predan

Predan betonte, daß man mit der neuen Kärntner Landesregierung auf einen guten Weg sei, den guten Weg der Nachbarschaft zu einer Partnerschaft zu entwickeln. „Die neue slowenischen Regierung wird diesen Weg sicher mitgehen, und ich bin mir sicher, daß die Zusammenarbeit mit den Sitzungen des Gemeinsamen Komitees Kärnten-Slowenien/Skupni odbor Slovenija-Koroška gestärkt wird“, so der Generalkonsul. In Bezug auf das Vertrauen in die EU er mit, daß das Vertrauen seiner Landsleute in die Europäische Gemeinschaft nach wie vor hoch sei.

Ebenfalls eröffnet wurde die Ausstellung „Fenster zum Nachbarn“. Die Vorstellung der beiden Künstler, des Malers Darko Slavec und der Bildhauerin Eva Peterson Lenassi, erfolgte durch Olga Butinar Čeh vom Verein slowenischer Bildender Künstler. Musikalisch umrahmt wurde der Empfang von den „Smrtnik Mädchen – Smrtnikova dekleta“ aus Bad Eisenkappel. ■

http://www.ktn.gv.at

http://www.celovec.konzulat.si/index.php?id=2&L=2

Mikl-Leitner zu Arbeitsgesprächen in Brüssel

NÖ Landeshauptfrau traf u. a. EU-Kommissar Avramopoulus und EU-Parlamentspräsident Tajani – Kohäsionspolitik und EU-Ratspräsidentschaft standen im Fokus.

Eine Reihe von Arbeitsgesprächen absolvierte Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner am 20. Juni in Brüssel. Sie traf u. a. mit dem EU-Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft, Dimitris Avramopoulos, sowie mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, zusammen. Auch ein Gespräch mit dem Präsidenten der Europäischen Volkspartei, Joseph Daul, stand am Programm.

Ein wesentliches Thema der Arbeitsgespräche war die Kohäsionspolitik. „Die Kohäsionspolitik ist ein wichtiges Instrument, damit die Europäische Union direkt in den Regionen spürbar und erlebbar ist“, hielt die Landeshauptfrau dabei fest. Sie verwies in diesem Zusammenhang auf die durch das Land Niederösterreich gestartete Initiative zur Beibehaltung der Regionalförderung im neuen mehrjährigen Finanzrahmen. 342 Partner haben die niederösterreichische Initiative unterstützt. Die Landeshauptfrau bekräftige auch die Forderung, daß die Kohäsionsmittel weiterhin für alle Regionen bereitstehen sollen: „In Niederösterreich stehen wir im 21. Jahrhundert vor großen Herausforderungen.“ Der Raum um Wien sei etwa eine der am stärksten wachsenden Regionen in Europa.

In ihren Meetings mit den hochrangigen EU-Vertretern sprach Mikl-Leitner auch die Entbürokratisierung der Förderstrukturen an: „Damit in Zukunft die Gelder der EU noch rascher und effizienter in den Regionen ankommen.“

Weitere Inhalte der von der Landeshauptfrau in Brüssel geführten Gespräche waren u. a. auch die Österreichische Ratspräsidentschaft – hier verwies sie etwa auf das in der Vorwoche abgehaltene Europa-Forum Wachau – sowie die Themen Sicherheit, Migration und Integration. In diesem Zusammenhang wiederholte sie zum einen ihre Forderung nach einem raschen Aufbau eines gemeinsamen europäischen Außengrenzschutzes und präsentierte zum anderen auch das niederösterreichische Pilotprojekt der Deutschförderklassen, wie es in Wiener Neustadt umgesetzt wurde, als Musterbeispiel einer gelungenen Integrationsmaßnahme. ■

Foto: NLK / Reinberger

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos

Tschechischer Gesundheitsminister in NÖ

Foto: NÖGUS / Philipp Monihart

Landesrat Martin Eichtinger (l.) und der tschechische Gesundheitsminister Adam Vojtěch

NÖGUS-Vorsitzender Landesrat Martin Eichtinger traf den tschechischen Gesundheitsminister Adam Vojtěch am 8. Juni zu einem Arbeitsgespräch. Dieser kam mit einer 14köpfigen Delegation erstmalig nach Niederösterreich, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen zwischen zu verstärken. Im Zentrum stand das EU-Projekt „Healthacross“, das heuer sein 10jähriges Jubiläum feiert.

„Mit dem Folgeprojekt ‚Healthacross for future‘ wollen wir die erfolgreiche Zusammenarbeit nahtlos fortsetzen. Es geht um gemeinsame Ziele wie die wohnortnahe medizinische Versorgung, bessere Nutzung von Ressourcen und regionale Weiterentwicklung im Sinne der Bürger in der Grenzregion“, betonte Eichtinger. ■

http://www.noel.gv.at
http://www.noegus.at

Informationsreise des Oö. Landtags nach Estland und Lettland

Landtagspräsident KommR Viktor Sigl besucht mit KommRin Gabriele Lackner-Strauss und Gottfried Hirz und anderen die »jungen« EU-Mitglieder.

Estland und Lettland sind seit 2004 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und vor allem Estland ist im Bereich eGovernment ein Vorreiter. Ein Grund für eine Delegation des Oö. Landtages – bestehend aus Landtagspräsident KommR Viktor Sigl, dem Ausschuß für EU-Angelegenheiten mit Obfrau KommRin Gabriele Lackner-Strauss und dem Klubobmann Dipl.-Päd. Gottfried Hirz sowie den Klubobleuten-Stellvertretern Wolfgang Stanek, Silke Lackner und Gisela Peutlberger-Naderer – im Rahmen einer Informationsreise die „jungen" EU-Mitglieder zu besuchen.

Der erste Teil der Reise stand ganz im Zeichen von „E-Estonia", dem Vorreiter im Bereich der Digitalisierung der Verwaltung. e-Voting, e-Education, e-Residency oder e-Health sind nur einige digitalisierte öffentliche Dienstleistungen in Estland.

„99 Prozent der staatlichen Verwaltung werden heute im nördlichsten baltischen Staat digital abgewickelt. Damit werden rund zwei Prozent des BIP's eingespart. Auch Österreich muß noch stärker in die Digitalisierung im Bereich e-Government investieren und vor allem den One-Stop-Shop, eine zentrale Datenbank für den öffentlichen Bereich vorantreiben. Das um und auf wird dabei aber der Schlüsselfaktor „Gewährleistung der Sicherheit" sein. Nur so können wir die Bürgerinnen und Bürger zur Nutzung der digitalen Dienstleistungen bewegen", erklären Landtagspräsident Sigl und Ausschuß-Obfrau Lackner-Strauss.

In Estland stellt die ID-Card die Grundlage dar – die handschriftliche Unterschrift gehört der Vergangenheit an. Ob beispielsweise die Abwicklung von Privatverkäufen, Unternehmensanmeldungen oder die eigene Krankenakte – alle persönlichen Daten sowie die digitale Signatur sind auf der ID-Card abgespeichert und sind jederzeit abrufbar. „Die vielfältigen Möglichkeiten dieser ID-Card haben uns sowohl unsere Kollegen des Parlaments als auch IT-Experten aufgezeigt. Der Besuch der estnischen Wahlkommission hat uns gezeigt, daß beispielsweise die Einführung des e-Voting die sinkende Wahlbeteiligung gestoppt hat. Für viele ist dies aufgrund der eingeschränkten Fristen die einzige Möglichkeit, an den Wahlen teilzunehmen. Vor allem ist es aber erfreulich, daß in Estland trotz des e-Votings, viele Jugendliche ihre Stimme direkt im Wahllokal abgeben. Eines ist aber eindeutig, die wichtigsten Faktoren bleiben auch weiterhin politische Bildung und der Kontakt der politischen Akteure mit den Bürgerinnen und Bürgern", so Sigl und Lackner-Strauss.

Foto: Land Oberösterreich

Landtagspräsident KommR Viktor Sigl, Vizepräsidentin Inese Lībiņa-Egnere und EU-Ausschuss-Obfrau KommRin Gabriele Lackner-Strauss.

Die Informationsreise führte die Delegation auch in die lettische Hauptstadt Riga. Im Gespräch mit der Vizepräsidentin des lettischen Parlaments, Inese Libina-Egner, und der EU-Ausschußvorsitzenden Lolita Cigane wurden unter anderem die bilateralen Beziehungen zwischen Lettland und Österreich sowie mit der Europäischen Union hervorgehoben. „Politik gilt ja als Brückenbauer. Deshalb möchten wir den Kontakt zwischen Einrichtungen und Unternehmen Lettlands und Oberösterreichs, vor allem in den Bereichen Innovation, Technologie, Bioökonomie und erneuerbare Energie, herstellen und so die Zusammenarbeit stärken", so Sigl.

Für Landtagspräsident Sigl und Ausschußobfrau Lackner-Strauss ist für das Exportbundesland Nummer 1 vor allem eines wichtig: „Wir müssen auch auf parlamentarischer Ebene verstärkt den Kontakt zu den europäischen Regionen suchen und so als Türöffner für unsere Unternehmen fungieren. Damit können wir den Wirtschaftsstandort Oberösterreich weiterentwickeln." ■

http://www.land-oberoesterreich.gv.at

Das bedeutet der EU-Ratsvorsitz für Salzburg

Land rückt im September beim Treffen der Regierungschefs in den Fokus der Europa-Politik – Interview mit Wilfried Haslauer

Mit 1. Juli 2018 übernahm Österreich für sechs Monate bis 31. Dezember 2018 von Bulgarien den Vorsitz im Rat der EU. Das Landes-Medienzentrum (LMZ) hat mit Landeshauptmann Wilfried Haslauer darüber gesprochen, was das für Salzburg bedeutet.

LMZ: Unser Land rückt im September beim Treffen der Staats- und Regierungschefs europaweit in den Fokus der EU-Politik. Am 20. September 2018 wird der EU-Gipfel nach Salzburg kommen. Was bedeutet das konkret für Salzburg?

Haslauer: Es handelt sich um ein informelles Treffen der Staats- und Regierungschefs. Der Europäische Rat, der in Salzburg tagen wird, ist die höchstrangige Zusammenkunft im Verlauf der sechs Monate dauernden Präsidentschaft Österreichs. Der Gipfel ist eine große Ehre für unser Land und wird als das größte Treffen europäischer Staats- und Regierungsoberhäupter in die Geschichte unseres Landes eingehen.

LMZ: Ist der EU-Gipfel das erste Ereignis dieser Art in Salzburg?

Haslauer: Salzburg hat wiederholt bei EU-Ratspräsidentschaften als Gastgeberland fungiert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schätzen bei uns vor allem die kurzen Wege und das einzigartige Ambiente. Bei der ersten EU-Ratspräsidentschaft 1998 war Salzburg Schauplatz eines informellen Außenministertreffens. Auch das Europäische Gesundheitsforum ist seitdem aus dem Gasteiner Tal nicht mehr wegzudenken. Im Jänner 2006 versammelten sich namhafte Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kultur aus ganz Europa während der damaligen österreichischen EU-Vorsitzführung bei der Konferenz "The Sound of Europe" in Salzburg.

LMZ: Welche europapolitischen Themen stehen für Salzburg in den kommenden Monaten im Vordergrund?

Foto: Land Salzburg / Neumayr / MMV

Bundeskanzler Sebastian Kurz (r.) und Landeshauptmann Wilfried Haslauer im Festpielbezirk

Haslauer: Für uns erfreulich ist, daß Salzburg zuletzt mehr Gelder aus dem EU-Haushalt abrufen konnte als wir nach Brüssel einzahlen. Das ist der guten Arbeit unserer Förderexperten im Land zu verdanken und der kontinuierlichen Informationsarbeit unseres EU-Verbindungsbüros in Brüssel. Wichtig sind für Salzburg auch die europäische Flüchtlingsdebatte und die Debatte über gemeinsame Kontrollen der EU-Außengrenzen. Weitere Themen sind Digitalisierung, Cybersecurity, Handelsbeziehungen zum Balkan und nicht zuletzt Salzburgs Einflussmöglichkeiten in europäischen Fragen. Wir wollen eine Stärkung der Kompetenzen der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen erreichen. Das ist eine kontinuierliche Forderung unseres Bundeslandes, für die wir uns bereits in den vergangenen Jahren eingesetzt haben.

LMZ: Ein Blick in die Zukunft: Welche wichtigen europapolitischen Weichen werden im Jahr 2019 gestellt?

Haslauer: Im Mai 2019 stehen die nächsten Europawahlen an. Hier können die Salzburgerinnen und Salzburger mitentscheiden, in welche Richtung sich Europa weiterentwickelt. Und ab der Jahresmitte 2019 übernimmt Salzburg den Vorsitz in der Arge Alp. Hier stimmen sich die Alpenländer in grenzüberschreitenden Fragen ab.

Salzburg schon öfter Bühne der EU-Politik

Salzburg hat wiederholt bei EU-Ratspräsidentschaften als Gastgeberland fungiert. Bei der ersten EU-Ratspräsidentschaft 1998 war Salzburg bereits Schauplatz eines informellen Außenministertreffens. Auch das Europäische Gesundheitsforum ist seit diesem Jahr aus dem Gasteiner Tal nicht mehr wegzudenken. Im Jänner 2006 versammelten sich namhafte Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kultur aus ganz Europa während der zweiten österreichischen EU-Vorsitzführung bei der EU-Konferenz „The Sound of Europe“ sowie im März die EU-Außenminister. Zuletzt fand im August 2017 ein Sozialgipfel in Salzburg statt, zu dem Frankreichs Präsident Emmanuel Macron anreiste. ■

https://www.salzburg.gv.at
https://www.eu2018.at/de/

Steirische Delegation reiste nach Luxemburg

Erfolgreiche Gespräche eröffnen neue Perspektiven.

Foto: Chambre des Députés

Die steirische Delegation mit den luxemburgischen Parlamentariern.

Im Anschluß an Wirtschaftsgespräche in Brüssel ist die steirische Delegation mit Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, den Landesrätinnen Doris Kampus und Barbara Eibinger-Miedl sowie den Spitzen der steirischen Sozialpartner am 20. Juni nach Luxemburg gereist.

Den Auftakt zu einer Reihe von Gesprächen bildete ein Treffen mit dem Vizepräsidenten der Europäischen Investitionsbank (EIB), Wilhelm Molterer. Die EIB finanziert in der Steiermark zahlreiche wichtige Projekte im öffentlichen (Energie Steiermark, Land Steiermark, KAGes, Stadt Graz), wie im privaten (etwa AVL) Sektor. „Die Europäische Investitionsbank ist ein wichtiger Partner für die Steiermark“, betonte Schützenhöfer im Rahmen des Treffens mit Molterer. Dabei ist die steirische Delegation auch auf Punkte gestoßen, wo die Zusammenarbeit zwischen der EIB und Österreich verbessert werden kann. Diese Verbesserungsvorschläge nahm Schützenhöfer auf und sagte zu, mit Bundeskanzler Sebastian Kurz darüber Gespräche zu führen. „Ich freue mich, daß das Gespräch so positiv verlaufen ist. Wir konnten vereinbaren, unsere Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen zu vertiefen. Insbesondere bei Investitionen in die Infrastruktur des ländlichen Raums wollen wir noch enger zusammenarbeiten. Derartige Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen sind unverzichtbar für eine gute Zukunft der Steiermark“, resümierte der Landeshauptmann über das positive Treffen und die Perspektiven, die sich daraus ergeben.

Zu einem Gedankenaustausch über die Europäische Union traf die Delegation rund um Schützenhöfer im Anschluß den luxemburgischen Außenminister Jean Asselborn, der sich als großer Fan der Steiermark outete. Im Gespräch mit dem Chefdiplomaten des EU-Gründungsmitglieds ging es unter anderem um die Herausforderungen für die österreichische EU-Ratspräsidentschaft, EU-weite Kooperationen und Impulse für den Arbeitsmarkt. Dazu werde auch die neue Europäische Arbeitsbehörde substanzielle Beiträge leisten, zeigte sich Landesrätin Doris Kampus überzeugt. Die Soziallandesrätin koordiniert dazu als Berichterstatterin im Ausschuß der Regionen die Anliegen aller Städte und Regionen Europas und erarbeitet eine gemeinsame Position: „Zusammenarbeit ist wichtig, um die Europäische Union im Sinne der Menschen weiter zu entwickeln und das soziale Profil zu stärken.“

Im darauf folgenden Treffen mit der luxemburgischen Staatssekretärin für Wirtschaft, innere Sicherheit und Verteidigung, Francine Closener, wurden schnell zahlreiche Parallelen zwischen der Steiermark und Luxemburg deutlich: Sie schilderte ihre Erfahrungen mit der SME-Assembly in Luxemburg und betonte, daß die Tagung zur Stärkung der Klein- und Mittelunternehmen äußerst erfolgreich verlaufen sei. Auch in anderen Bereichen bestehen zahlreiche Anknüpfungspunkte zwischen der Steiermark und Luxemburg.

„Wir haben vereinbart, die Zusammenarbeit von unserem Mobilitätscluster ACstyria und der Creative Industries Styria mit dem Automobil Cluster und dem Creative Industries Cluster Luxemburg zu forcieren. Außerdem hat Luxemburg großes Interesse an den dualen Studiengängen gezeigt, die im Herbst an unseren Fachhochschulen Joanneum und Campus 02 starten werden. Auch in diesem Bereich werden wir uns in Zukunft intensiv austauschen“, so Wirtschaftslandesrätin Barbara Eibinger-Miedl.

Den Abschluß der Reise bildete der Besuch im Luxemburgischen Parlament, wo die Delegation von Parlamentspräsident Mars di Bartolomeo, er hatte auch die Fraktionsführer der Parlamentsparteien sowie hochrangige Parlamentarier Luxemburgs dabei, empfangen wurde. Nach einer Führung durch das Hohe Haus wurden Gespräche über eine zukunftsgewandte Regionalpolitik geführt. Die VertreterInnen Luxemburgs zeigten sich insbesondere an den mutigen steirischen Reformen interessiert, vor allem an der Gemeindestrukturreform und der Spitalsreform. Dies waren für die Gastgeber von großem Interesse, sodaß vereinbart wurde, den Informationsaustausch weiterzuführen. ■

http://www.steiermark.at

Weniger Transit braucht noch stärkere Maßnahmen

Tirols Zeitplan für weitere Maßnahmen steht fest.

Nach dem Brenner-Transit-Gipfel am 12. Juni präsentierten Tirols Landeshauptmann Günther Platter und Verkehrsreferentin Landeshauptmann-Stellvertreterin Ingrid Felipe gemeinsam mit dem Europarechtsexperten Walter Obwexer am 13. Juni die weiteren geplanten Maßnahmen zur Eindämmung des Transitverkehrs in Tirol. „Die fehlende Zustimmung von Deutschland und Italien für Schritte, die den Transit unmittelbar einbremsen, und die massiv steigenden LKW-Durchfahrten lassen uns keine andere Wahl: Tirol muß seine Maßnahmen gegenüber dem steigenden Transit verschärfen“, betonte Platter.

Diese beziehen sich auf die Evaluierung der bisher durchgeführten Blockabfertigungen, die Evaluierung und Ausweitung des Sektoralen- sowie des Nacht-Fahrverbotes und zusätzliche Kontrollen.

Foto: Land Tirol

LH Günther Platter und Verkehrsreferentin LHStvin Ingrid Felipe informierten gemeinsam über die weiteren geplanten Maßnahmen zur Eindämmung des Transitverkehrs in Tirol.

Start für neuen Dosierkalender und Evaluierungen

Platter kündigte an, den neuen Dosierkalender am 15. August dieses Jahres zu präsentieren: „Wir haben derzeit eine 20prozentige Steigerung des Transitverkehrs – mit diesen Zahlen der letzten Monate werden die weiteren Blockabfertigungstermine bestimmen“, rechnet Platter mit zusätzlichen Dosiertagen im kommenden Jahr.

Bis zur ersten Landtagssitzung im Herbst sollen das Sektorale- und das Nachtfahrverbot evaluiert worden sein. Außerdem wird in beiden Fällen eine Ausweitung auf Euro 6-LKW und die Ausnahme des Ziel- und Quellverkehr beim Nachtfahrverbot angestrebt: „Damit wird auch die heimische Wirtschaft nicht be-, sondern entlastet“, sagte Platter. „Auch wenn die Verbesserung der Luftqualität in Tirol aufgrund der schnell voranschreitenden Umstellung der Euro 6-LKW voranschreitet, reichen diese Schritte nicht – wir müssen hier weiter differenzieren. Mit der Ausnahme des Ziel- und Quellverkehrs wird die Versorgung der Bevölkerung gesichert und gleichzeitig der Umweg-Transit verringert“, so Felipe. Weiters stehen schärfere LKW-Kontrollen im Fokus, welche am 13. Juni bereits mit dem Landespolizeidirektor Helmut Tomac vereinbart wurden.

Maßnahmen mit dem Unionsrecht vereinbar

Daß all diese Maßnahmen rechtlich abgesichert sind, betonte EU-Experte Obwexer: „Recht muß dem Problem voraus gehen – das gilt auch in Sachen Transit. Es handelt sich um Schutzmaßnahmen, die an aktuelle Gegebenheiten angepaßt werden“, verwies Obwexer darauf, daß die bestehenden Regelungen von 1,49 Millionen LKW sprechen – „mit 2,25 Millionen transitierenden LKW im Jahr 2017 haben wir diese Zahl längst überschritten. Eine Aufhebung oder Lockerung von Fahrverboten kommt damit nicht in Frage. Jede beschränkende Maßnahme ist unionsrechtlich vertretbar, wenn sie im Verhältnis mit ihrer Zielsetzung steht. Ob der Schutz der Gesundheit und Umwelt oder die Aufrechterhaltung der Infrastruktur – wir sind auf der sicheren Seite“, sagte Platter.

„Wir sind den Tirolerinnen und Tirolern verpflichtet. Wenn uns ständig die kalte Schulter gezeigt wird, schauen wir nicht länger zu: Unsere Partner sollen wissen, daß es so nicht weiter geht. Meine gestrige Reaktion war richtig und wichtig – alles andere wäre Verrat an die Tiroler Bevölkerung gewesen“, betonte der Landeshauptmann. ■

http://www.tirol.gv.at

Foto: http://www.bilderbox.com

Mautstelle der Brennerautobahn

Die EU als Friedens- und Wohlstandsprojekt

Vortragsabend in Feldkirch über den Weg Österreichs in die EU und aktuelle Entwicklungen mit namhaften Experten

Auf Einladung des Seniorenbeirats und EuropeDirect Vorarlberg referierten am 15. Juni in Feldkirch namhafte Persönlichkeiten über die Bedeutung der Europäischen Union und die Mitgliedschaft Österreichs in dieser Gemeinschaft. Informationen aus erster Hand über den Weg Österreichs in die EU gab es von Altlandeshauptmann Martin Purtscher, der damals mit am Verhandlungstisch saß. Heinz K. Becker, Mitglied des Europäischen Parlaments, informierte über die aktuellen Entwicklungen in der EU und ihre Reformpläne. Erwin Mohr, Wolfurter Altbürgermeister und langjähriges Mitglied im Ausschuß der Regionen, führte durch den Abend. Fazit aller Beteiligten: „Das war und ist es wert".

An der Veranstaltung nahm auch Landesrätin Wiesflecker teil.

Für die Sicherstellung eines dauerhaften Friedens in Europa hat die Europäische Union 2012 den Friedensnobelpreis erhalten. Die enge Zusammenarbeit vieler europäischer Staaten hat wesentlich dazu beigetragen, daß sich die Völker der Europäischen Union seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr bekämpfen. Statt Krieg gibt es Kooperation, was in den vergangenen Jahrzehnten u.a. zu Stabilität und einem großen Wirtschaftswachstum führte. Martin Purtscher ist ein Europäer aus Überzeugung.

Er vertritt die Meinung, daß „die Nationalstaaten für die großen Fragen der Zeit längst zu klein und für die überschaubaren Aufgaben seit jeher zu groß" sind. Regionalismus sieht er als Weg, Europa den BürgerInnen näherzubringen. Seine größte Motivation für seinen Einsatz für die europäische Idee ist, daß seine Enkel bzw. alle jungen Menschen die besten Chancen und Möglichkeiten in ihrem Leben erhalten.

Sicherheit und Migration sind zwei der größten aktuellen Themen in der EU, berichtete EU-Parlamentarier Becker: „30 Prozent der Legislativarbeit beschäftigt sich mit diesen Themen. Die Sicherheit für Europas Bürger durch Stärkung der EU-Ebene und – endlich – gemeinsames Handeln hat dabei Priorität." Europa ist in Zukunft auf sich

Foto: LPD / Helge Bauer

v.l.: Erwin Mohr, Wolfurter Altbürgermeister und langjähriges Mitglied im Ausschuß der Regionen, Martha Stüttler-Hartmann von der Europaabteilung im Amt der Vorarlberger Landesregierung, Altlandeshauptmann Martin Purtscher, Landesrätin Katharina Wiesflecker, Martina Büchel-Germann, Vorständin der Europaabteilung im Amt der Vorarlberger Landesregierung, und Heinz K. Becker, Mitglied des Europäischen Parlaments

alleine gestellt, führte Becker weiter aus: „Wir sind noch immer größte Wirtschaftsmacht und höchstentwickelte Sozialgesellschaft der Welt. Kein Staat kann die großen Probleme, vor denen wir stehen, alleine lösen. Zusammenarbeit ist also wichtiger denn je." ■

http://www.vorarlberg.at

Gespräche mit Baden-Württemberg

Am 7. Juni hat Landtagspräsident Harald Sonderegger eine Abgeordnetendelegation aus Baden-Württemberg zu Arbeitsgesprächen im Landtag empfangen.

„Wir haben dieses Treffen genutzt, die bisher sehr guten Beziehungen weiter zu vertiefen", erklärte Sonderegger. Die deutschen Parlamentarier unterschiedlicher Couleurs – unter der Leitung des ehemaligen Ministers und Alt-Landtagspräsidenten von Baden-Württemberg, Willi Stächele – freuten sich über die Gelegenheit, mit den Vorarlberger Europaauschußmitgliedern Informationen sowie Erfahrungswerte auszutauschen.

Im Fokus der deutsch-österreichischen Gespräche standen dabei Europa und der aktuelle Reformprozeß. So wurden unter anderem der Stand des Weißbuchprozesses oder die Arbeit der Taskforce-Gruppe Subsidiarität im Ausschuß der Regionen besprochen. Sonderegger faßte den einstimmigen Tenor faßte zusammen: „Europa zukunftsfit

Foto: Vorarlberger Landtag/Mathias Bertsch

Landtagspräsident Harald Sonderegger (l.) und Abg. Willi Stächele, ehemaliger Minister und Alt-Landtagspräsident

zu machen heißt: Bewährtes fortführen und optimieren, manches vereinfachen, vor allem aber effizienter und flexibler gestalten." Sonderegger und Willi Stächele waren sich einig, daß sich die Europäische Union nur durch die aktive Mitwirkung der Regionen mit ihrem spezifischen Blickwinkel in eine nachhaltig richtige Richtung weiterentwikkeln könne. ■

Das Europa der Städte

Wien engagiert sich zum Thema »Langfristige Investitionen« federführend für Europa – Internationale Konferenz »Das Europa der Städte – Investitionen in Nachhaltigkeit und Lebensqualität für alle« in Wien

Foto: PID / C. Jobst

Bürgermeister Ludwig eröffnete die Konferenz »Europa der Städte« im Wiener Rathaus.

Die Konferenz bot – im Vorfeld der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs 2018 – eine optimale Plattform, um mögliche Ansätze auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene hinsichtlich langfristiger Investitionen im Hinblick auf Nachhaltigkeit und Lebensqualität für zukünftige städtische Herausforderungen zu diskutieren.

Die Veranstaltung wurde durch Bürgermeister Michael Ludwig, sowie die beiden Präsidentinnen der Verbände VÖWG (Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs) und VKÖ (Verband der kommunalen Unternehmen Österreichs), Renate Brauner und Gabriele Domschitz eröffnet.

Bedeutung der Städte ist ungebrochen

Europa wird in den Städten gelebt: Fast zwei Drittel der EU-Bevölkerung leben in Städten, Tendenz steigend. Viele europäische Metropolen wachsen rasch. Urbane Zentren sind Orte der Innovation, Forschung, Bildung und Kultur. Sie sind Motoren für die regionale und nationale Wirtschaft. Städte sind Lebensraum für Menschen mit vielen verschiedenen Bedürfnissen. Für das richtige Umfeld sorgen effizient geführte Stadtwerke und öffentliche Unternehmen. „Nur eine gut funktionierende Daseinsvorsorge – so wie sie in Wien vorbildlich ist – vermag die Städte für ihre BewohnerInnen nachhaltig attraktiv zu gestalten.“ betonte Bürgermeister Michael Ludwig in seiner Eröffnungsrede, der auch betonte „wenn die Städte wachsen, muß auch die Daseinsvorsorge mitwachsen.“

Unabdingbare Investitionen

Für die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung bedeutet das große Herausforderungen, gerade im Bereich der Investitionen in öffentliche Infrastrukturen und besonders in Zeiten enger werdender Budgetspielräume. Die speziellen Bedürfnisse der Städte müssen im europäischen Gesetzgebungsprozess gehört und berücksichtigt werden. „Nur eine aktive, langfristige Investitionspolitik kann dazu beitragen, die Lebensqualität und damit die soziale Ausgewogenheit und letzten Endes ein friedliches Miteinander in unseren Städten zu sichern. Öffentliche Investitionen kommen den Menschen und der Realwirtschaft zugute“, meinte Peter Hanke, Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales.

Eurocities Arbeitsgruppe »Langfristige Investitionen« gegründet

Im Vorfeld der Konferenz wurde auf Initiative Wiens eine neue Arbeitsgruppe zu „Langfristigen öffentlichen Investitionen“ des Städtenetzwerks Eurocities ins Leben gerufen. Die neue Eurocities-Arbeitsgruppe besteht aus FinanzexpertInnen zahlreicher europäischer Großstädte und soll Politik und Praxis zu Herausforderungen und Lösungen diskutieren und austauschen. Sie wird zudem Vorschläge entwickeln, wie aus Sicht der Städte die Budgetregeln der EU besser dazu beitragen können, daß Städte Investitionsspielräume gewinnen, etwa im Bereich der ESVG 2010 Regeln. Tanja Wehsely, Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für Finanzen und Wirtschaftspolitik und des Wirtschaftsforums von Eurocities zeigte sich erfreut über den regen Zuspruch zu dieser neuen Arbeitsgruppe „Wenn wir heute investieren, kommt das auch Jahre und Jahrzehnte später unserer Kindern und Enkeln zugute. Es ist nur recht und billig, dies auch in den Budgetregeln abzubilden, anstelle der kurzfristigen Sicht, die wir derzeit in den Defizitregeln haben.“

Eurocities: das bedeutendste europäische Städtenetzwerk

Eurocities ist das mit Abstand bedeutendste Städtenetzwerk. Mit über 140 Städten repräsentiert es 130 Millionen EuropäerInnen und gilt daher mittlerweile als Mitgestalter der EU-Politik. Wien ist seit 1995 Mitglied und leitet seit 2016 das Wirtschaftsforum. In dieser Funktion rief die Stadt Wien die Arbeitsgruppe für langfristige Investitionen ins Leben, der bereits in ihrer Gründungssitzung zahlreiche Städte beitraten. ■

http://www.europa.wien.at
http://www.eurocities.eu/

Hohe Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft

Umfrage zum Start des österreichischen EU-Ratsvorsitzes: 73 Prozent sind dafür, daß Österreich EU-Mitglied bleibt, 17 Prozent sind für einen EU-Austritt

Am 1. Juli übernimmt Österreich zum dritten Mal den Ratsvorsitz in der EU. Während sich die Rahmenbedingungen für die Vorsitzführung täglich verändern, spricht sich zuhause eine deutliche Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher konstant für die Mitgliedschaft unseres Landes in der Europäischen Union aus“, betont Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), mit Bezug auf eine aktuelle ÖGfE-Umfrage.

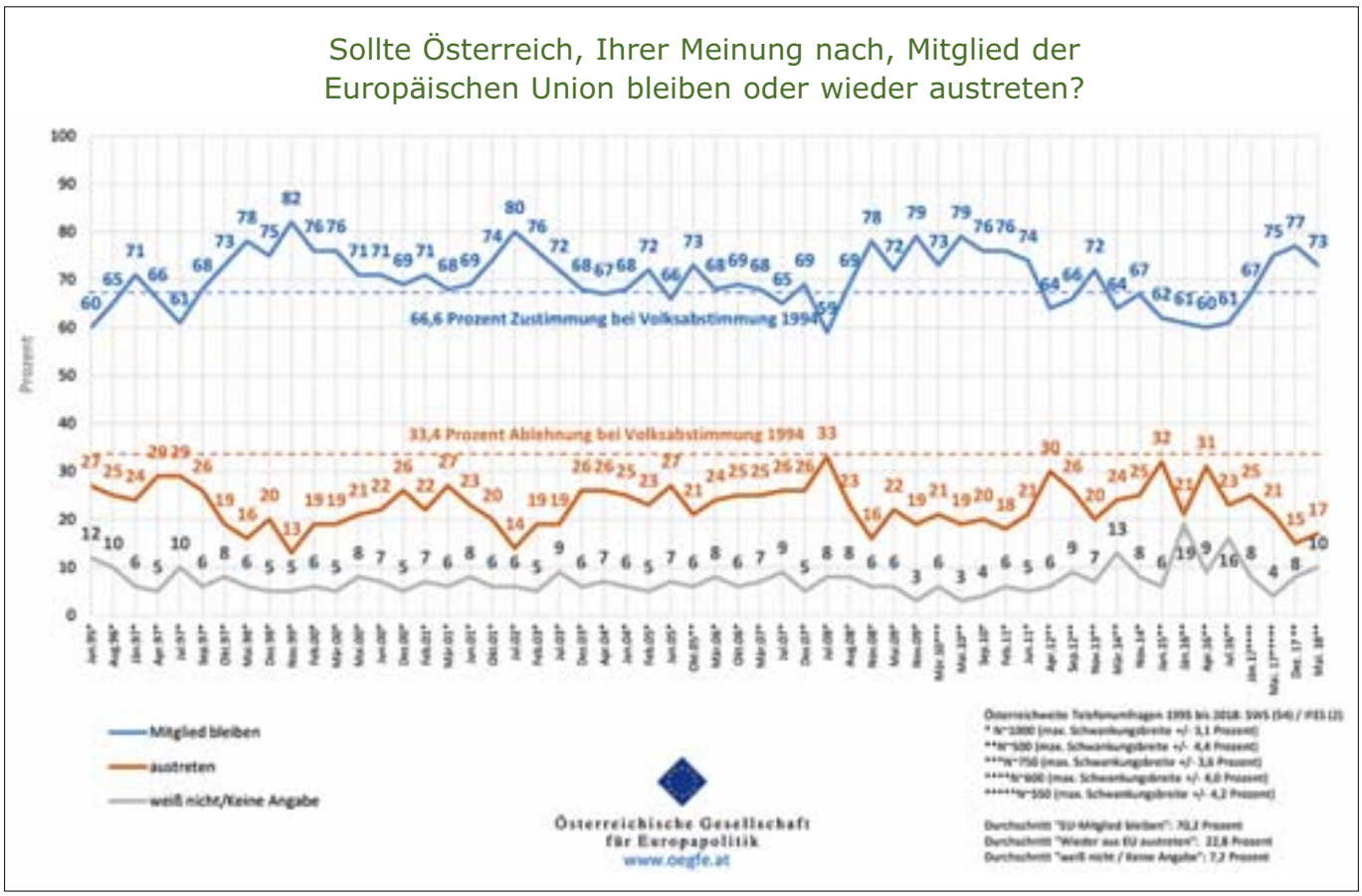
In der Mitte Mai durchgeführten bundesweiten Befragung sagen 73 % der ÖsterreicherInnen, daß unser Land Mitglied der EU bleiben soll. 17 % plädieren für einen Austritt aus der Union, 10 % beziehen keine Stellung. Gegenüber der letzten Umfrage von Dezember 2017 ist die Zahl jener, die für den Verbleib in der EU sind, geringfügig – um 4 Prozentpunkte – zurückgegangen, die Zahl der AustrittsbefürworterInnen ist um zwei Prozentpunkte angestiegen. Das aktuelle Ergebnis bestätigt dennoch einen Trend, der seit der Brexit-Abstimmung in Großbritannien Bestand hat: die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft ist auf hohem Niveau.

Insgesamt 56 österreichweite ÖGfE-Befragungen seit Juni 1995 zeigen, daß – trotz Schwankungen – die BefürworterInnen der EU-Mitgliedschaft stets in der Mehrheit waren. Im Durchschnitt lag ihre Zahl bei rund 70 %, die Zahl jener, die sich für den EU-Austritt aussprachen, dagegen bei 23 %. Die höchste Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft fand sich im Juni/Juli 2002 (80 Prozent), der stärkste Wunsch nach einem Austritt im Juni/Juli 2008 (33 Prozent).

„Die gesamteuropäische Performance ist es wohl kaum, die die Österreicher die Union in einem freundlicheren Licht sehen läßt. Zu viele Herausforderungen sind ungelöst, zu groß der europapolitische Dissens in den EU-Hauptstädten. Dennoch zeigen sich die Österreicher als pragmatische Realisten: Gerade in einem international instabilen Umfeld, in dem maximal ein geeintes Europa einen Unterschied macht, ist man lieber Teil der europäischen Familie als alleine unterwegs“, so Schmidt.

„Nach den Wahlen in Frankreich und Deutschland hat die EU allerdings schon viel Zeit für Reformen verloren. Gerade im Hinblick auf die kommenden Europawahlen braucht es daher gute Argumente jener, die sich für eine konstruktive Weiterentwicklung der Europäischen Union einsetzen. Die Zeit des österreichischen EU-Ratsvorsitzes wäre eine Gelegenheit dafür“, schließt Schmidt. ■

https://oegfe.at

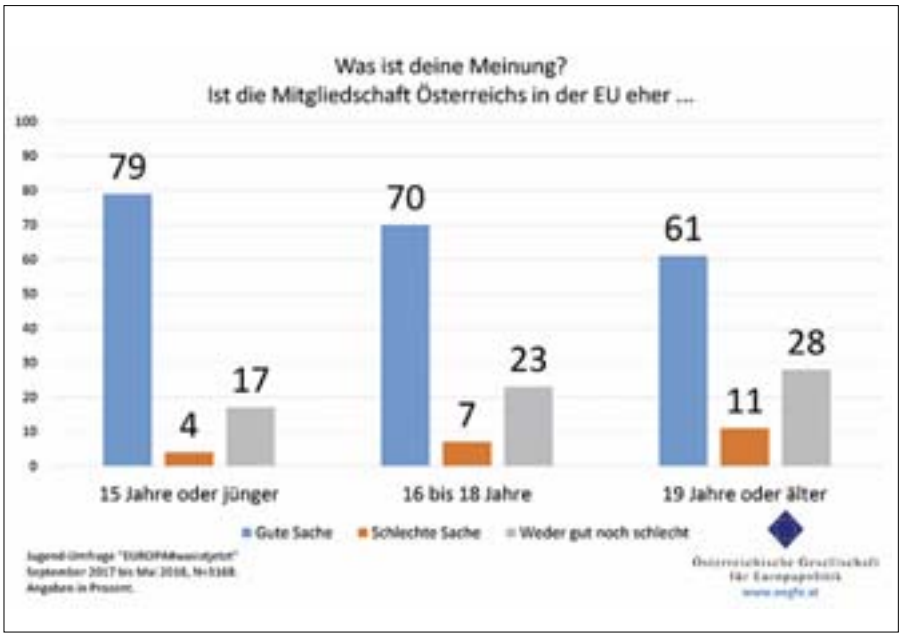


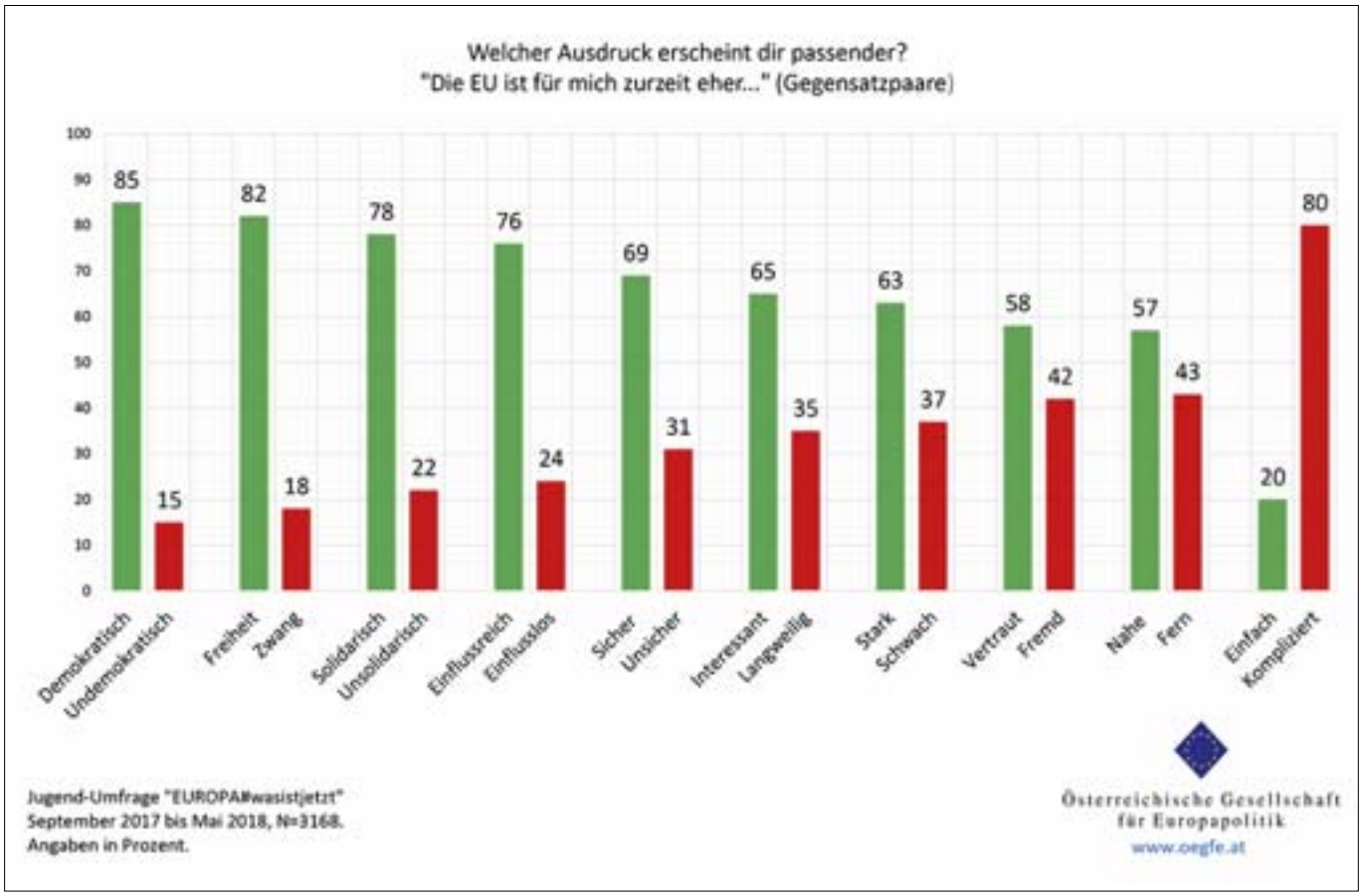
Jugendliche sehen EU-Mitgliedschaft positiv

Umfrage zum Start des österreichischen EU-Ratsvorsitzes – 3168 Jugendliche an 49 Schulen wurden von September 2017 bis inkl. Mai 2018 schriftlich befragt

Jugendliche in Österreich stehen der Mitgliedschaft in der EU überwiegend positiv gegenüber und zeigen sich auch, was die Zukunft der Union betrifft, zuversichtlich. Ein Mehr an gemeinsamen europäischen Entscheidungen wird befürwortet, allerdings würden sich knapp vier von zehn Befragten verstärkt nationalstaatliche Lösungen wünschen. Zu diesen Ergebnissen kommt die jährliche Jugendumfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europaplotik (ÖGfE), bei der im vergangenen Schuljahr 3168 Jugendliche an 49 Schulen österreichweit befragt wurden.

70 % der befragten Jugendlichen haben den Eindruck, daß die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union eher eine „gute Sache“ ist. Lediglich 7 % halten die EU-Mitgliedschaft für explizit schlecht. Immerhin ein knappes Viertel (23 %) äußert





sich neutral und entscheidet sich für die Option „weder gut noch schlecht".

Je jünger die Befragten sind, desto positiver wird die heimische EU-Mitgliedschaft beurteilt. Jugendliche an AHS halten die EU-Mitgliedschaft Österreichs häufiger für eine „gute Sache" als Befragte an einer BHS oder BerufsschülerInnen.

Nahezu eine Zwei-Drittel-Mehrheit (62 %) spricht sich dafür aus, daß in Zukunft innerhalb der EU mehr Entscheidungen gemeinsam auf europäischer Ebene getroffen werden sollen. Fast vier von zehn Befragten (38 %) würden es hingegen vorziehen, wenn künftig mehr auf nationalstaatlicher Ebene entschieden würde.

Die jüngsten Befragten (15 Jahre oder jünger) sprechen sich etwas stärker für ein Mehr an europäischen Lösungen aus als ältere Jugendliche. SchülerInnen an AHS befürworten europäische Entscheidungen stärker als jene an BHS und BerufsschülerInnen.

Was die Zukunft der Europäischen Union anlangt, so zeigen sich zwei von drei Befragten zuversichtlich (65 %). Ein gutes Drittel der Jugendlichen kann diesen Optimismus jedoch nicht teilen (35 %: „nicht zuversichtlich").

Mit steigendem Alter nimmt die Zahl jener zu, die die Zukunft der Union pessimistisch sehen. BerufsschülerInnen sind etwas weniger zuversichtlich als Befragte aus anderen Schultypen.

Eine Bewertung der Europäischen Union anhand vorgegebener Gegensatzpaare fällt in den meisten Fällen zugunsten der Union aus. So halten 85 % der befragten Jugendlichen die EU für „demokratisch" (15 % „undemokratisch"), 82 % verbinden sie mit „Freiheit" (18 % „Zwang"), 78 % bewerten sie als solidarisch (22 % „unsolidarisch"), 76 % als „einflußreich" (24 % „einflußlos").

69 % sehen die EU als „sicher" (31 % „unsicher"), 65 % bewerten sie als „interessant" (35 % „uninteressant"), 63 % als „stark" (37 % „schwach").

Mehrheitlich wird die Union auch als „vertraut" (58 %) und „nahe" (57 %) empfunden. Allerdings ist hier die Zahl jener, die sie als „fremd" (42 %) bzw. „fern" (43 %) sehen, beachtlich.

Eine überwiegende Mehrheit schließlich empfindet die Union als „kompliziert" (80 %), während nur 20 % sie als „einfach" einschätzt.

Ein näherer Blick macht deutlich, daß Schülerinnen die Europäische Union in fast allen Bereichen etwas positiver beurteilen als Schüler. Mit steigendem Alter wird die EU in den meisten Bereichen deutlich kritischer beurteilt. Jugendliche, die eine AHS besuchen, entscheiden sich fast durchgängig häufiger für eine positive Bewertung der EU als jene an BHS und BerufsschülerInnen. Letztere zeigen sich in fast allen Bereichen vergleichsweise am skeptischsten.

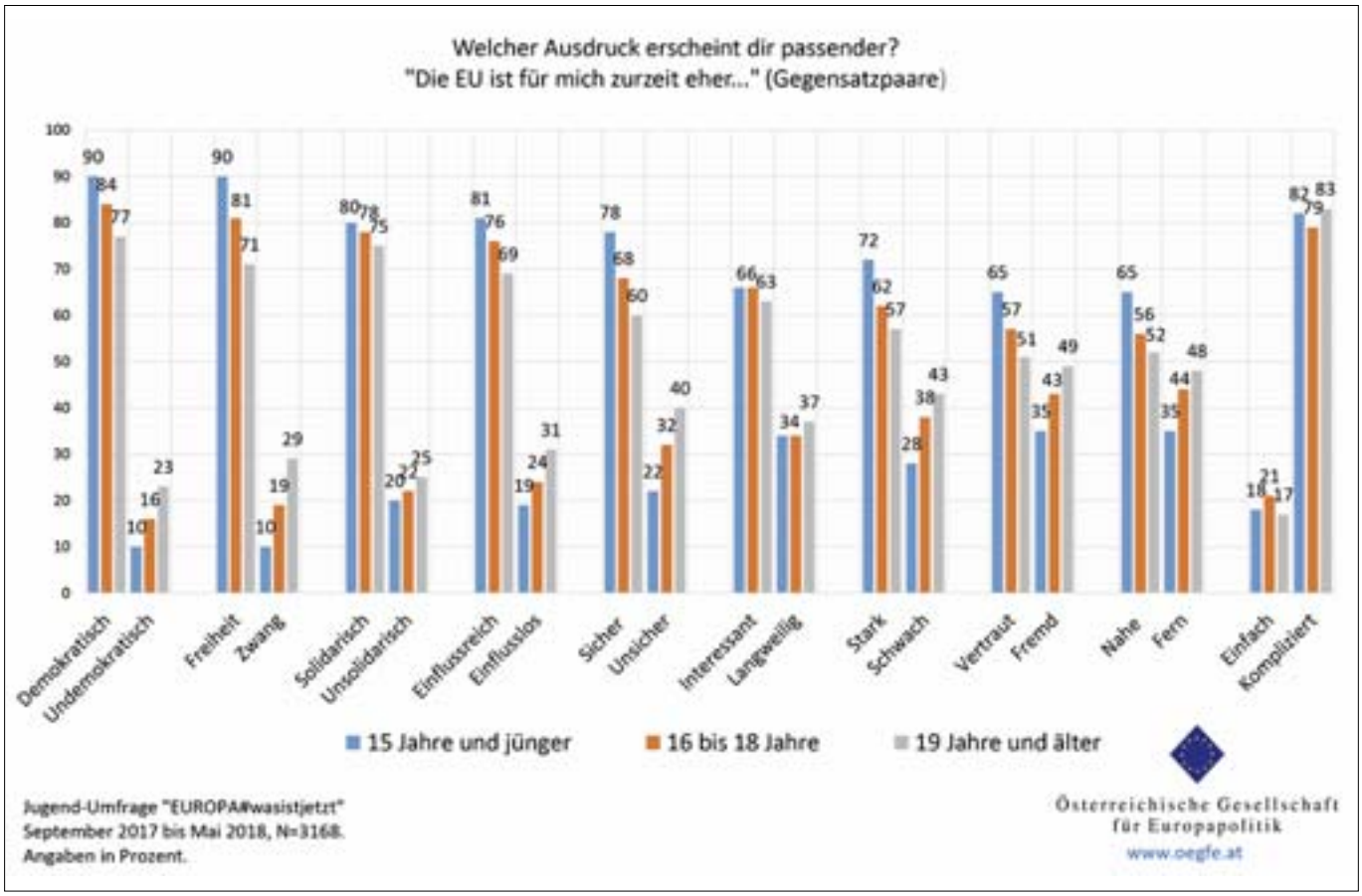
Ziele, Aufgaben und Struktur der ÖGfE

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik wurde im Jahr 1991 gegründet und ist ein parteipolitisch unabhängiger Verein, finanziert und gebildet von den österreichischen Sozialpartnern und der Oesterreichischen Nationalbank.

Die ÖGfE informiert über die europäische Integration und steht für einen offenen Dialog über aktuelle europapolitische Fragen und deren Relevanz für Österreich. Sie verfügt über langjährige Erfahrung in Bezug auf die Förderung europäischer Debatten und agiert als Katalysator zur Verbreitung von europapolitischen Informationen und Analysen.

Finanziert und gebildet wird die ÖGfE von der Oesterreichischen Nationalbank, der Wirtschaftskammer Österreich, dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, der Landwirtschaftskammer Österreich und der Bundesarbeitskammer. ■

https://oegfe.at



Der UrlaubsEuro im Sommer 2018

Der UrlaubsEuro ist 2018 im Durchschnitt um 20 Prozent mehr wert als zu Hause.

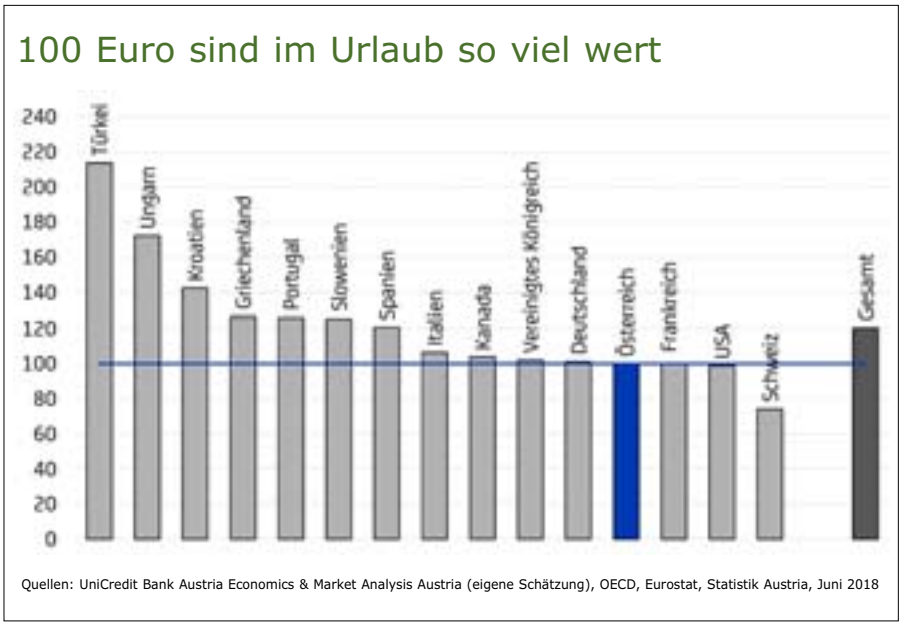
Der Wert des UrlaubsEuros für ÖsterreicherInnen liegt im Ausland im Sommer 2018 im Durchschnitt um 20 Prozent über seinem Wert im Inland. „Tendentiell sind europäische Destinationen 2018 etwas günstiger geworden, Übersee dagegen im Durchschnitt etwas teurer“, analysiert Stefan Brukkbauer, Chefvolkswirt der UniCredit Bank Austria, die aktuelle Berechnung des UrlaubsEuros und ergänzt: „In der Türkei, wo bereits in der Vergangenheit der UrlaubsEuro am meisten wert war, bekommt man heuer aufgrund der starken Abwertung mehr als doppelt so viel wie in Österreich.“

In einer Gesamtsicht hat sich gegenüber dem Sommer 2017 beim UrlaubsEuro allerdings nicht viel bewegt, denn in vielen wichtigen Urlaubsländern der ÖsterreicherInnen war der Preisanstieg ähnlich wie in Österreich und auch die Wechselkurse blieben relativ stabil bzw. sind viele beliebte Urlaubsländer ohnehin Teil des Euroraums. „Der UrlaubsEuro kann im Sommer 2018 nicht von einer niedrigeren Inflation als in Österreich profitieren, denn die Preise stiegen in vielen Ländern in den letzten zwölf Monaten ähnlich wie in Österreich“, faßt Stefan Bruckbauer die Situation im Sommer 2018 zusammen. Neben der Türkei, wo der UrlaubsEuro heuer rund 19 Prozent mehr wert ist als 2017, konnte der UrlaubsEuro noch in Ungarn und Schweden von einer Abwertung profitieren.

Türkei, Ungarn und Kroatien – weiterhin deutlich günstiger als zu Hause

Unter den wichtigsten Urlaubsdestinationen der ÖsterreicherInnen bekommt man weiterhin in der Türkei, in Ungarn und Kroatien am meisten für seinen UrlaubsEuro. Unter den beliebtesten Urlaubsdestinationen können UrlauberInnen aus Österreich auch in Slowenien, Griechenland, Portugal und Spanien mehr für ihren UrlaubsEuro erwarten als zu Hause.

„In den besonders für Städtereisen beliebten Urlaubsdestinationen dürften UrlauberInnen aus Österreich heuer einem ähnlichen Preisniveau wie zu Hause gegenüberstehen, so etwa in Italien, dem Vereinigten Königreich, Deutschland, Frankreich und den USA“, so Bruckbauer. In vielen Ländern Ost- und Südosteuropas ist der UrlaubsEuro weiterhin deutlich mehr wert als in Österreich, allen voran in Bulgarien, Rumänien und Polen.



Quellen: UniCredit Bank Austria Economics & Market Analysis Austria (eigene Schätzung), OECD, Eurostat, Statistik Austria, Juni 2018

Übersee 2018 durchschnittlich teurer geworden

In Übersee spielt die unterschiedliche Preisentwicklung kaum eine Rolle beim Wertvergleich für den UrlaubsEuro, hier ist die Wechselkursentwicklung wichtiger. Daher zeigt Übersee ein differenziertes Bild. „Anders als 2017 folgte der Euro 2018 bisher keinem einheitlichen Aufwertungstrend, so ist der Wert des UrlaubsEuro in Asien und Afrika heuer gefallen, in Amerika jedoch gestiegen“, so Bruckbauer. Der Wertzuwachs des UrlaubsEuro in Amerika reicht dabei von einem halben Prozent in Mexiko über zwei Prozent in den USA bis zu 15 Prozent in Brasilien. In Asien ist der UrlaubsEuro 2018 dagegen leicht und in Afrika mit durchschnittlich 7 Prozent sogar etwas stärker gefallen.

Der UrlaubsEuro ist weiterhin wenig wert in der Schweiz, aber doch erkennbar mehr als 2017

Deutlich mehr als im Vorjahr ist der UrlaubsEuro heuer in der Schweiz wert. Mit einem Wert von 74 Euro bleibt die Schweiz aber weiterhin trotz 7 Prozent Abwertung eine der teuersten Urlaubsdestinationen für UrlauberInnen aus Österreich. „Mit der Abwertung im letzten Jahr erreicht der UrlaubsEuro in der Schweiz wieder einen erkennbar höheren Wert, der bei rund drei Viertel des Wertes in Österreich liegt und damit seinem langjährigen Durchschnitt entspricht“, meint Bruckbauer und ergänzt „noch nie seit es Wertvergleiche gibt, war der UrlaubsEuro in der Schweiz mehr wert als in Österreich.“ Die Abwertung der Schwedenkrone in den letzten zwölf Monaten macht den Wert des UrlaubsEuro in Schweden zwar noch nicht ganz so viel wert wie in Österreich, mit 93 Euro liegt er jedoch erstmals seit acht Jahren wieder in der Nähe von 100 Euro.

Abschließend weisen die Ökonomen der UniCredit Bank Austria darauf hin, daß es sich um Durchschnittswerte handelt, einzelne Regionen (wie etwa London als Zentralregion) können davon abweichen. Das Preisniveau bezieht sich auf den Durchschnitt der Güter und Dienstleistungen in den einzelnen Ländern, einzelne Produkte (speziell für TouristInnen) können davon deutlich abweichen. Daher wurde auch für die Ferndestinationen kein Wert, sondern nur dessen Veränderung angegeben. Zudem ist die Tatsache, daß das Preisniveau in einigen Urlaubsländern so viel günstiger als in Österreich ist, vor allem auf das hohe Einkommensniveau in Österreich zurückzuführen. Würde Österreichs Preisniveau niedriger liegen, wäre auch das Einkommensniveau geringer und Urlaube schwer leistbar. ■

http://www.bankaustria.at

»Quantum Flagship«

AIT führt europäische Technologieentwicklung für die Quantenkommunikation in die nächste Generation.

Österreich hat seine internationale technologische und wissenschaftliche Führungsrolle im Bereich optischer Quantentechnologien im konkurrenzstarken europäischen Programm „Quantum Flagship“ erneut unter Beweis gestellt. Diese kürzlich ins Leben gerufene Initiative hat sich die Entwicklung von Quantentechnologien für den Massenmarkt zum Ziel gesetzt.

Das AIT Austrian Institute of Technology hat sich in den vergangenen Jahren international einen hervorragenden Ruf als Spezialist für Quantentechnologie und Koordinator europäischer Projekte erworben. Unter Beweis gestellt wurde dies kürzlich im Rahmen der europäischen Quantum Flagship Initiative durch den erfolgreichen Projektantrag „UNIQORN – Affordable Quantum Communication for Everyone: Revolutionizing the Quantum Ecosystem from Fabrication to Application“. Das unter Federführung des AIT-Photonikexperten Bernhard Schrenk eingereichte Projekt erhielt im Rahmen der ersten Flagship-Ausschreibung im Zuge von Horizon 2020 den Zuschlag der Europäischen Kommission. UNIQORN will mit innovativer nutzerorientierter Pionierforschung im Bereich der Quantentechnologie eine zeitnahe Verwertung früher Prototyp-Komponenten und System-on-Chip-Lösungen in einem Wachstumsmarkt mit enormem Potential ermöglichen. Der Kick-off für das Projekt ist für Oktober 2018 geplant.

Ziel von UNIQORN ist es, photonische Technologien in der Quantenkommunikation zu nutzen und dafür komplexe Systeme, die derzeit optische Aufbauten im Metermaßstab benötigen, auf millimetergroßen Chips unterzubringen. Damit können nicht nur Dimension und Kosten deutlich reduziert, sondern auch Verbesserungen in puncto Robustheit und Reproduzierbarkeit erzielt werden.

Bernhard Schrenk sieht die kontinuierlichen Weiterentwicklungen bei der Integration von photonischen Technologien als Schlüssel zur Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen: „Die mit dem europäischen Quantum Flagship eingeläutete zweite Quantenrevolution wird nur erfolgreich sein, wenn die Quantentechnologie eine ähnliche Erfolgsgeschichte schreibt wie die Mikroelektronik, die unsere Gesellschaft in

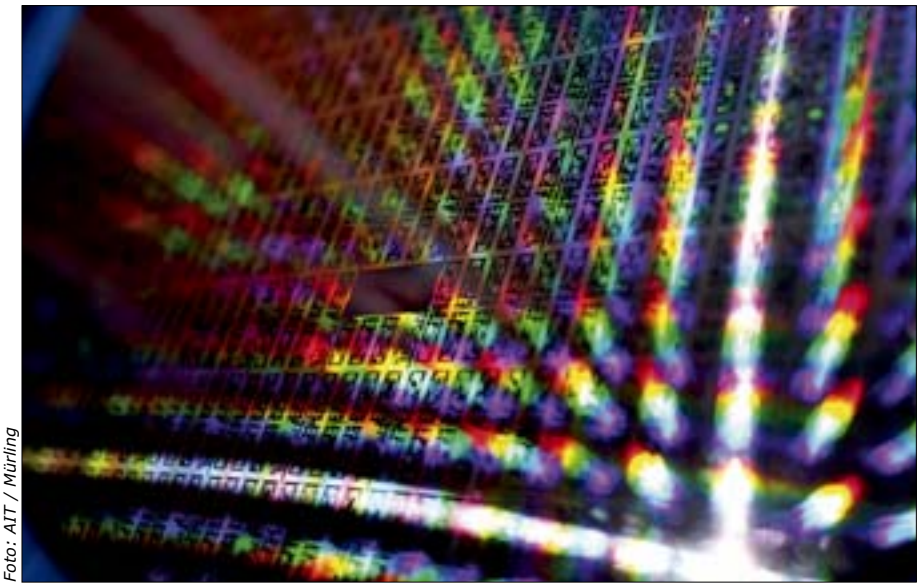


Foto: AIT / Mürling

Hochintegrierte photonische Schaltungen für die Quantenkommunikation

Foto: AIT / Zinner

UNIQORN-Projektleiter Hannes Hübel

das Informationszeitalter geführt hat“, so Schrenk. „Revolution durch Evolution!“

Schlüsseltechnologien für den Quantencomputer der Zukunft

Das auf drei Jahre ausgelegte Projekt UNIQORN wird die Schlüsselkomponenten für die Quantenkommunikationssysteme der Zukunft entwickeln, die unter anderem zur Generierung von echten Zufallszahlen und die hochsichere Schlüsselverteilung eingesetzt werden. Dazu zählen spezialisierte quantenoptische Quellen und Detektortechnologien, die auf etablierten Fertigungsplattformen realisiert werden, ähnlich der Massenfertigung in der Mikroelektronik. Ein wichtiger Schwerpunkt der Forschungsarbeiten liegt auf integrierten System-on-Chip-Lösungen. Sie bilden die Grundlage für hochminiaturisierte optische Systeme, die quantenmechanische Eigenschaften wie etwa Verschränkung und gequetschtes Licht voll ausschöpfen können. Bei der Auswahl der eingesetzten optoelektronischen Technologien und Fertigungsprozesse wurde großes Augenmerk auf Kosteneffizienz und Leistungsfähigkeit gelegt, um so dem praktischen Einsatz der Quantentechnologie in naher Zukunft zum Durchbruch zu verhelfen.

Geleitet wird das Projekt UNIQORN vom AIT-Quantenexperten Hannes Hübel. „Wir sind überzeugt, daß dieses Projekt die ‚Quantum Divide‘, also die Kluft zwischen Anwendern mit und ohne finanzielle Mittel schließen wird“, so der Forscher. „Durch die Verfügbarkeit kostenoptimierter Quantentechnologien werden nicht nur Regierungen und große Organisationen, sondern auch die Allgemeinheit von den Vorteilen des Quantenzeitalters profitieren.“

Zu diesem Zweck wird UNIQORN einen Bogen von der Fertigung bis zur Anwendung

der Quantentechnologie spannen und die entwickelten bahnbrechenden Technologien in neuesten Protokollen wie OTP (One-Time-Programs) und OT (Oblivious Transfer) evaluieren. Eines Tages wird dadurch ein breiterer Anwenderkreis von der Möglichkeit des Quantencomputers profitieren können, ohne in diese teure Technologie investieren zu müssen. Die entwickelten Systeme werden in einer realen Smart-City Umgebung im Zusammenwirken mit unterschiedlichen Telekommunikationsanwendungen getestet.

Interdisziplinäres Konsortium

Im UNIQORN Konsortium, das von AIT koordiniert wird, arbeiten 17 Partner aus ganz Europa an einer multidisziplinären Forschungsagenda. Forschungsinstitutionen – AIT Austrian Institute of Technology, Fraunhofer HHI, Interuniversity Microelectronics Centre – mit langjähriger Erfahrung in der Überführung von Grundlagenforschung in die Anwendung werden mit QuantenforscherInnen mit theoretischem und experimentellem Know-how (Universität Wien, Universität Paderborn, Universität Innsbruck, Technical University of Denmark) zusammenarbeiten. Das Projekt kann auch auf ExpertInnen in den Bereichen Photonik und Elektronik, Integration und Packaging zurückgreifen (Eindhoven University of Technology, Micro-Photon-Devices, Politecnico Milano, Smart Photonics, Institute of Computer and Communication Systems Athens, VPI Photonics, Cordon Electronics). Die Perspektive der industriellen Endnutzer wird durch den Systemanbieter Mellanox und den Betreiber Cosmote eingebracht. Die Evaluierung im Feld erfolgt in der Smart-City Testumgebung, die von der Universität Bristol betrieben wird.

Quantentechnologie-Forschung am AIT

Das AIT Austrian Institute of Technology ist Österreichs größte außeruniversitäre Forschungseinrichtung und der Spezialist für die zentralen Infrastrukturthemen der Zukunft. Im Center for Digital Safety & Security werden moderne Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und Systeme entwickelt, um kritische Infrastrukturen im Kontext der umfassenden und globalen Vernetzung und Digitalisierung sicher und zuverlässig zu gestalten.

Die AIT-ExpertInnen im Bereich optische Quantentechnologien widmen sich der Entwicklung und Integration von Systemen zur Quantenverschlüsselung sowie der Produktentwicklung auf Basis von quantentechnologisch inspirierten Technologien. Die Lösungen bieten eine wichtige Grundlage für Forschung und Entwicklung in der Quantenoptik und anderen angewandten Forschungsfeldern wie etwa den Life Sciences. Mit diesem Kernthema will AIT die Quantentechnologie aus dem Labor zum Kunden bringen. ■

http://www.ait.ac.at

Das kleinste Kräftemessen der Welt

Vibrationen im Nanometerbereich detektiert ein neuartiger Sensor der TU Wien.

Kräfte messen ist etwas ganz Alltägliches, jede handelsübliche Küchenwaage macht das. Kompliziert werden Kraftmessungen aber, wenn man auch die Richtung der Kraft messen möchte, wenn hochpräzise gemessen werden muß, und wenn der Sensor auch noch auf Mikrometergröße verkleinert werden soll. An der TU Wien ist es nun gelungen, all diese Anforderungen zu erfüllen: Ein winziger Sensor-Chip mit einem Durchmesser von weniger als einem Zehntelmillimeter wurde entwickelt. Er soll Rasterkraftmikroskope verbessern und könnte vielleicht auch Roboter mit hochsensiblem Fingerspitzengefühl ausstatten.

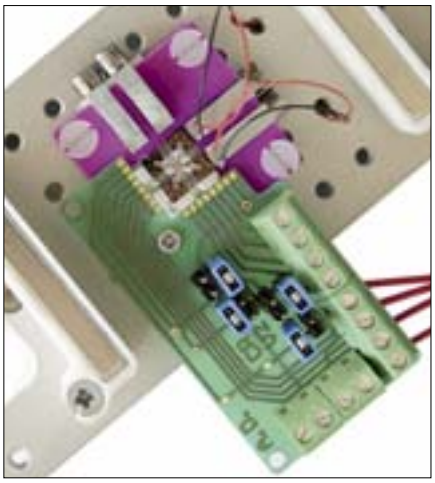


Foto: TU Wien

Der neuartige Kraft-Sensor der TU Wien

Messen in alle Richtungen

„Die meisten Kraft-Sensoren können Kräfte nur in einer Richtung messen“, sagt Alexander Dabsch, Dissertant im Team von Prof. Franz Keplinger am Institut für Sensor- und Aktuatorsysteme der TU Wien. „Für viele Anwendungen reicht das aber nicht aus – zum Beispiel, wenn man in einem Rasterkraftmikroskop eine dünne Spitze Atom für Atom über eine raue Oberfläche gleiten läßt. Dann treten Kräfte in unterschiedliche Richtungen auf, aus denen man wertvolle Information gewinnen kann.“

Daher entwickelte man an der TU Wien nun einen Kraft-Sensor, der deutlich mehr kann: Er mißt nicht nur die Richtung der Kraft in allen drei Raumdimensionen, er kann auch noch Torsion – also räumliche Verdrehungen – präzise detektieren. Der Chip hat einen quadratischen Rahmen, der durch Krafteinwirkung von außen leicht verbogen werden kann. In der Mitte befindet sich eine kreuzförmige Struktur aus Siliziumdrähten, dünn wie Fliegenbeine.

„Genau wie eine Gitarrensaite kann auch diese Silizium-Struktur vibrieren“, erklärt Dabsch. „Wir können diese Vibrationen gezielt anregen, indem wir ein äußeres Magnetfeld anlegen und dann Strom durch die Struktur fließen lassen. Dabei entsteht eine Kraft, die Schwingungen auslöst.“

Wenn man eine Gitarre stimmt, ändert man die Spannung der Saite und hört plötzlich einen anderen Ton – und genau dasselbe Prinzip nutzt der Sensor, um Krafteinwirkungen und Verbiegungen am Rahmen zu messen. Die Schwingungsfrequenzen der Silizium-Struktur ändern sich, wenn eine äußere Kraft den Sensor verbiegt. „Die Schwingungsfrequenz lässt sich auf wenige Hertz genau messen, das ermöglicht uns, die Verbiegungen am Chip mit einer Präzision im Nanometerbereich anzugeben“, erklärt Dabsch.

Prototyp erfolgreich fertiggestellt

Unterstützt wurde das Projekt von der PRIZE Prototypenförderung des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft – einem Förderprogramm, das die Umsetzung von Ideen aus der akademischen Forschung in markttaugliche Prototypen ermöglicht. Der neuartige Kraft-Sensor wurde nun bereits mit Unterstützung des Forschungs- und Transfersupports der TU Wien zum Patent angemeldet, die Meßmethode und erste Ergebnisse wurden im Fachjournal „Journal of Micromechanics and Microengineering“ publiziert. ■

https://www.tuwien.ac.at

Ringturm-Verhüllung

Bundeskanzler Sebastian Kurz eröffnete Helnweins »I saw this« – die Fertigstellung der 4.000 Quadratmeter großen Kunstinstallation von Gottfried Helnwein am Ringturm wurde am 22. Juni feierlich zelebriert.

Auf Einladung von Günter Geyer, Vorstandsvorsitzender des Wiener Städtischen Versicherungsvereins, eröffnete Bundeskanzler Sebastian Kurz die Ringturmverhüllung 2018. Die eigens für die Ringturmverhüllung zusammengestellte Komposition „I saw this" von Gottfried Helnwein klagt an gegen Krieg, Terror und Unterdrückung und steht ganz im Zeichen des Gedenkjahres 2018 – anläßlich „100 Jahre Republik Österreich".

Der Bundeskanzler zum spektakulären Kunstwerk mitten im Wiener Stadtzentrum: „Gottfried Helnwein löst mit seiner Arbeit Emotionen aus und verhindert so die Gleichgültigkeit und das Wegschauen. Gerade im Gedenkjahr 2018 kommt diesem Kunstwerk daher eine besondere Bedeutung zu."

Der weltberühmte österreichische Künstler Gottfried Helnwein, der zu den bedeutendsten heimischen Kunstschaffenden zeitgenössischer Art nach dem Zweiten Weltkrieg zählt, zeichnet auf Initiative des Wiener Städtischen Versicherungsvereins für die diesjährige Ringturmverhüllung verantwortlich. Gottfried Helnwein: „Ich will die Menschen zwingen, zu sehen." Parallel zur Ringturmverhüllung zeigt der Wiener Städtische Versicherungsverein über den Sommer eine Selektion des Künstlers im Ausstellungszentrum im Ringturm.

Gastgeber, Initiator und Förderer der Ringturmverhüllung 2018 Günter Geyer erklärte: „Wir sind sehr stolz darauf, daß wir mit Gottfried Helnwein einen heimischen Weltstar der internationalen Kunstszene für die Ringturmverhüllung 2018 gewinnen konnten. Es ist für uns auch eine besondere Ehre, daß Bundeskanzler Sebastian Kurz die diesjährige Ringturmverhüllung eröffnete." Die Verhüllung des historischen Bürogebäudes am Ring wird bis September zu sehen sein. „Mit Helnweins Komposition appellieren wir im Erinnerungsjahr 2018 gegen Krieg und Gewalt auf der ganzen Welt."

Der Einladung von Günter Geyer zur Eröffnung der Ringturmverhüllung folgten zahlreiche hochkarätige Gäste aus Politik, Wirtschaft und Kultur sowie prominente Medienvertreter, unter anderem Wiens Bürgermeister Michael Ludwig, Markus Figl (Bezirksvorsteher Wien Innere Stadt), Dompfarrer Toni Faber und Johanna Schwanberg, (Direktorin des Dom Museum Wien), ORF III-Geschäftsführer Peter Schöber, „Die Presse"-Chefredakteur Rainer Nowak, das Sammlerpaar Klaus und Friederike Ortner und Marietta Deix.

Des Weiteren waren KR Klaus Stadler (Aufsichtsratsvorsitzender des Wiener Städtischen Versicherungsvereins) und Prof. Elisabeth Stadler (Generaldirektorin der Vienna Insurance Group) sowie Helene Kanta (Vorstandsdirektorin des Wiener Städtischen Versicherungsvereins) anwesend.

Foto/Rendering: Robert Newal / Gottfried Helnwein

Auf der Vorderseite des Ringturms sieht man ein blondes Mädchen mit einer Maschinenpistole.

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Wiener Städtische Versicherungsverein / Andreas Scheiblecker

Bei der Enthüllung im Ringturm (v.r.): Bundeskanzler Sebastian Kurz, Gottfried Helnwein und Günter Geyer, Vorstandsvorsitzender des Wiener Städtischen Versicherungsvereins

Helnwein im und am Ringturm

Begleitend zur Ummantelung seiner Konzernzentrale zeigt der Wiener Städtische Versicherungsverein im dortigen Ausstellungszentrum vier Werke des berühmten Künstlers. Darunter finden sich auch die beiden Motive der Ringturmverhüllung: „The Disasters of War 49“ und „The Disasters of War 60“. Mit „CHILD 14“ und „THE MURMUR OF THE INNOCENTS 69“ sind zwei weitere Arbeiten Helnweins über die Sommermonate im Ausstellungszentrum im Ringturm bei freiem Eintritt zu sehen.

Das Werk »I saw this«

Auf der Vorderseite des Ringturms nimmt ein blondes Mädchen mit einer Maschinenpistole den Wiener Donaukanal ins Visier. Auf der Rückseite des Gebäudes brennt eine Stadt vor den Augen einer überdimensionalen Manga-Figur lichterloh, im Hintergrund sind Menschen vor einer Welle von meterhohen Flammen und Rußwolken zu sehen. Helnwein protestiert mit seiner zweiteiligen Komposition gegen Terror und Krieg.

Der Künstler Gottfried Helnwein

Der gebürtige Wiener gilt als einer der international herausragendsten und polarisierendsten Künstler. Er studierte von 1969 bis 1973 Malerei in der Meisterklasse von Professor Rudolf Hausner an der Akademie der bildenden Künste in Wien. Über die Grenzen hinweg bekannt wurde er durch seine hyperrealistischen Bilder von verwundeten und bandagierten Kindern. Die Schwerpunkte seines Schaffens liegen vorwiegend auf der Auseinandersetzung mit den Sujets Gewalt, Tod, Verletzung und Schmerz. In der Albertina Wien gab es erstmals 1979 eine Schau seiner Werke, weitere Ausstellungen in seiner Heimatstadt folgten (Einzelausstellung 1985: „Gottfried Helnwein – Arbeiten von 1970 – 985“ und 2013: Retrospektive). 1985 ging er mit seiner Familie nach Deutschland, wo er bis 1997 lebte. Danach übersiedelte er nach Irland. Seit 2002 hat der Künstler auch einen Wohnsitz in Los Angeles.

Überdimensionale Kunstinstallation Ringturm

30 bedruckte Netzbahnen mit rund drei Metern Breite und bis zu 63 Metern Länge machen Helnweins „I saw this“ zu einem insgesamt 4.000 Quadratmeter großen Kunstwerk mitten in Wien. ■

http://www.wst-versicherungsverein.at
http://www.gottfried-helnwein.at
https://de.wikipedia.org/wiki/Gottfried_Helnwein

Foto/Rendering: Robert Newal / Gottfried Helnwein

Auf der Rückseite brennt eine Stadt vor den Augen einer überdimensionalen Manga-Figur.

Österreich ist für seine eigene Geschichte verantwortlich

Bundeskanzler Sebastian Kurz empfing eine Delegation von Yad Vashem.

Foto: BKA / Andy Wenzel

Am 3. Juli empfing Bundeskanzler Sebastian Kurz (Bildmitte hinten) eine Delegation von Yad Vashem im Bundeskanzleramt.

Obwohl ich die Gedenkstätte Yad Vashem bereits dreimal besucht habe, ist es jedes Mal erschütternd, mit der Erinnerung an das grauenvolle Schicksal von sechs Millionen Juden konfrontiert zu werden. Als Bundeskanzler muß ich feststellen, daß Österreich eine schwere Last zu tragen hat. Damit meine ich die schrecklichen Verbrechen, die während der Shoah begangen wurden, was ich aus tiefstem Herzen bedaure“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 3. Juli anläßlich des Empfangs einer Delegation von Yad Vashem im Bundeskanzleramt.

Die Österreicherinnen und Österreicher würden jedoch wissen, daß sie für ihre eigene Geschichte verantwortlich seien. „Daß so etwas wie die Shoah nie wieder geschieht, ist unsere Verpflichtung. Wir und die folgenden Generationen werden diese furchtbaren Verbrechen niemals vergessen“, ergänzte der Bundeskanzler. Nachdem Bildung der Schlüssel sei, um neue Generationen vor einer Wiederholung von Fehlern der Vergangenheit zu bewahren, „wird Österreich den Aufbau des neuen ‚Shoah Heritage Collection Center‘ mit einer Million Euro unterstützen“, so Kurz.

Dieses neue Zentrum soll einen wichtigen Beitrag zur fortgesetzten Erforschung des Holocausts leisten und so auch für zukünftige Generationen wirken. Yad Vashem ist auch für viele österreichische Überlebende der Shoah sowie deren Nachkommen ein Ort des individuellen Gedenkens an erlittenes Leid und Unrecht. Dieses Erinnern möchte die Bundesregierung in einer besonderen Weise unterstützen.

Foto: BKA / Andy Wenzel

Der Bundeskanzler (m.) mit Shaya Ben Jehuda, Yad Vashem-Geschäftsführer für internationale Beziehungen (l.) und dessen Stellverteterin, Sarah Granitza

Am Abend zuvor war die rund 120köpfige Delegation aus aller Welt zu Gast im Rathaus in Anwesenheit unter anderen von IKG-Präsident Oskar Deutsch, Vizepräsidentin Claudia Prutscher, Vizepräsident Denzoni Dawara Schwili, Martina Maschke vom Wissenschaftsministerium, und Hannah Lessing, Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich. GR Peter Florianschütz hatte die Gäste begrüßt. Die Delegation besuchte auch die Gedenkstätte Mauthausen, wo sie von deren Direktorin Barbara Glück willkommen geheißen wurde. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Yad_Vashem

AuslandsburgenländerInnen zu Gast in Eisenstadt

Einen herzlichen Empfang bereiteten Landeshauptmann Hans Niessl, Landesrätin Verena Dunst und Landesrätin Astrid Eisenkopf am 3. Juli einer Reisegruppe von etwa 20 AuslandsburgenländerInnen im Landhaus in Eisenstadt. Unter den Gästen waren auch Prof. Walter Dujmovits, Präsident der Burgenländischen Gemeinschaft, und die amtierende „Miss Burgenland New York", Grace Wiederhold.

Der Landeshauptmann zeigte sich erfreut über die Heimatverbundenheit der AuslandsburgenländerInnen: „Unsere letzte Reise in die USA und nach Kanada ist mir noch in bester Erinnerung. Umso mehr freut es mich, daß wir unsere Landsleute heute hier im Burgenland begrüßen dürfen. Vor allen Dingen ist es aber bewundernswert und schön zu sehen, daß sich auch die junge Generation der AuslandsburgenländerInnen für ihre Wurzeln interessiert. Sie haben sich ein Stück Heimatbewußtsein erhalten. Ich danke allen, die das Burgenland nicht vergessen haben, daß sie im Herzen BurgenländerInnen geblieben sind. Ich danke vor allem aber der Burgenländischen Gemeinschaft mit Prof. Dr. Walter Dujmovits an der Spitze, die diese Brücke zwischen dem Burgenland und den Vereinen der AuslandsburgenländerInnen in den USA und in Kanada mit Leben erfüllt."

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Empfang im Landhaus in Eisenstadt (v.l.): Landesrätin Astrid Eisenkopf, die amtierende »Miss Burgenland New York«, Grace Wiederhold, Landeshauptmann Hans Niessl, Landesrätin Verena Dunst und Prof. Walter Dujmovits, Präsident der Burgenländischen Gemeinschaft

Die Burgenländische Gemeinschaft macht es sich seit 1956 zur Aufgabe, die Heimatverbundenheit der BurgenländerInnen in aller Welt zu pflegen bzw. zu fördern und fungiert als deren Interessensvertretung im Ausland. Der Verein hat Sitze in mehr als zehn Staaten, die meisten davon in den USA. Immerhin sind im vorigen Jahrhundert 66.000 BurgenländInnen – davon ein Großteil nach Amerika – ausgewandert. Dazu kommen noch weitere 20.000, die vor 1880 ausgewandert sind und statistisch nie erfaßt werden konnten. Prof. Walter Dujmovits hat deren Schicksal in einem Buch nachgezeichnet. ■

http://www.burgenlaender.com/
http://www.burgenland.at

Graz: Machbarkeitsstudie für Olympia 2026 präsentiert

Im Rahmen einer einer Pressekonferenz am FH CAMPUS 02 wurden am 28. Juni die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie und das Spielstättenkonzept von Joachim Pölzl von Graz2026 für die Olympischen Spiele 2026 in Graz präsentiert. Er beleuchtete dabei die Situation der Wettkampfstätten, die für eine Olympiaaustragung notwendig sind. 13 werden dafür benötigt, zwölf davon seien bereits vorhanden, so Pölzl: „Nur die Austragungsstätte für den Eiskunstklauf und die Eishockey-Finalis fehlt noch. Dort ist aber die Messehalle C in Graz bereits ein langfristiges Planungsziel der Stadt Graz. Diese würde sich dafür perfekt eignen."

Neben den Sportstätten bedarf es noch 26 weiterer Schauplätze für Events wie z. B. Siegerehrungen. Bis auf die notwendigen Plätze für die Siegeszeremonien fehle nur noch ein Austragungsort für die Opening- und Closing-Ceremony in Graz. Dafür würden sich jedoch diverse Flächen im Grazer Süden eignen, so Pölzl.

Ein permanentes Stadion wäre hier jedoch nicht erforderlich. Sein Resümee zu den Spielstätten: „Es werden keine neu gebauten Wettkampfstätten für die Olympischen Spiele benötigt."

Foto: Stadt Graz / Fischer

v.l.: Jürgen Winter (Bürgermeister Schladming), Peter Mennel (Generalsekretär ÖOC), Bürgermeister Siegfried Nagl, Vizebürgermeister Mario Eustacchio und Markus Pichler (Geschäftsführer Graz2026)

Siegfried Nagl, Bürgermeister der Stadt Graz dazu: „Wir wollen Spiele ohne Gigantomanie. Es wurden immer Zahlen, Daten und Fakten von uns gefordert. Die können wir heute zeitgerecht abliefern. Es ist wichtig zu sehen, welche Chancen dieses Mega-Event für unsere Jugend bedeuten kann und welchen Wert wir daraus schöpfen können." ■

https://www.austria2026.at
https://www.graz.at

Wirtschaftskammern Wien und Hongkong rücken zusammen

Eine Abordnung der Wirtschaftskammer Hongkong besuchte Anfang Juni Wien und lotete die Möglichkeiten der noch engeren Zusammenarbeit aus. Neben Besuchen etwa bei EVVA, Lobmeyr und dem AIT wurde im Rahmen eines feierlichen Empfangs auch ein Abkommen über eine noch intensivere Zusammenarbeit der Wirtschaftskammern Wiens und Hongkongs unterzeichnet. Dies beinhaltet etwa die gegenseitige Unterstützung bei Markt-Recherchen oder laufende gegenseitige Information über die Wirtschaftsräume.

Unter allen Provinzen und Regionen Chinas bleibt die Sonderverwaltungsregion Hongkong für den österreichischen Außenhandel sowohl ausfuhr- als auch einfuhrseitig die Nummer eins. Knapp 25 Prozent aller österreichischen Exporte nach China werden über Hongkong abgewickelt, insgesamt waren 2017 rund 200 rot-weiß-rote Firmen in Hongkong tätig.

Die österreichischen Exporte nach Hongkong stiegen im Vorjahr um über 7 Prozent auf 531 Mio. Euro. Der 7,2 Mio.-Einwohner-Markt liegt in der Bedeutung für die österreichische Exportwirtschaft weiterhin auf Platz vier in Fernost. Die österreichischen Importe aus Hongkong stiegen 2017 um 1 Prozent auf 138 Mio. Euro. Der Wiener Anteil am bilateralen Außenhandelsvolumen (Importe und Exporte) liegt bei 15 Prozent.

Foto: pictures born

WK Wien-Vizepräsident Anton Ofner (l.) und Stephen Weatherseed der Hong Kong General Chamber of Commerce (HKGCC) unterzeichneten das Abkommen.

Wizz Air schafft mehr als 200 Arbeitsplätze im Großraum Wien

Wizz Air, eine der am schnellsten wachsenden Fluggesellschaften Europas und die führende Low-Cost-Carrier in CEE, eröffnet ihre österreichische Basis am Flughafen Wien unter anderem mit einem ihrer neuen Airbus A320 Flugzeuge. Die neuen Flugzeuge werden die Inbetriebnahme von fünf neuen Verbindungen von Wien zu den beliebten Zielen unterstützen.

Die Basis in Wien stellt eine große Investition von WIZZ in Österreich dar und schafft bis 2019 mehr als 200 direkte Arbeitsplätze bei der Fluggesellschaft. Mit einer Gesamtinvestition von $ 570 Millionen wird die Airline in den kommenden neun Monaten ihren Betrieb am Flughafen Wien weiter ausbauen. 2019 wird die Airline mit einer lokalen Flotte von fünf neuen Airbus-Flugzeugen, die ein Netz von 30 Strecken von Wien in 22 Länder betreiben und insgesamt mehr als 2,2 Millionen Sitzplätze pro Jahr anbieten, zur zweitgrößten Fluggesellschaft Österreichs werden. Das lokale Team wird kontinuierlich erweitert.

„Wir sind stolz, die Eröffnung einer neuen WIZZ-Basis in Österreich am Flughafen Wien zu feiern. Die ersten Flüge von Wizz Air ab Wien starteten im April und jetzt eröffnen wir weitere fünf neue Verbindungen“, sagte George Michalopoulos, Chief Commercial Officer bei Wizz Air bei einer Pressekonferenz in Wien.

„Wizz Air setzt in diesem Jahr bedeutende Wachstumsimpulse am Flughafen Wien. Die neue Basis und das breite Streckennetz mit bis zu 30 buchbaren Destinationen ab Wien bis 2019 stärken den Luftverkehrsstandort Wien und schaffen Wertschöpfung. Vor allem die vielfältigen Flugangebote nach Osteuropa, aber auch zu mitteleuropäischen Destinationen und Urlaubszielen, bieten attraktive Reisemöglichkeiten für Geschäfts- und Urlaubsreisende. Städte wie Eindhoven, Danzig, Tuzla, Cluj, Valencia, Kutaissi, Ohrid, Niz, Billund, Bergen, Kharkiv und Malmö sind mit Wizz Air gänzlich neu ab Wien erreichbar“, so Julian Jäger, Vorstand der Flughafen Wien AG. ■

https://www.wizzair.com
http://www.viennaairport.com

Foto: Flughafen Wien AG

v.l.: Crew Wizz Air, George Michalopoulos, Chief Commercial Officer von Wizz Air, Wiens Bürgermeister Michael Ludwig, Julian Jäger, Vorstand der Flughafen Wien AG, Crew Wizz Air.

Leon Zelman Preis 2018 ging an Uli Jürgens

Der Leon Zelman Preis 2018 wurde am 13. Juni im Wiener Rathaus zum sechsten Mal vergeben. „Ziel des Preises ist es, jene Personen zu würdigen, die sich im Sinne Leon Zelmans aktiv für die Erinnerung an die Shoah und den Dialog zwischen dem heutigen Österreich und den Opfern der NS-Verfolgung und ihren Nachkommen einsetzen. Er richtet sich an Bildungs- und Jugendarbeit sowie Projekte, die den interkulturellen Dialog fördern“, wie die Juryvorsitzende Susanne Trauneck, Jewish Welcome Service, in ihren einleitenden Worten ausführte.

In seiner Laudatio sagte Michael Baiculescu, Verlagsleiter des Mandelbaum Verlags: „Es geht darum, die vergangene Geschichte für die Gegenwart erfahrbar, verständlich und damit nutzbar zu machen. Für Uli Jürgens, ist jede Exil – und Fluchtgeschichte in dieser Welt immer aktuell und oftmals schmerzhaft“. Und Uli Jürgens wies in ihrer Dankesrede daraufhin: „Zeitgeschichte ist nichts verstaubtes, die Geschichten sind da, wir müssen nur zuhören und wir müssen sie weitererzählen.“

Die Übergabe an Uli Jürgens erfolgte durch den Vizepräsidenten des Jewish Welcome Service und Initiator des Preises, Andreas Mailath-Pokorny, im Beisein der Töchter von Leon Zelman. Weiters waren u.a. Sigrid Oblak, Geschäftsführerin der Wien Holding, Professor Herwig Hösele vom Zukunftsfonds der Republik Österreich, Oberrabbiner Arie Folger, ESRA-Geschäftsführer Peter Schwarz, Martina Maschke von erinnern.at, die Historikerinnen Heidemarie Uhl und Sophie Lillie, bei der Feierstunde anwesend.

Foto: PID / Schaub-Walzer

Sigird Oblak, Susanne Trauneck, Uli Jürgens und Andreas Mailath-Pokorny bei der Verleihung

Der Jewish Welcome Service

1980 wurde die Organisation auf Initiative des damaligen Bürgermeisters Leopold Gratz und des Stadtrates Heinz Nittel gemeinsam mit dem 2007 verstorbenen Leon Zelman gegründet. Präsident ist der jeweilige Bürgermeister der Stadt Wien. Weitere Aufgaben neben dem Besuchsprogramm sind die Unterstützung von Gedenk -und Erinnerungsinitiativen sowie Information und Service für jüdische Wien-BesucherInnen. Darüber hinaus organisiert der Jewish Welcome Service auch Einladungen für die jüngere Generation. Die Wien Holding unterstützt seit diesem Jahr den Jewish Welcome Service Vienna. ■

http://www.jewish-welcome.at
https://www.wienholding.at

Der Wiener MädchenChor fährt auf China-Tournee

Der Wiener MädchenChor der Musikschule Wien geht im August 2018 auf eine 16tägige China-Tournee. Als musikalische Botschafterinnen aus Wien treten die 30 jungen Mädchen erstmals in neun großen chinesischen Städten in prominenten Konzerthallen auf. Besondere Höhepunkte sind die Konzerte in der berühmten Oper von Peking und in Chengdu, der Heimat der Pandabären.

Bildungs- und Jugendstadtrat Jürgen Czernohorszky überzeugte sich am 4. Juni bei einer Probe von der hohen musikalischen Qualität des Wiener MädchenChors. „Für die Mädchen ist die China-Tournee eine Riesenchance und ein großes Abenteuer. Sie sind jetzt schon top-vorbereitet und werden in China mit ihrem vielseitigen und ausgezeichneten Können das Publikum überzeugen“, so Czernohorszky. ■

https://www.wien.gv.at/bildung/schulen/musikschule/

Foto: PID / Votava Martin

Der Wiener MädchenChor fährt auf China-Tournee

Weltbund-Tagung

Auslandsösterreichertreffen 2018

6. bis 9. September in Innsbruck

Der Weltbund veranstaltet jedes Jahr für seine Mitglieder und deren Freunde ein großes, internationales Treffen in Österreich. Sie haben die Möglichkeit sich über Internet anzumelden. Kontakt: Dr. Irmgard Helperstorfer – http://www.weltbund.at/aktuelles_termine.asp

An allen mit einem ➢ gekennzeichneten Veranstaltungen können Sie nur mit einer gedruckten Einladung oder einer Zugangsberechtigung teilnehmen, die Sie bei der Registrierung erhalten!

Donnerstag, 6. September

09.00 - 18.00 Uhr **Registrierung:** Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3, 6020 Innsbruck
Rahmenprogramm: Verbindliche Anmeldung wegen beschränkter Teilnehmerzahl unbedingt erforderlich! Bitte nur eine (!) Veranstaltung des Rahmenprogramms für Donnerstag, 6. September 2018, ankreuzen.
Die Teilnehmer können aus folgenden Programmpunkten wählen:

14:00 Uhr ➢ **Stadtrundgänge inklusive Hofburg und Volkskunstmuseum.** Treffpunkt: Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 100 Personen beschränkt!

14:00 Uhr ➢ **Besichtigung des Bergisel Tirol Panoramas.** Das 1896 geschaffene Gemälde zeigt auf 1000 Quadratmetern in faszinierender 360 Grad Sicht den Tiroler Freiheitskampf in allen Facetten, die den „Mythos Tirol“ ausmachen. Treffpunkt: Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 100 Personen beschränkt!

14:00 Uhr ➢ **Besichtigung der Tunnelwelten.** Die Führung bietet spannende Einblicke in die geheimnisvolle Welt rund um den Bau des Brenner Basistunnels. Stationen aus unterschiedlichen Bereichen laden zum Mitmachen und Forschen ein. Treffpunkt: Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 50 Personen beschränkt!

14:00 Uhr ➢ **Audioversum.** Die interaktive Erlebniswelt zum Hören und Staunen verbindet als Science Center Medizin, Technik, Bildung und Kunst und fasziniert mit Multimedialen Installationen. Treffpunkt: Kasse im Foyer des Audioversums, Wilhelm Greil-Straße 23. Das Audioversum ist fußläufig sehr gut erreichbar (direkt gegenüber dem Landhaus). Die Teilnehmerzahl ist auf 45 Personen beschränkt!

Foto: http://www.oesterreichfotos.at / Michael Mössmer

14:00 Uhr ➢ **Institut für Quantenoptik und Quanteninformation.** Das Institut der Österreichischen Akademie der Wissenschaften widmet sich der theoretischen und experimentellen Erforschung der Quantenoptik von den fundamentalen Grundlagen bis zu deren praktischer Anwendung, unter anderem für die Meteorologie, die Sensorik und die Quanteninformations-Verarbeitung. Treffpunkt für die Abfahrt der Busse: 14.00 Uhr, Congress Innsbruck, Haupteingang, Rennweg 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 30 Personen beschränkt!

14:00 Uhr ➢ **Swarco Traffic World in Wattens.** Mit einem einzigartigen Konzept wird anschaulich dargestellt, wie modernes Verkehrsmanagement unter Berücksichtigung aller Verkehrsträger funktioniert und sowohl ein Blick in die Vergangenheit, als auch in die Zukunft des Verkehrs geworfen.Treffpunkt für die Abfahrt der Busse: 14:00 Uhr, Congress Innsbruck, Haupteingang, Rennweg 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 40 Personen beschränkt!

19:00 Uhr ➢ **Abendessen im Theresienbräu**
Maria-Theresien-Straße 51-53
Essen auf Rechnung des AÖWB, Getränke auf eigene Rechnung. Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich! Ausschließlich für Personen mit Zugangsberechtigung!

Freitag, 7. September

09:00 - 17:00 Uhr **Registrierung:** Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3, 6020 Innsbruck

Rahmenprogramm: Verbindliche Anmeldung wegen beschränkter Teilnehmerzahl unbedingt erforderlich! Bitte nur eine (!) Veranstaltung des Rahmenprogramms für Freitag, 7. September 2018, ankreuzen.
Die Teilnehmer können aus folgenden Programmpunkten wählen:

09:00 Uhr ➢ **Stadtrundgänge inklusive Hofburg und Volkskunstmuseum.** Treffpunkt: Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 100 Personen beschränkt!

09:00 Uhr ➢ **Besichtigung des Bergisel Tirol Panoramas.** Das 1896 geschaffene Gemälde zeigt auf 1000 Quadratmetern in faszinierender 360 Grad Sicht den Tiroler Freiheitskampf in allen Facetten, die den „Mythos Tirol“ ausmachen. Treffpunkt: Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 100 Personen beschränkt!

09:00 Uhr ➢ **Besichtigung der Tunnelwelten.** Die Führung bietet spannende Einblicke in die geheimnisvolle Welt rund um den Bau des Brenner Basistunnels. Stationen aus unterschiedlichen Bereichen laden zum Mitmachen und Forschen ein. Treffpunkt: Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 50 Personen beschränkt!

09:00 Uhr ➢ **Audioversum.** Die interaktive Erlebniswelt zum Hören und Staunen verbindet als Science Center Medizin, Technik, Bildung und Kunst und fasziniert mit Multimedialen Installationen. Treffpunkt: Kasse im Foyer

Maria-Theresien-Straße / Foto: TVB Innsbruck / Christof Lackner

Österreich, Europa und die Welt

Foto: http://www.oesterreichfotos.at / Michael Mössmer

Ein atemberaubender Blick vom Hafelekar auf die Stadt Innsbruck

des Audioversums, Wilhelm Greil-Straße 23. Das Audioversum ist fußläufig sehr gut erreichbar (direkt gegenüber dem Landhaus). Die Teilnehmerzahl ist auf 45 Personen beschränkt!

09:00 Uhr ➢ **Institut für Quantenoptik und Quanteninformation.** Das Institut der Österreichischen Akademie der Wissenschaften widmet sich der theoretischen und experimentellen Erforschung der Quantenoptik von den fundamentalen Grundlagen bis zu deren praktischer Anwendung, unter anderem für die Meteorologie, die Sensorik und die Quanteninformations-Verarbeitung. Treffpunkt für die Abfahrt der Busse: 09:00 Uhr, Congress Innsbruck, Haupteingang, Rennweg 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 30 Personen beschränkt!

09:00 Uhr ➢ **Swarco Traffic World in Wattens.** Mit einem einzigartigen Konzept wird anschaulich dargestellt, wie modernes Verkehrsmanagement unter Berücksichtigung aller Verkehrsträger funktioniert und sowohl ein Blick in die Vergangenheit, als auch in die Zukunft des Verkehrs geworfen.Treffpunkt für die Abfahrt der Busse: 09:00 Uhr, Congress Innsbruck, Haupteingang, Rennweg 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 40 Personen beschränkt!

14:00 - 18:00 Uhr **Generalversammlung 1. Teil**
Tiroler Landesregierung, Erdgeschoß, Großer Saal, Eduard-Wallnöfer-Platz 3

19:30 - 22:00 Uhr ➢ **Empfang des Landeshauptmannes von Tirol und des Innsbrucker Bürgermeisters**
Hofburg, Rennweg 1/3

Samstag, 8. September

10:00 - 12:00 Uhr **Festakt mit Auszeichnung des „Auslandsösterreichers des Jahres 2018“**
Congress Innsbruck, Saal Tirol, Rennweg 3

12:15 Uhr ➢ **Festessen auf Einladung der Frau Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) Dr. Karin Kneissl**
Congress Innsbruck, Casinofoyer, Rennweg 3

14:30 - 17:30 Uhr **Generalversammlung 2. Teil**
Congress Innsbruck, Saal Tirol, Rennweg 3

20:30 Uhr ➢ **Ball des Auslandsösterreicher-Weltbundes**
Congress Innsbruck, Saal Dogana, Rennweg 3
(Festliche Abendkleidung erwünscht)

Sonntag, 9. September

09:30 Uhr **Evangelischer Gottesdienst**
Christuskirche, Richard-Wagner-Straße 4

10:00 Uhr **Katholischer Gottesdienst**
Innsbrucker Dom, Domplatz 6

12:00 Uhr ➢ **Abschlußmittagessen** im Stiftskeller, Stiftsgasse 1-7, Essen € 20,– auf eigene Rechnung; Getränke auf Rechnung des AÖWB. Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich! **Ausschließlich für Personen mit Zugangsberechtigung!**

An allen mit einem ➢ gekennzeichneten Veranstaltungen können Sie nur mit einer gedruckten Einladung oder einer Zugangsberechtigung teilnehmen, die Sie bei der Registrierung erhalten!

Informationen zu Innsbruck erhalten Sie bei der Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3 sowie in Ihren Tagungsmappen! *Änderungen vorbehalten!*

Innenpolitik

Digitale Zukunft sozial gerecht gestalten

Bundesratspräsident Todt lud ExpertInnen zum umfassenden Austausch über aktuelle und zukünftige Handlungsfelder

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Ein Blick in das Symposium »Digitale Zukunft sozial gerecht gestalten« – am Rednerpult Andreas Kovar Geschäftsführer Kovar & Partner

Einmal mehr rückte Bundesratspräsident Reinhard Todt am 27. Juni sein zentrales Schwerpunktthema „Digitale Zukunft sozial gerecht gestalten“ im Parlament ins Rampenlicht. Namhafte ExpertInnen erörterten auf Todts Einladung im Rahmen eines Symposiums die Bedeutung der Digitalisierung für die Demokratie, für die Arbeitswelt, für Bildung und Datenschutz sowie für Infrastruktur, dazu kamen Inputs für weitere Diskussionen und Handlungsfelder. Mit seiner Schwerpunktsetzung bekräftigt Todt auch die Rolle des Bundesrats als Vordenker im Bereich des digitalen Wandels und des technischen Fortschritts. Todt begrüßte auch die anwesenden BundesrätInnen und Nationalratsabgeordneten, darüber hinaus übermittelte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, der zu dieser in den USA befand, via Video eine Grußbotschaft und appellierte daran, die Herausforderungen der digitalen Welt als Chancen zu begreifen.

Todt: Digitale Zukunft muß eine soziale Zukunft sein

„Um die soziale Frage für die Zukunft zu beantworten, müssen wir einen Fokus auf die digitale Dimension legen“, bekräftigte der Bundesratspräsident in seiner Begrüßung. Das Symposium stellt zugleich den Abschluß einer Reihe von Veranstaltungen zu seinem Schwerpunktthema dar. Todts Initiativen umfaßten etwa die Präsentation der Arena Analyse 2018, eine Online-Konsultation zum Thema, sowie ein entsprechendes World Cafe im Hohen Haus. Es habe sich in dem Prozess gezeigt, daß die Themen Arbeit, Bildung, Datensicherheit und Demokratie im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit und digitaler Transformation besonders wichtige Faktoren sind, so Todt. Die Herausforderung bestehe darin, Innovationen und neue Technologien zu ermöglichen, und andererseits die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, die soziale Gerechtigkeit auch in einer digitalisierten Gesellschaft zu gewährleisten. Neue Technologien sollen der Allgemeinheit nutzen und nicht nur wenigen Profiteuren, unterstrich Reinhard Todt und betonte: „Die digitale Zukunft muß eine soziale Zukunft sein, sonst verdient sie den Namen ‚Zukunft‘ nicht.“

Andreas Kovar, Geschäftsführer der Agentur Kovar & Partners, stellte dazu das mittlerweile vierte Grünbuch im Auftrag der Länderkammer zum Thema Digitalisierung vor. Unter demselben Titel „Digitale Zukunft sozial gerecht gestalten“ werden in der Publikation, die auch online zur Verfügung stehen wird, die von Reinhard Todt bereits angesprochenen Themenschwerpunkte identifiziert und analysiert. Darüber hinaus werden aus den Ergebnissen der Online-Konsultation Handlungsempfehlungen in den verschiedenen Feldern aufgezeigt. Insgesamt haben sich rund 200 Personen an dem partizipativen Prozeß beteiligt, so Kovar. Conclusio sei unter anderem, daß Maßnahmen in Bereichen erforderlich werden, in denen in den vergangenen Jahren keine substanziellen Verbesserungen möglich waren, wie im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht und in der Bildungspolitik. Erforderlich sei dazu evidenzbasierte Forschung als Entscheidungsgrundlage für den Gesetzgeber. Die Empfehlungen gehen etwa in die Richtung, Veränderungen in die Wege zu leiten, ohne jedoch eine Spaltung der Gesellschaft zu betreiben. Da bisher ganzheitliche neue Ansätze und konkret ausgearbeitete Reformvorschläge fehlen, könnte demnach eine strukturierte parla-

mentarische Debatte, wie etwa im Rahmen einer Enquete-Kommission, Lösungen forcieren. Die Diskussion sollte ressortübergreifend und unter Einbeziehung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Stakeholder stattfinden, unterstrich Kovar. Darüber hinaus werde etwa empfohlen, einen Zukunftsausschuß im Nationalrat einzurichten und offene, partizipative Meinungsbildungsprozesse zu fördern. Das Grünbuch stelle einen Impuls dar, die Diskussion weiterzuführen.

Arbeit und Digitalisierung: ExpertInnen werfen Chancen und Herausforderungen auf

Das Thema Arbeit und Digitalisierung stand in der ersten Expertenrunde des Symposiums mit VertreterInnen der Arbeiterkammer Wien, der Gewerkschaft der Privatangestellten, der Jungen Industrie und der Wirtschaftskammer im Mittelpunkt.

„Digitalisierung: So kommen wir da durch“, stellte die Leiterin des Bereichs Arbeit im Digitalen Wandel der Arbeiterkammer Wien (AK Wien), Sylvia Kuba, ihren Statements voran. Obwohl es Probleme gebe, etwa wenn große Techkonzerne mit verhältnismäßig wenigen MitarbeiterInnen die wirtschaftliche Macht dominieren, schließt sich Kuba Horrorvisionen nicht an, wonach die Arbeit ausgeht. Digitalisierung sei zwar kein neutraler Prozeß, wie diese genutzt werde, sei das Ergebnis einer Interessensaushandlung. Bereits überwunden geglaubte Machtasymmetrien müssen der Expertin zufolge aber neu ausverhandelt werden, etwa hinsichtlich produktivitätsorientierter Lohnpolitik und Arbeitszeitverkürzung. Die Potentiale seien jedenfalls unendlich viel größer als die Probleme, prekäre Arbeit jedoch gewiss keine Innovation.

Seitens der Bundesgeschäftsführung der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) erörterte Agnes Streissler-Führer ihre Sicht zum Thema „Digitalisierung mitgestalten“. Nicht die Menschen an die Technik anzupassen, sondern umgekehrt eine Technologie zu haben, die den Menschen dient, sei der Grundsatz. Technologie könne und dürfe nur ein Werkzeug sein, betonte Streissler-Führer. Auch sie glaubt nicht an den großen Arbeitsplatzverlust, sieht aber Verschiebungen mit Gewinnern und Verlieren und eine Transformation zwischen Branchen. Es gelte hier, die Prinzipien der Inklusion und Nachhaltigkeit auch in der digitalen Welt aufrechtzuerhalten. Dazu brauche es auch zur Arbeitsplatzerhaltung eine Qualifikationsoffensive und

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Bundesratspräsident Reinhard Todt bei seiner Begrüßung

digitale Bildung, anstatt einfach nur an Systeme angepaßte Schulungen. Die Expertin sieht eine Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung in der digitalen Welt, darüber hinaus müsse jede Form von Arbeit arbeits- und sozialrechtlichen Mindestanforderungen genügen und eine faire Besteuerung, etwa bei digitalen Betriebsstätten, stattfinden.

„Chancen durch Digitalisierung – keine Angst vorm Wandel“ ist die Stoßrichtung von Nikolaus Griller, Vorsitzender der Jungen Industrie Wien. Griller ortet „riesengrosse Chancen“ für österreichische Unternehmen am Weltmarkt, aber auch in der Digitalisierung und Reformierung des Betriebs an sich. Es gelte hier, den Anschluß nicht zu verlieren. In der Beschäftigung und Qualifikation sieht er etwa zum Fachkräftemangel Handlungsbedarf und richtet seinen Appell klar ans Bildungssystem, hinsichtlich digitaler Kompetenzen die richtigen Schritte zu setzen. Bei flächendeckendem Breitbandausbau und 5G-Standards sollte die Gelegenheit am Schopf gepackt werden, so der Experte. Die Digitalisierung bringe große Möglichkeiten für Beschäftigung, derzeit gebe es noch keinen Anlaß, Stunden zu reduzieren oder über Maschinenabgaben zu reden.

Über „Digitale Arbeitswelt: Mythen, Fakten, Handlungsbedarf“ sprach der stellvertretende Leiter der Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit der Wirtschaftskammer Österreich, Rolf Gleißner. Daß die Arbeit ausgehe sei ebenso ein Mythos wie ein Anstieg an prekären Arbeitsverhältnissen, so Gleißner, der ebenso wenig wie sein Vorredner Arbeitszeiten zu verkürzen auf der Tagesordnung sieht. Im Gegenteil seien in stark digitalisierten Branchen Jobs dazugekommen und hinsichtlich prekärer Jobs – bis auf meist freiwillige Teilzeit – alle Segmente relativ stabil. Auch neue Steuern wären aus Sicht des Experten kontraproduktiv im laufenden Prozeß, für neue Beschäftigungsformen gebe es in Österreich durchwegs anwendbare bestehende Regelungen. Ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Arbeitswelt und Freizeit sei keine Einbahnstraße, sondern passiere im Einvernehmen. Handlungsbedarf sieht Gleißner etwa bei grenzüberschreitenden Tätigkeiten, in der Qualifizierung und zum Thema Flexibilität, wo aus seiner Sicht starre Regeln nicht mehr zu den Entwicklungen passen.

Digitale Bildung als drängendes Thema

Digitalisierung und Bildung als drängendes Arbeitsthema stand in der darauffolgenden Expertenrunde zur Diskussion. Für Bundesministerin a.D. und Nationalratsabgeordnete Sonja Hammerschmid (SPÖ) braucht es zur Digitalisierung „den Mut, das Heft in die Hand zu nehmen“. Zum Stichwort Industrie 4.0 stelle sich etwa die Frage, wie hier Berufsbilder für FacharbeiterInnen aktuell aussehen bzw. aussehen werden. Hier seien Berufsbilder genauer zu definieren, um entsprechend qualifiziert ausbilden zu können. Derzeit sehe man in der Entwicklung der Technologien erst die Spitze des Eisbergs, so Hammerschmid. Neben massiver Verstärkung der Kooperationen zum schulischen Bereich müssen Kinder und junge Menschen für Problemstellungen qualifiziert werden, deren Entwicklung eine enorme Dynamik haben, so die frühere Bundesministerin. Hier gelte es auch, interdisziplinär Themen zusammenzuspannen. Sie appellierte daran, die digitale Grundbildung zügig voranzutreiben und thematisierte das Konzept Schule 4.0, das im Ministerium in ihrer Zeit entwickelt wurde – mit Maßnahmen in Infrastruktur, für Kompetenzen für PädagogInnen, entsprechende Lerntools und Curricula.

In der digitalen Kluft in der Gesellschaft sei Bildung die Brücke, hob Wolfgang Eixelsberger, FH-Professor der Fachhochschule Kärnten, hervor. Er sieht mittlerweile drei unterschiedliche Gruppen in der Entwicklung – neben internetfernen und internetaffinen BürgerInnen gebe es auch die bisher noch zu kleine Gruppe der aktiv Gestaltenden. Bildungseinrichtungen müßten deutlich mehr leisten, um Menschen in diese dritte Gruppe zu bekommen. Das sei aber auch eine große Herausforderung, die Jahre dauern könnte. Aufpassen müsse man jedenfalls,

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Maximilian Schubert, Generalsekräter ISPA

im digitalen Wandel nicht eine Bildungselite zu schaffen, sondern in der Weiterentwicklung möglichst viele mitzunehmen.

Seitens Agenda Austria untermauerte Wolfgang Feller die Position, daß alle SchülerInnen ein gleiches Recht auf digitale Bildung haben. Feller warf dazu anhand der Verfügbarkeit von LAN und WLAN vor allem die Unterschiede in der digitalen Infrastruktur der Schulen auf. Hier gebe es große Ungleichheiten für die Chancen der SchülerInnen, je nach Schultyp und Bundesland, so der Experte. Zentrale Aufgabe der Schulen sei aber, allen Kindern entsprechende digitale Grundbildung zu vermitteln. Sozial gerechte Gestaltung bedeute aus seiner Sicht, daß alle Zugang zu den Errungenschaften erhalten, und das nicht zuletzt im Bildungssystem.

Digitalisierung als Werkzeug für verstärkte Demokratie

Im zweiten Teil der Veranstaltung behandelten ExpertInnen die Themen Datenschutz/Infrastruktur und Demokratie. Gemeinsamer Tenor der Vortragenden war: Wir sollten die Digitalisierung zum Ausbau der Demokratie nützen, und zwar in einer umfassenden Weise; Herausforderungen dabei sollten bereits bei der Implementierung digitaler Mittel bedacht werden; die Digitalisierung biete eine Chance, die BürgerInnen verstärkt in Gesetzesprozesse einzubinden.

Der Generalsekretär der „Internet Service Providers Austria“ (ISPA), Maximilian Schubert, beschäftigte sich mit der Frage, welche Voraussetzungen für die sichere Nutzung des Potentials der Digitalisierung in Österreich aus Sicht der Internetwirtschaft notwendig sind. Er bezeichnete die Medienkompetenz der Internet-Nutzer als „essentiell“. Sperren einzuziehen, Upload-Filter einzurichten und Leistungsschutzgesetze zu beschließen, klinge zwar nach einfachen Lösungen – „sie sind es aber nicht“, betonte Schubert. „Wir müssen einerseits auf diejenigen einwirken, die zum Beispiel Fake News verbreiten und Haß-Meldungen posten, und andererseits die Medienkompetenz bei jenen verbessern, die die Nachrichten empfangen.“

DSVGO: Aufhören zu jammern

Was die Datenschutz-Grundverordnung (DSVGO) betrifft, „müssen wir aufhören zu jammern“, sagte Schubert. „Mittel- bis langfristig ist sie etwas Positives.“ Die DSGVO ziele darauf ab, daß sowohl die Wirtschaft als auch die Anwender selbst verantwortungsbewußt mit Daten umgingen. „Für die Unternehmen hat die DSGVO vorerst ein-

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Werner Illsinger, Präsident der Digital Society

mal Zwang bedeutet“, erläuterte Schubert. Die Unternehmen mußten Ordnung in ihre Daten bringen. „Ordnung zu schaffen, ist mühsam – Ordnung zu haben, ist etwas Angenehmes“, betonte der ISPA-Generalsekretär. „Unternehmen haben jetzt einen Überblick über die Daten ihrer Kunden, und sie können sich jetzt überlegen, wie sie sie gezielt und gesetzeskonform einsetzen können.“

Schubert sprach auch Möglichkeiten des technischen Zugangs zum Internet an: „Es geht um die letzte Meile in der Schaffung von Breitbandzugängen – von der Straße ins Haus“, sagte er. Der Ausbau des Glasfasernetzes müsse stärker gefördert werden. Dabei müssten auch kleinere, lokale Unternehmen zum Zug kommen, die etwa in unwegsamem Gelände, etwa im Gebirge, große Distanzen mit Glasfaseranbindungen überwinden. Würde die Politik nur die großen Anbieter fördern, würde das zu einer „Remonopolisierung“ führen.

Datenschutz und Datensicherheit53

Auch Werner Illsinger, Präsident der „Digital Society“, forderte einen rascheren Ausbau des Glasfasernetzes. „Österreich liegt hier an letzter Stelle weltweit“, betonte er. Und auch er halte die DSGVO für wichtig. „Wir haben unser gesamtes Leben in der Cloud – das macht uns verwundbar“, erklärte Illsinger. Datenschutzregelungen allein seien aber zu wenig. „Wir müssen auch in die Sicherheit der Daten investieren, die wir gespeichert haben.“ Er wies darauf hin, daß jeder Pkw ein „Computer auf Rädern“ sei. „Wenn wir künftig ein Pickerl für unser Auto bekommen wollen, sollte nicht nur die Mechanik der Bremsen und der Lenkung überprüft werden, sondern auch die Sicherheit der Software, über die sie gesteuert werden.“ Das „Internet der Dinge“ werde Sicherheitsaspekte noch viel mehr berücksichtigen müssen, als das jetzt schon geschehe. „Heute ist es so, daß viele Hersteller Produkte erfinden und bauen, im Wissen, daß sie sich irgendwann einmal Gedanken über die Sicherheit machen werden“, erläuterte Illsinger. „In Zukunft muß das Hand in Hand gehen."

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Magdalena Wicher vom IHS

Kompetenz für dahinterliegende Codes vermitteln

Magdalena Wicher, Forscherin am „Institut für Höhere Studien“ (IHS) unterstrich die bildungspolitische Wichtigkeit von „Coding-Initiativen“ – das sind Initiativen, durch die Nutzer die Abläufe hinter den Apps, Plattformen und Programmen vermittelt bekommen – in Online-Workshops und herkömm-

lichen Kursen und Lehrveranstaltungen. „Es geht um einen selbstbestimmten Umgang mit der Technologie – darum, kritisch zu hinterfragen, was eigentlich dahintersteckt“, erklärte Wicher. Das bedeute nicht, „daß jetzt jeder programmieren lernen muß“. Es gehe darum, zu verstehen, „welche Algorithmen hinter den Medien und ihren Inhalten liegen, sie kritisch zu hinterfragen, zu analysieren und zu beurteilen“. Es bringe nicht viel, „wenn ich Technologie anwenden kann, aber die Hintergründe nicht verstehe“.

Wicher betonte, daß Coding-Kompetenzen ungleich verteilt seien. Es gebe soziale Gruppen die vom Coding-Know-how abgekoppelt seien. Daher seien zielgerichtete Angebote wichtig. „Es ist nicht zielgruppengerecht, wenn zum Beispiel Mädchen mit Migrationshintergrund Kurse zu Tageszeiten angeboten bekommen, zu denen sie nicht mehr auf die Straße dürfen“, erläuterte Wicher. Die Lerninhalte müßten zudem an die Lebensrealität der KursteilnehmerInnen angeboten werden. Bei jungen Leuten müßten die Kursinhalte beispielsweise an Musik- oder Sportangeboten orientiert sein.

Digitale Demokratisierung als Chance, Prozesse neu zu denken

Eine Lanze für eine Digitalisierung der Demokratie und der Verwaltung brach NEOS-Nationalratsabgeordnete Claudia Gamon. „Digitalisierung ist eine Haltungsfrage“, sagte sie. „Wir müssen technologieoptimistischer denken. Eine Digitalisierung der Demokratie bietet uns die Gelegenheit, Prozesse neu zu denken. Wenn wir über E-Voting diskutieren, stehen immer noch die Fragen nach Manipulationsfreiheit und nach IT-Sicherheit im Vordergrund. Das sind Probleme, die wir lösen müssen. Aber E-Voting kann nur Teil eines Ganzen sein.“ Gamon verwies auf die digitale Welt in Estland: Dort sei das E-Voting eingebettet in eine digitalisierte Kette von Verwaltungsprozessen, als ein Schritt von vielen.

Wichtig ist für Claudia Gamon auch, Partizipationsformen durch Digitalisierung transparenter zu machen. BürgerInnen sollten etwa im Internet nachverfolgen können, was aus ihrem Input an PolitikerInnen geworden sei. „Das verlangt von Politikerinnen und Politikern aber viel ab“, betonte Gamon. „Sie müssen sich überlegen, wie sie auf die Eingaben der Bürgerinnen und Bürger reagiern. Das ist etwas, das zwar jetzt schon selbstverständlich sein sollte. Durch die Digitalisierung aber wird es sichtbarer.“ Digitale Demokratisierung werde somit zu einem „Faktor der Verbesserung unseres Miteinanders“ und sie schaffe eine „Debattenkultur, in der akzeptiert wird, daß es viele Meinungen geben kann und wie man diese Meinungen zusammenführt“.

Digitalisierung durch Experimentieren vorantreiben

„Es darf auch mal schiefgehen“, sagte Maximilian Stern, Mitbegründer und Vizepräsident des Schweizer Projekts „staatslabor“. Wichtig sei aber, daß die Digitalisierung der Demokratie durch Pilotversuche vorangetrieben werde. „Es ist nirgends so einfach zu testen, wie es in der digitalen Welt ist“, betonte Stern. „Der Vorteil ist, Irrtümer können sofort analysiert, sofort behoben und neu getestet werden.“

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Maximilian Stern,
Vizepräsident des Schweizer »staatslabor«

Die Digitalisierung der Demokratie müsse dabei mehr umfassen als bloßes E-Voting, erklärte Maximilian Stern. In Japan etwa gebe es Versuche, parlamentarische Anfragen mit Mitteln künstlicher Intelligenz zu beantworten. In Gerichten würden Algorithmen entwickelt, die den Ausgang von Prozessen vorhersagen könnten. Dadurch könnten Eingaben effektiver gestaltet werden und auch weniger vermögende Menschen Zugang zum Recht erhalten. Stern warnte allerdings davor, sich ausschließlich auf die Digitalisierung zu fokussieren. Sie dürfe kein Selbstzweck sein, „sie muß schon auch etwas bringen“, erklärte Stern, „beispielsweise eine frühere und stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die demokratischen Abläufe.“ Die Politik sollte rasch handeln, kreativ denken und „alles ausprobieren“.

Philippe Narval, Geschäftsführer des „Europäischen Forums Alpbach“ und Autor des Buchs „Die freundliche Revolution: Wie wir gemeinsam die Demokratie retten“ erläuterte in diesem Zusammenhang ein Beispiel aus Frankreich, bei dem die damalige Staatssekretärin für Digitalisierung und Innovation, Axelle Lemaire, erstmals einen Gesetzgebungsprozeß so gestaltete, daß breite Bevölkerungsgruppen daran teilnehmen konnten. 8.000 Menschen brachten 20.000 Vorschläge ein. Das „Gesetz für die digitale Republik“ wurde in den parlamentarischen Gremien geschärft und die Regelung gilt heute als fortschrittlichstes Werk auf seinem Gebiet. „Die Gamer-Community beispielsweise hat sich aktiv eingebracht mit Vorschlägen für ein E-Gaming-Gesetz“, berichtete Philippe Narval.

Kontrollverlust über selbst erschaffene digitale Welt

Bundesratspräsident Reinhard Todt verwies in seinem Abschluß-Statement noch einmal auf die Auseinandersetzung mit den Themen des Symposiums im Grünbuch „Digitale Zukunft sozial gerecht gestalten“. Zudem unterstrich er den „Kontrollverlust des Menschen über die von ihm selbst erschaffene digitale Welt“. Todt sprach von einer „Entmachtung der Bürgerinnen und Bürger und damit auch ihrer gewählten Vertretung“. Der Präsidentschaftswahlkampf in den USA 2016 habe dies bereits ansatzweise vorgeführt. „Es scheint, als ob Profitmaximierung und nicht Weltverbesserung über die technologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft bestimmen“, betonte der Bundesratspräsident. Es liege am Tempo des Fortschritts der Technik und der Digitalisierung, daß „wir gar nicht dazu kommen, die Digitalisierung zu kontrollieren“. „Es ist vielmehr so, daß wir unter ihrer Kontrolle stehen“, sagte Reinhard Todt. Ihm zufolge liegt es nun insbesondere an der Gesetzgebung, den Kontrollverlust aufzuheben. Es gelte, „das derzeit bestehende Vakuum aufzufüllen, das der rasante digitale Wandel in der Regelung unseres Miteinanders hinterläßt“. „Wir haben durch die Veranstaltungsreihe, die Studie, die Beiträge der Expertinnen und Experten und speziell durch das Grünbuch eine erste Grundlage geschaffen“, sagte Todt. „Auf dieser Basis können wir uns weiter mit dem vielschichtigen Thema ‚digitale Zukunft sozial gerecht gestalten‘ beschäftigen und uns den Herausforderungen stellen.“ ■

https://www.parlament.gv.at

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Bürgerbefragung im Nordburgenland

LH Niessl und LH-Stv. Tschürtz präsentierten Ergebnisse: NordburgenländerInnen sind mit der Lebensqualität in ihrer Region sehr zufrieden und blicken optimistisch in die Zukunft.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl (m.) und Landeshauptmannstellvertreter Johann Tschürtz (r.) präsentierten mit Meinungsforscher Peter Hajek die Ergebnisse der großen Bürgerbefragung im Nordburgenland

Nach dem Mittel- und Südburgenland vor zwei Jahren wurde im Auftrag der Landesregierung nun auch im Nordburgenland eine Bürgerbefragung durchgeführt. Ziel war es, die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Politik und Angeboten in verschiedenen Lebensbereichen zu erheben.

Landeshauptmann Hans Niessl und Landeshauptmannstellvertreter Johann Tschürtz präsentierten am 4. Juli die Ergebnisse. Fazit: Die Lebensqualität und Entwicklung des Nordburgenlandes werden überwiegend gut bewertet, die Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung ist hoch. Mehrheitlich unzufrieden sind die NordburgenländerInnen mit der EU; als Problembereiche im Burgenland werden das Angebot an Lehrstellen und Arbeitsplätzen, das Lohn- und Einkommensniveau sowie die Unterstützung regionaler KMU eingestuft. Sicherheit ist den BürgerInnen weiterhin wichtig, entschieden abgelehnt werden Kürzungen im Gesundheitsbereich.

Die Umfrage wurde vom Meinungsforscher Peter Hajek im April und Mai 2018 durchgeführt; befragt wurden 1.000 Wahlberechtigte in den Bezirken Neusiedl, Eisenstadt und Mattersburg.

„Unsere Politik richtet sich nach den Sorgen und Wünschen der Menschen im Land. Die Bürgerbefragung hat uns dazu sehr konkretes Datenmaterial geliefert, das als Leitlinie in die künftigen politischen Entscheidungen einfließen wird. Die überaus positiven Ergebnisse in vielen relevanten Bereichen zeigen zugleich, daß dieser Weg der Bürgerbeteiligung und der direkten Demokratie von den Burgenländerinnen und Burgenländern auf große Zustimmung trifft. Wir nehmen aber besonders auch die Kritik in einzelnen Punkten sehr ernst und sehen diese als Auftrag für Verbesserungen“, betonte Niessl. Es gebe „einen massiven Gleichklang in der Regierung, vor allem bei der Sicherheit, die mit der neuen Regierung neu gewichtet wurd und wo wir seither vieles umgesetzt haben“, sagte Tschürtz. „Wir können stolz sein auf die hohen Zufriedenheitswerte in diesem Bereich, denn das Gefühl der persönlichen Sicherheit wirkt sich letztlich auch auf die Zufriedenheit und Stimmung der Bevölkerung insgesamt aus.“

BewohnerInnen schätzen hohe Lebensqualität in der Region

Die aktuelle Stimmungslage könnte kaum besser sein: 86 % benoten die Lebensqualität im Nordburgenland als sehr gut bis gut, fast ebenso viele (84 %) sagen, es geht etwas weiter im Land, lediglich 11 % verneinen dies. Insgesamt 79 % blicken „sehr optimistisch“ oder „eher optimistisch“ in die Zukunft.

Arbeit der Landesregierung gut bewertet

Zufrieden sein darf die Landesregierung mit der Beurteilung ihrer Performance: 79 % der Befragten sind mit dieser „sehr zufrieden“ oder „eher zufrieden“. Nicht ganz so gut schneiden bei dieser Frage die Bundesregierung und die Europäische Union (56 % bzw. 35 % „sehr“ oder „eher zufrieden“) ab. Über fast durchwegs hohe bis sehr hohe Zufriedenheitswerte dürfen sich indes auch die burgenländischen Politiker freuen.

Wohnortnahe Angebote als großes Plus

Die hohe Zufriedenheit der Nordburgenländer mit der Lebensqualität gründet in gut ausgebauten, wohnortnahen Angeboten: 78 % sind mit der hausärztlichen Versorgung sehr bis eher zufrieden, fast gleich hohe Werte verzeichnen die Kindergärten und Schulen – 75 % bzw. 79 % sind sehr bis eher zufrieden. Das sind die NordburgenländerInnen mit großer Mehrheit auch mit dem Natur- und Landschaftsschutz (84 %), dem Straßennetz (83 %), der Polizeipräsenz (73 %) und dem Vereinsleben (84 %). Überwiegend zufrieden zeigen sie sich mit den Spitälern (66 %), der Nachmittagsbetreuung (56 %), Weiterbildungsmöglichkeiten (64 %), Angeboten im Pflegebereich (60 %), Öffentlichem Verkehr (59 %) und Leistbarem Wohnen (55 %).

Höchste Zufriedenheitsraten gibt es für die Wohnortnähe der Angebote: „Sehr nah" bis „ziemlich nah" sind für 97 % der Befragten die Volksschulen, Kindergärten (95 %), Haus- und Fachärzte (97 % bzw. 76 %), öffentliche Verkehrsmittel (82%) und Bezirkshauptmannschaften (86%).

Arbeitsplatzangebot und Lohn- und Einkommensniveau als Kritikpunkte

Weniger gute Noten gibt es dagegen für das Arbeitsplatzangebot – dieses befinden nur 38 % für ausreichend, 46 % für unzureichend –, für die Unterstützung regionaler KMU (39 % eher bis sehr zufrieden, 35 % eher bis sehr unzufrieden), und für das Angebot an Lehrstellen, das jeweils 30 % als ausreichend bzw. nicht ausreichend einstufen. Mit dem Lohn- und Einkommensniveau im Burgenland sind 46 % unzufrieden, 36 % eher bis sehr zufrieden. Die Ursache sieht Niessl darin, „daß wir im Burgenland mit extrem hohem Druck auf dem Arbeitsmarkt und mit Lohn- und Sozialdumping konfrontiert sind. Wir gehen seit Jahren mit aller Kraft dagegen vor und werden das auch weiterhin tun. Und auch mit der burgenländischen Wirtschaft suchen wir das Gespräch und unterstützen unsere KMU, etwa beim ‚Standortdialog Burgenland 2021'."

Hohe Zustimmung zu politischen Lösungsansätzen

Hohe Zustimmung gibt es zu politischen Vorhaben und Konzepten in den nördlichen Bezirken, wobei die Bezirksergebnisse je nach Relevanz für die Bevölkerung variieren. So sprechen sich insgesamt 96 % für den Erhalt aller Fachabteilungen am KH Eisenstadt, 84 % für den Erhalt der Unfallambulanz am KH Frauenkirchen und 82 % für den Weiterbestand des KH Kittsee aus. 92 % stimmen zusätzlichen finanziellen Maßnahmen des Landes zur Attraktivierung der Pflege zu Hause zu. Den Assistenzeinsatz des Bundesheeres als wichtigen Beitrag zu mehr Sicherheit im Burgenland befürworten 85 %, TTIP, CETA und Mercosur in der jetzigen Form lehnen 65 % ab. Erstmals erhoben wurde auch die Meinung zu den neu eingerichteten Akutordinationen: 83% stimmen zu, daß diese eine wichtige Ergänzung für das Gesundheitssystem sind. ■

2. Verkehrs-Sicherheitstag

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Prominente Teilnehmer am 2. Burgenländischen Verkehrssicherheitstag in Eisenstadt

Der 2. Burgenländische Verkehrssicherheitstag fand am 22. Juni in Anwesenheit von Landeshauptmann Hans Niessl, Landeshauptmannstellvertreter Johann Tschürtz, Othmar Thann vom Kuratorium für Verkehrssicherheit, Bildungsdirektor Heinz Josef Zitz und Oberst Andreas Stipsits, Abteilungsleiter der Landesverkehrsabteilung Burgenland, im Technologiezentrum Eisenstadt statt.

Zielgruppe waren PädagogInnen, veranstaltet wurde die Tagung von Land Burgenland und dem KFV anläßlich der diesjährigen Verkehrssicherheitskampagne „Kinder sicher unterwegs". Am Programm standen Expertenvorträge, ein Podiumsgespräch und Präsentationen von Sicherheitspartnern.

Pädagogen, denen neben Eltern und Erziehungsberechtigten eine Schlüsselrolle in der Verkehrserziehung von Schülern zukommt, standen im Fokus des 2. Verkehrssicherheitstags. Das Programm umfaßte Vorträge zu Kinderunfällen im Straßenverkehr und deren Ursachen, Verkehrskompetenzen aus Sicht der kindlichen Verkehrspsychologie und ein Überblick über die praktische Handhabung der Aufsichtspflicht; zahlreiche Institutionen und Organisationen informierten über ihr Weiterbildungsprogramm für Schulen, darüber hinaus wurden Verkehrssicherheitsaktionen und Unterrichtsmaterialien für Schulen vorgestellt.

Gemeinsam die Voraussetzungen für eine sichere Verkehrsteilnahme von Kindern zu schaffen, ist das Ziel der aktuellen Verkehrssicherheitskampagne „Kinder sicher unterwegs" von Land Burgenland und KFV. Dabei sollen insbesondere Alternativen zum „Elterntaxi" etabliert und ausgebaut werden. Eine Alternative stellt der „Pedibus" dar, bei dem Kinder in einer Gruppe in Begleitung eines Erwachsenen zu Fuß zur Schule gehen – mit der Möglichkeit, bei festgelegten Stationen und Uhrzeiten „zuzusteigen". Verstärkt gefördert werden sollen auch die bewährten „Schulweglotsen", die Kinder im Nahbereich von Schulen vor Gefahren im Straßenverkehr schützen. Und schließlich soll „Max", eine entlang der Schulwege platzierte Aluminiumattrappe in Form eines Schulkindes, Fahrzeuglenker zum langsameren, aufmerksamen Fahren motivieren; einem Gewöhnungseffekt bei den Lenkern will man durch regelmäßiges Umplatzieren der Attrappe vorbeugen. Ab September 2018 startet „Max" seine Tour durch die burgenländischen Gemeinden. ■

Tag im Zeichen der Bürgernähe

»Tag der offenen Tür« mit Leistungsschau der Freiwilligen in Eisenstadt

Foto: Bgld. Landesmedienservice / Hafner

Vor dem Landhaus (v.l.): Landeshauptmann Hans Niessl, ORF-Moderator Karl Kanitsch und Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz

Am 23. Juni öffnete das Landhaus in Eisenstadt seine Pforten für interessierte BürgerInnen – über 1.200 von ihnen nutzten die Gelegenheit. Die Büros der Regierungsmitglieder, des Landtagspräsidenten, der Landtagssitzungssaal, das Landesarchiv, die Landesbibliothek sowie die Landessicherheitszentrale konnten besichtigt werden. Auch die Servicestellen und Anwaltschaften des Landes waren vertreten. Erstmalig fand dabei auch eine attraktive und vielfältige Leistungsschau von Freiwilligenorganisationen statt, womit dem von Landeshauptmann Hans Niessl ausgerufenen „Jahr des Ehrenamts 2018“ Rechnung getragen wurde.

Feuerwehr, Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariterbund, Zivilschutzverband, Wasserrettung, Rettungshundebrigade, der Verein „Unser Dorf“, die Sportdachverbände ASKÖ, ASVÖ und UNION sowie der BFV waren unter anderem bei der Leistungsschau dabei. Für die jungen BesucherInnen gab es ein eigenes Kinderprogramm.

Zahlreiche BesucherInnen ließen sich die Gelegenheit nicht entgehen, mit Landeshauptmann Hans Niessl und weiteren Regierungsmitgliedern ins Gespräch zu kommen und einen Blick hinter die Kulissen der Verwaltung zu werfen.

„Dieser Tag steht ganz im Zeichen einer bürgernahen Verwaltung. Es freut uns sehr, daß so viele Burgenländerinnen und Burgenländer diese Gelegenheit genutzt haben, um die Einrichtungen des Landes und auch die Menschen, die dahinterstehen, näher kennenzulernen. Das ist gelebte Bürgernähe, mit der wir Transparenz zeigen wollen und mit der auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung gestärkt werden soll“, so Landeshauptmann Hans Niessl und Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz unisono bei der Begrüßung.

Den Abschluß bildete eine beeindruckende Leistungsschau der burgenländischen Einsatzorganisationen.

Foto: Bgld. Landesmedienservice / Hafner

Landeshauptmann Hans Niessl begrüßt Kapellmeister Roland Schaller und Mitglieder des Musikvereins »Frisch Auf« aus Schattendorf.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl mit den beiden Musikern Horst & Janosch

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Besuch im Büro von Hans Peter Doskozil, Landesrat für Kultur, Infrastruktur und Finanzen

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Beeindruckende Schauübung der Rettungsorganisationen vor dem Landhaus

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Streicheleinheiten für einen Hund der Österreichischen Rettungshundestaffel

Foto: Bgld. Landesmedienservice / Hafner

Landeshauptmann Hans Niessl mit Alexander Fellinger vom Roten Kreuz – auf dessen Rettungs-Segway

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Das Zielspritzen bei der Freiwilligen Feuerwehr bereitete der Jugend sichtlich großes Vergnügen.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl mit einer Jugendgruppe und Verantwortlichen der Österreichischen Wasserrettung

»Regierung vor Ort« in Mattersburg

Bei einer Sitzung in der Bezirkshauptmannschaft Mattersburg hat die Burgenländische Landesregierung wichtige Beschlüsse getroffen.

Nicht weniger als 79 Tagesordnungspunkte standen am 19. Juni auf dem Programm und wurden in der Regierungssitzung beschlossen. Einer der Schwerpunkte war einmal mehr die Wohnbauförderung, konkret Förderungen für den Einfamilienhaus-Neubau, für die Sanierungen sowie für den Althausankauf.

In Summe beschloß die Landesregierung Darlehensbewilligungen über 1,765 Millionen Euro (Neubau 1.154.978 Euro, Sanierung 261.982 Euro, Althausankauf 348.180).

Beim Bereich Familie stand die Förderung der Ferienbetreuung auf der Tagesordnung. Das Förderangebot gilt für Gemeinden, Vereine oder Organisationen, die eine Ferienbetreuung für Kinder anbieten. Jährlich beantragen rund 60 Gemeinden und Vereine Ferienbetreuungsförderung. Die Regierung beschloß die Freigabe der Mittel für die Ferienbetreuung.

Beschlüsse gab es auch bei der Wirtschaft und der Landwirtschaft. So wurde der Lehrlingsförderungszuschuß genehmigt. Schwerpunkt waren auch Investitionen in die landwirtschaftliche Erzeugung im Rahmen des Programmes für ländliche Entwicklung 2014-2020 sowie Investitionen in Wachstum und Beschäftigung zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit (EFRE).

Ein weiterer Schwerpunkt betraf Beschlüsse für Investitionen in die Infrastruktur.

„Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt“, betonten Landeshauptmann Hans Niessl und Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz unisono, die auch die Wichtigkeit der Regierungssitzungen vor Ort als positives Signal für die Bevölkerung hervorhoben: „Damit zeigen wir eine Bürgernähe, die ihresgleichen sucht“. Einige Tagesordnungspunkte hätten auch die Feuerwehr betroffen, informierte Tschürtz.

v.l.: LR Hans Peter Doskozil, Landesamtsdirektor Ronald Reiter, LRin Verena Dunst, Bezirkshauptmann Werner Zechmeister, LH Hans Niessl, LH-Stv. Johann Tschürtz, LRin Astrid Eisenkopf, Landtagspräsident Christian Illedits und LR Alexander Petschnig in Mattersburg

Fotos: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: LH-Stv. Johann Tschürtz, Bezirkshauptmann Werner Zechmeister und LH Hans Niessl

Amtseinführung von Bezirkshauptmann Werner Zechmeister

Werner Zechmeister wurde mit Wirksamkeit vom 15. Februar 2018 mit der Leitung der Bezirksbehörde betraut. Im Rahmen der Regierungssitzung erfolgte nun die offizielle Amtseinführung. „Mag. Werner Zechmeister ist mit den Aufgaben und Erfordernissen in der Verwaltung bestens vertraut. Im Verfassungsdienst des Landes, aber auch bei seinen Tätigkeiten im Bundeskanzleramt, hat er seine Aufgaben hervorragend erfüllt. Und auch die nicht immer einfachen Agenden als Burgenländischer Landesumweltanwalt hat er stets mit Bravour gemeistert. Es ist wichtig, daß an der Spitze eine Person steht, die kompetent und erfahren und zugleich integrativ tätig ist. Ich bin davon überzeugt, daß Werner Zechmeister alle persönlichen und beruflichen Voraussetzungen für einen sehr guten Bezirkshauptmann mitbringt und den Herausforderungen der BH Mattersburg – als eine der größten des Landes – erfolgreich begegnen wird“, so Niessl, der auch die hervorragende Arbeit der MitarbeiterInnen der BH Mattersburg hervorhob. ■

http://www.familienland-bgld.at

Burgenland top in der Sojaproduktion

Ein Drittel der österreichweiten Anbaufläche liegt im Burgenland – hohes Potential für die heimische Landwirtschaft

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Informierten über den Wert des Sojaanbaues im Burgenland (v. l.): Josef Willim, Geschäftsführer BAG Ölmühle, Bernd Bodiselitsch, Geschäftsführer von Imprint Analytics, Agrarlandesrätin Verena Dunst, LK-Präsident Nikolaus Berlakovich, Bürgermeister Erich Trummer und Matthias Krön, Obmann und Geschäftsführer des Vereins Donau Soja in Neutal

Das Burgenland ist führend in der Produktion von Soja in Österreich. Auf 65.000 ha wird hier Soja gepflanzt. Fast ein Drittel der Anbaufläche, 21.000 ha, entfällt auf das Burgenland. Mit rund 13 Prozent der Ackerfläche im Burgenland hat die Sojabohne eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für den österreichischen Ackerbau eingenommen. „Die Weiterentwicklung des Soja-Anbaus im Burgenland ist im Interesse der burgenländischen Landwirtschaft. Österreich ist mit dem Soja-Anbau Vorreiter. Das ist nicht nur für die Eiweißproduktion wichtig, sondern wirkt sich auch positiv auf die landwirtschaftlichen Einkommen aus. Mit Soja erzielen unsere Landwirte gute und seit Jahren stabile Preise“, so Agrarlandesrätin Verena Dunst im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz anläßlich 140 Jahre Soja im Burgenland, Österreich und Europa mit Bernd Bodiselitsch, Geschäftsführer von Imprint Analytics, Josef Willim, Geschäftsführer BAG Ölmühle, Matthias Krön, Obmann und Geschäftsführer des Vereins Donau Soja, und LK-Präsident Nikolaus Berlakovich in Neutal. In Neutal fiel auch der Startschuß zur sogenannten „Eiweißwende-Tour“ die bis 25. Juni an zehn Stationen in Italien, Österreich, Ungarn, Deutschland und der Schweiz stattfand.

Ein Grund für den steigenden Bedarf an Soja seien auch die geänderten Wünsche der Konsumenten bei der Ernährung, so die Agrarlandesrätin: „Die vegane Schiene, die immer mehr boomt, spielt dabei auch eine Rolle. Wir brauchen Soja also immer mehr auch abseits der Futtermittelproduktion, diese bleibt aber weiter der größte Abnehmer.“ Im Burgenland sei besonders der Süden des Landes für den Sojaanbau geeignet. „Soja ist ein Zugpferd für die Landwirtschaft. Auch im letzten Jahr haben wir die Anbaufläche weiter ausgebaut.“

Vor 140 Jahren wurde im Burgenland. Österreich und Europa erstmals Soja angebaut, erklärt Matthias Krön, Obmann und Geschäftsführer des Vereins Donau Soja. „Das Burgenland hat die Eiweißwende geschafft. Hier wird mehr Soja produziert als verbraucht. Das ist mit Hilfe der Politik und Interessenvertretern wie der Burgenländischen Landwirtschaftskammer gelungen. Diese Wende brauchen wir auch in Europa.“ 40 Millionen Tonnen Soja würden jährlich in die EU importiert, so Krön. Das entspreche einer Fläche von „Deutschland, Burgenland, Ungarn und noch ein paar Ländern“, rechnet der Experte vor. Ziel sei eine „europäische Eiweißstrategie hin zur nachhaltigen Eiweißwende, das heißt, weg von einer oft auf Raubbau, Abholzung und Gentechnik beruhenden transkontinentalen Eiweißversorgung hin zu einer mehr regionalen, gentechnikfreien, europäischen, nachhaltigen Eiweißversorgung.“

Herkunftskontrolle: Imprint Analytics in Neutal top

Bei der Herkunftsprüfung von Soja nimmt Imprint in Neutal eine zentrale Funktion ein. „Wir haben die weltweit größte Soja-Datenbank aufgebaut, und bauen diese weiter aus.

Damit steht uns ein Tool zur Verfügung, um die Herkunft weltweit nachzuweisen. Wichtig ist, daß wir unabhängig von den Herkunftsdokumenten, nur über die Frucht, die Herkunft der Sojabohne, und mittlerweile auch des Sojaschrots, feststellen können“, weist Bernd Bodiselitsch, Geschäftsführer von Imprint Analytics, auf die Problematik falsch deklarierter Dokumente hin. Man könne nicht nur europäisches Soja von amerikanischem oder südamerikanischem Soja eindeutig unterscheiden, sondern auch den Einsatz von Glyphosat nachweisen. „Gentechnisch veränderte Sojapflanzen sind gegen Glyphosat immun. Deshalb wird Glyphosat dort eingesetzt. Bei der Anwendung dieses Round-Ups geht alles außer der gentechnisch veränderten Pflanze ein.“ Zudem sei bei großen, direkt in Häfen angesiedelten Mühlen eine Herkunftskontrolle nur per Dokumente nicht möglich, ist Bodiselitsch überzeugt.

„Produzenten außerhalb Europas setzen gentechnisch veränderte Pflanzen und Glyphosat ein. Über Futtermittel kommen diese in die Nahrungsmittelkette des Menschen. Wir brauchen eine europäische Eiweiß-Strategie, weil wir von den Eiweißimporten wegkommen müssen“, fordert Burgenlands WK-Präsident Nikolaus Berlakovich. Das Burgenland sei hier Vorbild: „Soja ist bei uns mittlerweile eine zentrale Alternative bei der Fruchtfolge und liegt im Burgenland bei den Feldfrüchten auf dem 3. Platz, in Österreich an vierter Stelle. Die Frucht spielt nicht nur in der Biolandwirtschaft, sondern auch im konventionellen Anbau eine große Rolle.“

Soja wertvollstes Futtermittel weltweit, Forderung nach klarer Kennzeichnung

Seit Jahresbeginn wurde die Soja-Anbaufläche in Österreich um weitere 2.600 ha ausgebaut. Dennoch werden jährlich 500.000 Tonnen Soja nach Österreich importiert. „Soja-Schrot ist das weltweit wichtigste Futtermittel und aus der Fleischproduktion nicht wegzudenken. Keine andere Pflanze ist so wertvoll in der Tiernahrung“, erklärt Josef Willim, Geschäftsführer der BAG Ölmühle. Willim plädiert dafür, Lebensmittel wie Fleisch so zu kennzeichnen, daß für den Konsumenten klar ist, „von wo das Schrot stammt, mit dem gefüttert wird“. Die BAG als größter Soja-Verarbeiter Österreichs verarbeitet derzeit 70.000 Tonnen Soja im Jahr ausschließlich aus europäischer Produktion – Schrot für den Futtermittelbereich und Öl für die Lebensmittelindustrie. ■

Gründen als Chance

Astrid Eisenkopf: Wir haben erfolgreiche, starke und unabhängige Frauen im Burgenland

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Mit dem Projekt »Gründen als Chance« in die Selbständigkeit – 15 Frauen gründen ihr eigenes Unternehmen

Im Jänner 2017 fiel der Startschuß für eine weitere Gründerinnen-Offensive des BFI Burgenland. Zielgruppe waren Gründungsinteressierte, erwerbslose Frauen über 18 Jahre aus dem Nord- und Mittelburgenland. Das konkrete Projekt „Gründen als Chance für Frauen“ wurde vom BFI im Servicecenter in Mattersburg im Auftrag des Burgenländischen Frauenreferates durchgeführt und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert. Seit dem Projektbeginn wurden 16 Frauen in den Gründungsprozeß begleitet, davon haben 15 bis dato ihr Unternehmen gegründet.

Dazu Frauenlandesrätin Astrid Eisenkopf: „Das Projektziel – nämlich die Förderung von Unternehmensgründungen von Frauen im Burgenland – wurde erreicht und darauf bin ich sehr stolz. Eine Erfolgsquote von 93,75 Prozent spricht für sich. Dieses Projekt ist ein Erfolgsprojekt und zeigt uns, daß wir erfolgreiche, starke und unabhängige Frauen im Burgenland haben.“ Insgesamt waren 21 Frauen am Netzwerkaustausch für Unternehmerinnen beteiligt.

„Mein Ziel als Frauenlandesrätin ist die stetige Verbesserung der Erwerbssituation der Frauen im Burgenland. Innovative Frauenprojekte, wie dieses, sind enorm wichtig und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Frauenbeschäftigung. Dieses Programm soll Frauen dazu ermutigen, einen vielleicht schon lange ersehnten Traum umzusetzen und zu verwirklichen. Der Schritt in die Selbständigkeit braucht einen gewissen Mut. Es ist sehr wichtig, bereits im Vorfeld umfangreich informiert und beraten zu sein – vor allem auch in rechtlichen und wirtschaftlichen Belangen, die für eine Unternehmensgründung heutzutage unumgänglich sind. Mit Hilfe des Gründerinnenprogramms bieten wir den Frauen in den Bereichen Finanzierung, Marketing oder Projektmanagement eine umfassende Vorbereitung und Begleitung auf dem Weg in die Selbstständigkeit“, so die Frauenlandesrätin bei der Abschlußveranstaltung des Projektes „Gründen als Chance“ in der Bauermühle in Mattersburg.

Das Burgenland ist das GründerInnenland Nummer 1 in Österreich. Bei burgenländischen Einzelunternehmen liegt dabei der Frauenanteil bei 71,9 Prozent. Eisenkopf: „Es freut mich, daß es durch dieses Erfolgsprojekt 15 neue Unternehmerinnen im Burgenland gibt. Alle Gründerinnen haben sich ein individuelles und einzigartiges Standbein aufgebaut und dazu möchte ich recht herzlich gratulieren. Ich wünsche den Jungunternehmerinnen eine erfolgreiche, unternehmerische Zukunft und auch weiterhin viel Mut und Engagement, das dazu geführt hat, daß sie nun dort stehen, wo Sie heute sind.“ ■

http://www.bfi-burgenland.at

Aviation Academy in Neusiedl feiert Zehn-Jahres-Jubiläum

LH Niessl und LR Petschnig beim »Start« des neuen Flugsimulators des High-Tech-Unternehmens in Neusiedl am See

Das zehnjährige Bestandsjubiläum feierte die Aviation Academy in Neusiedl am 28. Juni im Beisein von VertreterInnen aus der Politik mit Landeshauptmann Hans Niessl und Wirtschaftslandesrat Alexander Petschnig an der Spitze, aus der Wirtschaft und zahlreichen KundInnen und Festgästen. In der Academy werden künftige Airline Piloten nach international gültigen Standards ausgebildet. Im Rahmen der Feier erfolgte die Inbetriebnahme des neuen Flugsimulators.

„Die Aviation Academy steht beispielhaft für die gute und dynamische wirtschaftliche Entwicklung dieser Region und des Burgenlandes insgesamt. Ein High-Tech-Betrieb wie die Academy zeigt aber auch den tiefgreifenden strukturellen Wandel, die Modernisierung des Burgenlandes und seine Entwicklung zu einem modernen, attraktiven Wirtschaftsstandort. Mit Kunden aus 40 Ländern steht die Aviation Academy aber auch für die Internationalisierung des Burgenlandes, die noch stärker vorangetrieben werden soll“, erklärte Niessl.

„Die Ansiedlung der Aviation Academy bringt Renommee, aber auch hochqualifizierte Arbeitsplätze in die Region. Der Standort nahe zum Flughafen Schwechat, die Verkehrsanbindung und das wirtschaftliche Umfeld sind ideal. Es sind viele Zulieferbetriebe eingebunden, hier werden Umsätze generiert“, so Petschnig, der auch Potential für den Tourismus sieht: „Mit dem touristischen Angebot der Region und mit dem Outlet Center bieten sich hier tolle Möglichkeiten der Freizeitgestaltung für die Piloten und Kunden aus aller Welt. Ich gratuliere zum 10jährigen Jubiläum und wünsche dem Unternehmen eine weiterhin erfolgreiche Entwicklung“.

Die Aviation Academy Austria wurde vor zehn Jahren von CEO Thomas Herrele am Standort Neusiedl mit finanzieller Beteiligung der WIBUG als Zwei-Mann-Betrieb gegründet. 2008 wurde der erste Flugsimulator in Betrieb genommen, die Ausbildung Anfang 2009 gestartet. Heute sind 30 MitarbeiterInnen fix beschäftigt, weitere rund 35 sind frei tätig. Das Unternehmen bietet eine Ausbildung mit den neuesten Trainingsmöglichkeiten zur Pilotin/zum Piloten eines Verkehrsflugzeuges. Die Instruktoren haben langjährige Flugerfahrung bei internationalen Fluglinien, viele sind neben ihrer Lehrtätigkeit als LinienpilotInnen aktiv. Es stehen mehrere Flugsimulatoren zur Verfügung, die nach der höchsten Zulassungsstufe der Europäischen Gesetzgebung (EASA) zertifiziert sind.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl (l.h.) und Wirtschaftslandesrat Alexander Petschnig mit den beiden Geschäftsführern Claus Rhomberg (l.v) und Thomas Herrele (r.v.) im neuen Flugsimulator

Foto: Bgld. Landesmedienservice

V.l: CEO Thomas Herrele, CFO Claus Rhomberg, Bgm.in Elisabeth Böhm, LR Alexander Petschnig, LH Hans Niessl, WIBUG-GF Harald Zagiczek

Derzeit stehen rund 120 PilotInnen in der Ausbildung, die 900 Stunden Theorie und Praxis umfaßt und rund 2 Jahre dauert. Neben der Ausbildung von angehenden PilotInnen finden auch laufend Trainings von fertigen PilotInnen statt. Fachkräfte werden auch aus der Region rekrutiert, gefragt sind besonders AbsolventInnenen der Fachhochschule Burgenland und der HTL Eisenstadt. Der Fokus des High-Tech-Unternehmens ist stark international ausgerichtet – die Kunden kommen aus 40 verschiedenen Ländern, unter anderem aus Südamerika, Asien und sogar Australien.

„Ich möchte der Aviation Academy, den Geschäftsführern und dem gesamten Team für die ausgezeichneten Leistungen, für die Qualifizierung auf höchstem Niveau im Sinne der Flugsicherheit danken. Herzliche Gratulation zum Firmenjubiläum, herzliche Gratulation auch zum ‚Start‘ des neuen Flugsimulators. Ich wünsche weiterhin viel Erfolg und alles Gute für die Zukunft“, so Niessl. ■

http://www.aviationacademy.at/

»Burgenland live«

Präsentation des neuen Burgenland-Magazins anläßlich des Genußfestspiels »Wienissimo« in der Wiener Innenstadt

Foto: Burgenland Tourismus / Philipp Sassmann

v.l.: Marianne Resetarits (künstlerische Leitung Musical Güssing), TV-Star und Winzer Martin Weinek, Tourismuslandesrat Alexander Petschnig, Frank Hoffmann (künstlerischer Leiter Kultursommer Güssing), Wolfgang Böck (künstlerischer Leiter Schlossspiele Kobersdorf), »Burgenland live«-Herausgeber und Chefredakteur Christoph Langecker sowie Burgenland Tourismus-Geschäftsführer Hannes Anton

Der geschichtsträchtige Platz Am Hof in der Wiener Innenstadt war am 7. Juni Schauplatz der „Burgenland live"-Präsentation. Tourismuslandesrat Alexander Petschnig, „Burgenland live"-Herausgeber und Chefredakteur Christoph Langecker sowie Burgenland Tourismus-Geschäftsführer Hannes Anton hoben die erste Ausgabe der „Burgenland live"-Serie aus der Taufe. Für das neue Magazin gab es großen Beifall und viel Lob.

Lust auf die Sonnenseite Österreichs

„Mit ansprechenden Reportagen, Tipps und mit tollen Fotos spiegelt ‚Burgenland live' zeitgeistig und charmant die Vielfalt, Schönheit und Identität des Landes wider. Es soll als Imagebroschüre bei Veranstaltungen, diversen PR-Aktionen und Gästeanfragen eingesetzt werden und Lust auf Urlaub auf der Sonnenseite Österreichs machen", erklärte Landesrat Petschnig bei der Präsentation des brandneuen Magazins.

Das 100seitige Werk erscheint in einer Auflage von 15.000 Exemplaren. Die nächste Ausgabe ist für Herbst geplant. Das Magazin kann kostenlos bei Burgenland Tourismus angefordert werden bzw. heruntergeladen werden *(Link am Ende des Beitrags)*.

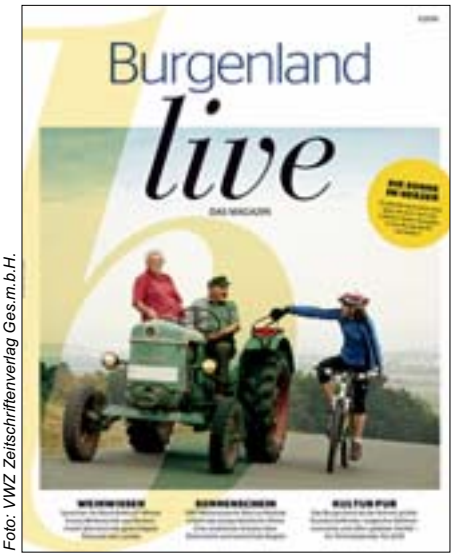


Foto: VWZ Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H.

Im Rahmen der „Wienissimo" war das Burgenland drei Tage lang unter dem Motto „Burgenland – Genuß vor der Haustür" mit kulinarischen Leckerbissen, Spitzenweinen und Live-Musik prominent im Lustspielhaus auf dem Platz Am Hof vertreten.

„Die Burgenländer sind für ihre Gastfreundschaft bekannt – und das können die Besucher hier spüren. Die Wiener fühlen sich als Gäste im Burgenland wohl und viele sind längst zu Stammgästen geworden. Wir wollen mit dem Auftritt die Vorzüge des burgenländischen Urlaubsangebotes entsprechend ins rechte Licht rücken", so Burgenland Tourismus- Geschäftsführer Hannes Anton über die Präsenz am Wiener Markt.

Die BesucherInnen konnten pannonische Köstlichkeiten aus erster Hand kennenlernen. Der Bogen spannte sich von burgenländischem Wurstsalat im Glasl über Mangalitza-Leberkäse bis zu burgenländischem Kirschkuchen. Der urwüchsige Uhudler war nicht nur als Uhudlerspritzer und Frizzante vertreten, sondern auch als Uhudlerkraut zum Nationalparkwürstel oder als Nougat-Uhudler-Creme. Darüber hinaus wurde ein Querschnitt durch die Vielfalt heimischer Weine präsentiert.

Blas- und Unterhaltungsmusik – von „Da Blechhaufn XXL" mit einem angesagten Mix aus traditionellen Blechbläser-Sounds und hippen Beats, über Ausschnitte aus „Die Hochzeit des Figaro" vom Sommerfestival Kittsee bis zur beliebten Blaskapelle aus Schützen am Gebirge, die „Potschnbanda", sorgte für beste Stimmung Am Hof. ■

http://www.burgenland.info

https://www.burgenland.info/xstorage/1/PDFs/Burgenland_Magazin2018.pdf

Leichtathletikanlage für Eisenstadt

Wettkampftauglich mit Flutlicht und Zeitmessung

Eisenstadt erhält eine wettkampftaugliche Leichtathletikanlage in einem Entwicklungsgebiet auf der Neusiedler Straße unweit des Allsport- und des Bundesschulzentrums. Die Details dazu präsentierten Landeshauptmann Hans Niessl und Bürgermeister Thomas Steiner am 4. Juni den Medien.

Bei dem Projekt handelt sich um eine wettkampftaugliche Leichtathletikanlage, die allen Standards entspricht, um nationale Wettkämpfe in der burgenländischen Landeshauptstadt veranstalten zu können. Konkret umfaßt sie eine Rundlaufbahn mit sechs Bahnen inklusive Flutlicht und Zeitmessung. Die Leichtathletikanlage umfaßt eine 400m-Laufbahn und Möglichkeiten für Weit- und Dreisprung, Hoch- und Stabhochsprung sowie Diskus- und Hammerwurf. Weiters wird eine vollwertige Kugelstoßanlage errichtet.

Bereits im Stadtentwicklungsplan „Eisenstadt 2030“ wurde das Projekt als Entwicklungszone markiert und für eine entsprechende Verwertung freigegeben. Der Baubeginn für die Leichtathletikanlage ist für Juli terminisiert. Verläuft alles nach Plan, kann das Projekt im Frühjahr 2019 fertiggestellt werden.

„Die Anlage wird für Leichtathleten die modernste Infrastruktur aufweisen. Dadurch können künftig viele nationale Wettkämpfe in unserem Heimatland abgehalten werden. Mit der neuen Leichtathletikanlage wird das Sportland Burgenland, wird die Sportstadt Eisenstadt, bedeutend weiter aufgewertet werden“, so Landeshauptmann Hans Niessl.

Für Bürgermeister Thomas Steiner ist der Bau der Leichtathletikanlage auch der Startschuß für die weitere Entwicklung des Gebiets: „Gemeinsam mit Genossenschaften wird hier bereits an Plänen gearbeitet, das Gebiet weiterhin zu attraktivieren und Impulse für weitere Projekte zu setzen.“

Die notwendigen Grundstücke werden von der Stadt Eisenstadt zur Verfügung gestellt und haben einen Gesamtwert von 2,9 Millionen Euro. Die Projektkosten für die Errichtung der Anlage belaufen sich auf 1,1 Millionen Euro. Seitens des Landes werden Bedarfszuweisungen in der Höhe von 900.000 Euro und seitens des Bundes 200.000 Euro zur Verfügung gestellt. ■

http://www.eisenstadt.at

Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

Bürgermeister Thomas Steiner (l.) und Landeshauptmann Hans Niessl präsentieren die Detailplanung zur Leichathletikanlage auf dem künftigen Bauplatz in Eisenstadt.

Eisenstadt zum Anbeißen

Eisenstadt denkt nachhaltig“ – unter diesem Motto steht das Jahr 2018 in der Landeshauptstadt. Teil dieser Dachmarke ist auch die Initiative „Eisenstadt zum Anbeissen“, bei der die Stadt zu einem Naschgarten mit frischem Gemüse wird.

Sowohl beim Blumenband bei der Leinnerkreuzung als auch in der Fußgängerzone wurden zahlreiche Gemüsepflanzen gepflanzt, die in den kommenden Wochen reif werden sollten. Am auffälligsten sind wohl die Hängebaskets in der Fußgängerzone: Zeichneten sich diese in den letzten Jahren durch ihre Blumenpracht aus, wurden heuer 90 Paradeiserpflanzen gesetzt. Bei der Leinnerkreuzung wurden neben Paradeisern auch Knollensellerie, Lauch, Zwiebel und Schnittlauch ausgepflanzt.

„Das Motto ‚Eisenstadt zum Anbeißen‘ ist bitte wörtlich zu nehmen, denn sobald das Gemüse reif ist, darf es auch jeder zum Naschen pflücken“, lädt Bürgermeister Thomas Steiner zur „Ernte“ ein.

Nach dem Urban Gardening Projekt in der Ruster Straße ist dies eine weitere Initiative, wo die Stadt im heurigen Jahr auf einen rücksichtsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen und der Umwelt aufmerksam macht.

Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

Bürgermeister Thomas Steiner

Ökologische Nachhaltigkeit beschreibt den weitsichtigen und rücksichtsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen und der Umwelt. In diesem Bereich kann Eisenstadt bereits eine Reihe von bestehenden Initiativen aufweisen. ■

http://www.eisenstadt.at

Mattersburg: Die Kriegergedächtniskapelle wird saniert

Foto: Stadtgemeinde Mattersburg

Eines der historisch interessantesten Bauwerke in Mattersburg, die Kriegergedächtniskapelle im Schubertpark, wird derzeit saniert. Sie wurde erbaut, um der Gefallenen aus dem ersten und zweiten Weltkrieg zu gedenken. Errichtet wurde sie bereits im Jahr 1925, während des zweiten Weltkrieges wurde sie schwer beschädigt und 1948 erstmals renoviert. Im vergangenen Jahr wurde das Dach der Kapelle um 15.000 Euro erneuert, heuer Fundament und Außenmauer. 2019 soll der Innenbereich vollständig renoviert werden. Die Kosten für die derzeitige Sanierung übernimmt die Stadtgemeinde. ■

http://www.mattersburg.gv.at

Oberwart: »...jetzt geht was weiter!«

Im Jahr 2015 wurde die Aktion „...jetzt geht was weiter!“ der Stadtgemeinde Oberwart gestartet. Im Stadtgebiet stehen Tafeln mit der Aufschrift „...jetzt geht was weiter!“, die über aktuelle Projekte informieren – und zwar genau an Ort und Stelle, wo gearbeitet wird bzw. wo ein Projekt umgesetzt wurde. Dazu erklärt Bürgermeister Georg Rosner: „Diese Aktion ist mir ein besonderes Anliegen, denn in unserer Stadt passiert sehr viel, es geht was weiter. Es sind nicht immer nur die großen Projekte, sondern auch Kleinigkeiten wie zum Beispiel der Tausch von Straßenlampen oder die Sanierung eines kleinen Straßenstücks. Die OberwarterInnen sollen mit diesen Tafeln darüber informiert werden, was hier passiert.“ Die Tafeln wurden von der Firma Barabas in Anlehnung an das Design der Stadtgemeinde Oberwart gestaltet. „…jetzt geht was weiter!“ findet auch in den Stadtnachrichten Oberwart Aktiv und auf der Homepage der Stadtgemeinde Platz.

Foto: Stadtgemeinde Oberwart

Aktuell wurden in der Mühlgasse moderne LED-Straßenlampen installiert. Mit dieser Beleuchtung kann man so viel Energie einsparen, daß sich die Investition bereits nach wenigen Jahren amortisiert. Außerdem trägt die Stadtgemeinde durch den geringen Energieverbrauch der Lampen aktiv zum Schutz unserer Umwelt bei. Im Rahmen des Projektes „Klima- und Energiemodellregion Pinkatal“ soll der Einsatz von alternativen Antriebssystemen – darunter auch E-Bikes – forciert werden. Aus diesem Grund wurden in St. Martin/Wart und im Hof des Rathauses öffentliche Ladestationen aufgestellt. Dort kann man E-Bike-Akkus kostenlos laden. ■

http://www.oberwart.at

Bürgermeister LAbg. Georg Rosner und Vizebürgermeisterin Ilse Frühwirth präsentieren die neuen LED-Straßenlampen

Künstler im west-südöstlichen Dialog

Landesgalerie: »art[dialog]« 2018 im Zeichen der Kulturpartnerschaft Burgenland-Bayreuth und »Fantastische Notizen« von Edi Rama

Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Roland Bimo, Botschafter der Republik Albanien in Österreich, Bernd Romankiewicz und Margit Rehner aus Bayreuth, Edi Rama, LH Hans Niessl, Petra Neulinger, Manfred Leirer, Fate Velaj, Kurator u. Parlamentsabgeordneter des Wahlkreises Vlora, Harro Pirch, Kurator

Eine Doppelausstellung eröffnete Landeshauptmann Hans Niessl am 26. Juni in der Burgenländischen Landesgalerie in Anwesenheit der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Johannes Haindl, und der Republik Albanien, Roland Bimo, von VertreterInnen aus Politik und Kultur sowie zahlreicher KunstfreundInnen. Edi Rama, international bekannter Künstler und „hauptberuflich" Ministerpräsident der Republik Albanien, stellt „Fantastische Notizen" zur Schau, und im Rahmen des diesjährigen „art[dialog]s" zeigen vier KünstlerInnen aus dem Burgenland und aus Bayreuth Werke im Zeichen der Kulturpartnerschaft zwischen dem Burgenland und der Wagnerstadt.

„Edi Rama versteht es, die Gegensätze, die seine Funktion als Ministerpräsident Albaniens einerseits und seine Rolle als international agierender Künstler andererseits darstellen, in seinem künstlerischen Schaffen gekonnt miteinander zu vereinen. Es freut mich sehr, daß seine Werke hier in der Landesgalerie im heurigen ‚Kulturjahr Österreich-Albanien', das mit über 100 Veranstaltungen in beiden Ländern stattfindet, ausgestellt werden", so Niessl bei der Eröffnung.

Der ehemalige Basketball-Nationalspieler, akademische Maler und Lektor an der Akademie der Künste in Tirana genießt auch als Künstler internationale Bekanntheit. Rama hält seine Gedanken und Eingebungen in kleinformatigen, meist bunten, mit Tinte, Filzstift und Fettkreiden angefertigten Zeichnungen auf tausenden Kalenderblättern fest. Sie bilden so „ein visuelles Tagebuch seines persönlichen und staatsmännischen Alltags sowie des Weltgeschehens". Die Ausstellung „Fantastische Notizen" zeigt eine Auswahl aus Edi Ramas Kalenderzeichnungen seit seiner Zeit als Bürgermeister von Tirana, wo er 1964 geboren wurde.

Im Zeichen der Kulturpartnerschaft zwischen dem Burgenland und Bayreuth steht der zweite Teil der Ausstellung im Rahmen des diesjährigen „art[dialog]s". Gezeigt werden Arbeiten der burgenländischen Künstler Petra Neulinger und Manfred Leirer sowie der Bayreuther Künstler Margit Rehner und Bernd Romankiewicz in abstrakter als auch gegenständlicher Malerei, in Enkaustik-Technik, in Druckgrafik und auf Leinwände gedruckte Holzschnitte. Die Schau sei auch „ein Ausdruck der langjährigen Freundschaft zwischen dem Burgenland und Bayreuth, die immer wieder auch durch gegenseitige Besuche lebendig gehalten und gestärkt wird", sagte Niessl. „Der ‚art[dialog]' 2018 soll diese besondere Verbindung für ein interessiertes Publikum intensiv erlebbar machen".

1990 wurde vom damaligen Landeshauptmann Hans Sipötz und dem ehemaligen Oberbürgermeister Dieter Mronz der Partnerschaftsvertrag zwischen dem Land Burgenland und der Stadt Bayreuth unterzeichnet. Die Kulturpartnerschaft gründet in der Verbindung von Bayreuth zu Raiding, dem Geburtsort von Richard Wagners Schwiegervater Franz Liszt, und wird durch Kooperationen in den Bereichen Kultur, Wissenschaft, Forschung und Tourismus geprägt. ■

https://landesgalerie-burgenland.at

Konzertreihe »Top of Music«

Auftakt für 22 Musik-Konzert-Erlebnisse in den Kulturzentren

Die Konzertreihe „Top of Music“ bricht im Herbst in ihre bereits 7. Saison auf. In der neuen Spielzeit werden dem Publikum nicht nur im Kultur Kongress Zentrum Eisenstadt elf hörenswerte Darbietungen und Auftritte etwa von Konstantin Wecker, Ernst Molden und Willi Resetartis oder Adele Neuhauser und Max Müller geboten. Auch in den Standorten Raiding, Oberschützen und Güssing stehen weitere elf Aufführungen mit namhaften InterpretInnen bzw. Ensembles am Programm – unter anderem das durch und durch burgenländische Ensemble „Die Buchgrabler“, Hitstürmerin und Senkrechtstarterin „Die Mayerin“ oder eine der stärksten Live- Bands Österreichs: „Die Seer“.

Die Konzertsaison 2018/2019 im Detail

Neben den beiden Eckpfeilern „Lust auf Theater“ und „Best of Cabaret“ stellt die Reihe „Top of Music“ die dritte tragende Säule in der programmatischen Ausrichtung der Kulturzentren des Landes Burgenland dar und präsentieren in der Saison 2018/2019 ausdrucksstarke KünstlerInnen und Ensembles, die an 22 Abenden qualitätsvolle Unterhaltung und größtmögliche Programmvielfalt in unterschiedlichen Musikgattungen bieten werden.

Das stets geltende Credo der Konzertreihe: Musik in ihren vielschichtigen Ausdrucksformen abzubilden und unterschiedliche Genres in spannenden Kombinationen zusammenzuführen. Der Anspruch an die programmatische Ausrichtung des Konzertangebotes ist dabei ein hoher: Bei der Programmplanung wurde von Anbeginn an hohe künstlerische Qualität in den Vordergrund gestellt. Ein weiteres Bestreben ist es, als kultureller Nahversorger BurgenländerInnen einzigartige Konzerterlebnisse in ihrem Bundesland ermöglichen zu können – und das zu leistbaren Preisen.

Claudia Prieber, Abteilungsvorständin Abteilung 7 – Bildung, Kultur und Gesellschaft: „Die Kultur-Betriebe Burgenland bieten Jahr für Jahr für alle Burgenländerinnen und Burgenländer sehr gute kulturelle Angebote – leistbar und ohne Hürden barrierefrei zugänglich – und sind somit mit dem Prädikat ‚der burgenländische kulturelle Nahversorger‘ auszuzeichnen.“

Foto: KBB

Wolfgang Kuzmits (Geschäftsführer Kultur-Betriebe Burgenland), Claudia Prieber (Abteilungsvorständin Abteilung 7 – Bildung, Kultur und Gesellschaft) und Fusionmusiker Gerald Gradwohl

„Die 7. Ausgabe der Konzertreihe ‚Top of Music‘, die stets national wie international agierende MusikerInnen verpflichten kann, bietet auch in der kommenden Saison ein harmonisches Kontrastprogramm, das die verschiedenen musikalischen Ausdrucksformen von Klassik, Jazz, über Pop und Volksmusik bis hin zu Literatur mühelos miteinander verbindet und für die Gäste der Kulturzentren viel Hörenswertes bereithält“, so Kultur-Betriebe Burgenland Geschäftsführer Wolfgang Kuzmits.

In der nächsten Spielsaison kann ein eindrucksvolles und variationsreiches Konzertprogramm geboten werden: Bedeutende Sangesgrößen wie Konstantin Wecker, Publikumslieblinge wie Willi Resetarits, Max Müller oder Die Seer, aber auch im Burgenland beheimatete Musikschaffende wie Die Mayerin oder das Ensemble Die Buchgrabler werden für viele spannende Konzerterlebnisse in den Kulturzentren sorgen.

„Die 22 Konzerte der Kulturzentren des Landes Burgenland in der Saison 2018/2019 versprechen erneut exklusiven Musikgenuß auf hohem Niveau. Nicht nur nationale und internationale KünstlerInnen werden in der kommenden Konzertsaison das kulturelle Geschehen des Burgenlandes bereichern, auch eine aufstrebende Musikerin mit burgenländischen Wurzeln – die Mayerin – wird mit ihrer einzigartigen Stimme das Publikum bewegen. Ich freue mich persönlich auf das abwechslungsreiche und beeindruckende Konzertprogramm im Kultur Kongress Zentrum Eisenstadt, den Kulturzentren Oberschützen und Güssing und im Lisztzentrum Raiding“, so Kulturlandesrat Hans Peter Doskozil.

Konzerte und ABO-Konzerte im Kultur Kongress Zentrum Eisenstadt

Das Kultur Kongress Zentrum Eisenstadt wird erneut zur Bühne für großartige Ensembles und SolistInnen. In der kommenden Saison werden dem Publikum zahlreiche hörenswerte Darbietungen in vier Sparten angeboten: Klassik & Virtuos, Groove & Pop, Austro & Mix und Musik & Literatur.

Abseits der vier Zyklen im Kultur Kongress Zentrum Eisenstadt offeriert „Top of Music“ eine Reihe weiterer hörenswerter Darbietungen. Auch das Lisztzentrum Raiding sowie die Kulturzentren in Oberschützen und in Güssing haben in der Konzertsaison 2018/2019 ein außerordentliches Musikprogramm mit zahlreichen musikalischen Leckerbissen auf die Beine gestellt. ■

Alle weiteren Informationen finden Sie hier:
https://kultur-burgenland.at

Wirtschaft

Konjunktur schwächt sich ab

… außenwirtschaftliche Unsicherheit nimmt zu – Prognose der österreichischen Wirtschaft 2018 - 2019 des Instituts für Höhere Studien IHS

Im ersten Halbjahr dürfte die österreichische Wirtschaft noch äußerst kräftig gewachsen sein. Vor dem Hintergrund der bereits seit Jahresbeginn schwächeren Konjunktur im Euroraum und der gestiegenen Unsicherheit im konjunkturrelevanten Umfeld ist aber mit einer deutlichen Verlangsamung des heimischen Expansionstempos im weiteren Prognosezeitraum zu rechnen. Für die Jahre 2018 und 2019 wird somit ein Wachstum der österreichischen Wirtschaft von 2,9 % bzw. 1,7 % erwartet. Aufgrund der ausgezeichneten Wirtschaftslage dürfte der öffentliche Sektor ausgeglichen budgetieren. Dringend notwendige Strukturreformen müssen jetzt angegangen werden. Gegenwärtig sind die Prognoserisiken merklich abwärts gerichtet, wobei insbesondere protektionistische Tendenzen und die Ausgestaltung des Brexit als Risiken zu nennen sind.

Hochkonjunktur fortgesetzt

Zu Jahresbeginn hat sich die Hochkonjunkturphase in Österreich fortgesetzt. Die österreichische Wirtschaft ist laut Trend-Konjunktur-Komponente im ersten Quartal um 0,8 % gegenüber dem Vorquartal gewachsen, im Jahresabstand betrug der Zuwachs knapp 3 ½ %. Der Aufschwung ist weiterhin breit abgestützt. Im ersten Quartal trieb die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt den privaten Konsum. Die Investitionstätigkeit blieb wegen der hohen Kapazitätsauslastung und der niedrigen Finanzierungskosten kräftig. Impulse kamen auch vom Außenhandel, wobei sich die Exportdynamik allerdings leicht abschwächte. Das internationale Umfeld verschlechterte sich in den letzten Monaten etwas. So verringerte sich in Deutschland und Frankreich im ersten Quartal die wirtschaftliche Dynamik merklich. Handelspolitische Risiken belasten die Konjunktur zusätzlich.

Hinweis auf Konjunkturhöhepunkt

Die Indikatoren deuten für Österreich auf einen Konjunkturhöhepunkt zur Jahreswende 2017/18 hin. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut eine spürbare Verlangsamung der Konjunkturdynamik in der zweiten Jahreshälfte. Aufgrund des starken Wachstums in der ersten Jahreshälfte sollte die österreichische Wirtschaft im Jahresdurchschnitt 2018 um 2,9 % zulegen. Im nächsten Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt laut Prognose um 1,7 % steigen. Damit wächst die österreichische Wirtschaft im heurigen Jahr deutlich stärker als die des Euroraums, nächstes Jahr wird sich das Wachstempo angleichen (2,0 % bzw. 1,8 % im Euroraum).

Dynamik hat sich verlangsamt

Im Vorjahr expandierte die Weltwirtschaft breitflächig in hohem Tempo. Seit Beginn dieses Jahres hat sich die Dynamik in den Industrieländern aber etwas verlangsamt. Die Wirtschaftsleistung in den USA legte im ersten Quartal um 0,5 % gegenüber dem Vorquartal zu, nach 0,7 % im Schlußquartal des Vorjahres. Im Euroraum verringerte sich das Wachstum im ersten Quartal von 0,7 % auf 0,4 %. Dabei verzeichneten insbesondere Deutschland und Frankreich eine Wachstumsverlangsamung. Die Konjunkturindikatoren haben sich verschlechtert, liegen allerdings weiterhin auf hohen Niveaus.

Von der Fiskalpolitik gehen eher belebende Impulse aus, insbesondere in den USA. Die Geldpolitik ist weiterhin expansiv aus-

Wichtige Prognoseergebnisse

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2017	2018	2019
Bruttoinlandsprodukt, real	3.0	2.9	1.7
Privater Konsum, real	1.4	1.5	1.2
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	7.3	4.1	1.6
Bruttoanlageinvestitionen, real	4.9	3.3	1.8
Ausrüstungsinvestitionen, real	6.9	4.0	1.8
Bauinvestitionen, real	2.6	2.5	1.8
Inlandsnachfrage, real	3.0	2.1	1.3
Exporte i.w.S., real	5.6	4.9	3.9
Waren, real (laut VGR)	6.1	5.4	4.3
Reiseverkehr, real (laut VGR)	2.4	1.8	1.5
Importe i.w.S., real	5.7	3.6	3.3
Waren, real (laut VGR)	5.1	3.5	3.3
Reiseverkehr, real (laut VGR)	6.2	2.0	1.0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	2.0	2.3	1.3
Arbeitslosenquote: Nationale Definition*	8.5	7.7	7.5
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition*	5.5	5.0	5.0
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	1.5	2.5	2.3
Preisindex des BIP	1.6	1.9	1.8
Verbraucherpreisindex	2.1	2.1	2.1
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP*	-0.7	-0.2	0.1
3-Monats-Euribor*	-0.3	-0.3	-0.0
10-Jahres-Rendite öst. Staatsanleihen*	0.6	0.9	1.1

*Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen * absolute Werte*

© Institut für Höhere Studien IHS

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2015	2016	2017	2018	2019
Welthandel	2.0	1.5	4.6	4.3	3.8
BIP, real					
Deutschland	1.7	1.9	2.2	1.9	1.8
Italien	1.0	0.9	1.5	1.3	1.3
Frankreich	1.1	1.2	2.2	1.8	1.7
Vereinigtes Königreich	2.3	1.9	1.8	1.3	1.2
Schweiz	1.2	1.4	1.0	2.2	1.8
USA	2.9	1.5	2.3	2.8	2.4
Japan	1.4	1.0	1.7	1.1	1.1
China	6.9	6.7	6.9	6.6	6.2
Polen	3.8	3.0	4.6	4.3	3.5
Slowakei	3.9	3.3	3.4	4.0	4.0
Tschechien	5.3	2.6	4.4	3.8	3.0
Ungarn	3.4	2.2	4.0	4.0	3.2
Slowenien	2.3	3.1	5.0	4.3	3.4
MOEL-5*	4.0	2.8	4.4	4.2	3.4
Bulgarien	3.6	3.9	3.6	3.8	3.5
Rumänien	4.0	4.8	6.9	4.0	3.8
Kroatien	2.3	3.2	2.8	2.8	2.8
Russland	-2.8	-0.2	1.5	1.7	1.8
Euroraum	2.1	1.8	2.4	2.0	1.8
NMS-6*	4.0	3.2	4.7	4.0	3.4
EU-28	2.3	2.0	2.5	2.1	1.9
OECD	2.4	1.8	2.5	2.4	2.2
Welt	3.4	3.2	3.7	3.8	3.6
Österreichische Exportmärkte	3.6	3.4	5.3	4.7	4.2
USD/EUR Wechselkurs**	1.11	1.11	1.13	1.18	1.16
Rohölpreis (Brent, USD/barrel)**	53.0	45.0	54.8	72.0	71.0

*Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen; * MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien; NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien; ** absolute Werte*

© Institut für Höhere Studien IHS

gerichtet, lediglich in den USA hat bereits eine Straffung eingesetzt. Im Euroraum wird die Geldpolitik den Ankündigungen der EZB zufolge nur langsam normalisiert. Belastend wirkt allerdings die deutliche Erhöhung der Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung, die durch handelspolitische Risiken ausgelöst wurde. Die US-Regierung ist auf einen protektionistischen Kurs eingeschwenkt. Die bisher beschlossenen Zölle auf Aluminium und Stahl dürften die Exportkonjunktur in den betroffenen Staaten aufgrund des geringen Volumens kaum belasten. Es besteht aber die Gefahr, daß es zu einer Spirale aus Aktion und Reaktion bei den handelspolitischen Instrumenten kommt. Eine Ausweitung der Zölle auf Autos bzw. Autoteile hätte beispielsweise für Deutschland aufgrund des höheren Anteils dieser Produkte an den Gesamtexporten in die USA deutlich negativere Auswirkungen. Bereits die Sorge über eine mögliche Eskalation des Handelskonflikts, etwa zwischen den USA und China, könnte die weltweite Investitionsbereitschaft dämpfen.

Internationales Konjunkturbild

Das Institut erwartet das folgende internationale Konjunkturbild. Die US-Wirtschaft sollte in den Jahren 2018 und 2019 um 2,8 % bzw. 2,4 % zulegen. Von der Steuerreform dürften dabei insbesondere auf die Investitionstätigkeit belebende Impulse ausgehen. Etwas pessimistischer als noch im März werden die Wachstumsaussichten für den Euroraum eingeschätzt. Mit 2,0 % bzw. 1,8 % verlangsamt sich das Tempo des Konjunkturaufschwungs. In den Schwellenländern bleibt die Konjunktur aufwärts gerichtet. So werden für die chinesische Wirtschaft Zuwachsraten von 6,6 % bzw. 6,2 % erwartet. Die Weltwirtschaft sollte im Prognosezeitraum um 3,8 % bzw. 3,6 % expandierten, nach 3,7 % im Vorjahr.

Konsum in Österreich

Seit der Steuerreform 2016 stellt der private Konsum in Österreich nach einer längeren Stagnationsphase wieder eine Wachstumsstütze dar. Die merklich steigenden Realeinkommen, die weiter verbesserte Arbeitsmarktlage und das hohe Konsumentenvertrauen stützen gegenwärtig den privaten Konsum, sodaß für den Jahresdurchschnitt 2018 mit einem Zuwachs um 1,5 % gerechnet wird. Dies impliziert einen Anstieg der Sparquote von 6,4 % auf 6,9 %. Im Jahr 2019 dürfte das Konsumwachstum bei unveränderter Sparquote 1,2 % betragen.

Investitionskonjunktur

Die Investitionskonjunktur trägt weiterhin signifikant zum Wachstum bei. In den letzten beiden Jahren haben die Investitionen, insbesondere jene in Ausrüstungen, kräftig zugelegt. Die hohe Kapazitätsauslastung und die günstigen Finanzierungskonditionen sollten die Investitionsneigung weiterhin stützen, die zunehmenden Unsicherheiten über die internationalen Konjunkturaussichten wirken hingegen dämpfend. Vor diesem Hintergrund sollte die Investitionskonjunktur etwas weniger schwungvoll als noch im Vorjahr ausfallen. Im heurigen Jahr dürften die Ausrüstungsinvestitionen noch um 4,0 % zulegen, nächstes Jahr sollte sich der Zuwachs auf 1,8 % verringern. Weiterhin lebhaft dürften sich die Bauinvestitionen mit Wachstumsraten von 2.5 % bzw. 1,8 % entwickeln. Die Bruttoanlageinvestitionen steigen somit um 3,3 % bzw. 1,8 %.

Exportdynamik

Das Institut geht davon aus, daß sich der Aufschwung der Weltwirtschaft fortsetzt und damit auch der Welthandel weiter zulegt. Das Wachstum der österreichischen Exportmärkte wird sich dabei etwas verlangsamen. Im Prognosezeitraum dürfte die Exportdynamik der heimischen Wirtschaft mit Zuwachsraten von 4,9 % bzw. 3,9 % daher etwas geringer ausfallen als noch in der März-Prognose erwartet. Für die Gesamtimporte laut VGR werden Wachstumsraten von 3,6 % bzw. 3,3 % erwartet. Somit dürfte von der Außenwirtschaft weiterhin ein positiver Wachstumsbeitrag ausgehen.

Inflation

Im Durchschnitt der ersten fünf Monate 2018 betrug die heimische Inflationsrate 1,8 %. In der zweiten Jahreshälfte dürfte sich der Preisauftrieb insbesondere aufgrund der im Jahresvergleich höheren Energiepreise etwas beschleunigen. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut weiterhin eine VPI-Inflationsrate von 2,1 %. Auch im kommenden Jahr dürfte der Preisauftrieb 2,1 % betragen.

Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt profitiert weiterhin von der ausgezeichneten Konjunktur. In der ersten Jahreshälfte wurde die Beschäftigung kräftig ausgeweitet und die Arbeitslosigkeit ist merklich gesunken. Diese positive Entwicklung sollte sich auch im restlichen Prognosezeitraum fortsetzen. Ausgehend von 8,5 % im Vorjahr dürfte die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition in diesem Jahr auf 7,7 % fallen.

Für nächstes Jahr ist mit einem weiteren Rückgang auf 7,5 % zu rechnen. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat sollte in beiden Jahren 5,0 % betragen, nach 5,5 % im Vorjahr.

Öffentliche Haushalte

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird im Prognosezeitraum von der sehr guten Konjunktur und den niedrigen Zinsen geprägt. Der Budgetvoranschlag 2018/19 der Bundesregierung sieht eine Rückführung des gesamtstaatlichen Defizits nach Maastricht-Definition von 0,7 % des BIP im Vorjahr auf 0,4 % in diesem Jahr vor. Für das kommende Jahr wird ein ausgeglichener Haushalt angestrebt. Gegeben das wirtschaftliche Umfeld sollten diese Budgetziele bei striktem Budgetvollzug erreicht werden. Gegenwärtig erwartet das Institut ein gesamtstaatliches Defizit von 0,2 % des BIP im heurigen Jahr und einen Überschuss von 0,1 % im Jahr 2019, Anstrengungen der Regierung zur Dämpfung der Ausgabendynamik und zur Verringerung der im internationalen Vergleich hohen Abgabenbelastung werden vom Institut begrüßt. Für einen nachhaltigen Budgetkurs und eine Absenkung der Schuldenquote sind zusätzliche Strukturreformen unbedingt notwendig, etwa in den Bereichen Pensionen und Föderalismus bzw. Finanzausgleich. Aus längerfristiger Sicht müssen Potentiale zur Finanzierung der Kosten der Alterung und zusätzlicher Ausgaben für zukunftsorientierte produktivitätserhöhende Bereiche wie Bildung, Digitalisierung und Forschung geschaffen werden.

Weltwirtschaft

In den letzten Monaten haben die Abwärtsrisiken für die Weltwirtschaft weiter zugenommen. Insbesondere die handelspolitischen Spannungen belasten die Konjunktur. Die US-Regierung ist auf einen protektionistischen Kurs eingeschwenkt und hat Zölle auf Stahl und Aluminium verhängt. Zusätzlich überlegt die US-Regierung Einfuhrzölle auf Kraftfahrzeuge. Die EU und China haben ihrerseits Strafzölle auf amerikanische Produkte verhängt. Die Sorge um eine Eskalation des Handelskonflikts dämpft bereits die Investitionsbereitschaft. Eine Ausweitung der Handelsbeschränkungen würde den Welthandel merklich verlangsamen. Die Unsicherheiten über das Tempo der Straffung der Geldpolitik der US-Notenbank belasten die internationalen Finanzmärkte, insbesondere in den Schwellenländern. Die wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU bilden weiterhin ein großes Konjunkturrisiko für Europa.

Die Einschätzung der heimischen Konjunkturdynamik erscheint gegenwärtig insbesondere für das heurige Jahr gut abgesichert. Aufgrund des kräftigen Wirtschaftswachstums zum Jahreswechsel besteht die Chance, daß die heimische Wirtschaft sogar noch stärker wächst. Allerdings würde eine weitere Eintrübung der Weltkonjunktur und eine Eskalation des Handelskonflikts die heimische Investitions- und Exportnachfrage wohl spürbar verlangsamen. ■

https://www.ihs.ac.at

Die Lage der österreichischen Banken hat sich normalisiert

Zehn Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise ist das österreichische Bankensystem zur Normalität zurückgekehrt. Nach den grossen Restrukturierungen der letzten Jahre haben die Bankengewinne wieder ihr Vorkrisenniveau erreicht. Dennoch bleibt es wichtig, effizienzsteigernde Maßnahmen voranzutreiben, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und über die Einbehaltung von Gewinnen die Risikotragfähigkeit der Banken weiter zu stärken. Um die Finanzmarktstabilität dauerhaft zu sichern, sollen die Banken auch auf eine nachhaltige Kreditvergabe, insbesondere bei Immobilienfinanzierungen, achten.

„Die jüngsten Marktturbulenzen führten zu gestiegenen Risikoprämien bei Staatsanleihen und zu Kursverlusten auf den europäischen Aktienmärkten. Das unterstreicht die Notwendigkeit, auf dem Weg zu einem stabilen Rahmenwerk für den europäischen Banken- und Finanzmarkt möglichst schnell voranzuschreiten“, sagte Gouverneur Ewald Nowotny anläßlich der Präsentation der 35. Ausgabe des Financial Stability Report der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB). Die österreichische Wirtschaft verzeichnete im Jahr 2017 erneut ein dynamisches Wachstum. Dabei profitierten sowohl Unternehmen als auch private Kreditnehmer von historisch niedrigen Zinsen. Auch Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) erlebt weiterhin eine starke wirtschaftliche Expansion, was sich auch in den Gewinnen der österreichischen Tochterbanken widerspiegelt.

Das kräftige Wirtschaftswachstum des Vorjahres unterstützte die Ertragskraft österreichischer Unternehmen und hat sowohl deren Schuldendienst erleichtert als auch ihr internes Finanzierungspotential gestärkt. Die anhaltende Erholung der Investitionen erhöhte den Finanzierungsbedarf österreichischer Unternehmen. Trotz der zunehmenden Aufnahme von Eigenkapital entfiel auch im Jahr 2017 ein Großteil der externen Finanzierung von nichtfinanziellen Unternehmen auf Kreditinstrumente. Zum ersten Mal seit fünf Jahren stellte dabei der heimische Finanzsektor die wichtigste Fremdfinanzierungsquelle für den österreichischen Unternehmenssektor dar und stellte knapp die Hälfte der Finanzierungsmittel bereit, nachdem in den beiden Jahren zuvor der größte Anteil aus ausländischen Finanzierungsquellen stammte.

Bei den privaten Haushalten führte die geringere Sparquote im Jahr 2017 zu einem Rückgang der Geldvermögensbildung. Im Niedrigzinsumfeld zeigten die privaten Haushalte weiterhin eine starke Präferenz für hochliquide Bankeinlagen, während Nettoveranlagungen in Lebensversicherungen und Pensionsvorsorge 2017 negativ waren.

Der halbjährlich in englischer Sprache erscheinende Financial Stability Report der OeNB analysiert finanzmarktstabilitätsrelevante Entwicklungen in Österreich und im internationalen Umfeld sowie Spezialthemen im Zusammenhang mit der Finanzmarktstabilität. ■

https://ww.oenb.at

Mahrer: Wirtschaft braucht freien Handel und Entlastung

Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ)-Präsident Harald Mahrer präsentierte am 28. Juni beim Wirtschaftsparlament seinen „Bericht zur Lage der österreichischen Wirtschaft". Und diese Lageeinschätzung könne nur im internationalen Kontext geschehen. Die Situation sei derzeit allerdings angespannt: Auf der einen Seite gebe es den erstarkten und sich dynamisch entwickelnden südostasiatischen Raum, auf der anderen Seite ein Amerika, das Strafzölle einführe. „Österreich verdient sechs von zehn Euro im Export, das sichert auch die regionale Wirtschaft. Wir müssen daher darauf schauen, daß es weiterhin einen freien Welthandel gibt und daß die österreichische Wirtschaft wettbewerbsfähig bleibt", so Mahrer.

Derzeit habe die österreichische und die gesamte europäische Wirtschaft aufgrund ihrer Innovationskraft noch einen Wettbewerbsvorteil. „Aber dieser Wettbewerbsvorteil beginnt zu schmelzen", warnte er. Anhand von drei Faktoren sei schließlich ablesbar, wohin die Reise gehe: Jene Länder, die ein hohes Wachstum haben, wo es viele leistungshungrige junge Menschen gibt, und wo weniger regulative Korsette existieren, würden aufholen. Wie sehr, illustrierte Mahrer an einem Beispiel: „Derzeit haben nur 300.000 Inder Elektrizität. Der Plan der Regierung ist es, in den nächsten Jahren alle 1,3

Foto: BMDW/Marek Knopp

WKÖ Präsident Harald Mahrer

Milliarden Einwohner an die Stromversorgung anzuschließen. Das heißt, eine Milliarde Menschen hat plötzlich ganz neue Möglichkeiten."

„Angesichts dieser Wettbewerbssituation haben wir ein massives Interesse daran, daß es faire und gerechte Handelsabkommen mit sämtlichen wichtigen Exportmärkten gibt. Und angesichts dieser Situation müssen die österreichischen Unternehmen auch im Inland optimale Rahmenbedingungen vorfinden", forderte Mahrer. Ein wichtiger Schritt sei dabei die Reduktion der Steuer- und Abgabenbelastung. „Wir können es uns nicht leisten, irgendwo Fett anzusetzen", so Mahrer. Daher müssen die Sozialversicherungsabgaben genauso wie das gesamte Steuersystem ausgewogener, transparenter und fairer werden.

Zu den optimalen Rahmenbedingungen zählt außerdem eine Entbürokratisierung. „Wir begrüßen daher den Plan der Bundesregierung, das Vorschriftenkorsett aufzumachen und mit unnötig gewordenen Normierungen und Regulativen aufzuräumen", so der WKÖ-Präsident. Nachsatz: „In manchen Bereichen sind die Vorschriften so überbordend geworden, daß vielen die Lust und Laune vergeht, Unternehmer zu sein."

Genügend und bestens qualifizierte Fachkräfte zu haben, ist für den WKÖ-Chef auch ein ganz entscheidendes Zukunftsthema. Daher möchte er „unsere wunderbare duale Lehrlingsausbildung zu einer Trialen Ausbildung weiterentwickeln", die jungen Leute sollen verstärkt auch digitale Fähigkeiten erwerben können. Mahrer kündigte dazu einen großen Bildungsmasterplan an, den die Wirtschaftskammer ausarbeiten wird. Denn: „Ob wir genug topqualifizierte Leute haben, wird die Schlüsselfrage sein, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen." ■

Arbeitslosigkeit sinkt im Juni um 9,1 Prozent

Wie in den Vormonaten setzt sich der positive Trend am Arbeitsmarkt auch Ende Juni 2018 fort. Die Arbeitslosigkeit sinkt bei gleichzeitig steigender Beschäftigung. Ende Juni sind 274.667 Personen (-9,6 % bzw. -29.277 Personen) beim AMS arbeitslos vorgemerkt. Inklusive der Personen, die ein AMS-Schulungsangebot wahrnehmen, beträgt die Zahl der Vorgemerkten 341.024, das bedeutet einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr um -33.949 bzw. -9,1 %. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition liegt aktuell bei 6,8 %, das ist ein Rückgang von -0,8 %-Punkten gegenüber dem Juni 2017 (EUROSTAT 4,6 %; -0,9 %punkte; Stand Mai 2018).

Ende Juni stehen geschätzte 3.774.000 Personen in einem unselbständigen Beschäftigungsverhältnis, das sind um +90.000 bzw. +2,4 % mehr als im Vorjahr. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2018 konnten bereits 356.508 arbeitssuchende Personen aus AMS Vormerkung ein Dienstverhältnis antreten, davon waren 47.066 jünger als 25 Jahre, und 73.295 Personen 50 Jahre und älter.

Auch die älteren Arbeitssuchenden (-6,2 %) sowie Menschen mit Behinderungen (-6,0 %) profitieren von der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt.

„Wie die Entwicklungen zeigen, steigen aktuell auch die Chancen für ältere Personen ab 50 Jahren wieder in den Arbeitsmarkt einsteigen zu können", erklärte Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz Beate Hartinger-Klein am 2. Juli.

Die Arbeitslosigkeit sinkt Ende Juni überdurchschnittlich um -11,9 %, die der ausländischen StaatsbürgerInnen um -4,1 %. In AMS Schulung befinden sich aktuell 66.357 Personen (-4.672 gegenüber Ende Juni 2017), davon entfallen rund 44 % auf AusländerInnen, von denen wiederum rund 49 % Asylberechtigte oder Personen mit subsidiärem Schutz sind. Bei den Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten erhöhte sich die Zahl der AMS-SchulungsteilnehmerInnen um +4,7 % gegenüber dem Vorjahresmonat.

„Es ist wichtig, Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte entsprechend zu fördern und daß ihnen die Gelegenheit gegeben wird, notwendige Qualifikationen über Schulungen und Kurse zu erwerben", so Hartinger-Klein.

Die Nachfrage der Betriebe nach Arbeitskräften zeigt sich auch an der Zahl der gemeldeten, sofort verfügbaren offen Stellen. Ende Juni sind 79.114 Arbeitsplätze, um +18.066 bzw. +29,6 % mehr als im Vorjahr, sofort verfügbar. Während für rund 44 % der arbeitslosen Personen die höchste abgeschlossene Ausbildung die Pflichtschule ist, wird für die gemeldeten, sofort verfügbaren offenen Stellen Ende Juni in nur 38 % der Fälle ein Ausbildungsniveau von höchstens Pflichtschule nachgefragt. ■

https://www.bmasgk.gv.at

Chronik

Bundespräsident trifft Cordoba-Helden 40 Jahre danach

»Das hat unser Selbstbewußtsein enorm gesteigert«, sagte Alexander Van der Bellen über den Sieg bei der WM 1978 in Argentinien.

Foto: HBF / Carina Karlovits

Die »Helden von Cordoba« zu Gast beim Bundespräsidenten in der Hofburg (v.l.): Fried Koncilia, Kurt Jara, Erwin Fuchsbichler, Hans Pirkner, Walter Schachner, Bundespräsident Alexander van der Bellen, Heinrich Strasser, Ernst Baumeister, Hans Krankl, Gerd Breitenberger, Hubert Baumgartner, Josef Hickersberger, Roland Hattenberger, Ernst Obermayer und Robert Seeger

Genau 40 Jahre nach dem bisher letzten Pflichtspielsieg der österreichischen Fußball-Nationalmannschaft gegen Deutschland sind die Helden von Cordoba am 21. Juni erstmals von einem österreichischen Staatsoberhaupt empfangen worden. Bundespräsident Alexander Van der Bellen begrüßte weite Teile der WM-Mannschaft von 1978 um „Goleador" Hans Krankl in der Hofburg.

„Es war ein legendäres Spiel, und es ist es auch heute", sagte Alexander Van der Bellen über den 3:2-Sieg Österreichs am 21. Juni 1978, mit dem auch die WM-Hoffnungen des damaligen Titelverteidigers Deutschland beendet worden waren. Daß sich der Erfolg so in das kollektive österreichische Gedächtnis eingebrannt habe, habe auch mit der damaligen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation zu tun.

„Es war 1978. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich war eine Spur komplizierter", erklärte Bundespräsident Van der Bellen. Möglicherweise sei bei den ÖsterreicherInnen auch ein bißchen ein „Minderwertigkeitsgefühl" gegenüber den ökonomisch bereits erfolgreicheren Deutschen dazugekommen. „Das hat unser Selbstbewußtsein enorm gesteigert", sagte Alexander Van der Bellen über den Sieg bei der WM in Argentinien.

Mittlerweile liegt das Pro-Kopf-Einkommen in Österreich knapp über jenem in Deutschland. „Das Fußball-Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland wird sich aber nie verändern. Wir sind der David, sie sind der Goliath", meinte Hans Krankl, der mit seinen beiden Toren in Cordoba zum Volkshelden avanciert ist. Selbst 40 Jahre danach muß der Wiener auf dem Ballhausplatz noch Autogramme schreiben.

Neben Hans Krankl waren zahlreiche frühere Mitspieler der Einladung in die Hofburg gefolgt, darunter Josef Hickersberger, Walter Schachner, Kurt Jara oder Ernst Baumeister. Der 2007 verstorbene damalige Teamchef Helmut Senekowitsch wurde von seiner Frau Erika vertreten. Von den ÖFB-Spielern von 1978 sind Bruno Pezzey, Günther Happich und Peter Persidis nicht mehr am Leben.

Beim Empfang fehlten außerdem die verhinderten Herbert Prohaska, Willi Kreuz, Edi Krieger, Franz Oberacher und der damalige Kapitän Robert Sara. An seiner Stelle überreichte Ex-Torhüter Friedl Koncilia dem Bundespräsidenten im Maria-Theresien-Zimmer, in dem sonst Bundesregierungen angelobt werden, ein Leiberl mit allen Unterschriften der 78er-Generation.

Bundespräsident Van der Bellen erwähnte in seiner Rede auch den aktuellen ÖFB-Star Marko Arnautovic, der nach dem 2:1-Sieg Österreichs Anfang Juni im Test in Klagenfurt gegen Deutschland gemeint hatte, daß man „Cordoba zur Ruhe gebracht" hätte. „Ich glaube es eher nicht", meinte der Bundespräsident lächelnd.

Auch laut Hans Krankl könne man Klagenfurt und Cordoba nicht vergleichen. Cordoba sei ein Stück Sportgeschichte wie die WM-Titel von Niki Lauda in der Formel 1 oder der Olympiasieg von Franz Klammer, meinte der 65jährige. „Das war etwas ganz Großes, ein Mythos." ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Fu%C3%9Fball-Weltmeisterschaft_1978

Chronik

Längste Fußgängerbrücke der Welt im Tibetstyle in Linz

Eine privat errichtete, über Ticketpreise refinanzierte Hängebrücke für FußgängerInnen und RadfahrerInnen verbindet Zoo und Franz-Josef-Sternwarte.

Wir freuen uns, daß die Hoch4-Erlebniswelt Leopoldsberg Gesellschaft Linz für ihr atemberaubendes Projekt ausgewählt hat. Linz erhält eine weitere Möglichkeit für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer, die Donau zu queren. Das Projekt ist durch private Sponsoren gesichert und wird durch moderate Ticketpreise refinanziert. Ein im wahrsten Sinne des Wortes spannendes Brückenprojekt, das einer Donaustadt wie Linz mehr als würdig ist“, ist Bürgermeister Klaus Luger begeistert.

„Bei meinem Amtsantritt habe ich angekündigt, daß ich Brücken schlagen möchte. Ich habe mich dabei zwar ursprünglich auf die Aufgabe als Integrationsreferentin bezogen, freue mich aber jetzt umso mehr, auch als Liegenschaftsreferentin einen verbindenden Beitrag für Linz leisten zu können. Das durch die Donau geteilte Linz erhält mit der neuen Hängebrücke zwischen dem Linzer Zoo und dem Freinberg eine neue Verbindung. Die im so genannten Tibetstyle errichtete Hängebrücke wird mit einer Spannweite von über 500 Metern die längste ihrer Art weltweit. Damit wird sie nicht nur für die Linzerinnen und Linzer sowie Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher interessant, sondern bildet eine weitere Attraktion für unsere internationalen Gäste. So schließt sich für mich im weitesten Sinne auch wieder der Bogen zum Integrationsressort“, erklärte Stadträtin Regina Fechter.

„Mein Geschäftspartner, Mag. Christian Klement, und ich sind seit 20 Jahren als Tourismus- und Projektentwickler erfolgreich. Als gebürtiger Oberösterreicher freue ich mich besonders, erstmals in Linz ein Projekt mit einer solchen Tragweite durchführen zu dürfen. Apropos Tragweite: Wir spannen eine Seilbrücke in einer Höhe von etwa 110 Metern und über eine Länge von mehr als 500 Metern über die Donau. Das ist Weltrekord! Die Brücke wird ein Gewicht von rund 90 Tonnen haben. Etwa 500 Personen können zugleich auf der Brücke sein, ganzjährig von 6 bis 22 Uhr die Donau queren und den Ausblick über das Donautal durch Linz genießen“, erklärte Hannes Dejaco vom Projektwerber, der Hoch4 Erlebniswelt Leopoldsberg Betriebs GmbH. „Die Finanzierung der etwa 4,5 Millionen Euro Errichtungskosten ist bereits gesichert. Die Ticketpreise werden sich zwischen vier und sieben Euro bewegen, auch Familienermäßigungen und günstigere Jahreskarten für die Linzerinnen und Linzer sind eingeplant.“

Zentraler Ausgangspunkt ist der Linzer Zoo am Pöstlingberg. Hier soll auch ausschließlich der Ticketverkauf stattfinden, weil dort bereits die notwendige Infrastruktur wie Parkplätze und WC-Anlagen für TouristInnen und Tagesausflügler vorhanden ist. Dadurch wird auch vermieden, daß die gegenüberliegende Seite am Freinberg zugeparkt wird. ■

http://www.linz.at

Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Linz

v.l.: Bürgermeister Klaus Luger, Hannes-Mario Dejaco, Geschäftsführer der HOCH4 Erlebniswelt Leopoldsberg Betriebs GmbH, Stadträtin Regina Fechter und Stadtrat Markus Hein

Foto: Erlebniswelt Leopoldsberg Betriebs GmbH

So wird die neue Hängebrücke der besonderen Art aussehen.

Chronik

80 Jahre VW-Käfer

Vom ersten Käfer bis zum letzten Beetle – Schwerpunkt der Dauerausstellung auf der Großglockner Hochalpenstraße

Die weltweit höchstgelegene Automobilausstellung im Besucherzentrum auf der Kaiser-Franz-Josefs-Höhe widmet ihr Schwerpunktthema 2018 einem ganz besonderen Jubilar: „80 Jahre VW Käfer“ ist das Hauptthema der diesjährigen Automobilausstellung, denn der VW Käfer ist seit Beginn an ein oft gesehener Gast auf der Großglockner Hochalpenstraße und der erste offizielle Auftritt des „KdF-Wagens“ oder „Urkäfers“ fand beim „Glockner Bergrennen“ im Jahr 1938 statt.

Es war vor 80 Jahren, am 28. August 1938, als Ferdinand Porsche seinen „Kdf-Wagen“ im Rahmen des Glockner Bergrennens – Großer Bergpreis von Deutschland – erstmals der Öffentlichkeit präsentierte und die zahlreichen Schaulustigen mit der nie dagewesenen kugelartigen Form des Wagens in regelrechtes Staunen versetzte. Die sich über 92 Kurven erstreckende, 12,5 km lange Rennstrecke hinauf bis zum Fuscher Törl (2.504 Höhenmeter) absolvierte der Fahrer des „KdF-Wagen“ in einer Zeit von 21:54,4 Minuten und einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 34,5 km/h.

Rund 75 Jahre nach seiner ersten Pionierfahrt absolvierte ein VW Käfer wieder einen großen Auftritt auf der Großglockner Hochalpenstraße.

Beim Internationalen Großglockner Grand Prix 2013 schaffte es das Käfer-Siegerteam die beiden Wertungsfahrten bis zum Fuscher Törl in der beeindruckenden Zeit von nur 19 Minuten zu fahren.

„VW-Käfer, Professor Ferdinand Porsche und Großglockner Hochalpenstraße – das gehört zusammen wie Motor, Öl und Benzin!“, wie der renommierte Motor- Journalist Roland Löwisch treffend feststellte. Ernst Piëch, der Enkel von Ferdinand Porsche, war häufig mit seinem Großvater unterwegs und stets mit dabei, wenn dieser die Großglockner Hochalpenstraße als Teststrecke für seinen Käfer nutzte: „Mein Großvater war sehr eng mit der Großglockner Hochalpenstraße verbunden. Als wir während des Zweiten Weltkrieges mit der Familie nach Zell am See übersiedelten, war die Großglockner Hochalpenstraße ein häufiges Ausflugsziel. Es ging hier vor allem um die Bremsproben mit dem VW Käfer.“

So aufregend die Erfolgsgeschichte des Käfers vor 80 Jahren auf der Großglockner Hochalpenstraße begann, endet sie auch hier mit einer würdigen Abschiedstour und der Präsentation des letzten Beetle in der Automobilausstellung auf der Kaiser-Franz-Josefs-Höhe – dessen Produktion wird 2018 eingestellt.

Die Dauerausstellung „Erfolgsgeschichte des Automobils“ und Motorrad- und Modellautoausstellung präsentiert das Schwerpunktthema 80 Jahre Käfer anhand von eindrucksvollen Bildern und Exponaten wie dem original „KdF-Wagen“ (Urkäfer), einem Brezelkäfer, die klassischen Käfer der 1970er Jahre sowie einem aktuellen Beetle. Zusätzlich werden die Geschichte des Automobils und typische Oldtimer-Klassiker seit den 1910er Jahren präsentiert, wie BMW Dixi, Ford A, Ente 2CV, Trabi, etc. Die Motorradausstellung widmet sich heuer voll und ganz der Puch 250 nach dem Buch „Hansdampf in allen Gassen – Puch 250 von 1945 bis 1970“ von Hannes Denzel. ■

http://www.grossglockner.at
https://de.wikipedia.org/wiki/VW_K%C3%A4fer

Foto: Technisches Museum Wien, Motorsport in Österreich/Salzburgwiki / Arthur Fenzlau

Ferdinand Porsche beim Bergrennen 1938 auf der Großglockner Hochalpenstraße

Foto: grossglockner.at / Bernhard Grässl

1970er-Käfer in der Automobilausstellung am Großglockner

Personalia

Blümel: Thomas Bernhards Erbe ist ein literarischer Schatz

Bundesminister Gernot Blümel überreichte am 11. Juni im Palais Niederösterreich Doktor Peter Fabjan für dessen Verdienste um den literarischen Nachlaß seines Bruders Thomas Bernhard das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse. Blümel hob Fabjans Bemühungen um den Nachlaß des großen österreichischen Dichters besonders hervor: „Thomas Bernhards Erbe ist ein literarischer Schatz Österreichs. Der Einsatz von Dr. Fabjan, das Werk Bernhards auch weiterhin einer breiten Öffentlichkeit ebenso wie Literaturwissenschaftlern zugänglich zu machen, verdient unser aller Anerkennung."

Die Laudatio hielt Raimund Fellinger, Cheflektor des Suhrkamp und des Insel Verlags sowie langjähriger Bernhard-Lektor und seit dem Jahr 2015 Präsident der Internationalen Thomas Bernhard Gesellschaft. Zu den großen Verdiensten, die sich Fabjan erworben hat, gehört beispielsweise 1990 die Öffnung des Bernhard-Hauses in Ohlsdorf für die Öffentlichkeit. In jüngerer Zeit wurde auch das Bernhard-Haus in Ottnang aufwendig renoviert; es steht nun Stipendiaten offen. Seit dem Jahr 1998 sorgt die von Fabjan initiierte Thomas-Bernhard-Privatstiftung unter anderem für die nationale und internationale Verbreitung der geistigen Hinterlassenschaften von Thomas Bernhard und dessen Großvater Johannes Freumbichler. Unterstützt wurde diese Initiative vom Bundeskanzleramt. ■

https://thomasbernhard.at

Foto: BKA / Regina Aigner

Am 11. Juni überreichte Bundesminister Gernot Blümel (r.) das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse an Peter Fabjan.

Kunasek verabschiedete Generalstabschef Commenda

Am 26. Juni verabschiedete Verteidigungsminister Mario Kunasek General Othmar Commenda im Rahmen eines Festaktes in den Ruhestand. Mit Ende Juni beendet Commenda nach fünf Jahren seine Funktion als Chef des Generalstabes.

„Heute verabschieden wir uns vom ranghöchsten Offizier des Österreichischen Bundesheeres. Über 40 Jahre diente General Othmar Commenda dem Bundesheer, er war immer ein Soldat mit Leib und Seele. Für diese stetige Treue und sein Engagement möchte ich mich bedanken und wünsche ihm für die Zukunft alles Gute", sagte Minister Kunasek in seiner Rede.

Im Jahr 1976 startete Othmar Commenda seine Karriere beim Österreichischen Bundesheer mit der Ausbildung zum Berufsoffizier an der Theresianischen Militärakademie. Seine erste Funktion führte ihn zum Panzerbataillon 14 nach Wels. In weiterer Folge absolvierte Commenda den Generalstabslehrgang und internationale Ausbildungen.

Von 1993 bis 1995 war er unter anderem Stabschef und stellvertretender Brigadekommandant der 3. Panzergrenadierbrigade in Mautern. 1995 absolvierte er die Ausbildung am War College der US-Army. Von 2002 bis 2003 fungierte er als Kabinettchef des Bundesministers für Landesverteidigung. Weiters war er Projektleiter der Bundesheer-Reform „BH2010". 2007 schloß er den 4. Strategischen Führungslehrgang ab. Ab 2008 war er stellvertretender Chef des Generalstabes; im Jahr 2011 war er mit der Führung betraut.

Im Jahr 2013 wurde Commenda zum Generalstabschef ernannt; diese Funktion hatte er bis zu seiner Pensionierung Juni 2018 inne. ■

https://www.bmlv.gv.at

Foto: Bundesheer / Pusch

Verteidigungsminister Mario Kunasek (r.) bedankte sich bei General Othmar Commenda.

Personalia

»Goldenes Komturkreuz« des Landes NÖ für Siegfried Wolf

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner überreichte am 12. Juni das „Goldene Komturkreuz des Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich“ an den Unternehmer Siegfried Wolf.

Siegfried Wolf sei bekannt „als ein Top-Manager von Welt“, betonte Mikl-Leitner, daß er sich „vom Lehrling zum Top-Manager hochgearbeitet“ habe und „ein ganz grosses Vorbild“ sei. Seine Bilderbuchkarriere habe er als Werkzeugmacher gestartet, reüssiert habe er in namhaften Unternehmen wie den Wiener Metallwerken, Hirtenberger oder Magna. Er habe sich unglaubliches Wissen angeeignet, neue Herausforderungen angenommen und sei immer offen für Neues. „Mit Kompetenz, Mut, Freude und Innovationskraft hast du jede Hürde genommen.“

Foto: NLK / Pfeiffer

Ehrenzeichenverleihung an Siegfried Wolf (Mitte) mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Gattin Andrea und Tochter Stefanie (v.l.n.r.)

Wolf habe in unglaublich vielen und vor allem renommierten internationalen Unternehmen gearbeitet, hob die Landeshauptfrau seine Tätigkeiten als Aufsichtsratsvorsitzender der ÖIAG, bei der Sberbank Europa AG und von Russian Machines hervor. „Und wer einen derart erfolgreichen Lebensweg hat, der weiß, was es heißt, Verantwortungsbewußtsein zu zeigen und rund um die Uhr zu arbeiten.“ Mikl-Leitner betonte Wolfs „Instinkt, rechtzeitig neue Entwicklungen zu erkennen und darauf Chancen und Perspektiven abzuleiten.“

Man schätze Wolf „als Brückenbauer und Weltbürger mit internationalen Kontakten rund um den Erdball“, führte die Landeshauptfrau aus. Seine guten Kontakte habe er immer auch für andere genützt, betonte die Landeshauptfrau, daß Wolf immer die Sache in den Vordergrund stelle.

Er sei „besonders stolz“ und es sei ihm „eine große Freude“, diese Auszeichnung in und von Niederösterreich entgegennehmen zu dürfen, betonte Siegfried Wolf, daß es etwas ganz Besonderes sei, diese Auszeichnung mit Herzensfreunden zu feiern. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Siegfried_Wolf_(Manager)

Haslauer überreichte Ehrenbecher des Landes an Gerd Huter

Ob hitzebeständig, bedruckt, lackiert, gegossen, graviert, als Spiegel oder Schutz: Die Firma Fritsche GmbH in Anthering ist seit 111 Jahren gefragter Profi bei der Glasherstellung. „Dieses Unternehmen ist im Laufe der Zeit kontinuierlich gewachsen, das macht das Firmencredo aus“, so Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer, der Geschäftsführer Gerd Huter am 7. Juni mit dem Ehrenbecher des Landes auszeichnete.

„Man muß immer nach vorne blicken. Wer zu sehr an der Vergangenheit festhält, verbaut sich selbst eine erfolgreiche Zukunft“, so das Motto von Fritsche-Geschäftsführer Gerd Huter. Der Tiroler und gelernte Glaser hat die Firma nach dem Tod seines Onkels im Jahr 1968 übernommen. Seither hat er es zu einem mittelständischen und stabilen Unternehmen ausgebaut. 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzten mittlerweile ihren Fleiß und ihre Erfahrung dort ein.

Foto: LMZ / Franz Neumayr / SB

Nach der Verleihung (v.l.): Johann Bachleitner (Dir. WKS), Gerd Huter (Inhaber und Geschäftsleitung Fritsche GmbH), Gattin Monika Huter und Landeshauptmann Wilfried Haslauer

Gerd Huter wurde am 25. Juni 1943 in Reutte in Tirol geboren. Er absolvierte nach der Hauptschule in Reutte seine Ausbildung als Glaser und ein Jahr als Glasschleifer bei der Firma Fuchs in Innsbruck. 1962 und 1963 wirkte er maßgeblich bei der Verglasung der Eishalle in Innsbruck anläßlich der Olympischen Winterspiele 1964 mit. Anschließend ging er zur See und arbeitete in Hamburg als Glaser. 1968 übernahm er die Firma seines Onkels in der Salzburger Plainstraße. Filialeröffnungen in Anthering folgten, der Personalstand der Firma wuchs von ursprünglich zehn Beschäftigten auf mittlerweile 110 MitarbeiterInnen. 2020 ist die Wiedereröffnung der Filiale Salzburg geplant. ■

https://www.fritsche.eu.com

Personalia

Sabine Haag zur »Vorarlbergerin des Jahres z'Wian« gekürt

In ständigem Kontakt mit den in Wien lebenden Landsleuten bleiben: Dieses Ziel verfolgt Vorarlberg mit seinen Sommerfesten, die jedes Jahr in der Bundeshauptstadt ausgerichtet werden. Am 21. Juni konnte Landeshauptmann Markus Wallner wieder rund 200 Gäste begrüßen. Wie in den Vorjahren nutzte er die Veranstaltung, um eine angesehene Vorarlberger Persönlichkeit mit dem Preis „Vorarlberger/in des Jahres z'Wian" zu ehren. In diesem Jahr ging die Auszeichnung an die aus Bregenz stammende Kunsthistorikerin Sabine Haag, die seit 2009 als Generaldirektorin dem Kunsthistorischen Museum vorsteht.

Von Landesseite werden mit dem Anerkennungspreis Vorarlberger Persönlichkeiten mit Lebensmittelpunkt in der Bundeshauptstadt gewürdigt, die auf außergewöhnliche Leistungen verweisen können. Die Persönlichkeiten werden im Vorfeld des Sommerfestes von einer fünfköpfigen Jury ausgewählt und vorgeschlagen.

Nach der Vorstellung von Sabine Haag durch den Juryvorsitzenden Karlheinz Kopf überreichte Wallner der international angesehenen Expertin die vom Vorarlberger Bildhauer Herbert Albrecht gefertigte Bronzeskulptur sowie eine Ehrenurkunde. In seinen Gratulationsworten rückte Wallner die beeindruckende Karriere von Haag in den Vordergrund und verwies auf die beachtliche Liste an wissenschaftlichen Publikationen der Kunsthistorikerin. „Die zahlreichen Verdienste und Leistungen sprechen eine klare Sprache. Die Bestellung zur Präsidentin der österreichischen UNESCO-Kommission paßt da sehr gut ins Bild", erklärte der Landeshauptmann. ■

Foto: VLK / Michael Grube

Landeshauptmann Markus Wallner ehrte die aus Bregenz stammende Kunsthistorikerin Sabine Haag als »Vorarlbergerin des Jahres z'Wian 2018«

https://de.wikipedia.org/wiki/Sabine_Haag

Ehrenbürger Helmut Marko: Ein Leben auf der Überholspur

Er hat im Motorsport bedeutende Erfolge eingefahren, ist erfolgreicher Red-Bull-Motorsportberater, Hotelier und Kunstmäzen – und seit 14. Juni 2018 Ehrenbürger der Stadt Graz. Mit dieser Auszeichnung steht Helmut Marko in einer Reihe mit Altbundespräsident Heinz Fischer, der früheren steirischen Landeshauptfrau Waltraud Klasnic, Altbürgermeister Alfred Stingl und dem früheren Diözesanbischof Johann Weber. Bürgermeister Sigfried Nagl sagte zu Beginn der Festsitzung: „Leidenschaft ist das, was einen Menschen zu Höchstleistungen antreibt."

Auch nach dem verfrühten Ende der aktiven Sportlerkarriere blieb Marko dem Rennsport treu. Ab 1999 leitete er bei Red Bull das Nachwuchsprogramm, aus dem zum Beispiel Sebastian Vettel den Sprung in die Formel 1 schaffte. 2003 ging sein RSM-Rennstall im „Red-Bull-Juniorteam" auf, dessen Teamchef er wurde. Als Red Bull 2005 den Rennstall „Jaguar Racing" übernahm, kehrte Marko als Motorsportchef in die Formel 1 zurück und feiert seither mit dem „Red Bull Racing Team" große Erfolge.

„Ich hab's nicht so mit Festivitäten und Ehrungen, aber hier jetzt zu stehen, erfüllt mich mit großer Demut und Freude. ‚Ich weiß, es gibt Wichtigeres, als im Kreis herumzufahren', hat Niki Lauda gesagt, trotzdem ist internationale Spitzenleistung im Formel-1-Sport nicht selbstverständlich. Es ist für mich etwas Besonderes, unser kleines Land hier im Spitzenfeld zu sehen", so Marko. Und Graz ist für ihn über all die Jahre Heimat geblieben. ■

Foto:

Sigfried Nagl, Bürgermeister von Graz (l.), mit dem neuen Ehrenbürger Helmut Marko

https://de.wikipedia.org/wiki/Helmut_Marko

Religion und Kirche

800 Jahre Diözese Graz-Seckau

8.000 Menschen versammelten sich am 24. Juni im Grazer Stadtpark am Platz der Versöhnung und feierten den Festgottesdienst zum Diözesanjubiläum.

Foto: Diözese Graz-Seckau / Paar

Über 8.000 Menschen feierten den Festgottesdienst im Grazer Stadtpark mit.

Der Höhepunkt des Jubikläums der Diözese Graz-Seckau wurde am 24. Juni von Menschen aus der ganzen Steiermark und darüber hinaus mitgestaltet von 220 ChorsängerInnen, dem Jugendblasorchester NMS Wies, 30 WeihwasserschalenträgerInnen, 115 MinistrantInnen, 118 KommunionhelferInnen, 145 Priestern, 28 Diakonen und 18 Bischöfen. Unter den Bischöfen waren auch Kardinal Christoph Schönborn, die Bischöfe Johann Weber, Franz Lackner und Hermann Glettler.

Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl zelebrierte den Gottesdienst am Grazer Platz der Versöhnung mit Bischof Joâo Santos Cardoso aus der neuen Partnerdiözese Bom Jesus da Lapa (Brasilien) und Konstantin Bae Ki Hyen aus der Partnerdiözese Masan (Südkorea) sowie Prior-Administrator P. Johannes Fragner OSB. aus der Abtei Seckau, der Wiege der Diözese, und Pfarrer Andreas Monschein aus Kindberg, Sprecher des Priesterrates.

Ein Segen für die Zukunft

„Ein Geburtstag und zumal ein Diözesanjubiläum sind Anlaß, nicht nur zurückzuschauen, sondern auch nach vorne zu blikken. Das haben wir in diesem Jubiläumsjahr auf unterschiedliche Weise getan. Gerade jetzt in dieser Eucharistiefeier dürfen wir Gott Dank sagen für unsere 800jährige Diözesangeschichte. Unsere Dankbarkeit schließt natürlich die Fehler und Sünden über die Jahrhunderte herauf bis ins Heute nicht aus. Dafür bitten wir um Vergebung. Und wir bitten Gott in dieser Feier auch um seinen Segen für die Zukunft: für die Zukunft in unserem Land, für die Zukunft unserer Kirche hier in der Steiermark, und für unsere je eigene Zukunft“, so Bischof Krautwaschl in seiner Predigt. Die Veränderungen in der Kirche sprach er direkt an, viele seien verunsichert oder ängstlich, andere hingegen neugierig und mutig – und er machte vor diesem Hintergrund auf das Zukunftsbild der steirischen katholischen Kirche und der Botschaft für die Steiermark aufmerksam, die am 23. Juni am Hauptplatz verkündet wurde.

Am Ende des Gottesdienstes verlas Sr. Gertraud Harb die Geburtstagsbotschaft von Papst Franziskus. „Gerne verbinde ich mich aus diesem Anlaß mit Ihnen, Exzellenz, und den Gläubigen Ihrer Diözese sowie mit allen, die zum Jubiläumsgottesdienst nach Graz gekommen sind im frohen Dank an Gott und feiere gleichsam im Geiste diesen Festtag mit, zu dem ich allen meinen herzlichen Gruß und beste Segenswünsche übermittel“, so aus der Botschaft von Papst Franziskus.

Die Kollekte kam je zur Hälfte Opfern der Unwetter in der Steiermark und einem Projekt für Demenzkranke in der Diözese Banja Luka (BiH) zugute.

Liturgisch wurde viel von den Kompositionen aus dem Projekt ALLEZEIT.Liturgie-Mosaik gesungen. KirchenmusikerInnen aus der Steiermark haben in diesem Projekt verschiedene Kompositionen geschaffen. So hat etwa der steirische Musiker Stefan Heckel das Lied ALLEZEIT.Segen vertont – nach einem Gebet, das Edith Stein zugeschrieben wird. Die Verse dazu kamen vom P. Willibald Hopfgartner OFM, Franziskaner in Graz. Diese „Hymne“ des Diözesanjubiläums wurde als Abschluß des Festgottesdienstes gemeinsam gesungen.

Die TeilnehmerInnen waren begeistert von der guten Stimmung und Musik. „Der Gottesdienst war angenehm schlicht und nicht zu pompös“, freute sich eine Besucherin aus Gleinstätten. „Die Bildsprache des Gottesdienstes war sehr schön. Man hat das miteinander sehen und spüren können. Die bunte Zusammensetzung am Podium war auch sehr stimmig“, meinte eine Teilnehmerin aus Mürzzuschlag.

Begegnungsfest

Nach dem Gottesdienst wurde am Platz der Versöhnung ein buntes Begegnungsfest gefeiert. Für kulinarische Köstlichkeiten aus der Steiermark sorgte die Genuss Region Österreich. Verschiedene Musikgruppen – von der Steirischen Streich und Bischöflichen Hauskapelle über eine junge Gruppe aus der Ukraine bis zu ruandischen Trommlern – sorgten für den feierlichen Rahmen. Für Kinder gab es eine spannende Zeitreise durch die 800-jährige Geschichte der Diözese. ■

https://www.katholische-kirche-steiermark.at

Religion und Kirche

Alois Schwarz ist neuer Bischof von St. Pölten

Feierliche Amtseinführung des bisherigen Gurker Bischofs im St. Pöltner Dom

Foto: Diözese St. Pölten

Bischof Schwarz bei der Inbesitznahme des Bischofsstuhls im Dom zu St. Pölten

Alois Schwarz ist neuer Bischof der Diözese St. Pölten. An der feierlichen Amtseinführung des bisherigen Kärtner Bischofs am 1. Juli im St. Pöltner Dom nahmen Kardinal Christoph Schönborn, Nuntius Erzbischof Peter Stephan Zurbriggen, weitere 18 Bischöfe aus dem In- und Ausland sowie zahlreiche RepräsentantInnen aus Ökumene und öffentlichem Leben in Niederösterreich teil. Gleich am Beginn erfolgte die Amtsübergabe von Bischof Klaus Küng an seinen Nachfolger Alois Schwarz, der damit der 18. Bischof der Diözese St. Pölten ist, die das westliche Niederösterreich umfaßt.

Begrüßt wurde der neue Bischof am Anfang der Festmesse von Dompropst Weihbischof Anton Leichtfried. Danach eröffnete der bisherige Diözesanbischof Küng den Gottesdienst. In der Ernennungsurkunde, die vor der Amtsübernahme durch Ordinariatskanzler Gottfried Auer verlesen wurde, schreibt Papst Franziskus über Bischof Schwarz und sein bisheriges Wirken in der Diözese Gurk: „Du (...) hast die bischöfliche Aufgabe dort eifrig erfüllt und bist hochgeschätzt wegen deiner menschlichen und priesterlichen Tugenden. Du erscheinst uns daher geeignet, dir diese große Aufgabe zu übertragen.“ Im Anschluß daran überreichte Bischof Küng seinem Amtsnachfolger den Bischofsstab als Symbol für sein Hirtenamt in der Diözese. Danach geleitete er Bischof Schwarz zur Kathedra, der damit sein Amt übernahm. In der Folge bekundeten Vertreter und Vertreterinnen der Diözese dem neuen Bischof namens der Gläubigen die Treue und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

In der Predigt bekundete Bischof Schwarz, daß er das „missionarische Miteinander“ in der Diözese fördern wolle. Ausdrücklich dankte er Bischof Küng dafür, wie dieser die Menschen „auf dem Weg der Heilung und der Heiligung begleitet“ habe und daß auch er, Schwarz, diesen Weg weitergehen wolle.

„Als Bischof will ich ein Hörender sein und vor allem jenen zuhören, deren Stimme gewöhnlich übertönt wird und ihnen meine Stimme schenken“, sagte Schwarz im Blick auf zahlreiche gesellschaftliche Themen. Dabei dankte er allen, „die sich in den letzten Jahren für asylsuchende Menschen eingesetzt haben“. Im Blick auf die aktuelle politische Diskussion um Änderungen im Arbeitsruhegesetz, stellte der Bischof besorgt die Frage: „Werden die allermeisten Menschen in diesem Land weiterhin am Sonntag gemeinsam ruhen und den Tag des Herrn heiligen können, damit er zum Heil und Segen für alle wird?“

Mit dem neuen St. Pöltener Bischof feierte Kardinal Schönborn die Festmesse, der als Erzbischof der Wiener Kirchenprovinz vorsteht, zu der auch die Diözese St. Pölten gehört. Weitere Konzelbranten am Altar waren der Salzburger Erzbischof Franz Lackner, der Linzer Bischof Manfred Scheuer, der Eisenstädter Bischof Ägidius Zsifkovics sowie Weihbischof Leitfried.

Als Spitzenvertreter von Bund und Land nahmen Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und die niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner an der Feier teil. Insgesamt feierten 21 Bischöfe, 10 Äbte, 1 Ordensprovinzial und 5 Ordensoberinnen mit. Die Meßgewänder für alle Zelebranten und die Diakone stellte das Stift Göttweig zur Verfügung.

Die Kollekte beim Gottesdienst kam je zur Hälfte dem Mutter-Kind-Haus der Caritas in St. Pölten sowie Hilfsprojekten in Syrien zugute, die von der „Initiative Christlicher Orient“ (ICO) verantwortet werden. Das Hilfswerk mit Sitz in Linz ist u.a. in Aleppo und Homs aktiv. „Syrien braucht unsere Hilfe, damit die Menschen in ihrer Heimat bleiben und ihr Land wieder aufbauen können“, erklärte Bischof Schwarz dazu im Vorfeld der Amtsübernahme.

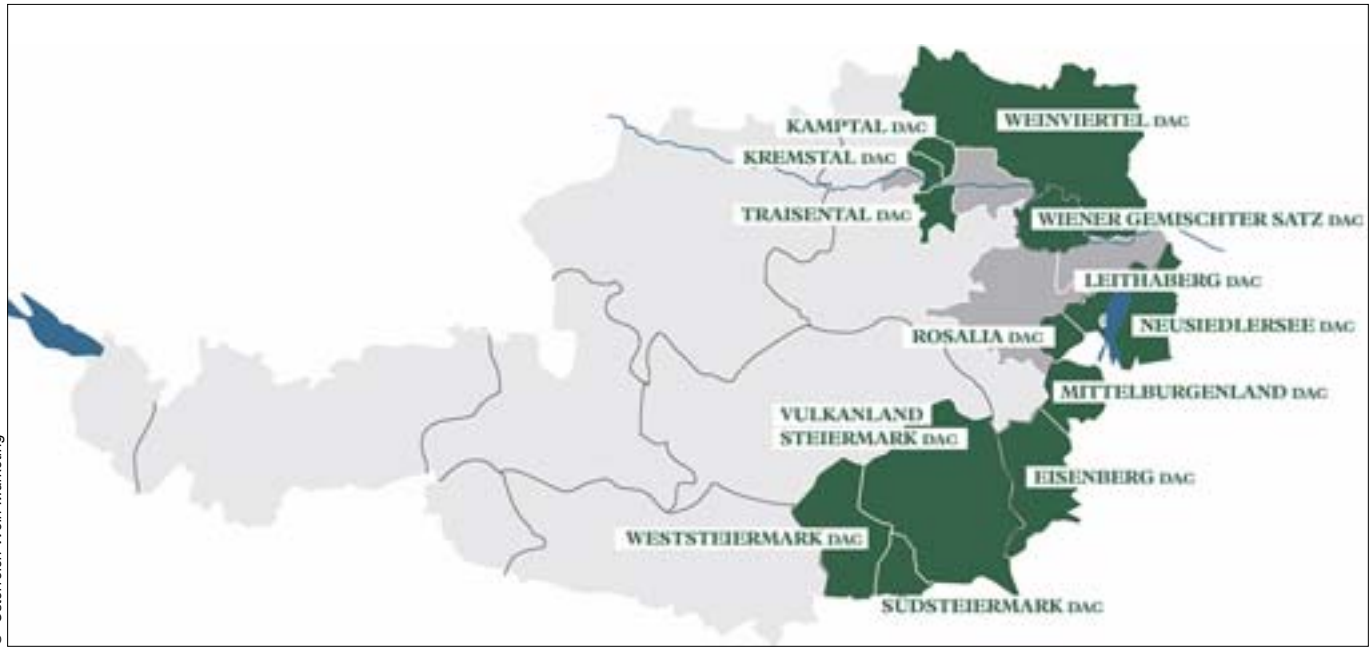
Im Anschluß an den Gottesdienst lud der neue Bischof die rund 1.200 Mitfeiernden zu einer Agape im Brunnenhof des Bistumsgebäudes. ■

https://www.dsp.at

Gastronomie und Kulinarisches

Das neue Herkunfts-system der Steiermark

Südsteiermark DAC | Vulkanland Steiermark DAC | Weststeiermark DAC



© Österreich Wein Marketing

Das neue Herkunftssystem der Steiermark

Am 2. Juli luden VertreterInnen des Regionalen Weinkomitees und der Wein Steiermark zu einem historischen Pressegespräch, das eine neue Ära des Steirischen Weines einleiten wird. Wie im Hotel Weitzer verkündet wurde, erhält die Steiermark mit dem Weinjahrgang 2018 ein neues Herkunftssystem. Dieses wird sich gemäß der drei steirischen Weinbaugebiete in einen Südsteiermark, Vulkanland Steiermark und Weststeiermark DAC gliedern.

Präsentiert und kommentiert wurde das neue DAC System von Landesrat Johann Seitinger, Wilhelm Klinger (Geschäftsführer ÖWM), Ök.-Rat Franz Titschenbacher (Präsident der Landwirtschaftskammer Steiermark), Johann Dreisiebner (Obmann Regionales Weinkomitee Steiermark), Stefan Potzinger (Obmann der Wein Steiermark) und Ing. Werner Luttenberger (Geschäftsführer Wein Steiermark). Das große Interesse an den Zukunftsplänen des Steirischen Weines manifestierte sich vor allem in der Anwesenheit zahlreicher MedienvertreterInnen, denen die Podiumsgäste in einer lebendigen Diskussion Rede und Antwort standen.

„Um die Steiermark und ihre drei Weinbaugebiete in Zukunft erfolgreich zu positionieren, ist es notwendig auf die Alleinstellungsmerkmale und Besonderheit der Region hinzuweisen. In der Weinwirtschaft ist die Herkunft das wichtigste Element um sich von Mitbewerbern abzuheben und die Weine so erfolgreich vermarkten zu können“, so Werner Luttenberger zu den Beweggründen für die Entwicklung eines Steiermark DAC.

Foto: Johannes Polt / Fotokuchl

VertreterInnen des Regionalen Weinkomitees und der Wein Steiermark (v.l.): Christoph Neumeister, Werner Luttenberger, Willi Klinger, Claudia Genner-Schauer, Stefan Potzinger, Franz Titschenbacher, Hans Seitinger, Johann Dreisiebner, Armin Tement und Georg Regele

Die VerantwortungsträgerInnen der steirischen Weinwirtschaft zogen aus diesem Grund in den letzten Monaten an einem Strang und feilten in einem intensiven Prozeß an einem eigenen steirischen DAC System. Das Ergebnis ist eine dreistufige Herkunftspyramide, die sich in Gebietsweine,

Ortsweine und Riedenweine gliedert. Stefan Potzinger, Obmann der Wein Steiermark, zeigt sich überzeugt, daß „das neue Herkunftssystem der bereits bestehenden Qualität des Steirischen Weines gerecht wird. Gleichermaßen wird dadurch auch sichergestellt, daß die Qualitätsentwicklung in Zukunft beschleunigt wird".

Der Startschuß für das Herkunftssystem ist vom Regionalen Weinkomitee für die Ernte 2018 vorgesehen. Die endgültigen Weichen für den steirischen DAC müssen zuvor allerdings noch vom Bundesministerium gestellt werden, das die Verordnung mit seiner Unterschrift absegnen muß.

Foto: oesterreichfotos.at / Michael Mössmer

Wortmeldungen zum Steiermark DAC

Wilhelm Klinger, Geschäftsführung der Österreichischen Weinmarketing (ÖWM): „Lange hat sich die Steiermark mit dem Beschluß einer neuen Herkunftsordnung beim Wein Zeit gelassen, und das ist gut so! Denn im Zuge der zahllosen Diskussionen, Sitzungen und auch Streitgespräche ist es gelungen, ein fachlich hervorragendes und für alle vorteilhaftes Ergebnis zu erzielen. Ich danke allen, die daran mitgearbeitet haben und dabei das Gemeinwohl vor das betriebliche Einzelinteresse gestellt haben, besonders auch den jungen BetriebsführerInnen, die im letzten Jahr eine neue Dynamik in die Verhandlungen gebracht haben. Mit den drei steirischen Gebieten steigt die Zahl der DACs in Österreich auf 13. Jetzt bin ich zuversichtlich, daß wir mit diesem Rückenwind spätestens 2020 auch die restlichen vier spezifischen Weinbaugebiete unter den DAC-Schirm bringen können.

Landesrat Ök-Rat Johann Seitinger: „Die internationalen Spitzenerfolge der steirischen Weine zeigen uns, auf welch hohem Niveau sie angekommen sind. Keinesfalls dürfen wir uns jedoch darauf ausruhen, sondern sollten jeden Tag überlegen, wie wir die hohe Qualität mit einem professionellen Marketing und modernen Kundenzugang weiterhin aufrechterhalten können. Das neue Herkunftssystem DAC gibt uns die Möglichkeit, unsere optimalen Lagen für unsere Spitzenweine noch deutlicher vor den Vorhang zu holen."

Johann Dreisiebner, Obmann Regionales Weinkomitee Steiermark: „Das ‚Herkunftssystem Steiermark' – mit den drei DACs Weststeiermark, Südsteiermark und Vulkanland Steiermark – ist das Ergebnis eines einzigartigen demokratischen Prozesses in der Geschichte des Steirischen Weins. Vom Arbeitskreis ‚Zukunft Steiermark' erarbeitet, mit allen Verantwortungsträgern bis zur Basis abgestimmt, wurde es am 18. April 2018 vom Regionalen Weinkomitee Steiermark und am 5. Juni 2018 vom Nationalen Weinkomitee beschlossen. Mit qualitätssteigernden, klaren Regeln für Produktion und Markt, wird mit dem Weinjahrgang 2018 eine neue Ära für den Steirischen Wein beginnen." ■

http://www.steirischerwein.at
https://www.oesterreichwein.at

Knochenstoffwechselforschung: High End Gerät setzt Impulse

Neue Technologie für Forschung und Therapie

Foto: Universitätsklinik für Innere Medizin / Medizinische Universität Graz

Univ.-Prof. Thomas Pieber bei der Knochendichtemessung

Eine neue Infrastruktur an der Med Uni Graz ermöglicht ab sofort die dreidimensionale Darstellung von Knochenstruktur und Knochendichte. Damit steht nun an Österreichs einzigem universitären Forschungszentrum des Dachverbandes Osteologie – Deutschland, Österreich und Schweiz – an der Klinischen Abteilung für Endokrinologie und Diabetologie diese neue Technologie zur Verfügung, um sowohl Forschungsprojekte vorantreiben zu können, als auch in der Betreuung von PatientInnen eingesetzt zu werden.

Spezialgerät zur Erforschung des Knochenstoffwechsels

An Österreichs einzigem universitären Forschungszentrum des Dachverbandes Osteologie – Deutschland, Österreich und Schweiz – arbeiten Univ.-Prof. Thomas Pieber, Vorstand der Universitätsklinik für Innere Medizin und Leiter der Klinischen Abteilung für Endokrinologie und Diabetologie der Med Uni Graz, Univ.-Prof.in Barbara Obermayer-Pietsch, Leiterin der Endokrinologie Laborplattform und Univ.-Prof. Hans Peter Dimai mit ihren KollegInnen an der Erforschung des Knochenstoffwechsels und damit verbundenen Erkrankungen. Ab sofort steht den WissenschafterInnen ein neues Spezialgerät zur Verfügung, welches die dreidimensionale Darstellung der Knochenstruktur und -dichte an Armen und Beinen ermöglicht. Das an den Extremitäten messende Computertomographiegerät ist eines von nur wenigen Spezialgeräten weltweit und eröffnet dem Grazer Team viele neue Möglichkeiten in Forschung und PatientInnenversorgung.

„Das Gerät ermöglicht uns neue Daten zu Knochenstoffwechsel-Erkrankungen wie Osteoporose zu generieren, aber auch Einblicke in die Knochenbeteiligung bei Diabetes zu gewinnen, die bisher vernachlässigt wurde“, beschreibt Barbara Obermayer-Pietsch die Möglichkeiten, welche durch die neue Infrastruktur geschaffen werden. Auch rheumatologische und orthopädische Fragestellungen können mit dieser Feinstrukturanalyse vorangetrieben werden. Einer der neuen Forschungsaspekte ist die Einbindung der 3D-Messungen in das EU-Projekt Point-of-care in-office device for identifying individuals at high risk of osteoporosis and osteoporotic fracture – PoCOsteo mit Beteiligung der Med Uni Graz und zahlreichen Partnerinstitutionen. Zur Risikoabschätzung von osteoporotischen Knochenbrüchen werden neben der Knochendichte und -struktur Labor- und Genetik-Daten für die Entwicklung eines Point-of-Care-Gerätes (Tischgerät zur Nahversorgung) eingebunden.

Neue Technologie generiert Daten für Therapie und Forschung

„Neben der seit Jahrzehnten bestens eingeführten planaren Knochendichtemessung (DXA, „Dual Energy X-Ray-Absorptiometrie“), die viele aus der Osteoporose-Vorsorge mit zahlreichen Geräten in Österreich bereits kennen, ermöglicht diese neue Technologie aus der Schweiz nun eine dreidimensionale Beurteilung der Knochen an Armen und Beinen und zusätzlich eine genaueste Strukturanalyse von Knochenrinde und -bälkchen“, erklärt Barbara Obermayer-Pietsch. Für die bei den Messungen generierten grossen Datenmengen sind sogar eigene Computersysteme und -speicher zur Auswertung entwickelt worden. Aus diesen Messungen können nicht nur extrem genaue dreidimensionale, dynamisch bewegbare Modelle der gemessenen Knochenabschnitte – etwa von Unterarm und Handgelenken, aber auch gewichtstragender Knochen wie von Schien- und Wadenbein – erstellt werden, zusätzlich werden auch Muskeln, Sehnen und sogar (verkalkte) Gefäße dargestellt. Das beschreibt den breiten Einsatzbereich nicht nur in der Osteologie, sondern auch der Rheumatologie, Orthopädie-Traumatologie und sogar von Gefäß- und Nierenfragestellungen in der klinischen Routine und für die wissenschaftliche Nutzung im Rahmen von Forschungsprojekten.

Kürzlich wurde an der Med Uni Graz das neue Knochenstruktur- und Knochendichtemessgerät „XtremeCT“ (HRpQCT, „High-Resolution peripheral Quantitative Computed Tomography“) in Betrieb genommen. Für spezielle osteologische und metabolische Fragestellungen steht dieses High-End-Gerät den beteiligen Abteilungen und den Betroffenen nun in Graz erstmals zur Verfügung.

https://www.medunigraz.at

https://cordis.europa.eu/project/rcn/211288_en.html

Wissenschaft & Technik

Spermidinreiche Ernährung hält den Menschen länger jung

Erste umfangreiche epidemiologische Daten zu günstigen Effekten von Spermidin beim Menschen – Positive Wirkung ab 80 Mikromol Spermidin pro Tag

Wer mit der Nahrung viel Spermidin zu sich nimmt, verlängert damit möglicherweise seine gesunde Lebensspanne. Diese erfreuliche Erkenntnis bestätigt ein großes internationales Forscherteam im Rahmen des Tiroler K-Projekts VASCage (COMET, FFG), in dem unter anderem untersucht wird, inwieweit Nahrungsbestandteile in der Lage sind, systemisch Einfluß auf Entzündungs- und Alterungsprozesse zu nehmen. Die Ergebnisse der neuen Studie, die unter der Federführung der Medizin Uni Innsbruck und gemeinsam mit der Universität Innsbruck und dem Krankenhaus Bruneck sowie mit Forschern in Graz, London und Paris entstanden sind, wurden soeben im American Journal of Clinical Nutrition (AJCN) veröffentlicht.

Foto: MUI / D.Heidegger

Cheddarkäse, Nüsse, Äpfel, Birnen und Vollkornbrot sind reich an Spermidin.

Starke epidemiologische Hinweise für lebensverlängernden Effekt im Menschen

„Unsere validen Ergebnisse basieren auf Daten von 829 ProbandInnen aus der prospektiven Bruneck Studie und spezifischen Diätfragebögen zur Berechnung der Nahrungsaufnahme. Damit können wir die aus verschiedenen Modellorganismen bereits bekannte Wirkung von Spermidin auf altersbedingte Prozesse bestätigen sowie seine Rolle als unabhängige Einflußgröße auf die Lebensspanne nun auch erstmals beim Menschen untermauern“, erklärt der Neurologe Stefan Kiechl, der an der Medizin Uni Innsbruck mit Johann Willeit die Gesamtleitung von VASCage inne hat.

In enger Zusammenarbeit mit Herbert Tilg (Leiter des Ernährungsprojektes von VASCage) und Jungforscher Raimund Pechlaner hat Stefan Kiechl untersucht, inwieweit die über die Nahrung aufgenommene Menge an Spermidin mit der Lebensspanne korreliert. Das Ergebnis: ProbandInnen, die viel Spermidin über die Ernährung zuführen, also mindestens 80 µmol (Mikromol) Spermidin pro Tag, wiesen ein deutlich geringeres Risiko auf, im 20jährigen Beobachtungszeitraum zu versterben. „Der Überlebensvorteil von spermidinreicher im Vergleich zu spermidinarmer Ernährung (<60 µmol pro Tag) beträgt rund fünf Jahre“, erklärt Pechlaner.

Schutzfunktion durch Signalwirkung

Der Gehalt von Spermidin, das in hoher Konzentration in Samenflüssigkeit sowie in anderen Körperzellen vorkommt und auch von bestimmten Darmbakterien produziert wird, nimmt im Lauf des Lebens ab. „Dieser Entwicklung kann durch eine Ernährung mit spermidinreichen Lebensmitteln wie Keimgemüse, Erbsen, Vollkornprodukten, Äpfeln, Salat, Pilzen, Nüssen, Kartoffeln oder gereiftem Käse entgegengewirkt werden“, betonen die Innsbrucker Forscher.

Umgelegt auf die individuelle Nahrungsmittelzufuhr würde man sich mit beispielsweise zwei Portionen Vollkornbrot, zweimal Salat und einem Apfel auf dem täglichen Speiseplan im oberen Drittel der Spermidineinnahme wiederfinden.

Mechanistisch gesehen beruht die lebensverlängernde Wirkung von Spermidin vor allem auf seiner Fähigkeit, Autophagie anzuregen. Bei diesem, auch durch mehrstündiges Fasten ausgelösten Selbstreinigungsprozeß der Zelle werden fehlerhafte oder nicht mehr benötigte Zellbestandteile abgebaut und verwertet. Weil die Autophagie im Alter an Effizienz verliert, kommt es zu krankheitsrelevanten Ablagerungen in den Zellen, die wiederum zu Demenz, Diabetes, Tumoren und Atherosklerose führen können. „Die vermehrte Aufnahme von Spermidin signalisiert der Zelle, den Selbstreinigungsprozeß zu starten und schützt damit vor Ablagerungen und vorzeitiger Alterung“, sagt Kiechl. Wichtige Erkenntnisse hierzu stammen von Kooperationspartnern der Uni Graz (Frank Madeo und Tobias Eisenberg).

Die aktuellen epidemiologischen Ergebnisse gemeinsam mit der starken experimentellen Basis ergeben ein überzeugendes Konzept. Als definitiver Beweis sind noch Interventionsstudien erforderlich, die zum Teil bereits angelaufenen sind. ■

https://www.i-med.ac.at

Forschungsarbeit: *Higher spermidine intake is linked to lower mortality: Prospective population-based study. Kiechl S. et al. AJCN,* ***http://dx.doi.org/10.1093/ajcn/nqy102***

Wie man Schallwellen durchs Labyrinth lenkt

Eine Wellen-Manipulationstechnik der TU Wien wurde nun erstmals im Experiment getestet: Schallwellen lassen sich mühelos durch komplizierte Strukturen leiten.

Ständig haben wir es mit Wellen zu tun, die auf komplizierte Weise abgelenkt werden: Ein Lichtstrahl fällt durch ein Glas Milch und wird in alle Richtungen gestreut. Elektromagnetische Wellen vom Handymasten werden gestreut oder absorbiert, sodaß wir uns in Innenräumen über schlechten Empfang ärgern.

An der TU Wien entwickelt man Methoden, Wellen gezielt so zu manipulieren, daß sie sich praktisch ungestört fortbewegen können. In einer Kooperation mit einer Forschungsgruppe der École polytechnique fédérale de Lausanne (EPFL) und der Universität Kreta wurde diese Methode nun im Experiment umgesetzt. Mit präzise gesteuerten Lautsprechern gelang es, eine Schallwelle durch ein Rohr mit diversen Hindernissen zu schicken. Langfristig könnten solche Technologien dazu führen, Lichtwellen zu manipulieren und Objekte unsichtbar zu machen.

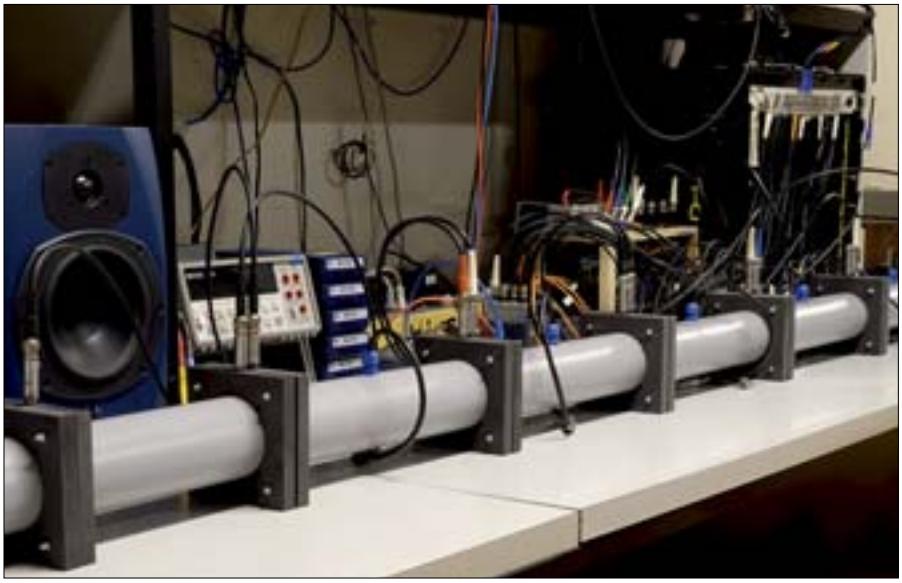


Foto: Universität Lausanne

Durch dieses Röhrensystem werden die Schallwellen geleitet.

Licht oder Schall – auf die Welle kommt es an

Um das Konzept für verlustfreien Wellentransport zu testen, entschied man sich für Schallwellen. „Unsere Technik läßt sich grundsätzlich auf jede Art von Welle anwenden“, sagt Prof. Stefan Rotter vom Institut für Theoretische Physik der TU Wien. „Mathematisch gesehen spielt es keine Rolle, ob es sich um Lichtwellen, Schallwellen oder quantenphysikalische Materiewellen handelt – aber in der Akustik sind die Experimente besonders anschaulich durchzuführen.“

Um die Welle auf genau die richtige Weise zu manipulieren, muß man an bestimmten Orten Energie zuführen oder abziehen. Das gelingt mit speziellen Lautsprechern, die entlang eines meterlangen Schallrohrs angebracht sind. „Die Lautsprecher sind allerdings nicht dazu da, um die ursprüngliche Schallwelle auf der anderen Seite des Rohres einfach zu reproduzieren – das wäre zu einfach“, erklärt Andre Brandstötter, ein Ko-Autor der Studie und Doktorand in der Gruppe von Stefan Rotter. „Es geht darum, die Schallwelle Punkt für Punkt zu manipulieren und sie gewissermaßen durch das Rohr hindurch zu lotsen, sodaß sie an bestimmten Stellen im Rohr immer genau dieselbe Stärke hat.“

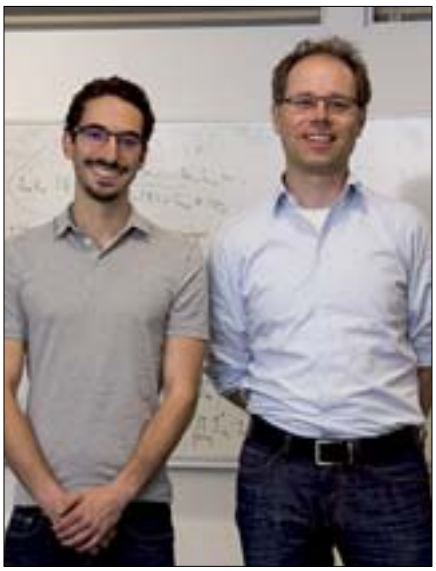


Foto: TU Wien

Andre Brandstötter (l) und Stefan Rotter

Die Lautsprecher werden so gesteuert, daß die Welle lokal verstärkt oder abgeschwächt wird. „Dadurch können wir der komplizierten Streuung entgegenwirken, die sonst unvermeidlich wäre, wenn die Welle auf ein Hindernis trifft“, sagt Rotter.

Das Röhren-Labyrinth

Das Experiment wurde mit einer luftgefüllten Röhre durchgeführt, in der unregelmäßige Hindernisse eingebaut wurden. Schickt man eine Schallwelle durch dieses Rohr, kommt am Ende praktisch kein Schall an. Wenn man allerdings die in die Röhre eingebrachten Lautsprecher nach den mathematischen Regeln steuert, die das Team der TU Wien entwickelt hat, dann verläßt die Schallwelle das Rohr so, als wäre sie unterwegs auf kein einziges Hindernis gestoßen.

Das Experiment in Lausanne zeigt, daß die Wellen-Manipulations-Technologien der TU Wien tatsächlich praxistauglich sind. Das Ziel ist nun, die Möglichkeiten dieser Technologie weiter auszubauen. „Wenn dasselbe im dreidimensionalen Raum mit Lichtwellen gelingt, könnte man im Prinzip Objekte unsichtbar machen“, sagt Stefan Rotter. Während für eine mögliche „Tarnkappe“ freilich noch einige weitere Entwicklungsschritte nötig sind, könnte die neue Technik heute schon für verschiedene Anwendungen in der Nachrichtenübertragung höchst interessant sein. ■

Originalpublikation: *E. Rivet et al., Constant-pressure sound waves in non-Hermitian disordered media, Nature Physics, 2018. DOI: 10.1038/s41567-018-0188-7. Nature-Paper über die theoretischen Grundlagen (2017):* ***https://www.nature.com/articles/lsa201735***

Oö: Digitalisierung besonders für den automotiven Bereich

»DigiTrans« – Größtes reales Testlabor für autonomes Fahren in Österreich

Foto: Land OÖ / Daniel Kauder

v.l.: Norbert Draskovits, Landeshauptmann Thomas Stelzer, Bundesminister Norbert Hofer, Verkehrs-Landesrat Günther Steinkellner, KommR Johannes Hödlmayr und Clemens Malina-Altzinger nach der Pressekonferenz in Linz

Im Rahmen einer Pressekonferenz im Landhaus in Linz präsentierten Bundesminister Norbert Hofer und Landeshauptmann Thomas Stelzer am 11. Juni gemeinsam mit Verkehrslandesrat Günther Steinkellner, Anton Plimon, Geschäftsführer des AIT Austrian Institute of Technology, und KommR Johannes Hödlmayr, Vorstand der Hödlmayr International AG, Oberösterreich als wird Testregion für automatisierten Güterverkehr, City- und Kommunallogistik.

Mit der Initiative Connected Mobility (ICM) verfügt Oberösterreich über eine Plattform, welche die Entwicklungen im Bereich Digitalisierung besonders auch für den automotiven Bereich intensiv unterstützt. Zahlreiche Unternehmen aus der Automobil- und IT-Branche sind Partner in der Plattform und entwickeln gemeinsam Technologien für autonomes Fahren.

7,5 Mio. Euro Projektvolumen bis 2023

Aus dieser CM-Plattform heraus hat sich das Konsortium für das Projekt DigiTrans entwickelt: DigiTrans ist – neben ALP.lab in der Steiermark – die zweite vom Bund geförderte Testregion für autonomes Fahren. Das Projektvolumen umfaßt bis zum Jahr 2023 7,5 Millionen Euro, von denen die FFG und das Land Oberösterreich gemeinsam 3,75 Millionen Euro als Förderung beisteuern.

Im Mittelpunkt stehen Technologien für die Automatisierung der Gütermobilität. Logistikzentren wie der Ennshafen, der Flughafen Linz Hörsching und auch Partner aus der Transportwirtschaft arbeiten an der Weiterentwicklung des oö. Gütertransports und an der Anknüpfung an europäische Standards mit. Kern des Projektes ist die Etablierung der Region Linz – Wels – Steyr sowie angrenzender Betriebs- und Frachtgelände für Binnenschifffahrt und Luftfahrt als Testregion für eine moderne, integrierte multimodale Gütermobilität.

Nutz-und Sonderfahrzeuge als Innovationsträger

DigiTrans stellt Nutzfahrzeuge und Sonderfahrzeuge als Innovationsträger für Automatisierung und Vernetzung in den Mittelpunkt. Wichtig ist dabei auch die Einbeziehung von Logistik-Hubs (z.B. Ennshafen, Flughafen, weitere Betriebsgelände) und eine gezielte regionale Erweiterung und gemeinsame Infrastrukturnutzung über OÖ hinaus (z.B. Wien, Steiermark, Bayern).

Durch DigiTrans soll für den Standort (Ober-)Österreich mit seiner starken automobilen Zuliefer- und IKT-Industrie die internationale Wettbewerbsfähigkeit gesichert und weiter ausgebaut werden. Der Mehrwehrt für den Standort, seine Unternehmen und Forschungseinrichtungen, entsteht in vier Bereichen:

- Teststrecke für Gütermobilitätsdienstleister: offen für Fahrzeughersteller & Service-Betriebe, um Systemabstimmung und -integration mit automatisierten Lösungen zu testen.
- Aufbau einer Testinfrastruktur, um die Rahmenbedingungen zur Validierung neuer Entwicklungen im Bereich der vernetzten Mobilität anbieten zu können.
- Anwendungsfälle für Gütermobilität/Logistik: Speditionen sowie kommunalen

Grafik: DigiTrans

Wirkungsraum des Sondierungsprojekt DigiTrans

Betreibern ermöglicht die Testregion, gemeinsam die Transport- und Serviceaufgaben in neuer Qualität zu bewältigen.

- Entwicklungsplattform für neue, digitale Geschäftsmodelle für Logistikdienstleister (wie etwa Plattformanbieter für die Buchung von Transportdienstleistungen oder intelligente Fracht- und Verladesysteme).

Projektpartner aus Wirtschaft und Forschung an Bord

Gründungspartner von DigiTrans sind neben dem Automobil-Cluster das AIT (Austrian Institute of Technology GmbH), Logistikum Steyr, IESTA (Institut für innovative Energie- & Stoffaustauschsysteme e.V.) und die LCM (Linz Center of Mechatronics GmbH). 17 Unternehmen wie z.B. die Industrie-Logistik-Linz GmbH, ASFINAG Autobahnen- und Schnellstraßen- Finanzierungs- Aktiengesellschaft, Ennshafen OÖ GmbH, Flughafen Linz GesmbH, MAN Truck & Bus Österreich AG, Rosenbauer International AG, Reform-Werke Bauer & Co Gesellschaft m.b.H., Hödlmayr Logistics GmbH u.a. arbeiten bereits an konkreten Themen und liefern wichtigen Input.

DigiTrans-GmbH ist Projektträger

Das Sondierungsprojekt DigiTrans wurde 2016 abgeschlossen und 2017 als Vollprojekt zur Förderung eingereicht. Im Dezember 2017 wurde es als Testregion von der FFG zur Förderung genehmigt, zur Auszahlung der Fördergelder war die Gründung einer GmbH nötig. Zu diesem Zweck gründete die oö. Standortagentur Business Upper Austria im Jänner 2018 den Verein DigiTrans, aus dem heraus im März 2018 die GmbH firmiert wurde. Der Verein DigiTrans ist aktuell an der GmbH mit 55 Prozent beteiligt, die restlichen Anteile sind aufgeteilt unter Hödlmayr International AG, Reform-Werke Bauer & Co Gesellschaft m.b.H. und FH OÖ Forschungs & Entwicklungs GmbH.

Die Konsortialpartner des DigiTrans Vereines tragen zum notwendigen Infrastruktur- und Know-how-Aufbau bei und beteiligen sich ebenfalls mit einem Cash/Inkind-Beitrag am Aufbau und Betrieb der DigiTrans-Struktur. Im Gegenzug können die Unternehmen im Rahmen der erbrachten Leistung die Infrastruktur der Testumgebung für F&E Projekte und eigene Kundenprojekte oder strategische Projekte nützen.

BM Hofer: Neue digitale Geschäftsmodelle für Logistikdienstleister werden mit DigiTrans ausprobiert

Die Mobilität wird sich in den nächsten Jahren massiv verändern. Automatisiertes Fahren ist ein Kernaspekt dieser Veränderung. Die Entwicklungen bei Digitalisierung, Telekommunikations- und Internetdiensten ermöglichen völlig neue technologische Entwicklungen. Die kürzlich verabschiedete Klima- und Energiestrategie verlangt verstärkten Fokus auf nachhaltigen Einsatz neuer Technologien. „Wir stehen am Anfang dieser Entwicklung. Das vollautonome Fahrzeug insbesondere in komplexeren Verkehrssituationen ist ein Zukunftsszenario. Umso wichtiger ist es, zu testen und auf klare An–wendungen zu setzen. Genau das macht DigiTrans. Ich freue mich, gemeinsam mit Land Oberösterreich diese Testregion mit 3,75 Millionen Euro zu unterstützten“, so Infrastrukturminister Norbert Hofer.

LH Stelzer: Gütermobilität spielt entscheidende Rolle für Standort OÖ

„Wir richten den Fokus in OÖ auf Gütermobilität und Logistik, um die bestehenden wirtschaftlichen Stärkefelder weiter auszubauen. Mit der Testregion generieren wir einen direkten Nutzen für die heimische Industrie“, erklärt Landeshauptmann Thomas Stelzer die Motivation Oberösterreichs, auf das Thema automatisierter Güterverkehr zu setzen.

Der Aufruf, diesen bevorstehenden Technologiewandel rechtzeitig zu erkennen und auch anzunehmen, geht nicht nur an große Unternehmen. „Auch Klein- und Mittelbetriebe sind eingeladen, sich mit der Digitalisierung ihrer Transport- und Logistikbereiche bald genug auseinander zu setzen“, so Stelzer. DigiTrans arbeitet intensiv an Lösungen, die bald in Oberösterreich Standard werden sollen. Die unterschiedlichen Anwendungsszenarien, die in DigiTrans bearbeitet und erforscht werden, zeigen nur einen kleinen Teil dessen, was für einen zukünftigen, funktionierenden Gütertransport wichtig sein wird. „Wir möchten am Standort Oberösterreich eine moderne Infrastruktur für vernetztes und automatisiertes Fahren anbieten, um attraktiv für internationale Unternehmen zu bleiben. Mit dem Angebot moderner Technologien unterstützen wir die Logistikbranche des Landes und schaffen eine zukunftssichere Umgebung für wirtschaftlichen Erfolg.“ ■

https://www.testregion-digitrans.at
https://www.automobil-cluster.at/digitrans/

Wissenschaft & Technik

Steirische Revolution im Glasfaser-Netzausbau

LH Schützenhöfer und LR Eibinger-Miedl stellen innovative Verrohrungsmethode vor.

Foto:

Das Layjet-Verfahren ist die einzige Technologie, die ein Verlegen direkt im Straßenbankett ermöglicht.

In Bad Waltersdorf im Bezirk Hartberg-Fürstenfeld wurde am 29. Juni von Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer gemeinsam mit Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl und Rainer Dunst, Geschäftsführer der Firma Layjet Micro-Rohr Verlegegesellschaft m.b.H., der Layjet, die neueste Innovation aus der Steiermark, vorgestellt: Der Layjet ist eine Kabelverlegefräse, die in einem einzigen Arbeitsgang die Leerverrohrungen für die Glasfasernetze in das Straßenbankett verlegen kann.

Schützenhöfer zur Entstehungsgeschichte: „2016 habe ich die Abteilung 7 beauftragt, die Gemeinden beim Ausbau des Glasfasernetzes in der Steiermark zu unterstützen. Der Layjet ist ein Resultat dieses Auftrags und verdeutlicht, was wir in der Steiermark durch Zusammenarbeit erreichen können. Gemeinsam mit dem Land Steiermark wurde von DW-Tech diese innovative Kabelverlegefräse entwickelt. Damit wird der ländliche Raum leichter, schneller und günstiger an die Autobahnen der Zukunft, das ultraschnelle Internet, angeschlossen. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die Ansiedlung von Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen in allen steirischen Regionen.“

Foto: Land Steiermark / ichael Pretterhofer

Sind begeistert von der innovativen Verrohrungsmethode: LR Barbara Eibinger-Miedl, LH Hermann Schützenhöfer und Rainer Dunst von der Firma Layjet (v.l.)

„Wir müssen sicherstellen, daß die gesamte Steiermark mit schnellem Internet versorgt ist, damit sich unsere Regionen im Zeitalter der Digitalisierung positiv entwikkeln können. Deshalb werden wir uns als Land künftig auch stärker engagieren. Der Layjet ist dabei neben der neuen Breitbandinfrastrukturgesellschaft SBIDI eine wichtige Maßnahme, um den Breitbandausbau voranzutreiben. Die neue Verlegetechnik ist außerdem ein weiteres erfolgreiches Beispiel für eine Innovation aus der Steiermark, die

auch international bereits wahrgenommen wird“, so die für den Breitbandausbau in der Steiermark zuständige Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl.

Der Ausbau des Glasfasernetzes ist in den nächsten zehn Jahren eine der wesentlichsten Herausforderungen, um den Wirtschaftsstandort zu stärken. Die Digitalisierung ist gerade für die ländlichen Regionen eine Chance. Dafür ist ein dichtes Glasfasernetz eine Grundvoraussetzung. Die Verlegung im Strassennetz sorgt für einen raschen, kostengünstigen und unkomplizierten Ausbau und ermöglicht gleichzeitig einen langfristigen sowie rechtssicheren Standort für die Glasfaserleitungen.

„Herkömmliche Verlegemethoden mittels Bagger haben eine Bauleistung von maximal 300 Laufmetern pro Tag. Die Kosten für die Leitungsverlegung verschlingen dabei rund 70 Prozent der Gesamtinvestitionen für den Glasfaserausbau“, erklärt Layjet-Geschäftsführer Rainer Dunst.

Mit der Layjet-Methode können hingegen an einem Tag bis zu drei Kilometer Verrohrungen verlegt werden, was die Verlegekosten um bis zu 70 Prozent reduziert. Der Layjet verzehnfacht somit die Verlegegeschwindigkeit. „Im Gegensatz zum Kabelpflug ist die Layjet-Methode bei jedem Untergrund einsetzbar. Durch die enorme Meterleistung und den sofortigen Verschluß der nur 15 bis 18 Zentimeter breiten Künette (= Rohrverlegeschacht) sind Bauarbeiten mit dem Layjet für betroffene AnrainerInnen kaum spürbar. Dadurch müssen Straßen praktisch nicht gesperrt werden, durchgefräste Einfahrten sind nach wenigen Minuten wieder befahrbar und das Bankett ist unmittelbar nach der Verlegung wiederhergestellt“, sagt Dunst.

Bild oben: Das Fräsen in Asphalt sowie auch in felsigem Boden stellt kein Problem dar.
Bild unten: Während des Verlegevorganges kommt es zu keinen nennenswerten Vibrationen, die den Straßenunterbau schädigen könnten

Die Layjet-Technologie

Während mit der herkömmlichen Grabungsmethode mittels Bagger maximal 250 Meter Rohrleitungen pro Tag verlegt werden können, schafft die innovative Layjet-Methode bis zu drei Kilometer pro Tag. Zudem werden die Micro-Rohre exakt geradlinig verlegt, was sich positiv auf die Einblasfähigkeit der Glasfasern auswirkt. Im Gegensatz zu anderen alternativen Verlegetechniken ist die Layjet-Methode bei jedem Untergrund einsetzbar. Micro-Rohrverbände werden geführt verlegt und einzeln in geeignetes Feinkornmaterial gebettet. Während des Verlegevorganges kommt es zu keinen nennenswerten Vibrationen, die den Starßenunterbau schädigen könnten. Das Fräsen in Asphalt sowie auch in felsigem Boden stellt kein Problem dar. Asphaltierte Einfahrten werden einfach durchgefräst und können sofort wieder mit Asphalt verschlossen werden.

Verlegearbeiten ohne Behinderungen

Durch die enorme Meterleistung und den sofortigen Verschluß der Künette sind Bauarbeiten mit dem Layjet-Verfahren für betroffene Anrainer kaum spürbar. Straßen müssen praktisch nicht gesperrt werden. Durchgefräste Einfahrten sind nach wenigen Minuten wieder befahrbar, das Bankett unmittelbar nach der Verlegung wiederhergestellt. Oft bemerken Anrainer nicht einmal, daß in ihrer Straße eine Rohrleitung verlegt wurde. Die sofort verschlossene Künette trägt außerdem wesentlich zur Erhöhung der Verkehrssicherheit während der Bauarbeiten bei. ■

https://www.layjet.at
http://www.stmk.gv.at

Kultur

Die Eremitage zu Gast in Wien

Meisterwerke von Botticelli bis van Dyck – von 6. Juni bis 2. September 2018 im Kunsthistorischen Museum Wien

© St. Petersburg, Staatliche Eremitage, 2018

Nicolas Poussin (Les Andelys 1594–1665 Rom), Der Sieg des Josua über die Amalekiterum, 1624/25; Leinwand, 97,5 × 134 cm

Eine der bedeutendsten Gemäldesammlungen der Welt ist zu Gast in Wien: 14 Meisterwerke aus der Eremitage in St. Petersburg treten in Dialog mit hochkarätigen Werken des Kunsthistorischen Museums. Gezeigt werden unter anderem Gemälde von Botticelli, Tintoretto, Rembrandt und van Dyck. Die repräsentative Auswahl von Meisterwerken aus beiden Häusern bietet einen konzentrierten Überblick über die europäische Malereigeschichte von der Renaissance bis zum Frühklassizismus. In der Gegenüberstellung wird deutlich, wie mühelos die durch den gemeinsamen Kulturraum Europa verbundenen Bildpaare miteinander kommunizieren.

Eröffnet wurde die Ausstellung am 6. Juni von Bundespräsident Alexander Van der Bellen und einem besonderen Gast, nämlich Rußland

Foto: Andrew Shiva / Wikipedia / CC BY-SA 4.0

Winterpalast und Eremitage in St. Petersburg

© St. Petersburg, Staatliche Eremitage, 2018, Foto: Pavel Demidov / KHM-Museumsverband

Ausstellungsansicht links: Vigilius Eriksen (Kopenhagen 1722–1782 Rungstedgård), Katharina II. vor einem Spiegel, Leinwand, 262,5 × 201,5 cm, um 1762 und 1764. Rechts: Anton von Maron (1731 Wien–1808 Rom), Maria Theresia mit der Statue des Friedens, Leinwand, 287 × 125 cm, 1773

lands Präsident Wladimir Putin, der sich anläßlich eines offiziellen Besuchs einen Tag in Wien aufhielt *(siehe Bericht ab der Seite 9)*.

Die Staatliche Eremitage und das Kunsthistorische Museum

Die Staatliche Eremitage und das Kunsthistorische Museum zählen zu den bedeutendsten Kultureinrichtungen der Welt. Sie sind vor allem durch ihre jeweiligen Gemäldegalerien berühmt.

Historische Parallelen sowie ähnliche institutionelle Rahmenbedingungen verbinden beide Häuser. So waren sie ehemals kaiserliche Sammlungen, die zum Ende des Ersten Weltkriegs in staatlichen Besitz übergingen. Beide Museen sind in architektonisch einzigartigen Bauwerken untergebracht, die jeweils hervorragende Denkmäler der russischen bzw. österreichischen Architektur des 18. und 19. Jahrhunderts darstellen, wodurch sie untrennbar mit den historischen Stadtkernen von St. Petersburg bzw. Wien verbunden sind. Nicht zuletzt sind sie wissenschaftliche und kulturelle Zentren ihrer jeweiligen Staaten, die ihrerseits im 20. Jahrhundert grundlegende Veränderungen erfuhren.

Heute werden Eremitage und Kunsthistorisches Museum von globalisierten Touristenströmen aufgesucht und begeistern mit ihren Sammlungen ein Millionenpublikum.

Die Ausstellung – ein gemeinsamer Raum

Indem nun Hauptwerke beider Sammlungen auf eine Reise – und damit zu einem spannungsvollen Besuch an der Newa bzw. Donau – entsandt werden, ist ein konzentriertes Ausstellungsprojekt entstanden.

14 Bildpaare ermöglichen Dialoge, die sich über fast drei Jahrhunderte und zweitausend Kilometer spannen und dabei zugleich ein „Destillat“ der europäischen Malereigeschichte ergeben.

Die Begegnungen führen durch die Leichtigkeit und Prägnanz der Paarbildungen vor Augen, daß beide Galerien wie Schwestern wirken.

Besonders betont das Projekt daher das verbindende kulturelle Erbe, dem beide Sammlungen verpflichtet sind. Daß der Museumsraum über zeitliche und räumliche

© KHM-Museumsverband

Das Kunsthistorische Museum in Wien

© KHM-Museumsverband

© St. Petersburg, Staatliche Eremitage, 2018

oben: Albrecht Altdorfer, zugeschrieben (um 1480–1538 Regensburg), Die Enthauptung der hl. Katharina um 1505/6, Lindenholz, 57×36,5 cm

rechts: Sandro Botticelli, auch Alessandro di Mariano Filipepi (Florenz 1445–1510 Florenz), Der büßende hl. Hieronymus um 1498 und 1505 Leinwand, von Holz übertragen, 44,5 × 26 cm

Distanz reicht, daß er im gegenwärtigen Europa das Gemeinsame und Verbindende aufscheinen lassen kann, ist Motivation und Anlaß für das Vorhaben.

Der wissenschaftliche und kulturelle Austausch verbindet beide Institutionen seit vielen Jahrzehnten. Die beiden Häuser unterstützen sich gegenseitig bei wichtigen Ausstellungen mit bedeutenden Leihgaben, wie zuletzt bei der großen Ausstellung zu Peter Paul Rubens in Wien 2017/18.

Die Bildpaare

Eingeleitet wird die Ausstellung von zwei religiösen Werken Sandro Botticellis und Albrecht Altdorfers – eine Begegnung, die die unterschiedlichen Wesenszüge der Renaissance nördlich und südlich der Alpen veranschaulicht. Aus den nördlichen Kunstlandschaften treffen sich wichtige Gemälde von Hans und seinem Bruder Ambrosius Holbein sowie von Bartholomäus Spranger und Hans von Aachen.

Die italienische Kunst, ein Schwerpunkt beider Museen, ist mit venezianischer Malerei vertreten. Gemälde von Nicholas Poussin und Bernardo Strozzi führen in die ersten Jahrzehnte des römischen Barock. Aus dem „Goldene Zeitalter“ der holländischen und flämischen Kunst werden Werke von Rembrandt, Jan Stehen und van Dyck gezeigt. Mit Thomas Gainsborough und Philipp Hakkert sind schließlich Künstler englischer und deutscher (preußischer) Herkunft in der Schau zu sehen.

Sowohl der Zarenhof als auch die Habsburger entwickelten großes Interesse an Gemälden mit historischen Stoffen oder Themen der klassischen Mythologie. Sie konnten mit politischen Inhalten aufgeladen und so den eigenen Absichten dienstbar gemacht werden.

Den Gegenpol bilden genrehafte Szenen und Landschaftsdarstellungen.

Ein besonderer Schwerpunkt der Ausstellung liegt auf dem Bildnis und der damit verbundenen Inszenierung von Persönlichkeit. Highlights sind dabei die beiden Porträts von Anthonis van Dyck: jenes des Nicholas Lanier und das Selbstbildnis des Malers. Beide Werke zeigen die meisterhafte Fähigkeit van Dycks, in Blick und Haltung das Wesen des Dargestellten eindringlich ins Bild zu setzen.

Die Ausstellung ermöglicht gleichzeitig eine „Entdeckungsreise“ an die Newa, indem sie auch weniger beachtete Künstler in den Vordergrund rückt – darunter den bereits erwähnten Ambrosius Holbein, Bruder des ungleich berühmteren Hans d. J., oder Domenico Capriolo, dessen Werk eng mit Tizian und Giorgione verbunden ist. Andererseits zeigt sie aber auch auf den ersten Blick ungewöhnlich erscheinende Gegenüberstel-

© St. Petersburg, Staatliche Eremitage, 2018

Jean-Antoine Watteau (Valenciennes 1684–1721 Nogent-sur-Marne) Die Heilige Familie (Ruhe auf der Flucht nach Ägypten) 1719, Leinwand, 117 × 98 cm; Bild unten: eine Ausstellungsansicht

© KHM-Museumsverband

Anthonis van Dyck (Antwerpen 1599–1641 London) Die Heilige Familie, um 1626/28, Leinwand, 106 × 83,5 cm (oben leicht angeschnitten)

lungen von Werken wie jene van Dycks und Watteaus.

Ermöglicht wird der Austausch der Gemälde zwischen den Galerien in St. Petersburg und Wien durch die großzügige Unterstützung der beiden Generalsponsoren OMV und Gazprom anläßlich ihrer 50jährigen Zusammenarbeit.

Das Kunsthistorische Museum

Als Palast der schönen Künste ließen die Habsburger das Kunsthistorische Museum für ihre weltweit einmaligen Kunstsammlungen von den berühmten Architekten Gottfried Semper und Carl von Hasenauer im Stil der italienischen Renaissance erbauen und 1891 feierlich eröffnen.

Bedeutende Maler wie Gustav Klimt gestalteten Teile der Deckenfresken. Doch der wahre Schatz sind die Kunstwerke, die wir der Sammelleidenschaft der Habsburg-Kaiser verdanken. Objekte aus dem alten Ägypten, der Antike, dem Mittelalter und der Neuzeit. Prachtvolle Skulpturen, unschätzbare Werke der größten Künstler der Renaissance und des Barock. Die weltweit größte und umfassendste Bruegel-Sammlung. Meisterwerke aus dem Herrschaftsleben der Habsburger und vieles mehr finden sowohl im Kunsthistorischen Museum als auch in den dazugehörenden Häusern und Schlössern ihren Platz.

Die Ägyptisch-Orientalische Sammlung

Die Ägyptisch-Orientalische Sammlung des Kunsthistorischen Museums zählt zu den bedeutendsten Sammlungen ägyptischer Altertümer der Welt. Die mehr als 17.000 Objekte datieren in einen Zeitraum von fast 4500 Jahren, von der ägyptischen Vor- und Frühzeit (um 4000/3500 v. Chr.) bis in die frühchristliche Epoche. Geografisch reicht

© KHM-Museumsverband

ihre Herkunft von Ägypten, Nubien, dem östlichen Mittelmeerraum und Mesopotamien bis auf die arabische Halbinsel.

Die Ägyptische Sammlung ist in vier große Bereiche gegliedert: Totenkult, Kulturgeschichte, bildende Kunst und die Entwicklung der Schrift. Zu den Höhepunkten zählen unter anderem die reich dekorierte Kultkammer des Ka-ni-nisut aus dem Alten Reich, zahlreiche Sarkophage, Menschen- und Tiermumien, Totenbücher, Grabstelen, Götterfiguren, Objekte des täglichen Lebens wie Kleidung und Toilettengegenstände, Meisterwerke der Rundplastik wie der Ersatzkopf aus Giza. Zu den bedeutendsten Objekten der Orientalischen Sammlung zählen die Gesichtsstelen aus dem antiken Südarabien sowie eine Löwendarstellung vom Ischtartor aus Babylon.

© KHM-Museumsverband

Die Haupttreppe des Kunsthistorischen Museums

Die Antiken-Sammlung

Die Objekte der Antikensammlung umspannen einen Zeitraum von mehr als drei Jahrtausenden und reichen von der bronzezeitlichen Keramik Zyperns aus dem 3. Jahrtausend v. Chr. bis hin zu frühmittelalterlichen Funden. In der Schausammlung sind etwa 2.500 Objekte zu sehen. Vor allem drei Schwerpunkte machen die Sammlung zu einer der besten ihrer Art: die einzigartigen antiken Prunkkameen, darunter die berühmte Gemma Augustea, die Schatzfunde aus der Völkerwanderungszeit und dem Frühmittelalter wie etwa der Goldschatz von Nagyszentmiklós sowie die Vasensammlung mit Meisterwerken wie dem Brygos-Skyphos. Zu den weiteren Höhepunkten der Sammlung gehören die überlebensgroße Votivstatue eines Mannes aus Zypern, der Amazonensarkophag, die Bronzetafel mit dem berühmten Senatus consultum de Bacchanalibus, das Theseus-Mosaik aus Salzburg und nicht zuletzt der Jüngling vom Magdalensberg, um nur einige wenige zu nennen.

Gemäldegalerie

Die Gemäldegalerie des Kunsthistorischen Museums zählt heute weltweit zu den größten und bedeutendsten ihrer Art.

Der Grundstock der Sammlung sowie ihre wesentlichen Schwerpunkte wurden bereits im 17. Jahrhundert gelegt: die venezianische Malerei des 16. Jahrhunderts (Tizian, Veronese, Tintoretto), die flämische Malerei des 17. Jahrhunderts (Peter Paul Rubens, Anthonis van Dyck), altniederländische Malerei (Jan van Eyck, Rogier van der Weyden) und die altdeutsche Malerei (Albrecht Dürer, Lucas Cranach).

Die Kunstkammer Wien – die Wiege des Museums

Zu den weiteren Höhepunkten der Gemäldegalerie gehören heute der weltweit einzigartige Bestand an Bildern von Pieter Bruegel d. Ä. sowie Meisterwerke von Vermeer, Rembrandt, Raffael, Caravaggio, Velázquez und der italienischen Barockmalerei.

Die Kunstkammer Wien ist weltweit die bedeutendste ihrer Art und seit März 2013 in neuer Pracht wieder für alle zugänglich. Erleben Sie ein „Museum im Museum“: In 20 nach Themenschwerpunkten neu gestalteten Räumen eröffnet sich eine Welt des Schönen und Geistvollen, Kuriosen und Wunderbaren.

Die Kunst- und Wunderkammern der Renaissance und des Barock waren enzyklopädische Universalsammlungen, die das gesamte Wissen ihrer Zeit zu erfassen versuchten. Vor allem das Seltene, Kuriose und Aussergewöhnliche galt als erstrebenswert.

Vom späten Mittelalter bis zur Barockzeit sammelten die Habsburger Kaiser und Fürsten hier exotische und rare Materialien, denen man oft auch magische Wirkungen zuschrieb – wie edle Steine, Straußeneier, Korallen, oder Haifischzähne, die man für Drachenzungen hielt. Die Künstler schufen aus diesen Naturprodukten virtuose Kunstkammerstücke.

Insgesamt können Sie in der Kunstkammer Wien rund 2.200 faszinierende Objekte bestaunen. Zu den Höhepunkten der Kunstkammer Wien zählen herausragende Goldschmiedearbeiten wie die berühmte Saliera von Benvenuto Cellini, Spitzenleistungen der Skulptur wie die Krumauer Madonna, meisterhafte Bronzestatuetten, filigrane und bizarre Elfenbeinarbeiten, virtuose Steingefäße, aber auch wertvolle Uhren, komplizierte Automaten, merkwürdige wissenschaftliche Instrumente, kostbare Spiele und vieles mehr.

Das Münzkabinett

Das Wiener Münzkabinett geht auf die kaiserlich-habsburgische Sammlung zurück, deren ältestes erhaltenes Inventar aus dem Jahre 1547 stammt. Heute gehört es zu den fünf größten und bedeutendsten Münzsammlungen der Welt. Mit seinen rund 700.000 Objekten aus drei Jahrtausenden umfaßte es nicht nur Münzen, sondern auch prämonetäre Geldformen, Papiergeld, Aktien sowie Medaillen, Orden und Ehrenzeichen. Hinzu tritt eine reiche Sammlung an Prägewerkzeugen.

Die Ausstellung ist in drei Säle gegliedert: Saal I bietet einen Überblick zur Geschichte und Entwicklung der Medaille von ihren Anfängen um 1400 in Italien bis zum 20. Jahrhundert. Darüber hinaus werden hier österreichische und europäische Ehrenzeichen präsentiert. Im Saal II steht die Geschichte des Münz- und Papiergeldes im Mittelpunkt; der Bogen spannt sich von prämonetären Geldformen und Naturalgeld über die Erfindung der Münze im 7. Jahrhundert v. Chr. bis in die Gegenwart. Saal III ist Sonderausstellungen vorbehalten. Hervorzuheben ist zudem noch die berühmte Porträtsammlung des Erzherzogs Ferdinand von Tirol (reg. 1564–1595), die den Münz- und Medaillenporträts gegenübergestellt wird. ■

http://www.khm.at

100 Jahre Freimaurerei in Österreich

Neue Ausstellung »Hoffnung – Vertreibung – Neubeginn« im Österreichischen Freimaurermuseum Schloß Rosenau

Foto: Freimaurermuseum Schloss Roseau

Im Freimaurernuseum auf Schloß Rosenau befindet sich der älteste bekannte Freimaurertempel im deutschsprachigen Raum.

Die neu eröffnete Ausstellung „Hoffnung – Vertreibung – Neubeginn" setzt sich mit den Kontinuitäten und Diskontinuitäten der Geschichte der Großloge von Österreich auseinander. Sie erzählt anhand herausragender Objekte und Dokumente diese interessante Geschichte und porträtiert die Persönlichkeiten, die diese Zeit geprägt haben. Ergänzt wird die Präsentation durch seltenes historisches Foto- und Filmmaterial. Gezeigt werden unter anderem die Friedensnobelpreis-Medaille für Alfred Hermann Fried, das Original der Gründungsurkunde der Großloge von Wien, der Meisterbrief von Julius Tandler, persönliche Gegenstände des Großmeisters Alexander Giese, rare Freimaurerbijous und -schurze und wichtige masonische und antimasonische Publikationen, zum Teil als Erstausgaben. So entsteht ein auch für Laien verständlicher Überblick eines wenig bekannten aber deshalb nicht weniger wichtigen Kapitels der österreichischen Zeitgeschichte. Unterstützt wird die Präsentation aller Bereiche durch zahlreiche Filmausschnitte und einen interaktiven multimedialen Medientisch.

Feierten 2017 die Freimaurer in aller Welt den 300. Jahrestag der Gründung der Großloge von England, so ist 2018 ein ganz besonderes Jahr für die Bruderschaft der Freimaurer in Österreich: Nur wenige Wochen nach der Ausrufung der Ersten Republik wurde am 8. Dezember 1918 die Großloge von Wien gegründet und auch von den Behörden anerkannt. Damit endete eine Periode der Verfolgung und Unterdrückung, die mehr als 120 Jahre andauerte. Gründungsmitglieder waren die sogenannten Grenzlogen, die ab 1867 nach dem Ausgleich in Ungarn arbeiteten, denn dort war die Freimaurerei nicht verboten.

Diese Gründung sollte ein 20 Jahre dauerndes Intermezzo bleiben und mündete in die Vernichtung durch den Nationalsozialismus. Die wenigen Überlebenden gründeten 1945 voll Überlebenswillen nur wenige Tage nach der Befreiung Wiens wieder eine österreichische Großloge, die bis heute das Zentrum der österreichischen Freimaurerei ist.

Die ersten 100 Jahre im Zeichen der Menschlichkeit

Die Großloge von Wien konnte in der ersten Zeit nach dem Ersten Weltkrieg auf den Strukturen der Grenzlogen aufbauen und entwickelte sich rasch zu einem Treffpunkt für Männer, denen die Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit am Herzen lagen. Unter Dr. Richard Schlesinger, der 1919 zum Großmeister gewählt wurde, konzentrierte sich die Tätigkeit vor allem auf soziale Aktivitäten zur Linderung der Not im Nachkriegsösterreich. Furchtbare Wohnverhältnisse, verwahrloste Kinder aufgrund von schlechter Bildung und trister Familienverhältnisse vor allem in den Großstädten, Arbeitslosigkeit und Lohndumping waren nur einige der Probleme der österreichischen Gesellschaft, an deren Lösung sich die Brüder der Freimaurer beteiligten. Besonders in Wien versuchten sozialdemokratische Politi-

ker mit einem neuen politischen und sozialen Gesellschaftsmodell Antworten zu finden, die zum Teil auf erbitterten Widerstand konservativer politischer Kräfte stießen. Die kirchenkritische Haltung, an der auch die Freimaurer maßgeblichen Anteil hatten, verstärkten diese Tendenzen. Die Ausstellung porträtiert einige der wichtigsten Akteure wie Friedrich Scheu, Julius Tandler oder auch weniger bekannte Exponenten wie Gustav Scheu, Max Ermers oder die Brüder Suschitzky und zeigt die Erfolge ihres sozialen Engagements.

Der Zweifel an der internationalen Lebensfähigkeit Österreichs und die instabile Politische Weltlage waren ein zweiter Themen-Bereich, in dem die Freimaurer sich aktiv engagierten, allen voran Alfred Hermann Fried oder Richard Coudenhove-Kalergi. Fried wurde für sein Engagement sogar mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet und Coudenhove-Kalergis Ideen leben heute in den Grundsätzen der Europäischen Union weiter. Die Ausstellung präsentiert ihre bedeutendsten Schriften und die originale Nobelpreismedaille von 1911.

Die Vernichtung einer Idee

Das Scheitern und der Untergang der Ersten Republik bedeutete auch die Vernichtung der Freimaurer in Österreich. Die Mitglieder zählten so wie die jüdische Bevölkerung zu den ersten Opfern: Das Logenhaus wurde geplündert und verwüstet und der rekonvaleszente Großmeister Richard Schlesinger durch die Gestapo verhört. Die Strapazen und die verweigerte medizinische Betreuung führten zu seinem Tod nur wenige Wochen nach der Verhaftung. Viele Brüder der Freimaurer gingen in die Emigration, manche landeten in der Vernichtungsmaschinerie der Nazis, aber es gab auch einige, die sich mit dem System arrangierten. Antimasonische Propaganda und die NS-Propaganda stehen im Mittelpunkt dieses Abschnitts der Schau.

Der Neubeginn

Nur eine Handvoll Freimaurer überlebte das NS-Regime und diese Persönlichkeiten – allen voran Karl Doppler gingen bereits wenige Tage nach der Befreiung Wiens daran die Großloge von Wien für Österreich und schließlich Österreich zu etablieren. Neben dem ersten Nachkriegs-Großmeister Karl Doppler werden vor allem sein Nachfolger Bernhard Scheichelbauer und Großmeister Alexander Giese, der auch maßgeblich an der Gründung des Freimaurermuseums beteiligt war, porträtiert.

Die Freimaurerloge im Schloß Rosenau

Fotos: Freimaurermuseum Schloss Roseau

Wandbemalung und Ausgestaltung weisen starke freimaurerisch-symbolische Bezüge auf.

Freimaurer im Schloß Rosenau

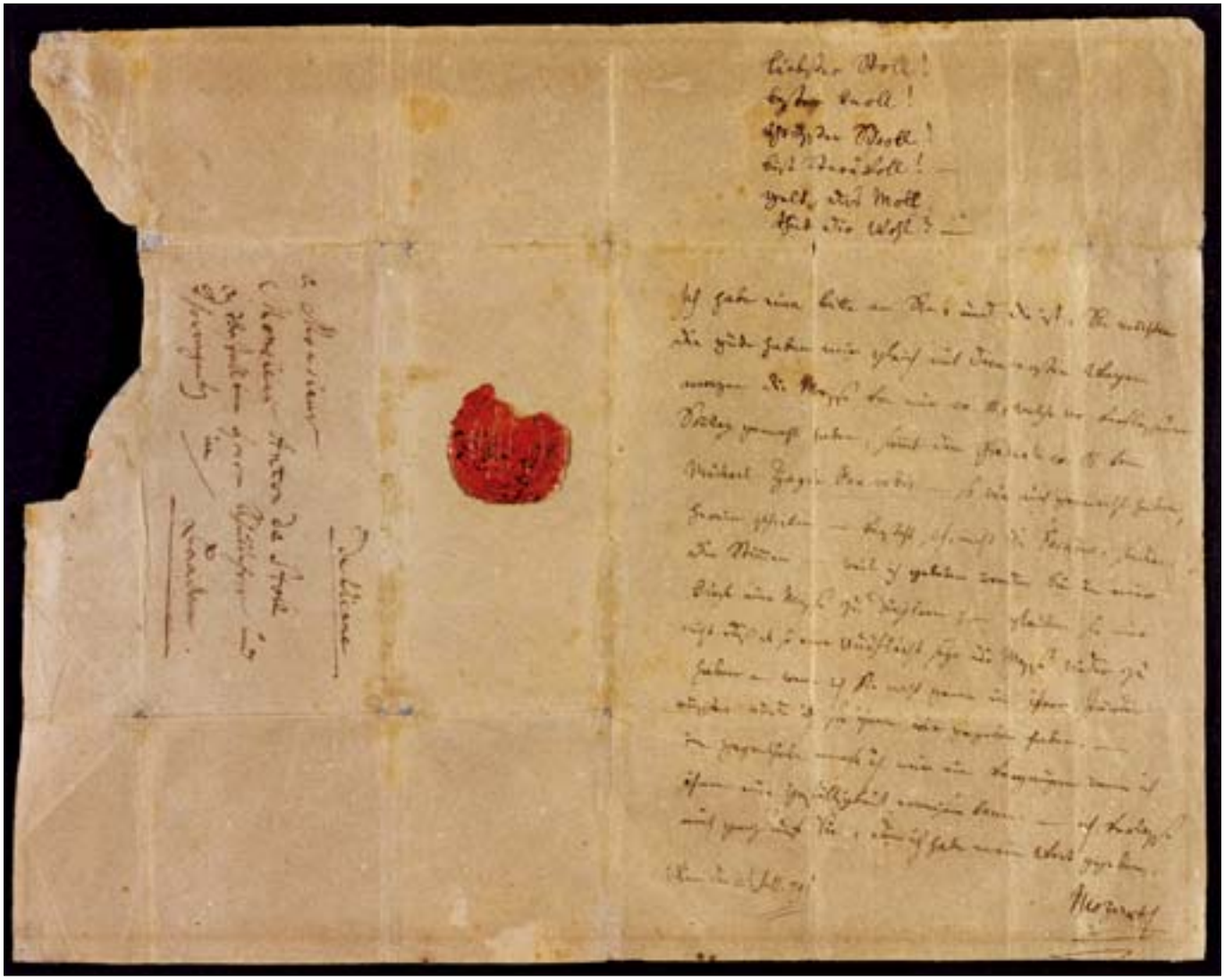
In dem ursprünglich in der Zeit der Renaissance erbauten, später barockisierten Schloß Rosenau wurde 1972 bei Restaurierungsarbeiten neben diversen freimaurerischen Symbolen und Darstellungen ein freimaurerischer Logen-Tempel entdeckt, der aus der Zeit um 1736-1748 datiert. Die freimaurerische Vorgeschichte von Schloß Rosenau war nach dem Verbot der Freimaurerei zu Ende des 18. Jahrhunderts und zahlreichen Umbauten in Vergessenheit geraten. Die Entdeckung gab nun den Impuls dafür, in den Räumen des Schlosses die Geschichte und die Grundsätze der Freimaurerei einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Im Jahr 1975 gründeten deshalb die Großloge von Österreich und ihr damaliger Großmeister Alexander Giese in Zusammenarbeit mit dem Land Niederösterreich, dem heutigen Besitzer von Schloß Rosenau, an diesem geschichtsträchtigen Ort das Österreichische Freimaurer-Museum. Hier befindet sich der älteste bekannte Freimaurertempel im deutschsprachigen Raum und einer der ältesten Ritualräume der Bruderschaft in Mitteleuropa. Insgesamt sieben Räume im Südflügel des Schlosses, in denen sich das Museum befindet, weisen durch ihre Wandbemalung und Ausgestaltung starke freimaurerisch-symbolische Bezüge auf. Sie finden sich in den Fresken von Bartolomeo Altamonte, Daniel Gran und vor allem des Architekturmalers Johann Rinculin, mit denen die heutigen Museumsräume und die beeindruckenden Stiegenhäuser des Schlosses ausgestaltet sind. ■

http://www.freimaurermuseum.at

Kultur

Verschollener Brief von Wolfgang Amadé Mozart

Die Stiftung Mozarteum Salzburg präsentierte eine wertvolle Neuerwerbung.



© ISM

Die Vorderseite des Mozart-Briefs an Anton Stoll – mit kurzem Gedicht (rechts oben)

Die Stiftung Mozarteum Salzburg freut sich über eine der wertvollsten Neuerwerbungen der letzten zehn Jahre: Ein Brief aus der Feder von Wolfgang Amadé Mozart an seinen Freund Anton Stoll aus dem Jahr 1791 gelangte kürzlich – dank der Unterstützung von Maria-Elisabeth Schaeffler-Thumann – in die Sammlung von Original-Autographen der Stiftung Mozarteum, der „Bibliotheca Mozartiana". Zuletzt konnte 2001 ein Originalbrief Mozarts erworben werden.

„Was für ein besonderer Moment und was für ein Glück, daß sich die Eigentümerfamilie dieses besonderen Mozartbriefes direkt an die Stiftung Mozarteum gewandt hat. Danke, daß sie uns vor dem ‚Auktionsmatch', bei dem eine gemeinnützige Institution wie die Stiftung Mozarteum schon lange nicht mehr mithalten kann, bewahrt hat. Und was für ein Geschenk, das uns Maria-Elisabeth Schaeffler-Thumann mit der Ankaufsfinanzierung gemacht hat! So können wir Mozarts frivolen Spaß weltweit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen", erläuterte Stiftungs-Präsident Johannes Honsig-Erlenburg am 12. Juni bei der Präsentation des Briefs in Salzburg.

Rolando Villazón, Mozartwoche-Intendant und offizieller Mozart-Botschafter der Stiftung Mozarteum, sagte zur Bedeutung dieser kostbaren Neuerwerbung: „Jeder Brief Mozarts öffnet uns eine neue Tür in die Seele des größten musikalischen Genies aller Zeiten. Einen neuen Brief Mozarts zu entdecken ist, wie eine neue Blume in einem wunderschönen Garten zu finden."

Mozarts Briefe faszinieren MusikliebhaberInnen ebenso wie MusikerInnen und WissenschaftlerInnen. Sie vermitteln eine Fülle an Informationen über sein Leben, sein Schaffen und sein Denken. In ihnen zeigt sich der Komponist als sehr genau planender und gestaltender Künstler ebenso wie als unglaublich geistreicher und humorvoller, mitunter auch derb scherzender Mensch.

Ein »unscheinbarer Brie«

All dies steckt auch in einem auf den ersten Blick unscheinbaren Brief, den der Komponist am 12. Juli 1791, kein halbes Jahr vor seinem Tod, an seinen Kollegen und guten Freund Anton Stoll (1747–1805) in Baden bei Wien schrieb. Mehrere Male hatte Mozart seine Frau Constanze zur Kur nach Baden geschickt, wobei Stoll bei der Suche nach einem passenden Quartier behilflich war. Auch im Juni und Juli 1791 besuchte Constanze das „Antonienbad“, das besonders kostspielig war und daher „nur von Kranken höhern Standes besucht“ wurde, wie es in einer zeitgenössischen Beschreibung heißt.

Mozart besuchte seine Frau während dieser Zeit mehrere Male und führte bei dieser Gelegenheit in der Badener Pfarrkirche mehrere Werke gemeinsam mit Stoll auf, der dort als Chorregent für die Kirchenmusik verantwortlich war. Eigens für Stoll komponierte Mozart am 17./18. Juni 1791 in Baden eines seiner bekanntesten geistlichen Werke, das Ave verum KV 618, das am Fronleichnamstag des gleichen Jahres (am 23. Juni) in der Badener Pfarrkirche seine Uraufführung erlebte.

Der Inhalt von Mozarts Brief läßt sich sehr knapp und einfach zusammenfassen: Der Komponist bittet den befreundeten Chorregenten Anton Stoll, ihm die Noten zu zwei Werken zu schicken, die man zuvor gemeinsam in Baden in der Kirche aufgeführt hatte. Doch Mozart machte sich große Mühe, diese simple Bitte in ein typisch Mozart’sches Geflecht von Scherzen einzubetten.

Mozart hatte gemeinsam mit Stoll am 10. Juli 1791 in Baden eine seiner Messen aufgeführt (vermutlich die Messe KV 275). Seine Originalpartitur überließ Mozart dem Freund, bat ihn mit diesem Brief jedoch um die Zusendung der eigens angefertigten Stimmen, damit er das Werk auch in Wien aufführen konnte. Daß Mozart außerdem in seinem letzten Lebensjahr auch noch ein Werk Michael Haydns (1737–1806) aufführte, belegt dessen anhaltende Wertschätzung für seinen ehemaligen Salzburger Kollegen.

Mozart leitet seinen Brief mit einem kurzen „Gedicht“ ein und nennt seinen Freund: „liebster Stoll! / bester knoll! / größter Schroll!“. Auf den ersten Blick scheinen das nur beliebige Reimwörter zu sein, doch tatsächlich verwendet Mozart seinerzeit geläufige Begriffe, die einen dicken und äußerst groben Menschen bezeichnen. Natürlich war dies nicht ernst gemeint, und als Freund Mozarts mußte man in der Lage sein, mit solchen Scherzen umzugehen.

© ISM

Die Rückseite des Briefs, auf der Mozart die Schrift Franz Xaver Süßmayrs »fälschte«.

Foto: ISM Martin Hoermandinger

v.l.: Armin Brinzing, Leiter der Bibliotheca Mozartiana, Johannes Honsig-Erlenburg, Präsident der Stiftung Mozarteum, Ulrich Leisinger, Wissenschaftlicher Leiter der Stiftung Mozarteum, und Rolando Villazón, Mozart-Botschafter der Stiftung Mozarteum und Intendant der Mozartwoche

Mozart ahmt Süßmayrs Schrift nach

Auf der zweiten Seite befindet sich ein Schreiben von Mozarts Schüler und Assistenten Franz Xaver Süßmayr (1766–1803), in dem es ebenfalls um die Rücksendung der genannten Noten geht. Doch es handelt sich hier um eine „Fälschung“ – tatsächlich ist auch dieser Text von Mozart geschrieben, der dabei versuchte, Süßmayrs Schrift nachzuahmen. „Süßmayr“ wiederholt Mozarts Bitte und droht unter anderem damit, Stoll werde nichts mehr von der „Opera“ erfahren, an der Mozart gerade arbeite. Gemeint ist damit die Zauberflöte, die zweieinhalb Monate später, am 30. September 1791, in Wien ihre Uraufführung erlebte. Daß Stoll alles zu Mozarts Zufriedenheit erledigte, läßt sich wohl an der Tatsache ablesen, daß der Komponist seinen Freund einige Zeit später zu einer Aufführung der Zauberflöte nach Wien einlud. Die Krönung des kleinen Mozart‘schen Sprachkunstwerks ist schließlich die Datierung im „Scheishäusel den 12. Juli“.

Von Mozart sind nur zwei Briefe an Stoll erhalten geblieben, die auf ein sehr vertrautes, freundschaftliches Verhältnis schließen lassen. Beide befanden sich bisher bei Privatbesitzern; dieser zweite Brief konnte nun dank der großzügigen Spende von Maria-Elisabeth Schaeffler-Thumann von der Stiftung Mozarteum für die „Bibliotheca Mozar-

Foto: ISM / Christian Schneider

Das Hauptgebäude der Stiftung Mozarteum Salzburg

tiana“ erworben werden. Die Bibliothek der Stiftung verwahrt den größten Teil der Korrespondenz der Familie Mozart, darunter allein fast 200 Originalbriefe Wolfgang Amadé Mozarts. Die Sammlung, zu der auch zahlreiche Musikautographen Mozarts gehören, geht in ihrem Kern auf Geschenke und Vermächtnisse von Mozarts Witwe Constanze sowie seiner beiden Söhne Carl Thomas und vor allem Franz Xaver Wolfgang Mozart zurück.

Originalhandschriften Mozarts und seiner Familie sind im Autographentresor der Stiftung Mozarteum im Mozart-Wohnhaus ausgestellt, der im Rahmen von Spezialführungen – beispielsweise während der jährlichen Mozartwoche – zugänglich ist.

Schon seit mehreren Jahren macht die Stiftung Mozarteum ihre wertvollen historischen Bestände sukzessive online frei zugänglich. So sind alle Briefe Mozarts aus der Sammlung bereits online verfügbar, auch der neu erworbene Brief Mozarts an Stoll ist über die Website „Bibliotheca Mozartiana digital“ online verfügbar.

Mozarts Erbe – Bewahrung und zeitgemäße Auseinandersetzung

Die Stiftung Mozarteum Salzburg wurde 1880 von Bürgern der Stadt Salzburg gegründet und hat ihre Wurzeln im „Dom-Musik-Verein und Mozarteum“ von 1841. Seither setzt sie sich als Non-Profit-Organisation mit der Person und dem Werk Wolfgang Amadé Mozarts auseinander. Mit Initiativen in den drei Kernbereichen Konzertveranstaltung, Mozart-Museen und Wissenschaft schlägt sie die Brücke zwischen Bewahrung der Tradition und zeitgenössischer Kultur. Ihr Ziel ist es, wechselnde Perspektiven und neue Denkanstöße in der Auseinandersetzung mit dem Komponisten zu eröffnen.

Konzerte

Im Konzertbereich setzt die Stiftung Mozarteum seit 1956 jeweils im Jänner, um Mozarts Geburtstag herum, mit dem Festival „Mozartwoche“ einen künstlerischen Akzent im internationalen Konzertleben. International renommierte Mozart-Interpreten, Orchester und Ensembles sind während dieser Festivalwoche mit klassischen und zeitgenössischen Programmen zu erleben.

Das Festival Dialoge ist die Experimentierplattform der Stiftung Mozarteum Salzburg. So sind die Dialoge ein Raum für neue Konzertformate, die seit 2012 eine Art „Ménage à trois“ konstruieren. Eine Dreiecksverbindung als Beziehungskonstellation zwischen den Werken von drei Komponisten, in der jedes zu jedem anderen eine Beziehung eingeht – wie in einem Dreieck jeder Punkt mit jedem Punkt verbunden ist. Zeitgenössisches und Auftragswerke werden in Bezug zu Modernem und Mozart gesetzt.

Beste Kammermusik aufzuführen war von jeher eines der zentralen Ziele der Stiftung Mozarteum Salzburg. In diesem Sinne wünschen wir uns eine „Kammer mit Aussicht“, die ein weites Panorama auf die Gesamtlandschaft der Musik eröffnet, die intuitives Erleben ermöglicht, Lust macht und herausfordert. Eine Konzertreihe im Rahmen der Saisonkonzerte findet im Großen Saal der Stiftung Mozarteum, einem der besten Konzertsäle der Welt, statt. International renommierte Künstler prägen die Saisonkonzerte der Stiftung Mozarteum.

Museen

Mozarts Geburtshaus ist mehr als eine weltweit bekannte Gedenkstätte für das größte Musikgenie aller Zeiten. Es ist ein modernes Museum, das einzigartige Originale in zeitgenössischer Form erlebbar macht. Hier wurde Wolfgang Amadeus Mozart 1756 geboren – hier wird seine Lebensgeschichte erzählt.

Das Mozart-Wohnhaus ist mehr als ein Museum zwischen Tradition und Moderne. Es ist der Ort, an dem sich die vielfältigen Aktivitäten aus Konzert, Wissenschaft und Museen vereinen. Hier lebte die Familie Mozart ab 1773 – hier finden Ausstellungen, Museumskonzerte und Filmvorführungen statt.

Wissenschaft

Dem Erhalt und der Aufbereitung des Mozart’schen Gesamtwerks hat sich der Wissenschaftsbereich der Stiftung verpflichtet. Nachdem die Wissenschaftsabteilung der Stiftung Mozarteum nach jahrzehntelanger Arbeit die Neue Mozart Ausgabe im Jahr 2007 abschließen konnte, richtet sich ihr aktuelles Augenmerk auf das digitale Zeitalter: Mit der neuen Digitalen Mozart Edition ermöglicht die Stiftung Mozarteum jedem Internetuser, Mozart-Werke kostenlos im Internet herunterzuladen und auszudrucken.

Auch die wertvolle Autographensammlung befindet sich in der Obhut der Wissenschaftsabteilung der Stiftung Mozarteum, ebenso wie die Bibliotheca Mozartiana, die mit rund 35.000 Titeln die umfangreichste Mozart-Bibliothek der Welt darstellt. Ihre audiovisuelle Ergänzung stellt eine umfassende Ton- und Filmsammlung dar.

Bibliotheca Mozartiana

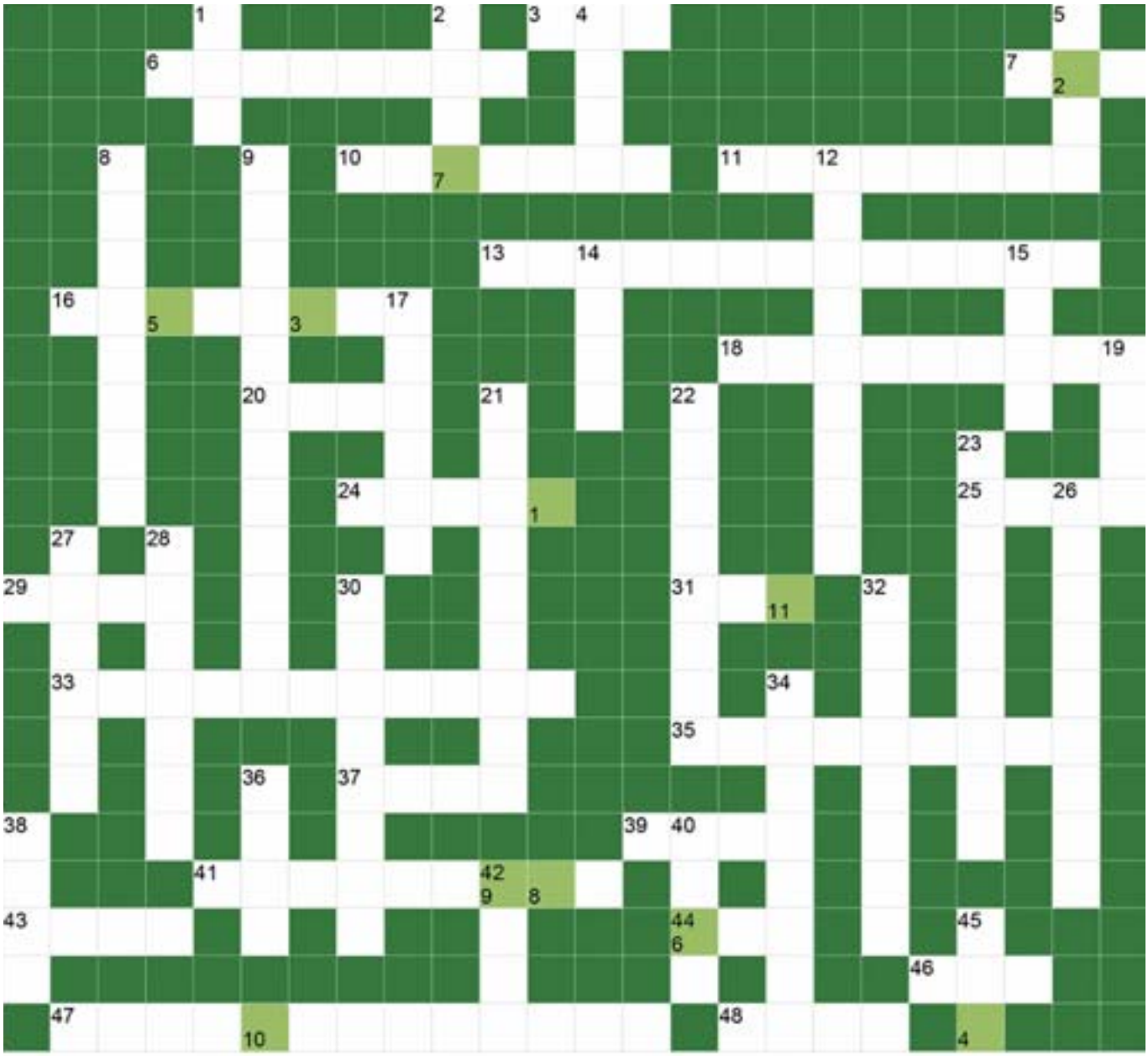
Die historisch-kritische Gesamtausgabe der „Neuen Mozart Ausgabe (NMA)“, an der seit 1954 gearbeitet wurde, ist seit Juni 2007 abgeschlossen. Als Fortsetzung entsteht eine „Digitale Mozart Edition“, die den Text der NMA und somit alle Mozart-Noten über das Internet frei zugänglich machen wird und sukzessive aktualisiert

Mozart-Institut

Die Mozart Ton- und Filmsammlung stellt mit rund 26.000 Audiotiteln und 3.300 Videoproduktionen (Filmdokumentationen, Spiel- und Fernsehfilmen über Mozart und aufgezeichnete Operninszenierungen) eine Verbindung zur Gegenwart her. ■

http://www.mozarteum.at
http://digibib.mozarteum.at

ÖJ-Kreuzworträtsel



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

Welche EU-Funktion übt Österreich im zweiten Halbjahr 2018 aus?

Waagrecht

3 Abk.: Meterkilogramm, 6 gelingen, 7 asiat. Bevölkerungsgruppe, 10 Seemann, 11 übereinkommen, 13 Dirigent, 16 röm. Göttin der Jugend, 18 Operette von Millöcker, 20 Instrument (Tamtam, Schlaginstrument), 24 Begeisterung, 25 arkt. Meeresvogel, 29 Lebewesen, 31 bayr. Zufluß zur Donau, 33 Feldfrucht, 35 Arrestant, 37 kroat. Insel in der Adria (Dalmatien), 39 dt. Stadt, Universität an der Saale/Thüringen, 41 Musiker, 43 dünn/erklesen/vornehm, 44 engl.: unmodern, veraltet, aus, 46 aktuell, 47 Lungen-Schneckenart, 48 afrik. Kuhantilope, Huftier

Senkrecht

1 Comic-Figur (... und Struppi), 2 Besitzer, 4 Figur in Musical, 5 bibl. Brudermörder, 8 lat. weibl. Vorname, 9 beschreibende Völkerkunde, 12 Fußteil vom Strumpf, 14 Gebärde, 15 Fremdrassiger, 17 bekreuzigen, weihen, 19 Taxus, 21 Verehrer, 22 Weltspache, 23 Figur im Märchen, 26 Hartgeld, 27 hocken, kauern,28 Figur in einem Vampirroman (Bram Stroker), 30 weibl. Vorname, 32 Vogel, 34 befolgen, beherzigen, 36 lat. männ. Vorname, 38 weibl. Vorname Kurzwort, 40 männl. Vorname, 42 Biene, 45 Musiknote

Die Auflösung dieses Rätsels finden Sie auf der Seite
http://www.oe-journal.at/Aktuelles/!2018/0718/W1/Raetsel_176.htm